

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

01 | 2010 19. Jg.

Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeit

SCHULZ, HUMMEL, PADMANABHAN Einleitung MACGREGOR Earthcare or Feminist Ecological Citizenship? MÜLLER Verhandelte Geschlechterverhältnisse: Gender in der internationalen Biodiversitätspolitik MÖLDERS Von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften – eine (re)produktionstheoretische Interpretation empirischer Befunde zur Gender-Dimension von Agrarpolitik SCHALATEK Geschlechtergleichheit – (k)ein Mandat für internationale Klimaverhandlungen? KRIKSER, NÜTHEN Bildung für nachhaltige Entwicklung und ihre Geschlechter – zum Status quo der Geschlechterverhältnisse in der Bildung für nachhaltige Entwicklung



Verlag Barbara Budrich

Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik

INHALT

EDITORIAL	7
SCHWERPUNKT: Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik	9
IRMGARD SCHULTZ. DIANA HUMMEL. MARTINA PADMANABHAN Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik	9
SHERILYN MACGREGOR Earthcare or Feminist Ecological Citizenship?	22
FRANZISKA MÜLLER Verhandelte Geschlechterverhältnisse: Gender in der internationalen Biodiversitätspolitik	32
TANJA MÖLDERS Von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften – eine (re)produktions- theoretische Interpretation empirischer Befunde zur Gender-Dimension von Agrarpolitik	43
LIANE SCHALATEK Geschlechtergleichheit – (k)ein Mandat für internationale Klimaverhandlungen?	56
THOMAS KRIKSER, INGA NÜTHEN Bildung für nachhaltige Entwicklung und ihre Geschlechter – zum Status quo der Geschlechterverhältnisse in der Bildung für nachhaltige Entwicklung	67
FORUM	77
ALEXANDRA SCHEELE Kurskorrekturen erfordert! Die Finanz- und Wirtschaftskrise in der feministischen Kritik. Einleitung	77
BIRGIT ERBE. CLAUDIA NEUSÜß Von „Lehman-Sisters“, Familiernährern und handfester Systemkritik: Einblicke in die bundesdeutsche feministische und frauenpolitische Debatte der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise	79
SABINE REINER. GABRIELE SCHAMBACH Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise	86

GÜLAY ÇAĞLAR

Global – national – lokal: Transmissionsmechanismen der Krise und ihre geschlechtsspezifische Dimension im globalen Süden 96

GABRIELE MICHALITSCH

Krise und Kritik: Über-Arbeiten oder Über-Leben 104

TAGESPOLITIK 113

ROSA COSTA. IRIS MENDEL

Ich möchte Teil einer feministischen Bildungsbewegung sein! Bemerkungen zum Sexismus in den Studierendenprotesten in Österreich 113

DORIS STRAHM

Feministische Nachlese zur Minarettabstimmung in der Schweiz 118

SUSANNE ZWINGEL

Darf Sicherheitspolitik geschlechtssensibel sein? Hillary Rodham Clintons bisherige Amtszeit als US-Außenministerin 122

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG 127

Kurzmitteilungen 127

TINA JUNG. JULIA GARSCHA

Die Beharrlichkeit der Gender-Resistenz und die (Selbst-)Ermächtigung feministischer WissenschaftlerInnen? Brüche und Ambivalenzen im Kontext von Gender in der Politikwissenschaft 129

EVA BUCHHOLZ. JULIETTE WEDL

„Eine tragfähige Opposition?“. Gründung der Fachgesellschaft Geschlechterstudien/Gender Studies Association e.V. 133

REZENSIONEN 137

ISABELLE KUNZE

Bernadette P. Resurreccion, Rebecca Elmhirst (Hg.): Gender and Natural Resource Management 137

HEIDE MERTENS

Christa Wichterich: gleich gleicher ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung 139

INGRID KURZ-SCHERF

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf (Hg.): Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs 141

TINA JUNG

Birgit Riegraf, Lydia Plöger (Hg.): Gefühlte Nähe – Faktische Distanz.
Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und
Geschlechterforschung auf die „Wissengesellschaft“ 144

KARIN SCHÖNPFLUG

Antke Engel: Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken
im Neoliberalismus 146

GESINE FUCHS

Sabine Berghahn, Petra Rostock (Hg.): Der Stoff aus dem Konflikte sind.
Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz 148

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 153

Call for Papers. Heft 1/2011 der Femina Politica
Feministische Perspektiven auf Friedens- und Sicherheitspolitik (Arbeitstitel) 153

Neuerscheinungen 155

AUTORINNEN DIESES HEFTES 158

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“, so heißt es im Brundtland Bericht von 1987. Wie weit sind wir heute von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt? Hat sich diese Entfernung in den letzten 23 Jahren verringert? Welche politischen Maßnahmen wurden umgesetzt? Dies sind einige der Fragen, mit denen sich der Schwerpunkt dieses Heftes aus feministischer Perspektive beschäftigt. Dabei wird deutlich, dass Geschlechtergerechtigkeit (und keineswegs vermeintliche weibliche Naturverbundenheit) ein Kernstück der nachhaltigen Entwicklung und somit untrennbar mit dieser verbunden ist. Nachhaltigkeitspolitik zielt auf Entwicklung und zeichnet sich durch die enge Verknüpfung von Wissenschaft und Politik aus, die sich auch in den Beiträgen, beispielsweise zu zivilgesellschaftlichem Aktivismus, widerspiegelt.

Der Gedanke der Nachhaltigkeit steht offenbar im aktuellen politischen Handeln nicht im Vordergrund: so beispielsweise bei der Wirtschafts- und Finanzkrise, die ebenfalls ein zentrales Thema dieser Ausgabe ist. Um die Krise ist es mittlerweile vergleichsweise ruhig geworden, obwohl die Finanzlage der öffentlichen Haushalte, der Niedergang zahlreicher Unternehmen und die hohe Zahl der von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen handfeste Indikatoren für ihr Fortdauern sind. Inwieweit dabei Geschlecht eine Rolle spielt, ist mittlerweile Gegenstand von wissenschaftlichen Analysen, die wir Ihnen/Euch im Forum vorstellen. Diese Beiträge sollen auch als Anstiftung zur öffentlichen politischen Debatte um die Krise dienen.

Die Femina Politica erscheint erstmalig mit einer neuen Heftstruktur. Das Forum – dieses Mal reserviert für die Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzkrise – ist eine unregelmäßig erscheinende Rubrik für wissenschaftliche Artikel im Bereich feministischer Politikwissenschaft, die inhaltlich nicht in den jeweiligen Themenschwerpunkt fallen. Mit dem Forum möchten wir Ihnen/Euch die Gelegenheit bieten, Originalmanuskripte zur Veröffentlichung bei uns einzureichen und unseren LeserInnen somit einen weiteren Einblick in zentrale Forschungsergebnisse zu ermöglichen, aber auch wissenschaftliche Kontroversen anzustoßen. Vorschläge für die Beiträge erbitten wir in Form eines ein- bis zweiseitigen Exposés an die Redaktionsanschrift, woraufhin die Redaktion eine Auswahl nach Qualität, Interesse sowie in Abhängigkeit von der Heftkonzeption zügig vornimmt. Eine letzte Entscheidung über die Veröffentlichung wird auf der Grundlage des eingereichten Gesamttextes getroffen.

Eine weitere Umstrukturierung betrifft die Rubriken „Tagungsbeobachtungen“ und „Arbeitskreis ‚Politik und Geschlecht‘ in der DVPW“, die nicht mehr als eigen-

ständige Rubriken erscheinen werden, sondern deren Inhalte ab sofort pointiert in der Rubrik „Neues aus Lehre und Forschung“ aufgegriffen werden. Um aktueller informieren zu können, werden wir den Bericht des Sprecherinnenrats zukünftig auf der Homepage veröffentlichen.

Wir wünschen Ihnen/Euch eine anregende Lektüre dieser Ausgabe!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2010 Governing Gender. Feministische Studien zum Wandel des Regierens

1/2011 Feministische Perspektiven auf Friedens- und Sicherheitspolitik

Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik

IRMGARD SCHULTZ. DIANA HUMMEL. MARTINA PADMANABHAN

In diesem Heft widmen wir uns schwerpunktmäßig dem Thema der Nachhaltigkeitspolitik. Dabei macht die Mischung aus wissenschaftlichen Beiträgen und einem Beitrag einer zivilgesellschaftlichen Aktivistin bereits deutlich, dass das Forschungsfeld der nachhaltigen Entwicklung wie kaum ein anderes durch eine enge Verknüpfung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichem Aktivismus bestimmt ist.

Zum Verständnis: Konzept und Definition von „Nachhaltigkeit“

Nachhaltigkeitspolitik bezieht sich auf das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Für viele Menschen im Alltag erschließt sich deren Gehalt nicht unmittelbar. Im Alltagsverständnis, aber auch für Politikfelder wie beispielsweise die Gesundheitsprävention, ist unter „nachhaltige Maßnahme“ jene zu verstehen, die Ergebnisse hervorbringt und dauerhaft ist. Diese Assoziation findet im Konzept der nachhaltigen Entwicklung Anklang insofern dieses Konzept langfristige Entwicklungen im Gegensatz zu Kurzzeitperspektiven in den Fokus nimmt und Maßnahmen oder Verhalten im Hinblick auf deren Auswirkungen, ihre „Impacts“ untersucht. Dabei wird häufig von den drei Säulen der Nachhaltigkeit (Drei-Säulen-Modell) gesprochen, womit Wirkungen und Veränderungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft gemeint sind, die jedoch unmittelbar in Zusammenhang stehen. Das bestimmende Bild und der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde in der Forstwirtschaft entwickelt und bedeutet, dass bei der Waldbewirtschaftung immer nur so viel Holz entnommen wird, wie wieder nachwächst.

Trotz der Weite des Assoziationshorizonts zu diesem Begriff und der Uneindeutigkeit des Konzepts hat sich nicht zuletzt durch die Berichterstattung der Medien über internationale und Weltkonferenzen, aber auch durch Werbeanzeigen großer Unternehmen, die ihre „Nachhaltigkeit“ beteuern, eine feste Assoziation des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung mit Umweltproblemen durchgesetzt. Nachhaltigkeit wird darüber hinaus in den letzten Jahren, seit der verstärkten Medienresonanz auf das Klimathema, auch mit der Klimaproblematik verbunden. Weniger präsent in der Öffentlichkeit in Deutschland, jedoch ebenso mit diesem Konzept verbunden, ist das Thema der sozialen Gerechtigkeit. Von Armut, aber auch von gesundheitlicher Unterversorgung und mangelnder Bildung sind global betrachtet insbesondere Frauen überproportional betroffen (Department of Economic and Social Affairs Division

for the Advancement of Women 2009). Und nicht zuletzt stellt Geschlechtergerechtigkeit ein Kernstück nachhaltiger Entwicklung dar.

Die immer wieder zitierte, schon 1987 ausgehandelte Definition des Brundtland-Reports: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (Hauff 1987, XV) verweist darauf, dass „nachhaltige Entwicklung“ als Konzept eine Kompromissformel ist. Es versucht, Zielkonflikte zwischen Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Entwicklung, zwischen Interessen der Länder des globalen Südens und des Nordens in Einklang zu bringen. Dabei wohnt dem Kompromiss eine paradoxe Entwicklungsvorstellung inne, die zwar auf Wirtschaftswachstum setzt, dieses jedoch durch „Nachhaltigkeitsvorgaben“ zu einem „nachhaltigen Wachstum“ zähmen will. Diese strategische Voraussetzung wurde von Feministinnen schon bei Ausformulierung des Nachhaltigkeitskonzepts in den 1980er Jahren grundsätzlich kritisiert (Waring 1988 in Braidotti u.a. 1994, 139). Aktuell wird diese Strategie wieder von Umweltverbänden, WissenschaftlerInnen und nicht zuletzt durch eine prominente Kommission der französischen Regierung zur Entwicklung neuer Wohlstandsindikatoren in Frage gestellt wird. Ausgangspunkt dafür ist die Feststellung, dass nach zwei Jahrzehnten internationaler Anstrengungen für eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch diese dennoch gestiegen sind. Angesichts dessen, dass dieser Trend trotz sektoraler oder regionaler Erfolge insgesamt nicht gestoppt werden konnten und die weltweite Armut nicht abgenommen hat, geht es in der aktuellen Debatte – wieder – um eine Neudefinition des politischen Konzepts der nachhaltigen Entwicklung. Dabei wird eine nachhaltige Entwicklung ohne Wirtschaftswachstum sowie eine Abkehr von der Orientierung am Bruttosozialprodukt als Leitorientierung für gesellschaftlichen Wohlstand gefordert (EEB & SCORE 2009; Jackson 2009).

Feministische Nachhaltigkeitspolitik: „Sustainable Livelihoods“ statt „Sustainable Development“

Das politische Feld einer Nachhaltigkeitspolitik wurde entscheidend 1992 durch die Konferenz der Vereinten Nationen (UN) zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro angestoßen. Die dort beschlossene „Rio-Deklaration“ stellt zusammen mit der Agenda 21 der Rio-Erklärung immer noch einen politisch-strategischen Bezugspunkt für internationale Aushandlungen und eine Plattform für die Festlegung globalpolitischer Ziele auch für Feministinnen dar. Zur Vorbereitung der Rio-Konferenz wurde 1991 eine Konferenz „World Women’s Congress for a Healthy Planet“ in Miami durchgeführt, an der über 1.500 feministische Aktivistinnen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Initiativen, Frauendelegationen der indigenen Völker, Wissenschaftlerinnen, UN-Politikerinnen, Netzwerke teilnahmen. Sie einigten sich auf eine „Women’s Agenda 21“, die einen in dieser Breite noch nicht da gewesenen Konsens von Frauen aus aller Welt, der unterschiedlichsten Kulturen und Schichten, zu Perspektiven der globalen Entwicklung, Umwelt und Nachhaltigkeit darstellte.

Anstelle des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung forderten sie die Durchsetzung von „sustainable livelihoods“ (wörtlich übersetzt: „nachhaltige Sicherung der Existenzgrundlagen“). Dieses Konzept ist in dem in Miami verabschiedeten Frauen-Aktionsplan 21 untrennbar mit einer partizipativen Gestaltung der notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltung verbunden (Wichterich 1992; Braidotti u.a. 1994). Ines Weller betont als Besonderheit, „dass dieses Konzept auf die Grundbedürfnisse für ein gutes Leben fokussiert und damit auf die Bedeutung des Reproduktionsbereichs verweist, gleichzeitig aber den dafür notwendigen Machtzuwachs einfordert. Dadurch wird eine einseitige Zuweisung und Verlagerung von Verantwortung für Umwelt und Vorsorge auf Frauen (und solche Männer, die für den privaten Haushalt zuständig sind) vermieden, die an den realen Gegebenheiten der derzeitigen Verteilung von Gestaltungsmacht und Einflussnahme vorbeigeht“ (Weller 2004, 79ff.). Die Women’s Agenda 21 wurde auf dem „Erdgipfel“ in Rio eingebracht. Frauen organisierten dort im Rahmen einer großen Alternativ-Veranstaltung des Global Forum eine eigene Konferenz, den „Planeta Femea“. Die Übereinkommen betonen „the need for a democratization of the development process in a bottom-up approach, linking democracy with community control over resources, a rethinking of the relationship between humans and nature and of life-styles in general.“ (Braidotti u.a. 1994, 4). Die Frauenorganisationen konnten ihren Aktionsplan und das Konzept der sustainable livelihoods auf der offiziellen Konferenz nicht durchsetzen, erreichten jedoch durch enge Kooperation mit UN Delegierten, dass Teile davon in das Kapitel 24 der Rio-Deklaration Eingang fanden. In diesem Kapitel, die seither so genannte „Agenda 21“, wird den Alltagsakteurinnen, den lokalen Gemeinschaften und regionalen Initiativen eine zentrale Rolle in der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zugesprochen. Insgesamt stellt das Kapitel 24 und die „Agenda 21“ eine Kompromisslösung dar, die viele Feministinnen als Erfolg ihrer Aktionen ansahen, da sie einen starken Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und das Postulat der angemessenen Beteiligung von Frauen bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung enthalten. Frauen wurden hier als eine „major group“ anerkannt, deren Beitrag eine notwendige Voraussetzung ist, um Nachhaltige Entwicklung zu realisieren (UN DESA 2010).

Neue, partizipative Formen der Politikgestaltung im Zentrum

Aus partizipations- und institutionspolitischer Perspektive ist wichtig, dass die Anerkennung als „major group“ der nachhaltigen Entwicklung zum einen auf einer grundsätzlichen Anerkennung neuer Formen der Partizipation aufbaut und zum anderen ein Mitwirkungsrecht an Entscheidungsprozessen von UN-Institutionen und internationalen Konferenzen beinhaltet: „One of the fundamental prerequisites for the achievement of sustainable development is broad public participation in decision-making. Furthermore, in the more specific context of environment and development, the need for new forms of participation has emerged.“ (Artikel 23.2, Rio Declaration, UNEP 1992). Sich auf diese Festlegung berufend, hat das United

Nations Environmental Programme (UNEP) Regeln für die Teilnahme von Lobbyorganisationen an Weltkonferenzen so definiert, dass VertreterInnen der Zivilgesellschaft dem UNEP Governing Council und seinen Sondersitzungen beiwohnen können, wenn ihre Organisation akkreditiert ist. Für die Akkreditierung sind zwei Voraussetzungen definiert: zum einen dass es sich um eine Nichtregierungsorganisation handelt, die zum anderen ein ausgewiesenes Umweltinteresse auszeichnet. So kann beispielsweise das feministische Netzwerk, Women's Environment & Development Organization (WEDO), das als NGO 1991 in Miami gegründet wurde und seit Rio 1992 bei allen Weltkonferenzen akkreditiert war und diese mitgestaltet und kommentiert hat, als Lobbyorganisation Beobachterstatus bei der Konferenz haben. Sie kann aber auch, wenn dies für die entsprechende Konferenz vorgesehen ist, als Akteur an einem „Stakeholder-Dialog“ teilnehmen. Seit ihren Anfängen in Rio ist Nachhaltigkeitspolitik also ihrem innersten Selbstverständnis nach auf „good governance“, das heißt vor allem auf eine partizipatorische Politik, ausgerichtet. Dies macht verständlich, warum sich die politische Auseinandersetzung der feministischen Netzwerke im Rio-Nachfolgeprozess so stark auf die Erweiterung und Durchsetzung eines tatsächlichen „participatory decision-making“ für Frauen konzentrierte. Neben der Durchsetzung konkreter Ziele und Aktionspläne geht es im feministischen Verständnis des Nachhaltigkeitsprozesses auch immer um die Entwicklung neuer, partizipativer Formen der Politikgestaltung.

Nach-Rio-Prozess: Enttäuschung über die Rio+10-Konferenz und die zentrale Rolle feministischer Netzwerke

Mit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) in Rio 1992 ist für die Erreichung der „Nachhaltigkeitsziele“ eine weltweite Politikmaschinerie in Gang gesetzt worden. Über Weltkonferenzen strukturiert sie den Nachhaltigkeitsprozess jeweils für 10 Jahre durch Rahmenvorgaben und lenkt diesen auf globaler Ebene durch die 1992 eingerichtete Kommission für Nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD). 2002 fand die Rio+10-Konferenz, der World Summit on Sustainable Development (WSSD) in Johannesburg statt. Anstelle konkreter Nachhaltigkeitsziele wurde hier lediglich eine Implementierungsstrategie beschlossen. WEDO merkte dazu kritisch an:

While the Plan of Implementation reaffirms some of the strongest ideas from Rio, including the precautionary principle, the principle of common but different responsibilities, and the polluter-pays principle, the document is not an action plan. It does not specify clear responsibility or comprehensive targets and in many instances calls only for voluntary action (WEDO 2002).

UN-Politik jedoch funktioniert durch die verbindliche Festlegung von Zielen und Verantwortlichkeiten sowie durch Aktionspläne, deren Umsetzung durch Institutionen, Maßnahmen und letztlich auch Ressourcen gewährleistet wird. Die Mitsprache

der „major groups“ an diesen Entscheidungen ist kein politischer Nebenschauplatz. Deshalb kritisierte WEDO am Johannesburg-Gipfel, dass Frauen als „major group“ gerade bei den wichtigen Themen wie Energie und Handel nicht einbezogen wurden. Es fanden dazu – im Gegensatz zu anderen Themen – keine Stakeholder-Dialoge statt.

Vor diesem Hintergrund wird die aktive und wichtige Funktion der feministischen Netzwerke wie WEDO, Women for Climate Justice (Gender CC), Global Gender and Climate Alliance (GGCA), Diverse Women for Diversity, Indigenous Women's Biodiversity Council etc. im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich verständlich. Seit 1991

(...) WEDO has built on that experience by mobilizing women's participation to advance women's perspectives at the UN and other forums. Throughout the 1990s WEDO played a key leadership role to ensure that gender was included in the outcomes of major UN conferences. Today, WEDO recognizes that policy commitments alone are not enough to improve women's daily lives. That is why WEDO is collaborating more deeply with Southern partners on implementing global policy gains at the national level and holding governments accountable to their commitments on women's right (WEDO 2010).

Die feministischen Netzwerke sind als „Lobbyorganisationen“ nur unzutreffend gekennzeichnet. Sie vertreten keine Partikularinteressen wie Firmenlobbyisten, sondern sind als Politikakteure zu begreifen, deren Funktion sowohl in der Formulierung und Legitimierung von Leitorientierungen besteht (gender justice – environmental justice – climate justice), als auch in der Aushandlung politischer Ziele (targets), Umsetzungsstrategien (action plans) und in der Ausstattung politischer Strategien mit Institutionen, Ressourcen und Maßnahmen. Für die feministischen Initiativen, aber auch für Wissenschaftlerinnen in der Nachhaltigkeitsforschung, haben sie darüber hinaus eine unverzichtbare Funktion durch ihren Beobachterstatus, der ihnen regelmäßige Informationen und Kommentierung der Nachhaltigkeitspolitik ermöglicht. Für Deutschland erfüllt GENANET, die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, eine wichtige Funktion der Vernetzung und des Wissenstransfers (www.genanet.de). Sie informiert regelmäßig in ihren „genaNews“ über Netzwerkinitiativen, Kongresse, Aktionen und Kampagnen und stellt Hintergrundwissen über Gender und Nachhaltigkeitsthemen zur Verfügung.

Geschlechtergerechtigkeit und Klima

Dass Klimagerechtigkeit nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit realisierbar ist, wird dank zunehmendem feministischen Engagements in der Klimapolitik immer deutlicher (Terry 2009; Schalatek in diesem Heft). Um dem Klimawandel durch Anpassung und Schadensminderung zu begegnen, schlagen Frauen umfangreichere Ansätze als Männer vor und doch haben sie weniger Macht und Einfluss entsprechend Politiken zu beeinflussen. Frauen haben größere Zweifel als Männer an technischen Lösungen um die Erderwärmung zu bekämpfen und unterstützen eher Initiativen, die persönliche Verhaltensänderungen zur Konsequenz haben – d.h. wiederum, dass

sie an die Beeinflussbarkeit durch Aktivitäten glauben (GenaNet 2007). Die derzeitige Lücke in der Berücksichtigung von Fraueninteressen in der Klimadebatte verweist auf eine eklatante Misallokation von Geldern in der Klimaforschung. Dabei scheinen sich alle einig mit der Rio Erklärung zu sein, dass nachhaltige Entwicklung ohne Frauen nicht möglich sei. Doch wie auch in der Biodiversitätspolitik, scheint jeder Politiksektor einzeln für eine geschlechterdifferenzierte Sicht geöffnet werden zu müssen und Gewinne in dem einen Ressort sind nicht selbstverständlich für sich neu konstituierende Politikfelder.

Über die im Kern politischen Aspekte des Themas Gender und Klima hinausgehend, die *Liane Schalatek* in ihrem Beitrag in diesem Heft behandelt, halten wir die beobachtbare Renaissance und (Neu-)Popularisierung des Themas „nachhaltiger Konsum“ bzw. der „nachhaltigen Lebensstile“ für bemerkenswert. Denn das Thema der „nachhaltigen Produktions- und Konsummuster“ war ein Herzstück der Rio-Erklärung 1992. Mit der Feststellung, dass rund 20 % der Weltbevölkerung etwa 80 % der globalen Ressourcen verbrauchen, kam die Verantwortung der (über-)industrialisierten Länder und deren nicht-nachhaltiger Lebensstile in den Blick. Damit wurde erst das Verursacherprinzip nicht mehr einseitig auf das Bevölkerungswachstum gerichtet, das in den Ländern des Südens stattfindet, sondern auch auf eine „Konsumexplosion“, die in die Produktions- und Konsumweisen der industrialisierten Länder eingelassen ist (Hummel 2000, 72ff.). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und am Anfang dieses Jahrzehnts sollten eine ganze Reihe an Aktivitäten und Kampagnen in der Bevölkerung – das heißt in den Privathaushalten – ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das eigene Konsumverhalten umweltrelevant ist (Umweltbundesamt 2002). Hierauf aufbauend entwickelte sich eine Gender & Environment-Forschung, die einerseits die Grundfigur einer geteilten Verantwortung zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik aufnahm, andererseits aber dabei eine geschlechterdifferenzierende Perspektive einbrachte. Zunächst wiesen die ersten empirisch argumentierenden Studien eine generelle Umweltverantwortung „der Haushalte“ als „Feminisierung der Umweltverantwortung“ zurück, da „der Haushalt“ als stereotype Deckfigur für „die Hausfrauen und Konsumentinnen“ angesehen wurde (Schultz 1993). Mit der Renaissance des Themas des nachhaltigen Konsums im Klimadiskurs wird jetzt sehr viel konkreter analysiert: wie viel Energie verbrauchen Frauen – wie viel Energie verbrauchen Männer und es wird nach Konsumbereichen, Konsumententscheidungen und NutznießerInnen dieser Konsumententscheidungen differenziert (Johnsson-Latham 2007).

Das Verschwinden der Geschlechtergleichheit aus der EU-Nachhaltigkeitspolitik durch sektor-spezifische Operationalisierung

Die übergreifende Rahmen-Politikstrategie, die „Renewed EU Sustainable Development Strategy“ (Council of the European Union 2006) soll die Politiken der Europäischen Union strukturieren. Neben anderen beinhaltet diese explizit „gender equality“ als eine der definierten Leitorientierungen: In dem ersten Kapitel, das sich

zu Nachhaltiger Entwicklung bekennt, wird sie folgendermaßen definiert und eingebettet:

Sustainable development means that the needs of the present generation should be met without compromising the ability of future generations to meet their own needs. It is an overarching objective of the European Union set out in the Treaty, governing all the Union's policies and activities. It is about safeguarding the earth's capacity to support life in all its diversity and is based on the principles of democracy, gender equality, solidarity, the rule of law and respect for fundamental rights, including freedom and equal opportunities for all (Council of the European Union 2006).

Beim „Herunterbrechen“ dieser Rahmenstrategie auf sektorspezifische Aktionspläne, wie beispielsweise den „Sustainable Consumption and Production and Industrial Policy Action Plan“ kommt jedoch ein Verweis oder gar eine Operationalisierung von Geschlechtergleichheit nicht mehr vor (Schultz/Stieß 2009).

In den europäischen Mitgliedsstaaten gibt es ebenfalls Nachhaltigkeitsstrategien, die wie in Deutschland durch einen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ ausformuliert werden. Nationale Nachhaltigkeitsstrategien sollen ökonomische, soziale und umweltpolitische Politiken und Pläne miteinander vereinbaren, d.h. Nachhaltigkeitsräte sind Gremien der Integration. Eine wichtige Aufgabe besteht darin zu zeigen, dass diese Integrationsleistung möglich ist und worin sie bestehen kann (Töpfer 2008, 23). Die Nachhaltigkeitsräte oder ähnliche Institutionen sind in den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten jedoch sehr unterschiedlich hoch im jeweiligen politischen Machtgefüge eingelassen, z.B. auf Ministerebene. In Deutschland ist der Rat von der Bundesregierung eingesetzt und berät diese zu Zielen und Indikatoren bei der Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, deren Umsetzung und der Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit.

Am 24. Oktober 2009 sprachen sich die europäischen Nachhaltigkeitsräte auf ihrer jährlichen Vollversammlung dafür aus, im Jahr 2012 eine Weltkonferenz Rio+20 abzuhalten, da weder die globale Umweltzerstörung, noch die weltweite Armut (EEAC 2009) auf dem Rückzug sind. Mit der Formel „Armut und Umwelt“ bzw. „Armut und Klima“ hat die Nachhaltigkeitspolitik ihre aktuelle thematische Kurzbeschreibung gefunden. Die neue Qualität des partizipatorischen Politikgestaltens und des gleichberechtigten „participatory decision-making“ von Frauen und Männern, von Politikern und Laien, von privilegierten Gruppen und Unterprivilegierten, für die Rio 1992 bis heute steht, bleibt dabei jedoch unterbelichtet.

Überblick über die Beiträge und ihre (Forschungs-)Kontexte

Feministische Positionen werden heute in die globale Nachhaltigkeitspolitik vor allem durch die internationalen feministischen Netzwerke und Initiativen eingebracht. Der Beitrag von Liane Schalatek gibt eine anschauliche Vorstellung von dieser Form des Politikmachens. Im neuen Politikfeld Klima ist ein detailliertes und hartnäckiges Begleiten der internationalen Verhandlungen durch feministische Netzwerke notwendig, um überhaupt eine Genderdimension in die sehr technokra-

tischen Lösungsansätze einzuführen. Dies hat unmittelbar Auswirkungen auf die Forschungstätigkeiten und Analysen, die deshalb nicht auf genderdifferenzierten Datensätzen beruhen. Deshalb ist es so wichtig, bei der Entwicklung neuer Politikinstrumente dezidiert Ressourcen für die Bearbeitung der Potentiale und Chancen von Frauen in der Verursachung und Anpassung an den Klimawandel bereitzustellen.

Nach einer lebhaften Debatte in der Frauenbewegung und Genderforschung der 1980er und 1990er Jahre über grundsätzliche epistemologische und konzeptionelle Begründungen des Verhältnisses von Frauen und Natur, Gender and Environment, Geschlecht und Nachhaltige Entwicklung sind politisch-strategische Beiträge, die diese alten feministischen Debatten aufnehmen und fortführen, heute eher selten. Wie der Band von Rosi Braidotti u.a. von 1994 im Einzelnen darstellt und diskutiert, waren die feministischen Debatten am Beginn der 1990 Jahre, die in die Formulierung der Women's Agenda 21 eingingen, sehr heterogen. Zudem waren sie eng verflochten mit den grundsätzlichen philosophischen und epistemologischen Auseinandersetzungen dieser Zeit um ein neues Verhältnis von Menschen und Natur (Braidotti u.a. 1994). In Deutschland wurde diese konzeptionelle Auseinandersetzung insbesondere um den (sozialen) Ökofeminismus geführt, der mit den Namen von Maria Mies, Vandana Shiva, und dem Subsistenzansatz von Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof verbunden ist. In England wurde der Ökofeminismus nicht nur als theoretische und Forschungsperspektive ausbuchstabiert (Mellor 2000), sondern vor allem auch als dezentralisiertes Aktivistinnennetzwerk (das auch einige Aktivisten beinhaltet). Bis heute sehr aktiv ist das Women's Environmental Network (WEN) in Großbritannien, das sich insbesondere auf das Thema des nachhaltigen Konsums fokussiert, sowohl Berechnungen zu den sozialen und ökologischen Kosten von Produkten veröffentlicht als auch Kampagnen für einen nachhaltigen Konsum oder zum Thema Abfall durchführt. Daher sind wir über den englischen Beitrag der Politikwissenschaftlerin Sherilyn MacGregor froh. Er setzt sich einerseits kritisch mit einigen Grundannahmen des Ökofeminismus auseinander und begründet andererseits mit Rekurs auf die politikwissenschaftliche Citizenship-Debatte ein Konzept des feminist ecological citizenship als einen reformulierten und erweiterten ökofeministischen Ansatz. Wir hoffen, mit der Veröffentlichung dieses Beitrags einen Anstoß zur Wiederaufnahme – nicht des Streits um epistemologisch-konzeptionelle Begründungen sondern – der politisch-strategischen Diskussion über eine feministische Nachhaltigkeitspolitik geben zu können.

Seit der Konferenz in Rio 1992 hat sich – aufbauend auf den Ansätzen einer stark technikorientierten und auf die „Ergrünung“ von Produktionsprozessen ausgerichtete Umweltforschung – eine eigenständige Nachhaltigkeitsforschung herausgebildet. In diesem Forschungsfeld, das wie wenige andere durch seine starke Politiknähe bestimmt ist, sind vor allem globale und regionale Forschungsansätze zu unterscheiden. Die Kategorisierung der Nachhaltigkeitsforschung kann nach sehr unterschiedlichen Kriterien vorgenommen werden, die beispielsweise auf die beteiligten Disziplinen (naturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche

Nachhaltigkeitsforschung) fokussieren, oder nach verschiedenen Konzepten (wie beispielsweise einer „starken“ und einer „schwachen Nachhaltigkeit“) (Weller 2004). Nach Verbreitung des Konzept in den Umweltwissenschaften gab es in den neunziger Jahren eine große Anzahl an Beiträgen, die auf einer Meta-Konzeptebene Sollsetzungen für politische Nachhaltigkeitsstrategien begründeten, und auch Beiträge, die Nachhaltigkeitskonzepte für die politische Umsetzung begründeten. Insgesamt ist festzustellen, dass diese Forschung stark segmentiert und themenzentriert betrieben wird, das heißt aufgefächert nach den gesellschaftlichen Handlungsfeldern Energie, Mobilität, Wasser, Biodiversität, Bauen und Wohnen, Konsum und Lebensstile etc., wobei der Themenzuschnitt sich häufig nach den politischen und den Förderprogrammen richtet. Nach Johannesburg 2002 und mit der Konzentration der öffentlichen Debatte auf das Problem der Klimaveränderung sind jedoch verstärkt systemische Konzepte der Klimaforschung aufgenommen worden. Dennoch kann das Urteil von Klaus Töpfer über die Nachhaltigkeitspolitik, dass „sektorale Isolation und Blindheit“ (Töpfer 2008, 27) diese blockiere, auch gegenüber den Anforderungen einer integrierten Nachhaltigkeitsforschung festgestellt werden. Konzeptvorschläge, die durch einen technisch-ökonomischen Zirkelschluss und Machbarkeitsvorstellungen geprägt sind, herrschen immer noch vor. Das Ausbuchstabieren der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit (neben der ökologischen und der ökonomischen) wird auch nach zwanzig Jahren Nachhaltigkeitsforschung noch angemahnt. Die konzeptionelle Integration der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit, das heißt der Armutproblematik und der Frage der sozialen Teilhabe, die systematische Berücksichtigung gesellschaftlicher Pluralität und demografischer Entwicklungen ist jedoch eine Voraussetzung für die konzeptionelle Berücksichtigung auch von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit bei diesem zumeist naturwissenschaftlich oder technisch dominierten Umweltfeldern. Dass diese Anforderung nicht trivial ist, zeigt der Beitrag von Franziska Müller zur Konvention über den Schutz biologischer Vielfalt (CBD). Erst als konzeptionell Natur und Kultur nicht mehr strikt gegenübergestellt wurden, sondern Natur als gesellschaftlich geprägte verstanden und mit der Anwendung eines ökosystemaren Ansatzes die Bedrohung biologischer Vielfalt auch als sozialer, kultureller und politischer Konflikt betrachtet wurde, konnte auf politischer Ebene die Einbeziehung der Genderperspektive gefordert werden.

Mit Blick auf die Länder des ökonomischen Südens belegt eine Vielzahl an empirischen Studien die Managementleistungen und spezifischen Wissensvorräte von Frauen in der Erhaltung und Nutzung von Biodiversität und drängt auf die Operationalisierung dieser Erkenntnisse in der politischen Arena (Padmanabhan 2008a). Dennoch beschränkt sich die Berücksichtigung der oft indigenen Frauen auf Abbildungen in Hochglanzbroschüren. Während die Fähigkeiten von Bauern und Bäuerinnen beim Erhalt der Agrarbioidiversität gewürdigt werden (Padmanabhan 2008b) und die Selbstorganisation von Nomadengruppen angesichts prekärer Umweltbedingungen Anerkennung findet (Mwangi/Ostrom 2009) ist der Schritt zu einer geschlechtersensiblen Ausgestaltung des Zugangs und der Verfügungsgewalt über

natürliche Ressourcen paradoxerweise gerade durch totalitäre Schutzkonzepte gefährdet (Randeria 2009). Der Wandel in der Wahrnehmung von einseitig die Umwelt z.B. durch Brennholzentnahme übernutzenden SchutzgebetsbewohnerInnen zu AkteurInnen mit großer Kenntnis von ökologischen Zusammenhängen mit einem begründeten Schutzinteresse an ihrer unmittelbaren Lebenswelt, hat neue Ansätze wie Co-Management durch Zivilbevölkerung und Staat befördert. Dabei ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsansprüche von Frauen und Männern ein weiterhin zu untersuchender Aspekt, um durch Dezentralisierung nicht nur einer anderen Form der Entrechtung das Wort zu reden.

Neben einzelnen Forschungsprojekten und einzelnen konzeptionellen Ansätzen der Gender- & Nachhaltigkeitsforschung auf Universitätsebene hat auf Forschungsprogrammebene allein das Programm der sozial-ökologischen Forschung versucht, die Genderdimension systematisch in ihren Integrationsansatz der sozialen und zugleich ökologischen Forschung zu integrieren (www.sozial-oekologische-forschung.org). Das Programm des Bundesforschungsministeriums läuft jedoch aus. Innerhalb des Programms gab es eine „Querschnittsgruppe Gender“, die ihre Erfahrungen mit der Integration der Gender-Perspektive aus zwölf Verbundprojekten des SÖF-Programms reflektieren. Dabei sind neben vielen anderen Erkenntnissen vor allem die beschriebenen Probleme der systematischen Wissensintegration von Genderaspekten, aber auch neue Methoden der Genderanalyse und der Gender-Integration hervorzuheben (Schäfer u.a. 2006; Schultz 2008).

In der inter- und transdisziplinären Forschung wie der Sozialen Ökologie werden Nachhaltigkeitsprobleme theoriegeleitet und zugleich anwendungsorientiert mit einem transdisziplinären Zugang analysiert, der auf die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme abzielt (Becker/Jahn 2006). Demnach lassen sich Nachhaltigkeitsprobleme nicht auf Subpolitiken des Naturumgangs, der sozialen Beziehungen oder der Wirtschaftsstrukturen eingrenzen, sondern erhalten ihre Dynamik vielmehr aus krisenhaft gewordenen Verhältnissen, in denen die Handlungsfolgen von Menschen mit ökologischen Abläufen und Reproduktionsprozessen verwoben sind. Wenn derlei Krisen durch politisches Handeln eingedämmt werden sollen, ist ein umfassendes sozial-ökologisches Politikverständnis nötig, das die Erfordernisse der natürlichen Lebensgrundlagen mitberücksichtigt. Ein Indikator für krisenhafte Entwicklungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist die zunehmend prekäre Versorgung vieler Menschen. Der analytische Rahmen der Versorgungssysteme bildet eine Möglichkeit, Geschlechterverhältnisse, Produktionsverhältnisse und Reproduktion einer integrierten Betrachtung zu unterziehen (Hummel 2008).

Als ausgearbeitete feministische Konzeption, die in dieser Form vor allem in der deutschen Genderforschung entwickelt wurde und angewendet wird, ist der Ansatz des Vorsorgenden Wirtschaftens hervorzuheben (Biesecker u.a. 2000; Biesecker/Hofmeister 2001). Das Konzept, das vorwiegend von Ökonominen in einem Arbeitskreis entwickelt wurde, nimmt die Reproduktion als Ausgangspunkt für die Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit: Nicht der abstrakte Wert, sondern die Er-

füllung gesellschaftlicher Bedürfnisse soll Ziel des marktwirtschaftlichen Handelns sein. Das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens formuliert drei Handlungsprinzipien, die seinen Kern bilden und zusammen eine umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsweise ermöglichen und unterstützen sollen: Vorsorge, Kooperation und Orientierung am Lebensnotwendigen. Als langfristige Perspektive des Nachhaltigen Wirtschaftens wird angestrebt, diese aus dem Reproduktionsbereich stammenden Prinzipien in die Marktökonomie einzubringen (nach Weller 2004). Dass dabei insbesondere die Überwindung des Dualismus von Produktion und Reproduktion fokussiert wird, verdeutlicht der Beitrag von Tanja Mölders „Von der Frauenfrage zum Vorsorgenden Wirtschaften“, der explizit diesen Ansatz an einem Forschungsbeispiel darstellt. Bezogen auf das Politikfeld der Agrarpolitik kann mit der Perspektive der „(Re)Produktivität“ ein Nachhaltigkeitsverständnis entwickelt werden, das die Gestaltung von Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen integrativ verknüpft. Kompetenzen zur zukunftsfähigen (Um-)Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse und politische Teilhabe stellen allerdings sich nicht von allein ein, sondern erfordern unter anderem auch eine entsprechende Nachhaltigkeitsausrichtung des Bildungssystems. Im Jahr 2002 haben die Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 die Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit dem Ziel ausgerufen, die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Zum einen soll dabei Wissen über globale Zusammenhänge und Probleme wie Klimawandel und globale Gerechtigkeit vermittelt werden, sowie über die komplexen ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungszusammenhänge. Zum anderen geht es um das Erlernen von Gestaltungskompetenz im Sinne vorausschauenden Denkens, interdisziplinären Wissens und der Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Dabei geht Bildung für Nachhaltigkeit über eine Teilhabe an gesellschaftlichem Wissen als Voraussetzung für erfolgreiche Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt hinaus. Während die Segregation auf dem Arbeitsmarkt eine Quelle für geschlechtliche Ungleichheit ist, die bereits durch Bildungskarrieren eingeleitet werden, sucht Bildung für Nachhaltigkeit nach neuen Wegen, Verfahren und Inhalten, die den komplexen Problemkonstellationen aus nicht-nachhaltigen Sackgassen entspricht. Dass ein geschlechtersensibles Weiterdenken von Bildung für nachhaltige Entwicklung sich sowohl auf die kritische Reflexion der Lerninhalte als auch auf deren Vermittlungsformen beziehen muss, zeigt der Beitrag von Thomas Kriker und Inga Nüthen auf. Der Einbezug von Geschlechtergerechtigkeit als einem Kernthema der Nachhaltigkeit bedarf ebenso wie Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung der konkreten institutionellen Verankerung.

Wie die Auswahl der hier versammelten Beiträge deutlich macht, bildet Nachhaltigkeitspolitik aus feministischer Sicht ein weites Feld. Mit Bezug auf unterschiedliche Themenbereiche beleuchten die Artikel je spezifische, besonders politikwissenschaftlich relevante Facetten dieses Diskurses. Sie geben einen Einblick in das breite Instrumentarium feministischer Analysen und zeigen Ansatzpunkte einer feministischen (Mit-)Gestaltung der Nachhaltigkeitspolitik auf.

Literatur

Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.), 2006: Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/M.

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine, 2001: „Vom nachhaltigen Naturkapital zur Einheit von Produktivität und Reproduktivität. Reproduktion als grundlegende Kategorie des Wirtschaftens“. In: Held, Martin/Nutzinger, Hans (Hg.): Nachhaltiges Naturkapital. Ökonomik und zukunftsfähige Entwicklung. Frankfurt/M., New York, 154-178.

Biesecker, Adelheid/Matthes, Maite/Schön, Susanne/Scurrrell, Babette (Hg.), 2000: Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.

Braidotti, Rosi/Charkiewicz, Ewa/Häusler, Sabine/Wieringa, Saskia (Hg.) 1994: Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis. London, New Jersey.

Council of the European Union, 2006: Renewed EU Sustainable Development Strategy. Brussels: European Council, DOC 10917/06, 26 June 2006.

Department of Economic and Social Affairs Division for the Advancement of Women, 2009: 2009 World Survey on the Role of Women in Development. Women's Control over Economic Resources and Access to Financial Resources, including Microfinance. New York.

EEAC (European Environment and Sustainable Development Advisory Councils) 2009: Recommendations taken by the EEAC 2009 Annual Plenary Session, Dubrovnik, 24th October 2009. Internet: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2009/2009-10-29/europaeische-nachhaltigkeitsraete-fuer-rio-20-gipfel/> (10.03.2010)

EEB (European Environmental Bureau)/**SCORE** (Sustainable Consumption Research Exchange), 2009: Blueprint for European Sustainable Consumption and Production: Finding the path of transition to a sustainable society. Brüssel.

GenaNet, 2007: A Healthy Climate? Gender Justice and Climate Protection Internet: http://wecf.de/cms/download/2004-2005/Healthy_climate_english.pdf (20.01.2010).

Hauff, Volker (Hg.), 1987: Our Common Future. Oxford.

Hummel, Diana, 2000: Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Opladen.

Hummel, Diana (Hg.), 2008: Population Dynamics and Supply Systems. A Transdisciplinary Approach. Frankfurt/ M., New York.

Jackson, Tim, 2009: Prosperity without growth? The Transition to a Sustainable Economy. Sustainable Development Commission. UK. Internet: http://www.sdcommission.org.uk/publications/downloads/prosperity_without_growth_report.pdf (10.2.2010).

Johnsson-Latham, Gerd, 2007: A Study on Gender Equality as a Prerequisite for Sustainable Development: What We Know about the Extent to which Women Live in a More Sustainable Way than Men, Leave Smaller Ecological Footprint and Cause Less Climate Change. Report to the Environmental Advisory Council Sweden.

Mellor, Mary, 2000: "Feminism and Environmental Ethics: A Materialist Perspective". Ethics and the Environment, 5. Jg.H. 1, 107-123.

Mwangi, Esther/Ostrom, Elinor, 2009: „A Century of Institutions and Ecology in East Africa's Rangelands: Linking Institutional Robustness with the Ecological Resilience of Kenya's Maasailand“. In: Beckmann, Volker/Padmanabhan, Martina (Hg.): Institutions and Sustainability. Political Economy of Agriculture and the Environment. Dordrecht, 195-222.

Padmanabhan, Martina, 2008a: Gender and Institutional Analysis. Natural Resource Management in Asia and Africa. Habilitationsschrift. Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät. Humboldt-Universität zu Berlin, (unveröffentlichtes Manuskript) .

Padmanabhan, Martina, 2008b: Collective action in plant genetic resources management: Gendered Rules of Reputation, Trust and Reciprocity in Kerala, India. *Journal of International Development*. 20. Jg., 83-97.

Randeria, Shalini, 2009: Ökologische Governance. Zwangsumsiedlungen und Rechtspluralismus im (post-) kolonialen Indien. *Femina Politica*. 18. Jg. H. 2, 41-51.

Schäfer, Martina u.a. (Hg.), 2006: Gender-Perspektiven in der Sozial-Ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten, München.

Schultz, Irmgard (Hg.), 1993: GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung von Verantwortung. *Forschungstexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung*, Nr. 3. Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE. Frankfurt/M.

Schultz, Irmgard, 1997: „Globalökologische Krise und die Erosion der staatlichen Versorgungsordnung: zur Neustrukturierung der Verbindung von Zeit, Geld und Geschlecht“. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. Opladen/Wiesbaden, 311-333.

Schultz, Irmgard, 2008: „Die Gender-Dimension in Qualitätskriterien und Evaluation – das Beispiel Europaforschung und transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung“. In: Bergmann, Matthias/Schramm Engelbert (Hg.): *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*. Frankfurt/M., New York.

Schultz, Irmgard/**Stieß**, Immanuel, 2009: EUPOPP Deliverable 1.1: Gender Aspects of Sustainable Consumption Strategies and Instruments. Frankfurt/M.

Terry, Geraldine, 2009. "No Climate Justice without Gender Justice: an Overview of the Issues". *Gender & Development*. 17. Jg. H. 1, 5-18.

Töpfer, Klaus, 2008: „Meeting the Global Challenge: The Contribution of National SD Strategies“. In: GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit)/RNE (Rat für Nachhaltige Entwicklung): *Sustainability – the Unfinished Business Challenges in International Cooperation*. Berlin. 23-29.

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). Division for Sustainable Development. http://www.un.org/esa/dsd/agenda21/res_agenda21_24.shtml (05.03.2010).

UNEP (United Nations Environmental Programme) Preamble to Section III. Rio Declaration on Environment and Development. <http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=52&ArticleID=71&l=en> (05.03.2010).

Umweltbundesamt (Hg.), 2002: Nachhaltige Konsummuster. Ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation. Mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung, Nr. 6. Berlin.

WEDO (Women's Environment & Development Organisation), 2002: Gender Analysis of the WSSD Plan of Implementation, World Summit on Sustainable Development, New York. Internet: www.wedo.org/sus_dev/analysis2.htm (15.02.2003).

WEDO (Women's Environment & Development Organisation), 2010: Our story. Internet: www.wedo.org/about/our-story (30.03.2003).

Weller, Ines, 2004: Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten, München.

Wichterich, Christa, 1992: Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Köln.

Earthcare or Feminist Ecological Citizenship?

SHERILYN MACGREGOR

Over the past four decades, feminist environmentalism or “ecofeminism” has been concerned with such difficult questions as: Are women more “naturally” connected to nature than men? Do women’s gendered roles and experiences give them unique insight into human-nature relationships? Why is it that women around the world seem to demonstrate relatively more concern for the quality of their environments than men? Where do the roots of this concern lie? These questions, and the answers they provoke, are discussed in more detail in my book in which I critically interrogate ecofeminist discourses that make connections between women’s caring and ecological politics. I question why it is that many ecofeminists assert a special role for women as environmental care-takers without considering their lives as political subjects or what it might mean for women in existing unequal and unsustainable societies to bear such an enormous responsibility.

In this article I outline my position that *feminist ecological citizenship* is a more promising and more radical language for articulating the goals of ecofeminist politics than the language of care. I believe that an over-reliance on the discourses of care, mothering, and subsistence labour is not a good strategic move for ecofeminism. One reason for this is that it does not take into account the cultural baggage of the ethics of care discourse that claims to be rooted in a feminized and different moral voice. In agreement with feminist moral philosophers (e.g., Tronto 1993), I argue that, in the context of a white male-dominated society that constructs and enforces women’s capacity to care, ecofeminism should not romanticize but *politicize* this capacity. Ecofeminist arguments that celebrate women’s caring for people and the planet without condemning its implication in oppressive political economic systems risk affirming sexist notions about women’s place in society. I think they are particularly dangerous when unpaid caring work is increasingly exploited to facilitate neoliberal policies of privatisation and by environmentalist strategies for tackling climate change. An ecofeminist approach to citizenship, on the contrary, ought to recognize care as a form of work and a moral orientation that has been feminized and privatized in Western societies and that must be distributed fairly within and between societies if gender equality and sustainability are to be realized.

I make this argument because I want to contribute to moving ecofeminism, which I regard as an important intellectual and political movement, in a more promising direction. Ecofeminism is arguably in need of new directions after several decades of internal disagreements over what it stands for, who it speaks to, and what it is called. I am less interested in how it is labeled (i.e., whether it is ecofeminism, feminist environmentalism, feminist political ecology, ecogender studies, or something else) than in the kinds of political debates this movement can inspire. My aim is to create

a space for fruitful and critical consideration of an issue that needs more discussion and debate among ecofeminists and between ecofeminists and other ‘green’ theorists.

Caring for the earth: problems with the ecomaternalist tradition

In 1996, historian and ecofeminist theorist Carolyn Merchant published *Earthcare: Women and the Environment*, a book about women’s efforts to protect the environment and human health throughout history and around the world. From the “moral mothers” of nineteenth century New England, to the “hysterical housewives” at Love Canal in the 1970s, to the *Planeta Fêmea* tent at the 1992 Earth Summit in Rio de Janeiro, Merchant celebrates the contributions of women to the struggle for ecological sustainability. In fact, her dedication reads: “To the women who will care for and defend the earth in the third millennium from those who have done so in the recent and deep past” (Merchant 1996: xi). Like many ecofeminist scholars, Merchant places great hope in the myriad material and moral connections that women *qua* women seem to have to nature. When Merchant calls for a “partnership ethic of earthcare“, this hope is translated into an ethical-political prescription for change, founded on women’s “intimate knowledge of nature” (Merchant 1996, 16) that comes out of daily caring practices. The “daily caring practices” part of this assertion is important for many ecofeminists who want to avoid making essentialist claims about women’s biological nature (i.e., that there are essential qualities that all women share by virtue of being female). Aware that charges of essentialism have long undermined ecofeminism, these theorists emphasize that the link they make is a socio-material and experiential one: women’s mothering and care-giving work mediates the relationship between people and nature and thereby engenders a *caring stance* towards nature.

This rhetoric of “ecomaternalism,” as I call it, is pervasive in much of the contemporary ecofeminist discourse. Some of the best-known ecofeminist scholars draw upon a similar connection between women’s caring for people and their environmental concern. For example, Maria Mies and Veronika Bennholdt-Thomsen (1999) write of the “subsistence perspective”; Vandana Shiva (1989) points to the “feminine principle”; Ariel Salleh (1997) celebrates the “barefoot epistemology” of Southern “re/sisters”; and Mary Mellor (2000) calls for a “Women’s Experience (WE) world”. Each of these writers presents a picture of ecofeminism not built on abstract theorizing, but rather on what women do – indeed, *have always done* – to survive the vicissitudes of capitalist-patriarchal-colonial development. Explaining her own version, Mellor argues that “women are not closer to nature because of some elemental physiological or spiritual affinity, but because of the social circumstances in which they find themselves” (2000, 114). Merchant defends her position against the charge of essentialism by claiming it to be gender-inclusive; that is, under the right conditions, men can be earth-carers too. Others contend that, even if they may in some ways be problematic, assertions about a feminine socio-material connection to nature are both inspirational and *strategically useful* for the development of ecofeminism as a political movement (Sturgeon 1997).

Social research provides some empirical evidence to support the claim that women typically demonstrate a higher level of concern for environmental issues relative to men (e.g., Tindall et al. 2003; Hunter et al. 2004). Many feminist scholars make much of the fact that women are often drawn into environmentalism because, as mothers, they fear for their children's health and feel a sense of duty to protect and restore their environments. Joni Seager (1993, 269) argues, for example, that "women's environmental activism occurs within the context of, and as a result of, their particular socially-assigned roles – roles that in many key ways do transcend boundaries of race, ethnicity, and class". Merchant (1996, 13) quotes one activist as saying that "women are 'mothers of the earth' who want to take care of it."

But many such ecofeminist claims about women's "earthcare" are not particularly reliable: they are based on selective readings of a narrow list of empirical examples. For example, the Chipko movement (the most often cited case of women's pro-environmental activism) is inaccurately held up as a women-led conservation movement, whilst women's involvements in pro-development activism are almost never mentioned, nor are examples of "earthcare" where men and women have worked together as equal partners. That women engage in environmental activism at great cost to themselves and often under circumstances that are not of their own choosing is seldom discussed. Because many ecofeminist academics want to downplay the privileged place of Western theory in ecofeminism by listening to voices from the Global South and from the grassroots, the experiences of women activists in environmental struggles are often appropriated and treated as truth. Paradoxically, by invoking experientially and epistemologically based women-nature connections, *even when these are said to be based in material conditions*, many ecofeminists falsely universalize private feminine identities and roles, ignore the complex and shifting contexts in which caring and environmental activism take place, and tread dangerously close to perpetuating racism, sexism, and colonialism. They avoid biological essentialism, but fall into the trap of "sociological essentialism" (Sandilands 1999) or what I would call experiential reductionism.

In response to these problems, I want to ask: what does it mean for a woman to invoke the identity of "mother" to explain her participation in the political sphere? Why see activism as an extension of women's private roles, rather than a conscious choice to engage in public life that is valuable in itself? What are the risks of celebrating women's caring at time when their unpaid, life-sustaining labour is under increased demand from both the neoliberal state and from greens seeking to harness it to solve the serious threats of global climate change?

Caring and citizenship in times of economic crisis

Before moving to my argument for feminist ecological citizenship as an alternative to ecomaternalist discourse, it is important to look at the ways in which caring and citizenship have become increasingly intermingled (perhaps even confused) in the contemporary context. Here we need to recognize what I have called the "dangerous

dovetail” of the neoliberal responsabilisation of citizens,¹ on the one hand, and green prescriptions for sustainable living on the other. Both depend on increased amounts of voluntary, unpaid labour in the private sphere, while being largely oblivious to gender implications. I begin by examining changes to citizenship under neoliberal regimes attempting to manage economic crisis.

It is well known that we are in a prolonged period of neoliberal economic and political restructuring as part of the globalisation of capitalism beginning in the 1990s. As multinational corporations grow less loyal to national economies, national and sub-national governments in the developed world are prompted to implement neoliberal economic policies that attract investment back from more investment-friendly countries of the South. In advanced capitalist countries, this shift has resulted in the dismantling of the welfare state and the gradual privatization of social services, the deregulation of industries, the erosion of environmental and labour standards, the weakening of local governments, and the creation of free-trade agreements. More recently, the global economic downturn has prompted even more drastic cuts to social spending.

While feminist scholars generally accept this explanation of the dominant forces guiding global economic restructuring, they are critical of analyses that focus strictly on changes in the relations and modes of production, retaining the male worker as the main protagonist, and overlooking the realm of social reproduction (including caring and necessary labour) as well as gender divisions altogether. Many feminists have noted that there has been a lack of attention to the deeply gendered aspects of changes in the global economy (Adam 2002). Looking at new economic realities through a feminist lens gives rise to several concerns about changes in the conditions of women’s lives and their role in the organization of caring labour, both within and among nations. These concerns include the dismantling of social welfare and a redefinition of citizenship. Janine Brodie (1996a, b) observes that, with the dismantling of the welfare state, feminists are in the paradoxical position of having to defend a system about which they are ambivalent, because the immediate implications of cut-backs in social spending for women’s lives are severe. Feminist researchers have documented the impacts of cuts to all aspects of social welfare on women as recipients or clients of state-funded services. Perhaps the most notable theme in feminist literature on neoliberal economic restructuring is the analysis that women are expected to act as the “shock absorbers” of privatization (Brodie 1996a, 126) by filling in for lost state-provided services with their own unpaid, caring labour in private households and through volunteer work in communities. Governments often promote the strategy of “community care” as a way to provide better, more personalized care to dependent people at the same time that it saves taxpayers millions of dollars per year. The basic feminist criticism of community care policies is that the state is exploiting and intensifying unpaid caring labour, ostensibly in order to reduce social spending, while at the same time obscuring this reality with the euphemistic language of “community”. It has been established in numerous empirical studies that women

do the vast majority of unpaid caring labour (cf. Bittman/Wajcman 2000; European Commission 2007; Chen et al. 2005). As a result, it is clear that community care policies promise to further entrench the unequal gender division of caring labour and women's subordination in society. Brodie (1996a) calls this the re-privatization of care because of the underlying assumption that it is being returned to its rightful place: in the home and in the hands of mothers, daughters, and wives.

The globalization of capitalism and the progressive erosion of the nation state have also contributed to a redefinition of citizenship. Brodie (1996b, 130) observes that "(i)t has become increasingly apparent that the new neoliberal state marks a distinct shift in shared understandings of what it means to be a citizen and what the citizen can legitimately ask of the state". Her work is part of an important body of feminist public-policy research that seeks to uncover the gender subtext of recent changes in shared understandings of citizenship. Under the Keynesian welfare state, social citizenship entitled people to a basic standard of living, regardless of personal status, because it was recognized that structural forces could constrain opportunities and create economic instability. Further, there was a consensus that the state had a responsibility to safeguard the basic well-being of individuals. Feminists in the West have long supported an approach to citizenship that emphasizes social rights, so that women may participate equally and avoid being burdened with an unfair share of responsibilities. However, with the implementation of a neoliberal agenda, there has been a marked shift away from social citizenship toward a definition of citizenship that is conditional and exclusive. Daniel Drache (1992) writes:

The rights and securities universally guaranteed to citizens of the Keynesian welfare state are no longer rights, universal, or secure. The new ideal of the common good rests on market-oriented values such as self-reliance, efficiency, and competition. The new good citizen is one who recognizes the limits and liabilities of state provision and embraces the obligation to work longer and harder in order to become more self-reliant (quoted in Brodie 1995, 19).

Others have theorised the neoliberal redefinition of citizenship through the lens of governmentality, highlighting the process by which the scope of government is indirectly reduced through the creation of responsible (or responsabilised) citizens who internalise and accept the duty to take care of themselves and their dependents (Rose 1996). If individual citizens do more, then states can spend less: a supposedly cost-effective approach to governing in difficult economic times.

Greening citizenship: more work for women?

One of the biggest pitfalls of a feminism based on women's moral superiority is that it does as much to support a neoliberal as it does an environmentalist vision of social change. It is important to recognize that the neoliberal notion of the responsible citizen coincides dangerously with the green focus on an increased role for citizens and civil society in the search for sustainability. The concept of "environmental citizen-

ship” has become a popular concept throughout the 2000s. The growing awareness of climate change and the belief that human societies are fast approaching the biophysical limits of our inhabitation of the planet have prompted environmental scholars and policy-makers to focus their attention on what it means for citizens to live sustainably (or less unsustainably). Concerns about sustainability have informed proposals for a range of dramatic changes to current systems – economic, regulatory, and political – that would improve the quality of life of current populations while ensuring similar chances for survival of subsequent ones. Because sustainability is a contestable concept and because moving towards a sustainable society will require such dramatic and sweeping changes in individual human behaviour and collective and institutional social practices, many ecopolitical theorists (e.g., Torgerson 1999; Dobson 2003) argue that it is necessary to involve people democratically in the process, not only to promote justice but also to ensure the consent and on-going active participation of all concerned. In addition to positing it as the most appropriate means of articulating this green democratic involvement, many see citizenship as a way to change individual behavior: to foster values of stewardship and ecological virtue in local places and in global civil society (Dobson 2003). This green writing on citizenship offers valuable challenges to those theorists (feminists included) who make little room for ecological questions in their understandings of citizenship.

However, there is a need to critically analyze green approaches to citizenship from a feminist perspective. Conceptions of environmental citizenship almost always entail a long list of individual behavioural changes, such as reducing household consumption by increasing self-provisioning or simply “doing without”, which are highly labour and time intensive. Climate change has brought a sense of urgency to this list of mitigation strategies and has opened the door to more extreme measures, such as carbon rationing and personal carbon credits. Problems arise with these strategies when green theorists hold a one-dimensional understanding of the private sphere, describing it as primarily a place of consumption and giving little or no consideration to the division of labour within it. This is worrying for feminists because, when household activities are seen in gender-neutral terms, environmental policies that address them are aimed at citizens in general, with no specific recognition of the roles they play (Vinz 2009). The emphasis on individual lifestyle change as central to environmental citizenship has prompted feminist critics to warn against the privatisation and feminisation of environmental responsibility (MacGregor 2006). Gender-blind policies and strategies carry the risk of perpetuating existing inequalities. As Beate Littig (2001, 23) writes, for example, the “end-of-the pipeline strategy (i.e., separating the waste instead of reducing packaging) of environmental politics usually represents more work for women since they are responsible for reproductive labour (...). The feminist critique is mainly aimed at the fact that contemporary environmental policy preserves (...) the traditional gendered division of labour and responsibilities”.

Given that neoliberal governments are downloading the responsibility and work of caring onto the private sphere at the same time that green citizenship proponents en-

vision a greater role for individuals in “doing their bit for the planet”, what does this mean for care-givers who participate in the public domain as citizens? My research with women in Canada found that, in addition to providing inspiration for becoming active in local environmental campaigns, caring responsibilities can also interfere with the practice of citizenship (see MacGregor 2005, 2006). This is not surprising, since – as feminists have been pointing out for decades – the public practice of citizenship has been kept separate from private life, even though private acts are a precondition for citizenship (Lister 1997). The women in my study reported that, without the support of such services as child care and elder care, it was difficult to juggle their household work with their civic participation. Many of them reported being “burnt out” from taking on three very time-consuming burdens of responsibility: unpaid caring, paid work, and active environmental citizenship. A paradox of these women’s lives was that they continued to work to improve the environmental quality in their communities at the same time that they jeopardized their own health and well-being. Clearly this situation should be of concern to ecofeminists. Rather than ask, “who cares for the carers?”, however, celebratory narratives of women’s “earthcare” sweep this paradox under the carpet. As noted above, I believe that such narratives are unstrategic, because they do very little to change the structures that support and produce gender inequality and continue to leave the gender blindness of green and neoliberal men unchallenged. Few ecofeminists have addressed these issues because, in spite of their interest in women’s grassroots activism, few regard what women activists do as an expression of citizenship. My contention is that this is precisely what ecofeminist scholarship ought to do.

The project of feminist ecological citizenship

Why citizenship? In recent years there has been a renaissance of feminist interest in citizenship for a number of reasons relevant to ecofeminist politics. First, in joining conversations about citizenship that have been growing in the social sciences in recent decades, feminists make the important argument that this ostensibly gender-neutral concept is actually deeply gendered. Second, many feminists are analyzing the gendered nature of citizenship in the context of societies where capitalist globalization and a right-wing backlash against the welfare state have led to a decrease in social rights and an increase in individual duties. Rather than accepting a neoliberal definition of citizenship, some feminist theorists want to reinvigorate citizenship as a political location from which to destabilize the boundaries between public and private and to argue for the collective provision of social goods like care (cf. Lister 1997). Third, some feminist political theorists see citizenship as a response to the feminist embrace of an essentializing identity politics that obliges women to present themselves as women in politics (e.g., Voet 1998). Recognizing that “woman” is an internally diverse concept and that women have multiple and shifting identities, these theorists argue that the political construct of citizen should be seen as an “articulating principle” (Mouffe 1992, 375), because it can be at once pluralistic and

yet unifying enough to foster a politics of “solidarity in difference” (see also Yuval-Davis 1997). From this feminist perspective, fixing a feminine (or maternal) foundation for politics is undemocratic and apolitical because, by defining one identity as “authentic”, it shuts down debate among women. Citizenship, on the other hand, provides an inclusive space for public performances of political subjectivity that destabilize and resist dominant ideologies of gender.

Informed by these feminist approaches to citizenship, and drawing on those ecofeminists who have considered its merit for ecological politics (e.g., Sandilands 1999), I argue for a project of feminist ecological citizenship. I believe that it is a project worth pursuing, because citizenship, defined in feminist terms, offers a way to develop ecofeminist positions that are non-essentialist, democratic, and oppositional. In short, it offers the prospect of putting the wind of democratic politics back into ecofeminist sails. As a theoretical project, it will not provide definite answers, but it may provide a way to move beyond the internal debates (especially over women’s essential or ascribed concern for nature and knowledge of sustainability) that have been largely counterproductive to ecofeminism. Some have argued that ecofeminism’s negative reputation for being ideological rather than scholarly, mired in internecine debates rather than making contributions to green politics, has resulted in a general avoidance of doing much-needed gender and environment research in recent years (Banerje/Bell 2007; Seager 2003). Finding a common language through which to articulate ecofeminist critiques and visions of sustainability seems an urgent priority. As I would develop it, feminist ecological citizenship has the potential to act as a positive political identity that allows women to express their gender-related concerns for environmental sustainability, but does not forever tie women (in general) to the private sphere of care and maternal virtue. The cultivation of a democratic public culture in which to debate issues of environmental justice – which includes the collective responsibility for human and non-human well-being – is central to this project. Such a feminist approach to ecological citizenship provides a position from which to call into question the public-private divide that is taken for granted in both neoliberalism and green citizenship theory, as well as in ecofeminist narratives that celebrate women’s caring. The very fact of its redrawing by those on the left and the right shows that the boundary between public and private spheres is not fixed, but is rather a social and political construction that is fluid and changeable. What makes feminist ecological citizenship distinct from other approaches is that it refuses the privatization and feminization of care and calls for public debate and action on how foundational acts of labour (e.g., care) can be reorganized to allow for women’s equal participation as citizens. Care is thereby *politicized* as a necessary part of citizenship, rather than as a “natural resource” that sustains action in the public sphere. A key part of the project of feminist ecological citizenship is to call for the democratization of the household so that household and caring tasks are divided fairly between men and women. As Plumwood points out, “a better integration of democracy with everyday life can provide some of the necessary conditions for a public

political morality” (1995, 157). The other side of the coin is that caring work needs to be supported institutionally by the state, by the market and in the workplace. Another key aspect of the project should, therefore, be principled feminist resistance to established gender codes through the practice of citizenship. The project may thus involve the renewal of feminist consciousness-raising that inspires women to claim the political identity of citizen rather than to justify their concerns by their roles as mothers or care-givers. For example, as citizens, women who do unpaid life-sustaining labour might refuse being exploited and demand recognition through state support, either through direct funding or tax breaks. As citizens, when the tasks are being divided up among members of a social-movement organization, women might challenge gendered assumptions about appropriate tasks for men and women. As citizens, women might resist social expectations that they should naturally be able to take on ever expanding loads of care at home, in the community and for the planet. Finally, feminist ecological citizenship discourse has the potential to provide a common language through which ecofeminists may engage in much-needed encounters with other branches of green scholarship that share their interest in sustainable human-nature relationships but yet have understandings of citizenship that are woefully gender-blind. While green politics does question the boundary between public and private – framed in terms of the obligations and duties of citizens – there is scant recognition that what takes place in the private sphere is much more than consumption and reproduction. Green thinkers must begin to see care not only as an ethic or virtue that can inform citizenship, but also as a set of time-consuming practices (including educating, nursing, cleaning and laundering, buying, growing and cooking food, establishing and maintaining social connections, managing family timetables, and so on!) that make citizenship possible. They need to take this feminist analysis seriously, so that a counter-hegemonic coalition of greens and ecofeminists can be established. I suggest that joining with the green men in this kind of conversation about citizenship – and working together to challenge neoliberalism - is a more strategic choice for ecofeminism than continuing to assert women’s moral superiority on ecological sustainability from the margins.

Notes

- 1 Responsibilisation is a term used by Anglo neo-Foucauldian theorists to refer to a process by which individuals internalize a sense of responsibility for their own well-being so that the onus for providing social goods is taken of the state. For example, individual citizens become responsibilised to prevent becoming unemployed or ill, and thus do not assume it to be the role of their governments to provide jobs or health care.

References

- Adam**, Barbara, 2002. “The Gendered Time Politics of Globalization: Of Shadowlands and Elusive Justice”. *Feminist Review*. Vol. 70, 3-29.
- Banerjee**, Damayanti/**Mayerfield Bell**, Michael, 2007: “Ecogender: Locating Gender in Environmental Social Science”. *Society and Natural Resources* 20, 3-19.

- Bittman, Michael/Wajcman, Judy**, 2000: "The Rush Hour: The character of Leisure Time and Gender Equity". *Social Forces*. Vol. 79, No. 1, 165-89.
- Brodie, Janine**, 1995: *Politics on the Margins: Restructuring and the Canadian Women's Movement*. Halifax.
- Brodie, Janine**, 1996a: *Restructuring and the New Citizenship*. In: Bakker, Isabella (ed.), *Rethinking Restructuring*, Toronto, 126-140.
- Brodie, Janine**, 1996b: *Canadian Women, Changing State Forms, and Public Policy*. In: Brodie, Janine (ed.), *Women and Canadian Public Policy*, Toronto, 1-28.
- Chen, Martha et al.**, 2005: *Progress of the World's Women 2005: Women, Work and Poverty*. New York: United Nations Development Fund for Women (UNIFEM).
- Dobson, Andrew**, 2003: *Citizenship and the Environment*. Oxford.
- European Commission**, 2007: *Report on Equality between Women and Men – 2007*. Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities. Unit G.1. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Hunter, Lori M.**, 2004: "Cross-national Gender Variation in Environmental Behaviours". *Social Science Quarterly*. Vol. 85, No. 3, 677-694.
- Lister, Ruth**, 1997: *Citizenship: Feminist Perspectives*. New York.
- Littig, Beate**, 2001: *Feminist Perspectives on Environment and Society*, Harlow.
- Luke, Timothy W.**, 1997: *Ecocritique: Contesting the Politics of Nature, Economy and Culture*. Minneapolis.
- MacGregor, Sherilyn**, 2005: "The Public, the Private, the Planet and the Province: Women's Quality of Life Activism in Urban Southern Ontario". In: Hessing, Melody et al. (eds), *This Elusive Land: Women and the Canadian Environment*. Vancouver.
- MacGregor, Sherilyn**, 2006: *Beyond Mothering Earth: Ecological Citizenship and the Politics of Care*. Vancouver.
- Mellor, Mary**, 2000: "Feminism and Environmental Ethics: A Materialist Perspective". *Ethics and the Environment*. Vol. 5, No. 1, 107-23.
- Merchant, Carolyn**, 1996. *Earthcare: Women and the Environment*. New York.
- Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika**, 1999: *The Subsistence Perspective: Beyond the Globalized Economy*. London.
- Mouffe, Chantal**, 1992: *Feminism, Citizenship and Radical Democratic Politics*. In: Butler, Judith/Scott, Joan W. (eds.), *Feminists Theorize the Political*. New York, 369-384.
- Plumwood, Val**, 1995: "Feminism, Privacy, and Radical Democracy". *Anarchist Studies*. Vol. 3, 97-120.
- Rose, Nicholas**, 1996: *Inventing Our Selves*. Cambridge.
- Salleh, Ariel**, 1997: *Ecofeminism as Politics: Nature, Marx and the Postmodern*. London.
- Sandilands, Catriona**, 1999: *The Good-Natured Feminist: Ecofeminism and the Quest for Democracy*. Minneapolis.
- Seager, Joni**, 1993: *Earth Follies: Coming to Feminist Terms with the Global Environmental Crisis*. New York.
- Seager, Joni**. 2003: "Rachel Carson Died of Breast Cancer: The Coming Age of Feminist Environmentalism". *Signs: Journal of Women in Culture and Society*. Vol. 28, No. 3, 945-972.
- Shiva, Vandana**: 1989: *Staying Alive: Women, Ecology and Development*. London.
- Sturgeon, Noël**, 1997: *Ecofeminist Natures: Race, Gender, Feminist Theory and Political Action*. New York.
- Tindall, David B. et al.**, 2003: "Activism and Conservation Behaviour in an Environmental Movement: The Contradictory Effects of Gender". *Society and Natural Resources*. Vol. 16, 909-932.

Torgerson, Douglas, 1999: *The Promise of Green Politics: Environmentalism and the Public Sphere*. Durham, NC.

Tronto, Joan C., 1993: *Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care*. New York.

Vinz, Dagmar, 2009: "Gender and Sustainable Consumption: A German Environmental Perspective". *European Journal of Women's Studies*. Vol.6, No. 2, 159-179.

Voet, Rian, 1998. *Feminism and Citizenship*. London.

Yuval-Davis, Nira, 1997: "Women, Citizenship and Difference". *Feminist Review*. Vol. 57, No. 3, 4-27.

Verhandelte Geschlechterverhältnisse: Gender in der internationalen Biodiversitätspolitik

FRANZISKA MÜLLER

Nachhaltigkeit und Gender sind Querschnittsthemen. So weit, so schwierig. Beide Konzepte im Rahmen von internationalen Politikprozessen immer wieder und auch gegen Widerstände einzubringen erscheint ein Ding der Unmöglichkeit – dies zumal, da der Nachhaltigkeitsbegriff allzu häufig auf seine ökonomische und ökologische Dimension begrenzt und als geschlechtsneutrales Konzept betrachtet wird. Die Verhandlungen über den Schutz und die nachhaltige Nutzung biologischer Vielfalt sind Ausdruck solcher Sichtweisen und der damit verbundenen Widerstände. Der soziale Status von Natur – also die jeweilige Bedeutung, die eine Gesellschaft der Natur zuschreibt – blieb lange Zeit ausgeblendet. In der Konvention über den Schutz biologischer Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) überwogen Sichtweisen, die Natur als geschlechtsneutralen Gegenpol zur menschengemachten Kultur betrachten, nicht aber als ein Produkt, das auch durch kulturelle Prozesse wie z.B. landwirtschaftliche Entwicklung hervorgebracht wird. Entsprechend konzentrierten sich die politischen Strategien der CBD lange Zeit auf Instrumente des klassischen Naturschutzes wie etwa die (in sich natürlich notwendigen und sinnvollen) Taxonomie-Initiativen, während Aspekte sozialer Nachhaltigkeit weitgehend vernachlässigt blieben. Biodiversitätspolitik folgte bis dahin nur der Prämisse ökologischer Nachhaltigkeit, ließ aber den Gedanken sozialer Nachhaltigkeit außer Acht. Erst ab der dritten Nachfolgekonferenz fanden sich zunächst noch verhaltene Impulse, die die Bedrohung biologischer Vielfalt auch als sozialen, kulturellen und politischen Konflikt betrachteten und eine Einbeziehung der Genderperspektive forderten. Als Katalysator fungierte der „ökosystemare Ansatz“, der im Gegensatz zu früheren Natur-Konzeptionen der CBD durch seine systemische Perspektive eine Einbeziehung der sozialen Dimension erlaubt. Seitdem sind Gender-Aspekte durch die Initiative transnationaler Frauen-Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zum Verhandlungsgegenstand geworden – allerdings zu einem, dessen Integration nur selektiv erfolgte und auf einzelne Verhandlungsarenen beschränkt blieb.

Mein Beitrag widmet sich in den folgenden Abschnitten diesem Politikprozess und seinen Wendepunkten. Die Integrations- und Ausblendungsmuster von Gender-Aspekten in der internationalen Biodiversitätspolitik im Verlauf von etwa 15 Jahren werden am Beispiel der CBD-Nachfolgekongressen dargestellt. Mein Erkenntnisinteresse gilt dabei in einem ersten Schritt der diskursiven und normativen Verknüpfung von Gender und Biodiversität: Wie wird diese Verknüpfung geleistet? Welche – möglicherweise widersprüchlichen und im Laufe von 15 Jahren re-interpretierten – Gender-Begriffe verwenden die AkteurInnen? In einem zweiten Schritt betrachtet mein Beitrag die konkreten Verhandlungserfolge: Wann kommt es zu einer Integration von Gender-Aspekten in Konferenzdokumente? Inwieweit lässt sich eine lediglich selektive Öffnung feststellen?

Verhandlungen über Natur: Biodiversität als internationales Politikfeld

Biodiversitätspolitik ist eine sperrige Bezeichnung für ein Politikfeld, das es in dieser Form erst seit knapp 20 Jahren gibt, dessen Vorläufer und Konfliktpotenziale aber bis in die Epoche des Kolonialismus zurückreichen. Pflanzengenetische Ressourcen waren bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein begehrtes Gut. Im Rahmen kolonialer Eroberungen bildeten sich nationale „Sammelpolitiken“ heraus, deren Ziel darin bestand, sich im Wettbewerb mit den anderen Kolonialmächten natürliche Ressourcen anzueignen und sich Marktvorteile für Agrarprodukte wie Kautschuk oder Sisal zu sichern (Flitner 1995). Die Erkenntnis, dass Ökosysteme mit besonders hoher Artenvielfalt fast ausschließlich im Süden liegen, verschärfte die Konkurrenz unter den Kolonialstaaten. Erst mit der „Entdeckung“ des neuen Politikfeldes Umweltpolitik rückte die Begrenztheit natürlicher Ressourcen ins politische Bewusstsein. Impulse lieferten Werke wie Rachel Carsons „Stummer Frühling“ (1962), in dem die verheerenden Folgen von Pestizideinsätzen für Vogel- und Säugetierpopulationen beschrieben wurden.

Mit dem Bewusstsein der Knappheit verband sich ein Blickwechsel auf pflanzengenetische Ressourcen und eine Änderung ihrer Wertigkeit und ihres Status. Regenwald galt nicht mehr als „grüne Hölle“ oder chaotischer „Dschungel“, sondern als produktives Reservoir unbekannter Arten mit medizinisch, agrarisch oder biotechnologisch nutzbaren Wirkstoffen. Doch die damaligen Artenschutzstrategien zielten nicht darauf ab, genetische Ressourcen an Ort und Stelle zu schützen, sondern resultierten im Aufbau von Gen- und Saatgutbanken, die meist außerhalb der ursprünglichen geografischen Lebensräume lagen und liegen. Der rechtliche Status pflanzengenetischer Ressourcen blieb indessen weiter ungeklärt. Weder existierten nationalstaatliche Verfügungsrechte, noch eine globale Regulierung; auch Partizipationsmöglichkeiten lokaler Gruppen waren nicht vorgesehen. Diese Diskrepanz zwischen einem nicht gesetzlich geregelten, kostenfreien Export pflanzengenetischer Ressourcen und zunehmenden Importen kostenpflichtigen Hochleistungssaatguts schürte den Konflikt. 1981 eskalierte die Auseinandersetzung am Rande einer Konferenz der Food and Agriculture Organisation (FAO) der Vereinten Nationen. Diese

„seed wars“ eröffneten die Debatte um den rechtlichen Status genetischer Ressourcen. Im Mittelpunkt stand zunächst die Frage nach dem Status pflanzengenetischer Ressourcen: Sollen sie ähnlich wie andere Kollektivgüter „gemeinsames Erbe der Menschheit“ sein, stehen sie unter der „nationalen Souveränität“ der jeweiligen Staaten, und sollen zusätzlich unmittelbare Verfügungsrechte für direkte NutzerInnen wie z.B. für BäuerInnen bestehen? Steht das Schutzinteresse oder das Nutzungsinteresse im Vordergrund? Welche Kompromisse lassen sich zwischen diesen Interessen finden?

Die Suche nach Antworten auf solche Fragen hängt von den konkreten Interessen und Bedürfnissen der beteiligten Akteure ab; abstrakt jedoch ist sie mit unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich Kollektivgutproblematiken verknüpft. Die Rede von der „Tragik der Allmende“ (Hardin 1968) setzt stillschweigend voraus, dass aussichtsreiche Lösungen (im Sinne einer effizienten Nutzung) für Ressourcenproblematiken insbesondere in einer Inwertsetzung, Privatisierung und sanktionsbewehrten Zugangskontrolle bestünden. Tatsächlich – so erläutert es die Politologin und Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom am Beispiel von gemeinschaftlich genutzten Hochgebirgsalmen und Wasserressourcen – können Allmendegüter¹ aber durch lokal entwickelte, partizipative Kooperation, und die Schaffung von entsprechenden Institutionen wirksamer erhalten und nachhaltig genutzt werden (Ostrom 1990). So finden sich auch für die Biodiversitätsproblematik unterschiedliche Lösungsansätze, die jeweils bestimmten gesellschaftlichen Naturverhältnissen entsprechen. In den „seed wars“ gestaltete sich die Suche nach einer Kompromissformel denkbar schwierig, und im Rahmen der FAO hatte sich keine tragfähige Lösung gefunden. Erst im Lichte der beginnenden Nachhaltigkeitsdebatte entstand in Form der UN-Umweltkonferenzen ein Verhandlungsraum, in dem sich die einzelnen Akteure begegnen und über den Status biologischer Vielfalt verhandeln konnten: Während des Politikprozesses zur UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 wurde ein Kompromiss gefunden, der in der Konvention über den Schutz der Biodiversität (CBD) dargelegt wird.

Die CBD zeichnet sich dadurch aus, dass sie Zielkonflikte um biologische Vielfalt zu entschärfen sucht, indem sie auf Konsensfindung und „win-win-Situationen“ setzt. Die Präambel formuliert es folgendermaßen: „The objectives of this Convention (...) are the conservation of biological diversity, the sustainable use of its components and the fair and equitable sharing of the benefits arising out of the utilization of genetic resources.“ (UNEP/CBD/1992 Artikel 1). Grundprinzip ist die Idee, einen Teil der finanziellen Erlöse aus der „nachhaltigen Nutzung“ für wirksamere Naturschutzkonzepte zu verwenden. Pflanzengenetische Ressourcen überantwortet die CBD der nationalen Souveränität der einzelnen Staaten und entwirft damit in Abgrenzung zu früheren Vertragsentwürfen die genetischen Ressourcen zum „Erbe der Menschheit“ erklärten, ein neues Schutzkonzept. Dieses verleiht genetischen Ressourcen aber einen ambivalenten Status: Zwar werden die Rechte der biodiversitätsreichen Staaten gestärkt; gleichzeitig verschwindet die Vorstellung, dass biologische Vielfalt als solche „unteilbar“ ist. Die im Artikel 1 benannten grundlegenden Ziele „Schutz, nach-

haltige Nutzung und fairer Vorteilsausgleich“ stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander und sollen mit Hilfe bestimmter Instrumente, nämlich dem Access and Benefit-Sharing (ABS),² dem Prior Informed Consent³ und den Mutually Agreed Terms⁴ in Form eines Kompromisses zusammengeführt werden. Damit manifestiert sich erstmals ein „Internationales Regime“, da nun regimetheoretische Kriterien wie ein Set institutionalisierter Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren erfüllt sind (vgl. Nohlen 1998). Der kanadische Umweltpolitologe Philippe G. Le Prestre präzisiert diese Kriterien für das globale Biodiversitätsregime:

The elements of such a new order include new relationships between societies and nature, the distribution of rights and responsibilities between developed and developing countries, among international organizations, and between the state and civil society, a redistribution of costs and benefits arising out of the use of biodiversity, and norms that define new expectations, behaviours, and the evaluations of the actions of relevant actors. (Le Prestre 2002, 5)

Freilich definiert die CBD nur einen regulativen und normativen „Korridor“ für Schutz, Nutzung und Zugang zur biologischen Vielfalt. Als Dachkonvention bedarf sie weiterer Ausgestaltung einerseits auf nationaler Ebene, andererseits bei den zwei Jahre stattfindenden Nachfolgekonferenzen. Unter den verschiedenen internationalen Verhandlungsregimes stellt die CBD eine Plattform dar, die sehr offen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren ist, und akkreditierten NGOs die Teilnahme an Verhandlungsforen, sowie Rederechte gestattet (Brühl 2003).

Welches Geschlecht hat Natur? Verschränkungen von Geschlechter- und Naturverhältnissen

Die Auseinandersetzungen um Schutz und Nutzung biologischer Vielfalt und den Zugang zu ihr sind geprägt durch die jeweiligen gesellschaftlichen Naturverhältnisse und Geschlechterverhältnisse. „Gender matters“ – sei es bei der Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsverfahren, beim Schutz des traditionellen Wissens, bei Landbesitz und Landnutzung. Allerdings sind Biodiversität und Gender Begriffe, die sich einer allzu schnellen Verknüpfung entziehen. Zwei Extrempositionen, die Debatten um Gesellschaft und Natur durchzogen haben, und auf die immer wieder von der einen oder anderen Seite zurückgegriffen wird, erläutern dies. „Natur und Gesellschaft sind getrennte Sphären“ – so ließe sich die erste Sichtweise überspitzt auf den Punkt bringen. Aus einer rein naturwissenschaftlichen und naturschutzbezogenen Sichtweise existiert Natur unabhängig von Gesellschaft (und damit auch von Geschlechterverhältnissen), und die Rolle des Naturschutzes besteht darin, Natur zu bewahren. Die soziale Dimension des Umgangs mit Natur und die darin eingeschriebenen Geschlechterverhältnisse spielen keine Rolle.

„Die Natur ist weiblich“ – wäre Ausdruck einer zweiten, ökofeministischen Sichtweise. Einige Spielarten des Ökofeminismus betrachten Frauen als Hüterinnen der biologischen Vielfalt, denen eine besondere Bedeutung für die Sorge um Natur zukommt. In dieser Sichtweise besteht sehr wohl eine Verbindung zwischen Natur und

Gesellschaft, da angenommen wird, dass Frauen „schon immer“ und „von Natur aus“ eine engere Verbindung zum Lebendigen hätten als Männer (Mies/Shiva 1995) (vgl. kritisch zu dieser Position McGregor in diesem Heft).

Beide Sichtweisen zeichnen sich durch Verkürzungen aus. Während die eine das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur ignoriert, geht die andere davon aus, dass Frauen per se eine intensivere Beziehung zur Natur hätten. Beide Sichtweisen eint zudem, dass sie Gesellschaft bzw. Natur nicht als veränderliches und aktiv zu gestaltendes Verhältnis sehen, sondern absolute Annahmen über die Verfasstheit von Natur bzw. Gesellschaft treffen. Politisches Handeln ist aus keiner dieser Positionen heraus möglich, weil keine Gestaltungschancen und Veränderungsmöglichkeiten angenommen werden. Für eine demokratische Biodiversitätspolitik, die Kompromisse sucht, zwischen den konflikthaften Interessen der Akteure aushandelt und eine zivilgesellschaftliche Partizipation ermöglicht, führt keine der beiden Sichtweisen weiter. Werden Natur und Gesellschaft jedoch als veränderliches Verhältnis gedacht, und nicht aus einer Frauen- sondern aus einer Genderperspektive heraus argumentiert, so findet sich Raum für ein Aushandeln von Geschlechter- und Naturverhältnissen. Eine Genderperspektive auf Biodiversitätspolitik begreift Geschlecht als soziale Strukturkategorie, die mit anderen sozialen Kategorien wie Ethnie, Alter, soziale Schichtung verschränkt ist, und somit einen zentralen Faktor in der Analyse von Umweltproblemen darstellt. Gender und Biodiversität konstituieren sich aus dieser Sicht heraus wechselseitig. Die heute (noch) vorhandene Biodiversität ist nicht nur ein Produkt natürlicher Evolution – sie wurde und wird durch landwirtschaftliche Praktiken hervorgebracht, welche unter einer geschlechtsspezifischen Arbeitsverfassung ausgeübt werden. Und auch Gender – das soziale Geschlecht – entwickelt sich permanent. Gender-Aspekte, die für Biodiversitätspolitik relevant sind, finden sich insbesondere im Bereich der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und im Bereich der Gestaltungsmacht von Frauen und Männern. Typische Aspekte sind die Bedeutung traditionellen Wissens, die Vergeschlechtlichung von Wissen sowie die Bedeutung des Geschlechterverhältnisses für Pflanzenzüchtung und Ernährungssicherheit (vgl. Howard 2003). Diese empirischen Erkenntnisse bilden eine Argumentationsgrundlage, um für geschlechtergerechte Biodiversitätspolitik einzutreten. Inwieweit sie aber tatsächlich auf der politisch-institutionellen Ebene angekommen sind, ist bislang kaum wissenschaftlich untersucht, und soll im folgenden Abschnitt für den CBD-Nachfolgeprozess erläutert werden.

Gender im Konferenzraum: Versuche einer Integration

Biodiversitätspolitik hat im Verlauf von nunmehr 16 Jahren einige markante Entwicklungen durchlaufen. Um sie zu untersuchen, wurde eine Dokumentenanalyse durchgeführt, in deren Verlauf die Biodiversitätskonvention sowie die Abschlussdokumente der einzelnen Nachfolgekonferenzen qualitativ codiert und diskursanalytisch ausgewertet wurden. Im Zentrum stand dabei die Frage nach der Verwendung, kontextuellen Position und Funktion von Begriffen wie „gender“, „women“, „na-

ture“ oder „traditional knowledge“. Ausgewählt wurden einzelne Verhandlungsthemen innerhalb der Konvention, die besonders kontrovers und in einem hochpolitisierten Kontext debattiert wurden, und bei denen eine erhöhte Präsenz von NGOs zu beobachten war. Dies trifft für die Themen „Traditionelles Wissen“, „Access and Benefit-Sharing“ und „Agrobiodiversität“ zu; wobei hier nur die ersten beiden Fälle dargestellt werden sollen.

Auf den ersten Blick fallen die wachsende Präsenz von (Süd-)NGOs, gleichermaßen wachsendes Medieninteresse und die Zuspitzung von Interessendivergenzen auf. Beim Blick auf die Verhandlungsdokumente lassen sich charakteristische Diskursverschiebungen bemerken:

- ▶ ein Wandel eines rein naturwissenschaftlich geprägten Naturverständnisses hin zu einem systemischen Naturverständnis, das Natur auch als sozialen Ort betrachtet,
- ▶ parallel dazu eine zunehmende Gendersensibilität, die eine Einbettung von Genderaspekten in Biodiversitätspolitikern zulässt – allerdings nur selektiv und nur bis zu einem gewissen Grad.
- ▶ Innerhalb dieses Integrationsprozesses fällt außerdem ein Wandel der Begriffe von „Frauen“ zu „Gender“ auf.

Anfangs finden sich nur geringe Bezüge auf die Rollen von Männern oder Frauen. Lediglich die Präambel der CBD betont die entscheidende Bedeutung, die gerade Frauen für den Erhalt der Biodiversität haben: „Recognizing also the vital role that women play in the conservation and sustainable use of biological diversity and affirming the need for the full participation of women at all levels of policymaking and implementation for biological diversity conservation.“ (UNEP/CBD 1992). Obwohl sich im Rahmen eines Gender Impact Assessment feststellen lässt, dass auch die einzelnen Artikel der CBD hohe Genderrelevanz aufweisen, wird in der CBD und den ersten Nachfolgekonferenzen die Bedeutung von Frauen als Akteurinnen nicht thematisiert. Allenfalls dort, wo es um die Stärkung der Rechte lokaler und indigener Gruppen geht, kann man einen impliziten Bezug auf die Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern vermuten. Lediglich „mitgemeint“ zu werden, ist jedoch klassischer Ausdruck „geschlechtsblinden“ Handelns.

Im weiteren Verlauf des CBD-Nachfolgeprozesses zeigt die Dokumentenanalyse, dass Frauen zunehmend als Subjekte auftauchen und die Genderperspektive vermehrt berücksichtigt wird. Eine Schlüsselfunktion hat dafür der sogenannte Ökosystemansatz, ein Schutzkonzept, dessen Ideen seit der fünften Nachfolgekonferenz für die Entwicklung der Ziele und Instrumente der Biodiversitätspolitik maßgebend geworden sind. Auszüge des dort verabschiedeten Prinzipienkataloges zeigen, dass das hier zugrunde liegende Naturverständnis Natur und Gesellschaft als Einheit sieht und ein umfassendes Ökosystemmanagement anstrebt:

1. Die Ziele des Managements von Land, Wasser und lebenden Ressourcen werden von der Gesellschaft gewählt (societal choice).

2. Das Management soll dezentralisiert und auf der niedrigsten möglichen Ebene angesiedelt sein.

(...)

11. Der ökosystemare Ansatz sollte alle Arten relevanter Information, einschließlich wissenschaftlicher, indigener und lokaler Wissensbestände, Innovationen und Praktiken berücksichtigen (vgl. UNEP/CBD/COP V).

Ein wesentlicher Unterschied gegenüber bisherigen Naturschutzkonzepten besteht darin, dass „Ökosystemmanagement“ als sozialer und politischer Prozess konzipiert wird, bei dem die Nutzung der Natur durch den Menschen nicht von vornherein als störender aber unvermeidlicher Eingriff gilt, sondern als aktive Praktik. Ökosysteme gelten als dynamische und komplexe Lebensräume, in denen sich teilweise chaotisch verlaufende Prozesse abspielen. Die Bedeutung von Lernprozessen im „adaptive management“ zeigt sich im Umgang mit ökosystembezogenem Wissen: Traditionellen Wissensformen wird große Bedeutung eingeräumt und eine Hierarchisierung von Wissensformen (wie etwa in einer Gegenüberstellung und Bewertung von wissenschaftlichem und traditionellem Wissen) findet nicht statt. Nachhaltige Nutzung von Natur wird zu einem gesamtgesellschaftlichen Ziel und ist nicht nur Partikularinteresse. Der Ansatz bietet somit größere Möglichkeiten politischer Partizipation, vor allem für lokale AkteurInnen. Im Zuge dieser Entwicklung erweitern sich auch die Anknüpfungsmöglichkeiten für geschlechterpolitische Themen.

Zwei Aktionsfelder der CBD, die in separaten Arbeitsgruppen verhandelt werden – einerseits die Maßnahmen zum Schutz traditionellen Wissens und andererseits die Maßnahmen zum Access and Benefit-Sharing geben Auskunft darüber, inwieweit es seitdem zur Integration der Genderperspektive gekommen ist.

Der Schutz traditionellen Wissens

Der Schutz traditionellen Wissens genießt in der CBD einen hohen Stellenwert. Traditionelle Wissensbestände sind ein gefährdetes Kulturgut, zumal traditionelles Wissen meist nicht in schriftlicher Form vorliegt, sondern mündlich überliefert wird. Gleichzeitig sind diese Wissensbestände aber von großer Bedeutung, um Strategien zur Kultivierung von Pflanzen und Ökosystemen in situ, also unter Feldbedingungen zu entwerfen. In der CBD wird der Umgang mit traditionellem Wissen v.a. durch den Artikel 8 (j) geregelt. Dieser strebt drei Ziele an:

1. Achtung und Schutz des Wissens, der Innovationen und Praktiken lokaler bzw. indigener Gemeinschaften, die für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität relevant sind.
2. Förderung der Anwendung dieses Wissens in breiterem Maße.
3. Gerechter Vorteilsausgleich aus der Nutzung traditionellen Wissens.

Bereits bei der dritten und vierten Nachfolgekonferenz forderte das Asian Women Biodiversity Network, dass bei der weiteren Umsetzung von 8 (j) in konkrete Poli-

tiken der besondere Beitrag von Frauen für die Erhaltung und Weitergabe traditionellen Wissens zu berücksichtigen sei, und dass eine volle und gleichberechtigte Partizipation von indigenen NGOs und Frauen-NGOs garantiert werden müsse. Doch erst ab der 5. Conference of Parties (COP), der beschlussfassenden Vertragsstaatenkonferenz der CBD, im Jahre 2000 begann die Integration von Genderaspekten. Das dort gegründete Indigenous Women Biodiversity Network vereint Initiativen aus Asien, dem südlichen Afrika und der Amazonasregion.

Bei einer Entscheidung über die konkrete Umsetzung des Artikels 8 (j) gelang es dem Netzwerk einen Bezug auf Gender und Biodiversität einzubringen: „Recognizing the vital role that women play in the conservation and sustainable use of biodiversity, and emphasizing that greater attention should be given to strengthening this role and the participation of women of indigenous and local communities in the programme of work“ (UNEP/CBD/COP V). Erfreulich an dieser Formulierung ist, dass Frauen einen Status als Akteurinnen erhalten, und nicht nur als unterrepräsentierte und marginalisierte Gruppe gesehen werden.

Ein erstes erfolgreiches Beispiel sind die im Jahre 2004 bei der siebenten Vertragsstaatenkonferenz verabschiedeten Akwé: Kon-Richtlinien, die Empfehlungen für die Bewahrung traditionellen Wissens geben. Akwé: Kon ist ein Ausdruck der Mohawk Indianer und bedeutet soviel wie „alles im Entstehen“ (CHM 2004). Diese freiwilligen Richtlinien sehen eine Reihe von Abschätzungs- und Konsultationsverfahren vor, z.B. bei Bau- oder Erschließungsvorhaben. In den einzelnen Abschätzungsverfahren der Akwé: Kon-Richtlinien, den cultural, environmental and social impact assessments, kommt die Genderperspektive im Sinne einer Analysekategorie zum Tragen. So verlangt Artikel 42 des Annex, dass „social development indicators consistent with the views of indigenous and local communities should be developed and should include gender, generational considerations, health, safety, food and livelihood security aspects and the possible effects on social cohesion and mobilization“ (UNEP/CBD/COP VII). Artikel 45 präzisiert dies, indem er die Bedeutung von Geschlechterrollen und Geschlechterverhältnissen speziell im Hinblick auf subsistent lebende indigene und lokale Gemeinschaften betont (vgl. UNEP/CBD/COP VII). Die Debatten zum Artikel 8 (j) tragen dem Rechnung. Bei der Bonner Vertragsstaatenkonferenz wurde mit einem „Ethical Code of Conduct“ der Versuch gestartet, Richtlinien und Instrumente für den Schutz traditionellen Wissens zu schaffen, die für die einzelnen Vertragsstaaten bei der Entwicklung eines eigenen Rechtsrahmens handlungsleitend sein sollen. Unter den genannten ethischen Prinzipien fällt auf, dass Raum für unterschiedliche Naturverständnisse bestehen soll und keine „imposition of external concepts, standards and value judgements“ erfolgen soll. Traditionelles Wissen und wissenschaftliches Wissen gelten hier also als gleichwertig, was als Aufwertung für traditionelles Wissen gewertet werden kann. Auch hier sind Genderaspekte berücksichtigt, die Rolle von Frauen als Akteurinnen und Hüterinnen traditionellen Wissens wird anerkannt und mündet in Handlungsmöglichkeiten (vgl. UNEP/CBD/COP IX).

Zugang und gerechter Vorteilsausgleich

Während in den Debatten um 8 (j) Genderthemen im Laufe von 16 Jahren angekommen sind, bietet der Politikprozess zum Access and Benefit-Sharing bisher wenig Grund für Optimismus. Hier treten die materiellen Konflikte um die Frage nach dem Status natürlicher Ressourcen, nach Verfügungsmacht und Verfügungsrechten deutlich hervor. Bislang existieren für das Access and Benefit-Sharing Leitlinien, die sogenannten „Bonn Guidelines“, denen Firmen in freiwilliger Selbstverpflichtung folgen können. Sie erläutern welche Formen eine finanzielle oder materielle Gewinnbeteiligung annehmen kann und skizzieren Richtlinien für „material transfer agreements“, also für bilaterale Abkommen zwischen Forschungseinrichtungen und biodiversitätsreichen Staaten über die Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen. Ziel der letzten Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Bonn war es, weitere Schritte in Richtung eines Regimes für das Access and Benefit-Sharing zu gehen. Die Konfliktlinien verliefen dabei zwischen „user countries“ und „provider countries“, also zwischen Staaten, die Biodiversität nutzen wollen und Staaten, die hohe Biodiversität aufweisen und diese für Forschungsvorhaben und Bioprospektion zur Verfügung stellen. Umstritten blieb insbesondere die Frage, ob ein solches Regime rechtsverbindlich sein soll (wie es China und die Entwicklungs- und Schwellenländer der G77 fordern) oder nicht. Der aktuelle Verhandlungsstand sieht vor, bis Ende 2010 Bausteine für ein solches Regime zu erarbeiten. Verhandlungsstrategisch interessant ist hierbei, dass die Bedeutung traditionellen Wissens für ein faires Access and Benefit-Sharing einbezogen wird. Dieses Thema wurde bisher weitgehend „ausgeklammert“ und in die entsprechende Arbeitsgruppe verschoben. Zwar ermöglichte diese Auslagerung, wie oben erläutert, einen produktiveren Politikprozess; sorgte gleichzeitig aber auch dafür, dass die Ergebnisse kaum in die Debatte um Access and Benefit-Sharing einfließen. Genderthemen wurden und werden von dem Konflikt zwischen Nutzern und Anbietern überschattet und bleiben unsichtbar. Zwar ist Access and Benefit-Sharing ein Thema mit hoher Genderrelevanz, da Frauen und Männer mit großer Wahrscheinlichkeit unterschiedlich beteiligt und betroffen sind. So können unterschiedliche Positionen hinsichtlich der Frage vorliegen, ob ein Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen oder eine ethnobotanische Befragung gestattet werden soll. Auch wenn es um eine Gewinnbeteiligung geht, könnten Frauen bzw. Männer unterschiedliche Interessen vertreten. Faktisch sind die Partizipationsmöglichkeiten in den Debatten um das Access and Benefit-Sharing begrenzt geblieben. Indigene NGOs und Frauen-NGOs fanden nur geringe Artikulationsmöglichkeiten für ihre Anliegen. Das International Indigenous Forum on Biodiversity, in dem auch Frauen-NGOs aktiv sind, distanzierte sich von den Guidelines, da die Partizipationsmöglichkeiten zu vage schienen und die Idee eines flexiblen Aushandelns von Fall zu Fall mit dem Konzept garantierter Land- und Saatgutrechte nicht zu vereinbaren war. In den darauf folgenden Jahren hat das Indigenous Women’s Biodiversity Network zwar an den Konferenzen zum Access and Benefit-Sharing teilgenommen und seine Positionen artikuliert, blieb mit seinen Anliegen aber weiterhin chancenlos.

Erfolgsgeschichten?

Sind die Biodiversitäts-Verhandlungen als Erfolg für transnationale Frauennetzwerke zu werten? Das bleibt eine Frage der Perspektive. Es ist zweifellos beachtlich, wenn es NGOs gelingt, Themen auf die Agenda zu setzen, die lange Zeit marginalisiert waren, insbesondere, wenn dies transnationalen Netzwerken gelingt, die hinsichtlich ihrer politischen Strategien, Betroffenheiten und Begriffsverständnisse große Differenzen aufweisen.

In der Working Group zu 8 (j) zeichnet sich eine kontinuierliche Einbettung der Genderperspektive ab. In den Akwé: Kon Guidelines wird sichtbar, wie Gender Schritt für Schritt den Status einer Kategorie erhält, die berücksichtigt und in die einzelnen Abschätzungsverfahren eingebettet wird. Auffällig ist, dass nun von „gender“, „gender relations“ und „gender roles“ die Rede ist, und nicht nur von „women“ gesprochen wird. Damit findet die „Doppelstrategie“ des Gender Mainstreaming schrittweise Rückhalt: Zum einen ist es Ziel, Frauen als unterrepräsentierte Akteurinnen zu stärken, zum anderen gewinnt die Vorstellung, dass Geschlechterverhältnisse etwas Veränderbares sind an Bedeutung. Trotzdem bleibt der Gender-Begriff gerade unter Süd-Akteurinnen umstritten. In der Working Group zum Access and Benefit-Sharing ist hingegen nichts dergleichen festzustellen. Das Verhältnis von Gender und materiellen Rechten wird nicht thematisiert. Mit dem Konzept flexibler Fall-zu-Fall-Regelungen, wie es die Bonn Guidelines on Access and Benefit-Sharing vorsehen, sind die Forderungen nach der Anerkennung bäuerlicher Rechte nicht zu vereinbaren, und auch die Kategorie Geschlecht findet hier keinen Raum.

Begründen lassen sich diese Unterschiede zwischen den beiden Politikprozessen einerseits mit den übergreifenden Konfliktlinien, die die Einbettung von Gender-Themen ermöglichen bzw. erschweren. In den Verhandlungen um Access and Benefit-Sharing tritt der Konflikt zwischen „user countries“ und „provider countries“ deutlicher als in der Arbeitsgruppe zu traditionellem Wissen zutage und erschwert die Verständigung auf gemeinsame Ziele. Während es in 8 (j) gelang, auch Nutzer-Staaten wie Kanada für die Anliegen indigener und geschlechterpolitischer AktivistInnen zu gewinnen, boten die Access and Benefit Sharing-Verhandlungen hierfür keinen Raum. Eine weitere Erklärung liegt in internen Differenzen der Frauen-NGOs, die sich bei den beiden Verhandlungsthemen unterschiedlich auswirken. So ermöglicht die Debatte um den Schutz traditionellen Wissens gemeinsame Positionsfindungen. Denn egal ob die Aktivistinnen eher einem pragmatischen Politikverständnis anhängen, oder ob sie ihr Recht auf eine grundsätzliche Verweigerung von Kooperation einfordern: die Idee, traditionelles Wissen zu bewahren und Frauen als wichtige Akteurinnen zu betrachten, eint beide. Die Debatte um Access and Benefit-Sharing hingegen rührt an die Kernpunkte feministischer Vorstellungen von Natur und Nachhaltigkeit: „Pragmatikerinnen“ folgen der Vorstellung, dass Schutz und Nutzung vereinbare Ziele seien, dass Biodiversität grundsätzlich Verhandlungsgegenstand sein kann, und dass „Nutzung“ ein zu definierendes und aushandelbares Feld von Individuen einschließt. Sie nehmen damit aber in Kauf, dass Biodiversität den Status einer Ressource erhält und in Wert

gesetzt werden kann. „Fundamentalistinnen“ hingegen lehnen diesen Ressourcen-Status ab. Einen „Benefit“ kann es aus ihrer Perspektive nicht geben, Natur kann und darf keinen materiellen Wert erhalten, egal welcher Preis ihr zugemessen wird: er ist zu hoch. Damit treten sie für das Recht auf Nicht-Kooperation ein. In diesem Fall bedeutet dies, sich der Nutzung von Biodiversität durch andere Individuen zu verweigern. Diese Konfliktlinie durchzieht fast alle in der CBD aktiven Frauen-NGOs. So verständlich sie es, erschwert sie es doch, in Verhandlungen strategisch aufzutreten. Allerdings weist die Bonner Nachfolgekonferenz ein geschlechterpolitisches Ergebnis auf, das unter günstigen Bedingungen die Partizipationschancen von Frauennetzwerken verbessern könnte. Ein Gender Action Plan sieht vor, Gender-Aspekte nicht nur als additives Element, sondern als Querschnittsthema in alle Verhandlungsthemen einzubetten. Hierfür wird beim Sekretariat der CBD in Montreal eine Kontaktstelle eingerichtet. Für die Konferenz in Nagoya Ende 2010 könnte dies hilfreich sein, gerade was die Beteiligung von Frauennetzwerken an den Tagungen der ABS-Arbeitsgruppe angeht. Dies ist begrüßenswert, weil zumindest deutlich wird, dass die Idee von Genderrelevanz auch in der Biodiversitätspolitik angekommen ist. Jedoch wurde kritisiert, dass Budget und Implementierung des Aktionsplans noch offen sind, und somit die Idee eines Capacity Building als Farce enden könnte. Genderthemen sind in der CBD zwar sichtbar geworden, aber bislang ein Randthema geblieben. Für den weiteren Politikprozess ist das Engagement von Frauennetzwerken wichtiger denn je.

Anmerkungen

- 1 Ein Allmendegut ist in der wirtschaftswissenschaftlichen Terminologie ein gemeinschaftlich genutztes Gut, dessen NutzerInnen in Rivalität zueinander stehen, wobei ein Ausschluss der Rivalen schwer oder ganz unmöglich ist, was zu Nutzungskonflikten führen kann. z.B. Fischbestände in den Weltmeeren.
- 2 Access and Benefit Sharing, übersetzt als „gerechter Vorteilsausgleich“, bezeichnet die Art und Weise, wie der Zugang zu genetischen Ressourcen und die Verteilung der Gewinne, die aus kommerzieller Nutzung entstehen, gestaltet werden soll.
- 3 Der Prior Informed Consent, übersetzt als „vorherige informierte Zustimmung“, soll von der ansässigen Bevölkerung eingeholt werden, bevor eine Sammlung und Entnahme von Pflanzen oder eine Befragung bezüglich traditionellen Wissens geschieht.
- 4 Die Mutually Agreed Terms betonen, dass der Zugang zu genetischen Ressourcen in gegenseitigem Einvernehmen erfolgen soll (vgl. UNEP/CBD/1992 Artikel 15).

Literatur

Brühl, Tanja, 2003: Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen. Ein Erklärungsmodell auf der Basis situationsspezifischer Ressourcennachfrage. Campus, Frankfurt.

Carson, Rachel, 1962: Silent Spring. Boston.

Clearing House Mechanismus Deutschland (CHM), 2004: Traditionelles Wissen. Internet: http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472515/HTML_Page1053440621 (09.03.2010).

Flitner, Michael, 1995: Sammler, Räuber und Gelehrte. Pflanzengenetische Ressourcen zwischen deutscher Biopolitik und internationaler Entwicklung. Frankfurt/M.

- Hardin**, Garrett, 1968: The Tragedy of the Commons. In: Science. Vol 162, 1243-1248.
- Howard**, Patricia L. (Hg.), 2003: Women and Plants Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation. London, New York.
- Mies**, Maria/**Shiva**, Vandana, 1995: Ökofeminismus, Beiträge zur Praxis und Theorie. Zürich.
- Nohlen**, Dieter (Hg.), 1998: Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe. München.
- Ostrom**, Elinor, 1990: Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge.
- Le Prestre**, Philippe G., 2002: „The Emergence of Biodiversity Governance“. In: Philippe G. Le Prestre (Hg.): Governing Global Biodiversity. The evolution and implementation of the Convention of Biodiversity. Aldershot, 1-6.
- UNEP/CBD**, 1992: United Nations Environmental Programme/Convention on Biological Diversity Internet: <http://www.biodiv.org/doc/legal/cbd-en.pdf> [06.02.2010].
- UNEP/CBD/COPV**, Internet: <http://www.biodiv.org/doc/decisions/COP-05-dec-en.pdf> [06.02.2010].
- UNEP/CBD/COPVI**, Internet: <http://www.biodiv.org/doc/decisions/COP-06-dec-en.pdf> [06.02.2010].
- UNEP/CBD/COPVII**, Internet: <http://www.biodiv.org/doc/decisions/COP-07-dec-en.pdf> [06.02.2010].
- UNEP/CBD/COP IX**, Internet: <http://www.cbd.int/doc/decisions/cop-09/full/cop-09-dec-en.doc> [06.02.2010].

Von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften – eine (re)produktionstheoretische Interpretation empirischer Befunde zur Gender- Dimension von Agrarpolitik

TANJA MÖLDERS

Die Ausrichtung am Leitbild der Nachhaltigkeit stellt eine wesentliche, jedoch umkämpfte Orientierung von Agrarpolitik dar (vgl. Feindt u.a. 2008). Soll Agrarpolitik nachhaltig sein, muss das Thema Geschlechtergerechtigkeit ernst genommen und in die Programmatiken integriert werden. Dies gilt zum einen, weil Geschlechtergerechtigkeit substantieller Bestandteil des Nachhaltigkeitsgedankens ist, und zum anderen, weil von (sozial) weiblichen Lebensrealitäten Impulse für eine nachhaltige Entwicklung ausgehen können (vgl. z.B. Weller 2004; Hofmeister/Mölders 2006; Gottschlich 2008). Um eine erweiterte Perspektive auf die Zusammenhänge zwischen Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit in der Agrarpolitik zu entwickeln, verbinde ich in meinem Beitrag die Analyse agrarpolitischer Wandlungsprozesse mit dem Theoriekonzept der (Re)Produktivität.

Die Entwicklungen des Agrarsektors sowie der ländlichen Räume in den Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) werden durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bestimmt. Seit ihren Anfängen in den späten 1950er und frühen 1960er

Jahren unterlag die GAP zahlreichen Reformen, mit denen jeweils veränderte Ziele verfolgt wurden. Wesentlich ist dabei die Verschiebung von einem durch sog. Marktordnungen vor marktwirtschaftlichen Mechanismen weitestgehend geschützter Agrarsektor hin zu einer einerseits auf Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung ausgerichteten Agrarwirtschaft sowie einer andererseits am Konzept der Multifunktionalität¹ orientierten Landwirtschaft (vgl. Feindt 2008a, b). Die unterschiedlichen „agrarpolitischen Paradigmen“ (Colemann 1998) sind in ihren z.T. widersprüchlichen Grundannahmen und Konzeptionen nicht bzw. nicht ausreichend aufeinander bezogen. Dies führt zu Konflikten, die bis auf die betriebliche Ebene wirken (vgl. z.B. Mölders 2008).² Dass Agrarpolitik am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet sein soll, ist ebenfalls Bestandteil europäischer Politik: Mit dem Amsterdamer Vertrag (1997) geht die Union die Selbstverpflichtung ein, alle Politiken, so auch die Agrarpolitik, im Sinne der Nachhaltigkeit zu betreiben (vgl. Schunter-Kleemann 1999). Während das Konzept der Multifunktionalität einer nachhaltigen Agrarpolitik durchaus Anknüpfungspunkte bietet, lässt sich weder ein protektionistischer noch ein liberalisierter Agrarsektor, wie er zurzeit in der EU existiert, als nachhaltig bezeichnen.

Wie wirken agrarpolitisch induzierte Wandlungsprozesse auf die Geschlechterverhältnisse in der Landwirtschaft und in ländlichen Räumen? Ich gehe dieser Frage nach, indem ich eine empirische Untersuchung mit einem theoretischen Konzept verbinde. Dazu stelle ich die Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung agrarpolitischer Akteure vor, die in den Jahren 2005 und 2006 zu den unterschiedlichen Auswirkungen agrarpolitischer Reformen auf Frauen und Männer befragt wurden. Die Ergebnisse verdeutlichen, wie die Geschlechterrelevanz agrarpolitischer Maßnahmen von Seiten derer eingeschätzt wird, die Politik beeinflussen und gestalten und entlang welcher Begründungsmuster die unterschiedlichen Positionen vertreten werden. Im weiteren interpretiere ich diese empirischen Ergebnisse und nehme dazu eine (re)produktionstheoretische Perspektive ein: Ausgehend von einer Einführung in das Konzept der „(Re)Produktivität“ (vgl. Biesecker/Hofmeister 2006) frage ich danach, welche unterschiedlichen Verbindungen bzw. Trennungen zwischen produktiven und reproduktiven Arbeiten und Leistungen in den Begründungsmustern der Akteure erkennbar werden. Aus der Verknüpfung von Agrarpolitik und dem Theoriekonzept (Re)Produktivität lassen sich, wie ich im vierten und letzten Teil zeigen werde, politische Anforderungen an eine nachhaltige Gestaltung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft formulieren. Diese weisen von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften.

Einschätzungen deutscher agrarpolitischer Akteure zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Agrarreformen

Der Hintergrund der Untersuchung und angewandter Methoden ist folgender: die dargestellte empirische Untersuchung fand von September 2005 bis Januar 2006 im Rahmen der Nachwuchsgruppe „AgChange. Konflikte der Agrarwende“ statt.³ In

der Erhebung wurden staatliche und nicht-staatliche Akteure⁴ als ExpertInnen für aktuelle agrarpolitische Themen interviewt (vgl. Meuser/Nagel 1991, 2004). Ausgehend von der Annahme, dass politisches Denken und Handeln nie geschlechtsneutral ist und somit auch agrarpolitische Reformen unterschiedlich auf Männer und Frauen wirken, wurde in zwei Interviewfragen zur EU-Agrarpolitik ein expliziter Bezug zum Themenkomplex „Geschlechterverhältnisse und Landwirtschaft bzw. ländliche Räume“ hergestellt: es wurde danach gefragt, ob die GAP-Reform und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER-VO) nach Einschätzung der Befragten unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben. Der ELER-VO regelt in der Förderperiode 2007 bis 2013 die Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume als „zweite Säule“ der GAP. Das Instrument ist in vier Bereiche gegliedert: 1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft, 2. Umweltschutz und Landschaftspflege, 3. Diversifizierung und Lebensqualität, 4. Gemeinschaftsinitiative LEADER („Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“, dt: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) (vgl. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BMVEL), Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume 2008).

Die angesprochene GAP-Reform besteht aus drei Kernelementen: erstens werden die Direktzahlungen von der Produktion entkoppelt, zweitens werden Standards in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz sowie Lebens- und Futtermittelsicherheit mit den Direktzahlungen verknüpft (Cross Compliance) und drittens werden Mittel für Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung durch Kürzungen der Direktzahlungen bereitgestellt (Modulation) (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2005).

Der ausgewertete Materialpool umfasst 31 transkribierte Interviews (In1 bis In31). In 28 Einzel- und drei Zweiergesprächen⁵ wurden 22 männliche und 12 weibliche Akteure befragt. Aus Gründen der Zeitknappheit oder weil bereits der ersten Frage ablehnend begegnet wurde, liegen nicht für alle 31 Interviews Antworten auf die (beiden) Fragen vor. Insgesamt wurde die Frage nach möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der GAP-Reform 25-mal, die nach möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen durch die ELER-VO 19-mal gestellt.⁶

Die Auswertung des empirischen Materials erfolgte in zwei Schritten: In einer ersten Systematisierung wurde danach gefragt, wie viele der Befragten von unterschiedlichen Auswirkungen der Maßnahmen auf Männer und Frauen ausgehen. In einem zweiten Schritt wurde nachvollzogen, welcher Argumentation die jeweiligen Einschätzungen folgen, um so verschiedene Begründungsmuster zu kategorisieren. Da für die weitere Betrachtung insbesondere die Einschätzungen relevant sind, die von geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Agrarreformen ausgehen, werden weiter unten die hier vertretenen Begründungsmuster ausführlich vorgestellt.

Einschätzungen der agrarpolitischen Akteure zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Agrarreformen

Eine quantitative Auswertung der Antworten ergibt folgendes Bild: 15 der Befragten sind der Meinung, dass die Reformen geschlechtsspezifische Auswirkungen haben. 25 InterviewpartnerInnen verneinen dies. Vier der Befragten antworten, dass sie dazu keine Kenntnis haben bzw. noch nicht darüber nachgedacht hätten. Eine geschlechtsspezifische Sortierung ergibt, dass anteilmäßig mehr Frauen als Männer von einer Geschlechterrelevanz der agrarpolitischen Maßnahmen ausgehen (8 von 12) wobei auch Frauen dezidiert ablehnende Haltung gegenüber der Gender-Thematik einnehmen. Innerhalb der Geschlechtergruppen stellt sich die Verteilung von Ja-Nein-Antworten bei den Frauen folgendermaßen dar: 8: Ja, 2: Nein, 2: keine Einschätzung bzw. Befragung. Bei den Männern geht eine Minderheit von einer Bedeutung der Dimension Geschlecht aus: 5: Ja, 14: Nein, 3: keine Einschätzung bzw. Befragung. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Frage nach der Geschlechterrelevanz der europäischen Agrarpolitik von den befragten Akteuren unterschiedlich aufgenommen wird. Neben sehr ablehnenden Haltungen gegenüber einer solchen Forschungsperspektive: „Ich bin ein absoluter Gender-Gegner“ (In29), oder: „Ich bin nicht bereit, jetzt die Viehhaltung unter dem Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming zu betrachten“ (In32) – stufen andere die Fragen als interessant und bedenkenswert ein. In einem Interview wird auf bestehenden Forschungsbedarf hingewiesen: „Wäre sicherlich eine interessante wissenschaftliche Untersuchung wert, festzustellen, wie sich die Lebenssituation jetzt verändert“ (In11).

Innerhalb der Gruppe der Befragten, die geschlechtsspezifische Auswirkungen der Agrarreformen negieren, lassen sich vier Begründungsmuster identifizieren: 1. die gesellschaftlichen Geschlechterrollen werden unabhängig von der Agrarpolitik gestaltet, 2. die GAP-Reform und ELER-VO wirken geschlechtsneutral, 3. der zentrale Regulationsmechanismus in der Landwirtschaft ist die Wirtschaft und 4. der Grund für unterschiedliche Geschlechterrollen in der Landwirtschaft ist die mangelnde Qualifizierung von Frauen.

Fünf Akteure verweisen bei den Fragen nach möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Agrarreformen auf die unterschiedlichen Rollen von Frauen in der ost- und westdeutschen Landwirtschaft. Beschrieben werden die unterschiedlichen Betriebsgrößen und -formen sowie die verschiedenen Rollen und Positionen, die Frauen in den jeweiligen Strukturen einnehmen. Der sozialistischen Gesellschaftsvorstellung entsprechend habe man in der DDR großen Wert darauf gelegt, dass auch Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen können, und auch im Agrarbereich die dafür nötigen Strukturen, insbesondere Qualifizierungsmöglichkeiten, geschaffen. Unterschiedlich sind die Einschätzungen dahingehend, welche Qualitäten die eine oder andere Sozialisation mit sich bringt. So attestiert eine Interviewpartnerin der westdeutschen Gesellschaft ein konservatives Landwirtschaftspolitikdenken, während eine andere die sozialen Qualitäten anführt, welche aus der für westdeutsche Landfrauen typischen Verbindung von Familie und Betrieb resultiert.

Diese Zusammenschau verdeutlicht, dass der Frage nach möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der aktuellen agrarpolitischen Maßnahmen nicht mit Sprachlosigkeit begegnet wird. Strategien wie das Gender Mainstreaming sind den Akteuren durchaus bekannt. Die Erfahrungen, die sie in ihrer Arbeitspraxis damit gemacht haben, ihr Wissen um die Relevanz der Kategorie Geschlecht als gesellschaftliche Strukturkategorie wie auch individuell-persönliche Einstellungen gegenüber dem Themenkomplex Geschlechterverhältnisse sind jedoch sehr verschieden und führen zu entsprechend unterschiedlichen Einschätzungen.

Die Einschätzungen zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Agrarreformen stelle sich folgendermaßen dar: Diejenigen Befragten, die von unterschiedlichen Auswirkungen der Agrarreformen auf Männer und Frauen ausgehen, benennen diese entweder direkt – beantworten die Fragen also mit einem „Ja“ – oder kommen in Laufe ihrer Ausführungen dazu, dass indirekte geschlechtsspezifische Bezüge bestünden, wenn z.B. die unterschiedlichen Arbeitsbereiche von Männern und Frauen in den Blick genommen werden. Die Einschätzungen sind nachfolgend zu drei Argumentationsfiguren verdichtet.

Stärkung der traditionellen Arbeitsbereiche von Frauen

Die Mehrzahl der InterviewpartnerInnen, die direkte oder indirekte geschlechtsspezifische Auswirkungen im Zuge der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes benennen, beschreibt eine Aufmerksamkeitsverschiebung hin zu solchen Tätigkeitsfeldern, die aufgrund der traditionellen Aufgaben- und Arbeitsteilung in der Landwirtschaft vornehmlich von Frauen ausgeführt werden. Genannt werden in diesem Zusammenhang z.B. die Direktvermarktung und -verarbeitung auf den Höfen, die Einrichtung von Hof-Cafés, Angebote wie Ferien auf dem Bauernhof oder Kinderparties. All diese Tätigkeiten würden vornehmlich von Frauen wahrgenommen, während die Männer in der landwirtschaftlichen Produktion arbeiteten:

Denn traditionell ist es nach wie vor so, dass „der Bauer“ – in Anführungszeichen – zuständig ist für Maschinen und den Stallbau und da auch am meisten Förderung reinfließt und die Diversifikation die Domäne der Bäuerin ist, und die war bisher eher untergeordnet (In1).

Oder, wie ein anderer Interviewpartner es ausdrückt:

(...) der Mann bekommt seinen 200 PS starken Schlepper gefördert, die Frau die intelligente Direktvermarktung. Was beide daraus machen, muss man mal gucken (In13).

Die Chancen, die von Seiten der befragten agrarpolitischen Akteure gesehen werden, beziehen sich damit zum einen auf die Möglichkeiten für Frauen in der Landwirtschaft bzw. in ländlichen Räumen, die sich eröffnen, weil ihre bislang eher marginalisierten Zuständigkeitsbereiche eine Aufwertung erfahren.⁷ Frauen werde die Möglichkeit eröffnet, eigene Ideen und Projekte zu realisieren, sich ein eigenes Standbein zu schaffen:

Also, die Frauen können stärker dann ihre Bereiche (verfolgen), die traditionell von ihnen gemacht werden, ob das jetzt Direktvermarktung oder Weiterverarbeitung oder solche Sachen, bekommen einen größeren Stellenwert, also, eher positiv (In1).

Zum anderen werden die geförderten Bereiche als Chancen betrachtet, aus dem landwirtschaftlichen Produktionszwang hinaus zu gelangen und eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume zu ermöglichen:

Ich sage mal so, was uns allen auch klar ist, dass mit der bloßen Produktion von Rohstoffen – und das war ja eigentlich die Funktion von Landwirtschaft – über eine Produktion von Rohstoffen immer mehr zu immer geringeren Preisen und dann es über die Masse zu machen – das ist doch keine Zukunft, das wissen wir doch (In24).

So verbindet sich mit einer Orientierung auf die vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume die Chance, die Qualitäten von Produkten und Arbeit neu zu definieren:

Wenn aber (...) Leute auf den Hof kommen und sagen, weißt du was, du machst einen klasse Käse, der schmeckt viel besser als der von Aldi, dann ist das eine ganz andere Wertschätzung, d. h. der Wert von Arbeit muss sich auch verändern (In24).

Die Aussagen der agrarpolitischen Akteure verdeutlichen, dass eine Um- bzw. Neuorientierung in der Landwirtschaft in Richtung Diversifikation nicht zuletzt aufgrund ökonomischer Überlegungen angezeigt ist:

Vielleicht haben sie (die Frauen) es am Anfang getan, um einfach für sich eine Möglichkeit zu sehen, bestätigt zu werden auch in den Bereichen, in denen sie dann auch die Zuständigkeit haben, und inzwischen ist es so, dass (das) für die Betriebe ein Betriebszweig geworden ist in vielen Bereichen. Es ist nicht mehr so, dass es ein Taschengeld ist, sondern es hat sich zu einem Betriebszweig herauskristallisiert, und inzwischen ist es lebensnotwendig für die Betriebe, dass sie ein zusätzliches Standbein haben. Und das wird viel zu wenig herausgestellt (...). Das Geld kommt oft aus dem Hof-Café und nicht aus dem Ertrag des Weizens (In22).

Einer der Befragten sieht die Frauen auf dem Land als Wegbereiterinnen zur Erschließung von „endogenen Potenzialen“ des ländlichen Raumes. Diese Möglichkeiten zu nutzen stuft er als wichtig ein, wobei die Frauen die zentralen Adressatinnen seien:

Wenn die nicht mitmachen, dann wird es nicht gut gehen (In16).

Frauen als Motor für Veränderungen in der Landwirtschaft

Nicht nur im Zusammenhang mit ihren Tätigkeitsfeldern, sondern auch im Hinblick auf Initiative und Pioniergeist werden Frauen als wichtige Akteure gesehen. So weisen vier der Befragten darauf hin, dass Frauen in der Landwirtschaft häufig der Motor für Veränderungen (gewesen) seien. Vor diesem Hintergrund schätzen sie die Rolle der Frauen auch im Kontext der aktuellen Agrarreformen als bedeutsam ein. Dies gilt sowohl für die erste Säule, die Direktzahlungen und Marktunterstützungen, als auch für die zweite Säule, die integrierte Entwicklung der ländlichen Räume. Ein Interviewpartner führt aus, dass Ziele, die bislang vor allem von Seiten der Frauen verfolgt wurden, nun Teil der GAP-Reform seien. Als Beispiel nennt er die Entkopplung der Direktzahlungen von der landwirtschaftlichen Produktion, die es ermögliche, mehr auf die Produktion von Qualität denn auf die Produktion von Menge zu setzen:

Also, dann führt die Entkopplung eher zu einer Stärkung (...), ja vielleicht des weiblichen Ansatzes auf den Betrieben (In13).

Eine Interviewpartnerin fokussiert die Möglichkeiten zur Einkommenskombination, die – insbesondere im Zuge der ELER-VO – zunehmend bedeutsam werden.

(...) in früheren Jahren waren es immer nur die Frauen, die so flexibel waren und dann auch versucht haben, eine neue Idee umzusetzen, die jetzt nichts mit der Urproduktion zu tun hat (In22).

Landwirtinnen erscheinen mithin als „Agentinnen einer vielfältigen Landwirtschaft“, indem sie aufgrund der traditionellen Arbeits- und Aufgabenteilung die Diversifizierung vorantreiben, sich aber gleichzeitig von Traditionen zu lösen wissen, um neue Entwicklungen voran zu treiben.

Strukturwandel als neue alte Arbeitsteilung

Ein weiterer Zusammenhang zwischen agrarpolitischen Reformen und den Geschlechterverhältnissen in der Landwirtschaft wird im Strukturwandel und der damit verbundenen Um- und Neuorientierung von Arbeit gesehen. Zwei der befragten Akteure merken an, dass bei Nebenerwerbsbetrieben die Hauptarbeit auf dem Hof der Frau obliege, weil es der Mann sei, der einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehe, so „dass sie (die Frauen) zusätzliche Aufgaben im Betrieb zu übernehmen haben“ (In9).

Häufig, so merken zwei Interviewpartner an, sei der Nebenerwerbsbetrieb nur eine Vorstufe der völligen Betriebsaufgabe. Diese könne dann zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Frauen führen, wenn die landwirtschaftliche Arbeit ganz entfällt: (...) vor allem da, wo jetzt die Entscheidung getroffen wird, wir gehen aus der aktiven Produktion raus, wird (es) besser. Also die Lebenssituation wird besser“ (In11).

Einer der Befragten führt aus, dass sich mit einem Mehr an Arbeit zugleich ein Mehr an Gestaltungsmacht verbinde, was er am Beispiel der betrieblichen Buchführung verdeutlicht:

In ganz vielen Betrieben machen die Frauen die Buchführung sehr fantastisch und haben damit natürlich Einblick ins unternehmerische Tun, und sie gestalten damit sehr viel stärker mit, als wenn sie „nur“ mitarbeiten im Stall und Hof“ (In16).

Seiner Einschätzung nach werde der bürokratische Aufwand im Zuge der agrarpolitischen Reformen zunehmen und die Frauen entsprechend mehr belasten bzw. herausfordern. Die Belastung, die sich für Frauen aus der Zuständigkeit für Familie, Arbeiten auf dem Hof sowie die betriebliche Buchführung ergibt, bezeichnet eine Interviewpartnerin als „Spagat (...) zwischen der Betriebswirtschaft und, ich sage mal, dem Seelenfrieden im Haus“ (In22).

Die Ausführungen verdeutlichen, dass die befragten agrarpolitischen Akteure in ihren Einschätzungen unterschiedliche Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft bzw. Agrarpolitik und Geschlechterverhältnissen thematisieren. Die von ihnen gesehenen Auswirkungen der GAP-Reform und ELER-VO ergeben sich aus den Ge-

schlechterrollen, die Männern und Frauen in der Landwirtschaft traditionell zukommen und die insbesondere über die geschlechtliche Arbeitsteilung definiert sind. So wird die Diversifizierung als vornehmlich weibliches Tätigkeitsfeld angesehen, das nun Aufmerksamkeit und Förderung erfährt, der „weibliche Pioniergeist“ gilt als Motor für Veränderungen in der Landwirtschaft.

Von der Produktivität des Reproduktiven – Interpretation der empirischen Befunde

Ich werde die empirischen Befunde nachfolgend (re)produktionstheoretisch interpretieren und damit eine Perspektive auf die Geschlechterverhältnisse in der Landwirtschaft eröffnen, die mit Blick auf eine nachhaltige Agrarpolitik weiterführend erscheint.

Das Konzept der (Re)Produktivität

Das Konzept der (Re)Produktivität, wie es von Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister (2006) im Kontext der sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsforschung entwickelt wurde, verbindet eine kritisch-analytische mit einer visionären Perspektive. Dazu wird nach der Struktur, der Legitimation sowie den Konsequenzen von Trennungen und Verbindungen gefragt, die zwischen den Kategorien Produktion und Reproduktion bzw. produktiv und reproduktiv bestehen (vgl. Biesecker/Hofmeister 2006).

Kritisiert wird das Denken der westlichen Moderne: hier wird das Reproduktive – als die dem Bereich des (sozial) Weiblichen zugeordnete Tätigkeiten und Qualitäten (z.B. Generativität, (Vor-)Sorge, Pflege etc.) – dem Produktiven, d.h. den Geld erwirtschaftenden Tätigkeiten gegenübergestellt. Dabei wird übersehen, dass das Reproduktive selbst produktiv ist, indem es immer wieder neue Leistungen und Qualitäten herzustellen vermag und unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der produktiven Sphäre ist. Somit wird eine machtvolle Trennung aufgemacht, die das Reproduktive als einen vom Produktiven verschiedenen Bereich überhaupt erst herstellt.⁸ Ergebnis dieser Trennung ist eine Hierarchisierung der beiden Sphären hinter der sich ein gesellschaftlicher In-Wertsetzungsprozess verbirgt, dessen Genese sich in Auseinandersetzung mit der Geschichte der Ökonomie nachzeichnen lässt (vgl. ebd., 40ff.). Auch Baier u.a. (2005, 91) stellen heraus:

Dass Frauen für die Versorgung zuständig sind und Männer sich diesbezüglich zurückhalten, ist nicht nur in Bezug auf die ‚Geschlechtergerechtigkeit‘ ein Problem, sondern schafft die Voraussetzung für die mangelnde Beachtung, die die herrschende Ökonomie den Menschen und ihren Bedürfnissen insgesamt zollt. (Baier u.a. 2005, 91).

Der visionäre Gehalt des (re)produktionstheoretischen Zugangs liegt in der Überwindung der kritisierten Trennung sowie in der Zusammenführung der beiden Sphären in der Kategorie der (Re)Produktivität. Indem nach der „Produktivität des Reproduktiven“ gefragt wird, wird die Struktur und Legitimation der Trennung selbst in Frage gestellt. Aus einer (re)produktionstheoretischen Perspektive erscheint das

„Reproduktive“ nicht mehr als das Andere zum Produktiven, sondern selbst als produktiv – ein Verständnis, dass durch die Schreibweise (Re)Produktivität zum Ausdruck gebracht wird.

Eine (re)produktive Perspektive ist verbunden mit einer „Neuerfindung des Ökonomischen“ (vgl. Biesecker/Hofmeister 2006): „Das Ökonomische wird in einer nachhaltigen Gesellschaft nicht mehr das sein (können), was es noch ist“ (ebd., 169). Nachhaltiges Wirtschaften wird zum Vorsorgenden Wirtschaften, das nicht an Profitmaximierung, sondern an den Prinzipien Vorsorge, Kooperation und der Orientierung am für das gute Leben Notwendigen ausgerichtet ist (vgl. Biesecker u.a. 2000).⁹ Die Verwirklichung (re)produktiver Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedarf struktureller und institutioneller Bedingungen, deren Gestaltung immer auch eine politische Aufgabe darstellt. Mit Blick auf ein (re)produktives Leben und Arbeiten auf dem Land ist deshalb die Agrarpolitik in besonderer Weise adressiert.

(Re)produktionstheoretische Interpretationen der Untersuchungsergebnisse

Die Ausführungen der InterviewpartnerInnen machen deutlich, was auch in der agrarsoziologischen Literatur zu Geschlechterverhältnissen in der Landwirtschaft umfassend beschrieben ist: die traditionell geschlechtliche Aufgabenteilung markiert eine Trennung von weiblichen und männlichen Tätigkeitsbereichen. Diese Trennung ist jedoch nicht statisch, sondern variiert unter dem Einfluss technischer, ökonomischer sowie politischer Entwicklungen. In der vorindustriellen Raum-, Wirtschafts- und Sozialstruktur des „Ganzen Hauses“ (Terlinden 1990) übernahmen Frauen und Männer produktive wie „reproduktive“ Arbeiten, die zwar verschieden, jedoch gleichwertig waren. Im Zuge der fortschreitenden Technisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft hat eine Trennung in „reproduktive“ Subsistenzproduktion (weiblich) und produktive Warenproduktion (männlich) stattgefunden (vgl. Baier u.a. 2005, 92).

Die diskutierten Reformen der EU-Agrarpolitik, insbesondere die ELER-VO für die Entwicklung des ländlichen Raumes, adressieren die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche in der Landwirtschaft und in ländlichen Räumen. Eine Förderung erfährt nicht nur die „produktive Warenproduktion“, sondern auch die „reproduktive Subsistenzproduktion“. Ein Interviewpartner streicht diese beiden Bereiche heraus, indem er den „200 PS starken Schlepper“ der „intelligenten Direktvermarktung“ gegenüberstellt. Die Mehrzahl der InterviewpartnerInnen, die von geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Agrarreformen ausgeht, vertritt die These, dass die Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume die traditionellen Arbeitsbereiche von Frauen stärken: indem z.B. selbst hergestellte Produkte in Hofläden und -cafés angeboten werden, werden weibliche Arbeitsbereiche sichtbar, erfahren Wertschätzung und tragen zum Einkommen bei.

Aus einer (re)produktionstheoretischen Perspektive lässt sich dieser – politisch induzierte – sozio-ökonomische Wandel in verschiedene Richtungen deuten: zunächst kündigt sich ein Transformationsprozess an, der eine Aufwertung von häufig mar-

ginalisierten Arbeitsbereichen verspricht: das als „reproduktiv“ Abgespaltene wird in die Sphäre des Produktiven geholt. Dass eine solche Entwicklung den Frauen auf dem Land die Möglichkeit bietet, Einkommensalternativen zu erschließen und als Unternehmerinnen zu agieren, wird sowohl von Seiten der Regierungen als auch von Fraueninteressenverbänden positiv hervorgehoben (vgl. z.B. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF), Referat Öffentlichkeitsarbeit 1998a, b; Fahning 2001).

Zugleich stellt sich jedoch die Frage, welche Konsequenzen ein solcher Transformationsprozess für das Verhältnis von Produktion und „Reproduktion“ hat. Problematisch erscheint die Kommerzialisierung der weiblichen Ökonomie (Fonte u.a. 1994; Strehlow 1997; Inhetveen/Schmitt 2004). Die Trennung von Produktion und Reproduktion würde verstärkt, wenn die sog. reproduktiven Tätigkeiten sowie die damit verbundenen Qualitäten von der Sphäre der Produktion und den mit ihr verbundenen Rationalitäten wie Wachstumsorientierung und Monetarisierung vereinnahmt werden. Eine solche Tendenz beschreibt z.B. Maite Mathes (1999) am Beispiel der Direktvermarktung und diagnostiziert eine „Selbst“vermarktung im Hinblick auf die damit verbundene (Arbeits-)Belastung der Frauen.

Oder kommt es tatsächlich zu einer Verbindung der produktiven und der sog. reproduktiven Sphäre als (re)produktiv? In einer solchen Verbindung würde sich die Qualität des Produktiven grundsätzlich ändern. Wirtschaften wäre Vorsorgendes Wirtschaften, d.h. die Prozesse der Herstellung wären direkt mit der Frage verbunden, welche ökologischen und sozialen Konsequenzen Produkte und Produktionsprozess zeitigen: was sind die Qualitäten eines nicht-industriell hergestellten Käses? Welche Arbeiten sind für einen solchen Herstellungsprozess notwendig und von wem werden sie verrichtet? Was unterscheidet den Einkauf in einem Hofladen von einem Einkauf im Supermarkt? Eine Notwendigkeit zu Um- und Neuorientierungen in der Landwirtschaft wird auch in den Interviews hergestellt – ein Interviewpartner spricht von einer „anderer Wertschätzung“ in Bezug auf Produkte und Arbeit.

Von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften

Eine Integration von Geschlechterfragen in einen – primär nicht auf soziale, sondern auf ökonomische Belange ausgerichteten – Politikbereich wie die Agrarpolitik erfordert neben der Thematisierung „expliziter Gender-Bezüge“, die die individuelle Dimension von Geschlechtlichkeit berücksichtigen, auch einen Fokus auf die „impliziten Gender-Bezüge“, die die strukturelle und symbolische Dimension der Geschlechterverhältnisse in den Blick nehmen (vgl. Weller 2004.). So ist auch mit Blick auf die Interviewergebnisse deutlich geworden, dass diejenigen Akteure, die die Frage nach möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der agrarpolitischen Reformen verneinen, ihre Argumentation nur aufrecht erhalten können, weil sie zum einen von einem sehr eng gefassten Verständnis denkbarer Zusammenhänge zwischen agrarpolitischen Maßnahmen und gesellschaftlichen Geschlechterverhält-

nissen ausgehen und zum anderen ungleiche Zugangsmöglichkeiten von Männern und Frauen (z.B. zu Qualifizierungen) von vornherein ausschließen.

Der (re)produktionstheoretische Ansatz bietet eine erweiterte Perspektive auf die Gestaltung von Geschlechterverhältnissen in der Landwirtschaft bzw. durch die Agrarpolitik. Die (re)produktionstheoretische Interpretation der Interviewergebnisse hat deutlich gemacht, dass sich hinsichtlich der besprochenen Reformen nicht eindimensional von positiven oder negativen Effekten für Frauen in ländlichen Räumen sprechen lässt, sondern diese Frage verbunden werden muss mit Fragen nach einer nachhaltigen Gestaltung von Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen. Nur so kann verhindert werden, dass die Bedeutung der Reproduktion für eine erfolgreiche Landwirtschaft noch stärker aus dem Blick gerät (vgl. Schmitt 2007).¹⁰ Eine (re)produktive Agrarpolitik wäre deshalb keine Agrarpolitik speziell für Frauen, sondern eine Agrarpolitik, die die sozial-ökologischen Konsequenzen ihrer Maßnahmen reflektieren würde. Die eingangs beschriebene Orientierung der EU-Agrarpolitik an einer zunehmenden Marktorientierung einerseits und der nachhaltigen Gestaltung des Agrarsektors andererseits, wird aus dieser Perspektive in ihrer Widersprüchlichkeit nachvollziehbar. Statt solche Widersprüche über „Integrationsappelle“ zu verschleiern, wäre es geboten, dass Wissenschaft und Politik Denk- und Handlungsräume für ein Vorsorgendes Wirtschaften eröffnen – auch in der Agrarpolitik (vgl. Gottschlich/Mölders 2010).

Anmerkungen

- 1 Das Konzept der multifunktionalen Landwirtschaft geht davon aus, dass durch die landwirtschaftliche Produktion nicht allein Waren (food and fibre), sondern zugleich verschiedene nicht-warenbezogene Leistungen (non commodity outputs) bereitgestellt werden, die einer entsprechenden In-Wertsetzung bedürfen (vgl. OECD 2001).
- 2 Das Statistische Bundesamt (2006) nennt für 2005 folgende Zahlen zur Situation der Landwirtschaft in Deutschland: der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Produktion wird in Deutschland nach wie vor von den landwirtschaftlichen Familienbetrieben erzeugt. Davon bewirtschaften 55,6% im Nebenerwerb 24,2% der genutzten Fläche. Die Zahl der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben beträgt 1,3 Millionen und ist damit 10,3% niedriger als 1995.
Frauen leisten in der Landwirtschaft unterschiedliche Arbeiten, wobei Teilzeitarbeit dominiert. Sie sind als Ehepartnerinnen der Betriebsleiter, als Familienangehörige, Arbeitnehmerinnen und Betriebsleiterinnen in die Produktionsprozesse eingebunden. Die Zahl der von Frauen geleiteten Betriebe ist in Deutschland im EU-Vergleich gering (unter 10%). Zudem sind es vor allem kleine, d.h. wirtschaftlich weniger bedeutsame Betriebe, die von Frauen geleitet werden (vgl. Europäische Kommission 2002).
- 3 Die Nachwuchsgruppe „AgChange. Konflikte der Agrarwende“ wurde von 2002 bis 2007 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Förderschwerpunkt sozial-ökologische Forschung gefördert. Die Befragung wurde von Peter H. Feindt konzipiert und von Franziska Müller und Sabine Weiland durchgeführt. Mein Beitrag basiert auf einer ersten Auswertung der Fragen nach der Geschlechterrelevanz agrarpolitischer Reformen im Rahmen des AgChange-Projektes (vgl. Mölders 2006).
- 4 Die Struktur der Befragten gliedert sich wie folgt: 1. Politik (Bundestagsabgeordnete), 2. Verwaltung (i. S. v. Exekutive) und 3. Verbände (3a. landwirtschaftliche Verbände, 3b. andere Nicht-Regierungs-Organisationen).
- 5 Diese Zweiergespräche werden nachfolgend als ein Interview gezählt.
- 6 Eine Unterscheidung zwischen solchen Antworten, die sich auf die GAP-Reform beziehen und solchen, die mit Bezug auf die ELER-VO formuliert wurden, wird im Folgenden nicht vorgenommen. Zum einen gehen die Antworten häufig ineinander über, zum anderen wurde oftmals die Frage nach der ELER-VO

weggelassen oder verkürzt, wenn bereits die Fragen nach der Geschlechterrelevanz der GAP-Reform als unerheblich eingestuft wurde.

- 7 Dieser Einschätzung steht die Gegenstimme von nur einer Befragten gegenüber. Sie befürchtet, dass sich durch die Reformen die Tendenz verfestige, dass von Frauen verrichtete Arbeiten schlechter bezahlt werden.
- 8 Um diesem Verständnis Ausdruck zu verleihen, wird nachfolgend – in Anlehnung an die Arbeiten von Biesecker und Hofmeister – vom sog. Reproduktiven oder dem „Reproduktiven“ in einfachen Führungszeichen die Rede sein.
- 9 Das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften wurde und wird von Frauen – Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen – des gleichnamigen Netzwerkes erarbeitet und anhand unterschiedlicher Fallbeispiele und Themenfelder ausformuliert.
- 10 Diese Kontroverse findet sich – wenn auch nicht explizit – in den Debatten um das agrarsoziologische Konzept „Feminisierung der Landwirtschaft“ wieder: Einerseits wird die Re-Institutionalisierung von Geschlechterdifferenzen sowie die zunehmende Arbeitsbelastung der Frauen kritisch in den Blick genommen. Andererseits werden die Möglichkeiten der Frauen zur Existenzsicherung ihrer Familien beizutragen betont und die Wertschätzung ihrer Arbeit in der und durch die Öffentlichkeit herausgestellt (vgl. Inhetveen/Schmitt 2004; Heisteringer 2006).

Literatur

- Baier, Andrea/Bennholdt-Thomsen, Veronika/Holzer, Brigitte**, 2005: Ohne Menschen keine Wirtschaft. Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht. München.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine**, 2006: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. München.
- Biesecker, Adelheid/Matthes, Maite/Schön, Susanne/Scurrell, Babette** (Hg.), 2000: Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.
- BMELF** (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), 1998a: Frauen auf dem Land. aktiv – erfolgreich – zukunftsorientiert. Bonn.
- BMELF** (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), 1998b: Einkommensalternativen für Frauen im ländlichen Raum. Bonn.
- BMVEL** (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft) (Hg.), 2005: Meilensteine der Agrarpolitik. Umsetzung der europäischen Agrarreform in Deutschland. Berlin.
- Colemann, William D.**, 1998: „From Protected Development to Market Liberalism: Paradigm Change in Agriculture“. *Journal of European Public Policy*, 5. Jg., H.4, 632-651.
- Fahning, Ines**, 2001: Frauen sind ein Gewinn! Beitrag der Frauen am landwirtschaftlichen Gesamteinkommen. Hannover.
- Feindt, Peter H.**, 2008a: „Sozial-ökologische Entwicklungsprobleme von Landwirtschaft und Agrarpolitik. Eine Annäherung“. In: Feindt, Peter H. u.a. (Hg.): Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin, 25-40.
- Feindt, Peter H.**, 2008b: „Nachhaltige Agrarpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Paradigmenwechsel. Die Bedeutung von Institutionen und politischem Prozess in der Gemeinsamen Agrarpolitik“. In: Feindt, Peter H. u.a. (Hg.): Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin, 67-93.
- Feindt, Peter H. u.a.** (Hg.), 2008: Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin.
- Fonte, Maria u.a.**, 1994: „The Menial and the Sublime“. In: Plas, Leendert van der/Fonte Maria (Hg.): *Rural Gender Studies in Europe*. Assen, 1-13.
- Gottschlich, Daniela**, 2008: „Care Economy. Nachhaltiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive“. In: Gottschlich, Daniela u.a. (Hg.): *Reale Utopien. Perspektiven für eine friedliche und gerechte Welt*. Köln, 123-134.

Gottschlich, Daniela/Mölders, Tanja, 2010: „Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung gesellschaftlicher Naturverhältnisse: Über die Bedeutung von Natur-, Ökonomie- und Politikverständnissen für nachhaltige Entwicklung“. In: Baerlocher, Bianca/Kruse, Sylvia (Hg.): Natur und Gesellschaft. Gestaltung und Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Basel.

Heistinger, Andrea, 2006: „Kabarett und Ziegenkäse. Selbstständig-Sein als Bäuerin“. Koryphäe. 39. Jg., H. 6, 18-23.

Hofmeister, Sabine/Mölders, Tanja, 2006: „Geschlecht als Basiskategorie der Nachhaltigkeitsforschung“. In: Schäfer, Martina u.a. (Hg.): Gender-Perspektiven in der Sozial-ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten. München, 17-37.

Inheteven, Heide/Schmitt, Mathilde, 2004: „Feminization Trends in Agriculture: Theoretical Remarks and Empirical Findings from Germany“. In: Buller, Henry/Hoggart, Keith (Hg.): Women in the European Countryside. Ashgate, 83-102.

Mathes, Maite, 1999: „Selbstvermarktung. Exempel für die Feminisierung der Arbeit im ländlichen Norden“. In: Teherani-Krönner, Parto u.a. (Hg.): Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung. Pfaffenweiler, 180-184.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike, 1991: „ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht“. In: Garz, Dettlef/Kraimer, Klaus (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, 442-471.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike, 2004: „ExpertInneninterview: Zur Rekonstruktion spezialisierten Sonderwissens“. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 326-329.

Mölders, Tanja, 2006: Bedeutsam oder irrelevant? Einschätzungen deutscher agrarpolitischer Akteure zur Gender-Dimension von GAP-Reform und ELER-VO. BIOBUM-Forschungsbericht, Nr. 16. Hamburg.

Mölders, Tanja, 2008: „Landwirtschaft und Agrarpolitik im Wandel. Konflikte und Kontroversen in der Wahrnehmung von Landwirtinnen und Landwirten“. In: Feindt, Peter H. u.a. (Hg.): Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Berlin, 157-180.

OECD (Organisation for Economic Development and Co-operation), 2001: Multifunctionality: Towards an Analytic Framework. Paris.

Schmitt, Mathilde, 2007: „Wandel als Normalität begreifen und gestalten“. In: Feindt, Peter H./Lange, Joachim (Hg.): Agrarpolitik im 21. Jahrhundert. Wahrnehmungen, Konflikte, Verständigungsbedarf. Loccum, 181-190.

Schunter-Kleemann, Susanne, 1999: „Nachhaltige Agrarpolitik als Zielsetzung der Europäischen Agrarpolitik?“. In: Teherani-Krönner, Parto u.a. (Hg.): Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung. Pfaffenweiler, 152-161.

Strehlow, Karen, 1997: „Wandel der Arbeits- und Lebenswelten von Frauen auf dem Lande“. Kirche im ländlichen Raum. 48. Jg., H. 4, 130-135.

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2006: Landwirtschaft in Deutschland und der Europäischen Union. Wiesbaden.

Terlinden, Ulla, 1990: Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. Ein feministischer Ansatz in der soziologischen Stadtforschung. Stuttgart.

Weller, Ines, 2004: Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten. München

Geschlechtergleichheit – (k)ein Mandat für internationale Klimaverhandlungen?

LIANE SCHALATEK

Globaler Klimawandel ist weltweit längst bittere Realität und seine Auswirkungen sind nicht gender-neutral. Besonders betroffen sind Menschen der ärmsten Länder, und unter den Ärmsten vor allem Frauen. Diese stellen global die Mehrheit der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung dar. Armut erhöht die Vulnerabilität für die Auswirkungen des Klimawandels, macht Anpassungsbemühungen zugleich notwendiger und schwieriger. Naturkatastrophen häufen sich und treffen Frauen und Kinder meist härter – auch in der vermeintlich entwickelten Welt.¹ Die Gründe liegen in den sozial konstruierten Rollen und Normen, die Männern und Frauen gesellschaftlich unterschiedlich zugewiesen werden. Auch Machtverhältnisse, die Frauen ökonomisch und rechtlich benachteiligen, machen sie weltweit verwundbarer für die negativen Folgen des Klimawandels. Frauen sind im Kampf gegen den Klimawandel nicht nur überdurchschnittlich häufig Opfer, sondern wichtige agents of change (Women's Environment & Development Organisation, 2007) – sowohl bei der Anpassung (adoption) an die Umweltveränderungen als auch bei der Emissionsvermeidung (mitigation).

Dabei sind die Probleme, die sich im Kontext des Klimawandels stellen, nicht neu. Die Verknüpfung zwischen Fragen der Geschlechtergleichheit² und nachhaltiger Entwicklung wurde im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte bereits in wichtigen internationalen Verhandlungszusammenhängen und Politikrahmen thematisiert, z.B. beim Erdgipfel in Rio 1992 und in der Agenda 21, auf der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995 im Pekinger Aktionsplan oder beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen (UN) und in den dort beschlossenen Millenniumsentwicklungszielen (MDGs). Durch die Linse des globalen Klimawandels wird die Herausforderung Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen noch drängender, in ihren Auswirkungen potenziert und stärker den je mit anderen Nachhaltigkeitsbelangen verbunden. Allerdings tut sich die internationale Klimapolitik in den laufenden Klimaverhandlungsprozessen nach wie vor schwer, die Genderdimensionen des Klimawandels nicht nur in vollem Maße anzuerkennen, sondern auch in Politikansätzen und -instrumenten ausreichend zu berücksichtigen. Dieser Beitrag konzentriert sich – aus einer politikaktivistischen und weniger politikwissenschaftlichen Perspektive – auf die Schwerfälligkeit der UN Klimarahmenkonventionen (United Nations Framework Convention on Climate Change UNFCCC), Gender-Belange zu akzeptieren und die Möglichkeiten, diese zu übernehmen. Diese Schwerfälligkeit ist höchst problematisch, weil sie nicht nur auf eine gefährliche Wissenslücke in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel hinweist, sondern Handlungsoptionen beschränkt, und somit einen wichtigen Teil des menschlichen Veränderungspotentials vergeudet. Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Klimawandels – ob im

Bereich des Konsumverhaltens, bei der Ressourcennutzung oder im sozialen, intra- und internationalen Umgang – ist eine grundlegende Veränderung menschlichen Handelns. Gerade deshalb müssen politische EntscheidungsträgerInnen und KlimaexpertInnen neben den Technologie- und Finanzfragen auch die Frage der Genderrelevanz des globalen Klimawandels adressieren und in das Zentrum gegenwärtiger umweltpolitischer Diskurse stellen. Dabei gilt es auf die Erfahrungen und Ansätze anderer internationaler Verhandlungsprozesse und multilateraler Institutionen selektiv zurückzugreifen, die z.B. das Gender Mainstreaming³ und gezieltes Empowerment für Frauen, explizite Multiebenenaktionspläne oder Multi-Stakeholder Konsultationen in ihrem Bemühen um mehr Geschlechtergleichheit sinnvoll genutzt haben. Diese müssen den neuen Anforderungen nach Kohärenz und Synergie in der Zusammenschau von Gender-, Umwelt- und Nachhaltigkeits-, sowie Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zugleich angepasst werden.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit, Geschlechtergerechtigkeit im Lichte des Klimawandels neu zu überdenken, sind die Erfahrungen und Bemühungen der Weltbank um Gender Mainstreaming. Seit mehreren Jahren versucht eine Reihe von GenderexpertInnen auf Sektor- und Regionalebenen innerhalb der Weltbank durch einen Genderaktionsplan deren Entwicklungsprojekte gendersensitiver und nachhaltiger zu gestalten (World Bank 2006). Allerdings konzentrieren sich diese Aktivitäten eher auf die allgemeine bessere Integration von Frauen als auf z.B. ihre möglichen wirtschaftlichen Potentiale innerhalb existierender, makroökonomischer Strukturen. Die wirtschaftlichen Strukturen und Ausrichtungen (z.B. Exportwirtschaft und ein auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basierendes Wachstumsmodell) sowie deren Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung, den Klimawandel und die Geschlechterverhältnisse werden dabei nicht gezielt hinterfragt. So bleibt die Rolle von Frauen auch in der intensiven, wissensgenerierenden Beschäftigung mit dem Klimawandel innerhalb der Bank nur eine Randerscheinung – im neuen Weltentwicklungsbericht der Weltbank zu Klimawandel und Entwicklung, einem 440-Seiten starken Werk, kommen Bezüge auf Frauen und damit verbundene Genderdimensionen nur auf einer Seite vor (World Bank 2009). Stattdessen sollte der Zugang zu Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung in der Weltbank kritisch reflektiert werden; die in diesem Jahr anstehenden Revisionen der internen Weltbankpolitiken zu nachhaltiger Entwicklung und Energie bieten dafür eine gute Gelegenheit.

„What is not counted does not count“ – gilt auch in der Klimawissenschaft

Längst ist globaler Klimawandel ein etablierter wissenschaftlicher Fakt, den nur wenige renommierte Klimaforscher in Zweifel ziehen. Prominentester Referenz- und Rechtfertigungsrahmen in der internationalen Klimapolitik sind die Berichte und Bewertungen des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaveränderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), ein bei der UN angesiedeltes, mehrere Hundert WissenschaftlerInnen starkes, global repräsentatives Konsortium, das im Jahr 2007 für seine Arbeit mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet

wurde. Es war vor allem der vierte IPCC Bewertungsbericht im Jahr 2007 (IPCC 2007a), der die weltweiten langfristigen Veränderungen von Wetterzyklen unzweifelhaft menschlichen Aktivitäten zuschrieb und eindringlich die drastischen Folgen für Ökosysteme und je nach Gender, Alter, Gesundheit, sozialem Status und Klassenzugehörigkeit unterschiedlich betroffene Menschen analysierte (IPCC 2007b). Klimawandel kann die Entwicklungsfortschritte vergangener Dekaden auslöschen und reduziert die ohnehin geringe Hoffnung, dass die acht Millennium Development Goals (MDGs), darunter die Ziele für Geschlechtergleichheit (Ziel 3) und Nachhaltigkeit (Ziel 7) mit dem direktesten Bezug zu Klimawandel, bis 2015 noch erreicht werden könnten (UN 2000).

Auch wenn der IPCC global existierende Studien zum Klimawandel zusammenträgt, führt das Panel die Untersuchungen und Datenerhebungen nicht selbst durch. So kommt in den Berichten des IPCC die Genderdimension zwangsläufig zu kurz:⁴ Im Vergleich zu anderen Aspekten des Klimawandels gibt es bislang weit weniger wissenschaftliche Beschäftigung mit den geschlechterdifferenzierten Implikationen des Klimawandels. Handlungsempfehlungen für eine genderbewusste Klimapolitik sind trotz der fast unüberschaubaren wissenschaftlichen Produktion internationaler KlimaforscherInnen immer noch Mangelware. Besonders gravierend ist dabei das Fehlen gender-differenzierter Datensätze. Eine Redewendung im Englischen mahnt an: „What is not counted, does not count.“⁵ Das trifft auf die Genderdimension in der internationalen Klimapolitik sicherlich zu. Hinweise auf empirische Beobachtungen der unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Männer und Frauen aus überwiegend zivilgesellschaftlicher Perspektive werden als anekdotisch und unwissenschaftlich zurückgewiesen, die dünne Datenlage häufig als Entschuldigung dafür genannt, ohne wissenschaftliche Fundierung gendersensible Klimapolitiken nicht implementieren zu können. Dies gleicht einer Kreislogik wie der sprichwörtlichen Frage nach Henne oder Ei und unterliegt somit einem Kausalitätsdilemma. Tatsächlich ist es umgekehrt: Erst die politische Forderung und Selbstverpflichtung auf höchster Entscheidungsebene nach Einführung solcher Klimapolitiken und -instrumente schafft die für eine intensive Grundlagenforschung notwendige Datendichte in diesem Bereich.

Die Genderdimensionen des Klimawandels sind vielschichtig und gravierend (WEDO/UNFPA 2009; UNDP 2009; Lambrou/Pianna 2006), wenn oft auch erst in Ansätzen dokumentiert, mit besonderen Dokumentationslücken gerade im Bereich der Emissionsvermeidung.⁶ Frauen und Männer sind häufig unterschiedlich schwer betroffen, denn die Machtverhältnisse, die Frauen ökonomisch und rechtlich benachteiligen und ihnen politische Mitspracherechte verweigern, machen Frauen für die negativen Folgen des Klimawandels weltweit verwundbarer: instabile Nahrungsmittelproduktion angesichts wechselnder und extremer, von mehr Trockenheit und Überschwemmung gekennzeichneten Wettergeschehen; häufiger auftretende Naturkatastrophen, Ausbreitung von Seuchen, durch Klimawandel erzwungene Migration, knapper werdende natürliche Ressourcen oder intensiviertere Ressourcenkon-

flikte. In der Tat sind Frauen häufig Opfer des Klimawandels, aber eben nicht nur. GenderadvokatInnen in den Klimaverhandlungen bemühen sich, Frauen auch als *agents of change*, als proaktive Akteure in der Anpassung und Emissionsreduktion darzustellen (WEDO 2007). Die weitgehend strukturell bedingte Vulnerabilität von Frauen, worauf sich der politische Diskurs um Gender und Klima meist beschränkt, ignoriert und verschleiert genderspezifisches, in einer genderunsensiblen Klimapolitik ungenutztes Wissen und Handlungspotential. Die Lösungen und Ansätze im Umgang mit dem Klimawandel, die Frauen aus ihren Lebenserfahrungen mit der direkten Ressourcennutzung einbringen, sind häufig Niedrigkostooptionen und Kleinprojekte, die vor allem lokalen Gemeinden direkt zugute kommen. Sie passen deshalb oft nicht in einen klimapolitischen Ansatz, da dieser kostspielige Technologielösungen massiver Größenordnung⁷ favorisiert. Diese Voreingenommenheit der Planer und politischen Entscheidungsträger gilt es offen zu legen, sowie mit Hinweis auf existierende *best practices*, gelungene Beispiele für Gender bewusste Anpassungs- und Mitigationsprogramme, deren Effizienz und die leichte Verbreitung dieser Lösungen aufzuzeigen. Zum Teil sind diese alternativen Ansätze in ihrer Einfachheit und Wirksamkeit beeindruckend. Sie integrieren Wissen über natürlich vorkommende Pflanzenvarietäten zur Anpassung an das wechselnde Klima, die in einer dörflichen Gemeinschaft wirksamsten Kommunikations- oder Kooperationsmechanismen (z.B. für den Katastrophenschutz) oder die Verminderung von Emissionen und Abholzung durch Nutzung einfacher erneuerbarer Energien auf Haushaltsebene (Biomasse anstelle von Holzöfen, Solarkocher). Diese Möglichkeiten müssen in der Formulierung von Anpassungsprogrammen und -instrumenten, einschließlich ihrer Finanzierung, und im Design von Implementierungsprojekten auf internationaler, nationaler wie lokaler Ebene, berücksichtigt und integriert werden. Gleichzeitig sind die Anpassungsleistungen (*coping strategies*), die Frauen im Rahmen ihrer traditionellen Aufgaben als primäre Nahrungsversorgerinnen und Gesundheitsexpertinnen ihrer Familien ohnehin bereits erbringen, zu beachten. Weil Frauen und ihre Familien gerade im ländlichen Raum in den ärmsten Entwicklungsländern für ihren Lebensunterhalt primär auf natürliche Ressourcen angewiesen sind, haben sie Erfahrungen in deren Schutz und nachhaltigen Gebrauch, die für Mitigationsprojekte und -instrumente relevant sind. Dies lässt sich am Beispiel der Nutzung und Bewahrung von Wäldern und Ackerflächen als CO₂-Senken zeigen (UNDP 2009).⁸

Die Genderdimensionen in den UN Klimaverhandlungen

Von einer politischen, verbindlichen Adressierung der Genderdimension des Klimawandels, wie angesichts der Vielschichtigkeit der Herausforderung nötig, ist die Klimakonvention der UN noch meilenweit entfernt. Sie trat als ein Ergebnis der Rio Konferenz 1994 mit dem naturwissenschaftlich-technisch eng definierten Ziel in Kraft, Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre zu begrenzen. Das Kioto Protokoll von 1997, ihr wichtigstes Instrument, versuchte verbindliche Obergrenzen für die Schadstoffemissionen der wichtigsten Verschmutzerländer festzusetzen.

Die Berücksichtigung sozial-gesellschaftlicher Dimensionen des Klimawandels, wie sie heute primär in der Diskussion um Anpassungsnotwendigkeiten und -hilfen Ausdruck finden, war also in der UNFCCC ursprünglich nicht angelegt. Weder die Rahmenkonvention, noch das Kioto Protokoll oder assoziierte Reduktionsmechanismen⁹ adressieren die Gender-Implikationen des Klimawandels, Geschlechterverhältnisse oder den möglichen Beitrag von Frauen zur Bewältigung der globalen Klimakrise – und das trotz einer stetigen Erweiterung und Konkretisierung des UNFCCC Mandats im Verlauf des nun 15jährigen Prozesses.

Im Gegensatz dazu hebt die Agenda 21 in Kapitel 24 die Anerkennung des kritischen Beitrags von Frauen zu Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung hervor und betont die Relevanz von Geschlechtergleichheit in Bereichen wie Landzugang oder Eigentumsrechte sowie Entscheidungsgewalt über natürliche Ressourcen (UN Department of Economic and Social Affairs, DESA 1992). Zehn Jahre später hat der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg das Gender Mainstreaming von Ressourcemanagementsystemen gefordert (UN 2002). Auch die anderen beiden Rio-Konventionen zu Biodiversität (UN Convention on Biological Diversity, CBD) sowie Desertifikation (UN Convention to Combat Desertification, UNCCD) – beide gleichermaßen klimarelevant – fokussieren die spezifische Rolle von Frauen. In der Präambel der CBD finden sie Erwähnung und im Falle der UNCCD wird die Berücksichtigung existierender Gendernormen und Machtverhältnisse für die Erfüllung des Mandats durch einen Gender Mainstreaming Ansatz angegangen (WEDO 2008; Lambrou 2005). Die intensive Auseinandersetzung im Rahmen beider Konventionen hat das Verständnis von Geschlechterverhältnissen seit 1992 erweitert und konkretisiert. Dies ist vor allem der beharrlichen Beteiligung und harten Detailarbeit von wenigen feministischen Netzwerken und Frauenorganisationen (z.B. Diverse Women for Diversity, WEDO, Indigenous Women's Biodiversity Council) und international agierenden Umwelt-Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (International Union for Conservation of Nature, IUCN) zu verdanken. So hat die CBD inzwischen einen umfassenden Genderaktionsplan (CBD 2008). Beide Konventionen haben Genderbeauftragte, publizieren Informationsschriften und bieten MitarbeiterInnen Fortbildungen zu den Genderimplikationen ihrer Arbeit an.

Natürlich ist die alleinige Existenz eines Gender (Mainstreaming)-Mandats, die Einsetzung von Genderbeauftragten oder ein von der Staatengemeinschaft verbindlich beschlossener Aktionsplan noch keine Garantie für die erfolgreiche Implementierung. Bestes Beispiel ist die Pekinger Aktionsplattform, die in den 15 Jahren seit der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 nur teilweise umgesetzt werden konnte. Beachtliche Lücken bleiben offen (United Nations Economic and Social Council UN ECOSOC, 2009). Diese Maßnahmen sind aber wichtige und unerlässliche erste Schritte, Verbindlichkeit und Rechenschaftspflicht (accountability) sowie auf der Ebene der Unterzeichnerstaaten, die für die Umsetzung nötige nationalstaatliche Maschinerie mit interministeriellen Arbeitsgruppen, Bevollmächtigten, Haushaltsatlinien, nationalen Datenerhebungen, der Einbeziehung von SpezialistInnen und

nationaler Politiksetzung¹⁰ inklusive Evaluierungs- und Überwachungsinstrumentarien zu schaffen. Auch auf der multilateralen Ebene werden Ressourcen, Expertise und politisches Kapital für die Berücksichtigung von Genderdimensionen in internationalen Verträgen, Konventionen oder Organisationen in der Regel nur zur Verfügung gestellt, wenn Frauen als speziell zu berücksichtigende Bevölkerungsgruppe, zumindest bspw. in einer Präambel oder Entscheidung der Parteien, genannt werden.

Geschlechtergleichheit oder Gender Justice in der UNFCCC?

Um die Dimensionen Geschlechtergerechtigkeit in die Klimaverhandlungen tatsächlich einzubringen, muss in diesem neuen Politikbereich ganz von vorne angefangen werden. Vorrangig wurde und wird daher von den im UNFCCC-Prozess aktiven zivilgesellschaftlichen Gender-, Frauen-, Entwicklungs- und Umweltgruppen die zweigleisige Strategie verfolgt, in das Arbeitsprogramm des UNFCCC Textreferenzen zu Genderdimensionen einzuspeisen und ebenfalls die spezifische Berücksichtigung von Frauen zu fordern. Dies und die Lobby-Arbeit am Sekretariat der Konvention sowie die Schaffung internationaler Öffentlichkeit und Popularisierung des Themas sind die wichtigsten Elemente der Advocacy-Strategie dieser Gruppen. Nach langjährigem Sträuben hat das UNFCCC Sekretariat im Jahr 2008 eine Genderkoordinatorin sowie thematische Genderbeauftragte benannt, die spezifische UNFCCC Programmbereiche gender-sensibilisieren sollen. Bei der 14ten Vertragsstaatenkonferenz (Conference of Parties, COP) in Bali im Dezember 2008 hat das Sekretariat außerdem erstmals die UNFCCC Mitgliedsstaaten aufgefordert, als Antwort auf den Klimawandel gender-inklusive Maßnahmen zu formulieren (UNFPA 2009).

Bereits seit der ersten COP in Berlin im Jahr 1995 waren GenderaktivistInnen¹¹ trotz fehlender Unterstützung durch die wichtigen „mainstream“ Umweltgruppen beharrlich aktiv. Gewaltig verstärkt hat sich die genderpolitische Einmischung aber im Vorfeld und nach der COP 14 in Bali. Das ist in großem Maße auf die Gründung zweier neuer internationaler Netzwerke, nämlich GenderCC – Women for Climate Justice und der Global Gender and Climate Alliance (GGCA) zurückzuführen. Anders als GenderCC ist GGCA kein rein zivilgesellschaftliches Netzwerk, sondern eine ungewöhnliche Allianz von UN-Agenturen und zivilgesellschaftlichen Gender- und Frauengruppen mit hochrangigen Kontakten auf Delegierten- und Umweltministerinnenebene aus Schwarzafrika und Skandinavien. Bei den letzten beiden COPs kamen viele der Texteingaben mit Gender- und Frauenbezügen von UNFCCC Delegierten dieser Ländergruppen, vor allem aus Subsahara-Afrika. Als international respektierte „Gender Pioniere“¹² unterstützen Norwegen und Finnland die GGCA finanziell.

Auch die stärkere Involvierung von klassischen Entwicklungs-NGOs und kirchlichen Gruppen, vielfach selbst praxisnahe Implementierer von gendersensitiven Entwicklungshilfeprojekten in solchen vom Klimawandel am schlimmsten betroffenen Ländern (wie Oxfam International, Save the Children oder Brot für die Welt), hat den zivilgesellschaftlichen Druck in Sachen Gender auf die UNFCCC und Mitglieder-

gierungen verstärkt. Ihr Zugang ist aus einer Entwicklungsperspektive, die Gender Mainstreaming als effektivitätsfördernd schätzt, und Klimapolitik – vor allem climate resilience, Anpassung an und Abfederung von Klimaeinwirkungen – zusätzlich in Entwicklungspolitik zu verankern sucht, quasi den Ansatz eines „Double Mainstreaming“ verfolgt (Schalatek 2009; Rodenberg 2009; Lambrou/Piana 2006).

Schließlich hat auch die normative Forderung nach Klimagerechtigkeit (climate justice), inklusive dem Eingeständnis einer Klimaschuld des Nordens als Teil einer massiven ökologischen Verschuldung (ecological debt) der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern, zu einem größeren Gewicht von Geschlechterfragen in der internationalen Klimapolitik beigetragen. Sie ist das Kernstück der Klimakampagnen von globalisierungskritischen NGOs aus Entwicklungs- und Industrieländern, die seit mehr als einer Dekade für globale wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit eintreten und sich in Bali im internationalen Netzwerk Climate Justice Now! (CJN!) zusammengeschlossen haben. Zwar betreiben nicht alle CJN!-Mitgliedsorganisationen mit gleicher Verve Genderadvocacy, dennoch gilt für diese Gruppen, zu denen auch GenderCC gehört, die Akzeptanz des Grundsatzes „no climate justice without gender justice“ (Terry 2009, 5). Geschlechtergleichheit ist für die mehr technisch-wissenschaftlich auf Emissionsbegrenzungen fokussierten Klima- und Umweltgruppen, wie sie sich im Climate Action Network (CAN) engagieren, dagegen keine prägende Grundlage ihrer Arbeit.¹³

Am Beispiel der beiden globalen Gender-und-Klima-Netzwerke, GenderCC und GGCA, zeigt sich, das trotz eines Advocacy-Bemühens um Textreferenzen zu Geschlechterverhältnissen und Frauen in der UNFCCC, welches beiden wichtig ist, ihr jeweiliges konzeptionelles Verständnis von Gendergleichheit stark differiert. Diese ideologisch-konzeptionellen Differenzen verhindern wohl auch zukünftig eine koordinierte Zusammenarbeit oder gar verabredete Arbeitsteilung zwischen beiden Netzwerken. GenderCC sieht seine Arbeit als bottom-up approach lokaler Gruppen aus dem Süden und als feministische Kritik an den dem Klimawandel zugrundeliegenden globalen Macht-, Konsum-, und Wirtschaftsverhältnissen zu Lasten der Entwicklungsländer und der Frauen im speziellen. In einem solchen Verständnis müssen Klimafinanzierungsinstrumente, die sich unkritisch liberalen Marktmechanismen verschreiben, zum Beispiel das Clean Development Mechanism (CDM) oder Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries (REDD)¹⁴ als Lösungswege zur Bewältigung der Klimakrise abgelehnt werden, selbst wenn Frauen durch die Integration von Genderindikatoren oder eine verpflichtende Genderanalyse bei Projektanträgen von diesen Mechanismen profitieren könnten (GenderCC 2008). Dagegen konzentriert sich das GGCA auf eine inkrementelle Verankerung eines mehr technisch-strukturell interpretierten Gender Mainstreaming-Ansatzes in bestehende Instrumenten und Mechanismen, inklusive marktwirtschaftlich basierten. Während „Engendering REDD“ für ein Netzwerk wie Gender CC nicht erstrebenswert ist, stellt es bei GGCA im Fokus von ExpertInnenworkshop und Publikation mit dem Ziel, die Waldschutz-Politiken des UNFCCC

gendersensitiv und den möglichen monetären Nutzen aus diesen Programmen für Frauen in Entwicklungsländern zugänglich zu machen (GGCA u.a. 2009).

Geschlechtergerechter Ressourcenzugang am Beispiel der Klimafinanzierung

Der Zugang zu Macht und Ressourcen und damit die Geschlechterfrage, stellt sich gerade in der Klimafinanzierung besonders deutlich. Ab dem Jahr 2020 sollen mit bis zu 100 Milliarden US-Dollar jährlich enorme Summen in Form von Finanztransfers von reicheren an arme Länder für die nötige Anpassung und Emissionsvermeidung fließen. In den letzten drei Jahren sind Dutzende neuer Klimafinanzinstrumente entstanden,¹⁵ viele außerhalb des UNFCCC-Rahmens, zum Beispiel bei der Weltbank und bilateral bei Geberländern. Bislang ist nicht ein einziges dieser Finanzierungsinstrumente gender-sensibel. Es fehlt in den Statuten der Fonds jedwede Textreferenz auf die unterschiedlichen Finanzbedürfnisse und Umsetzungspotentiale für Männer und Frauen. Es gibt weder Experimente mit einer Quote für Frauenprojekte noch die Pflicht zur Genderanalyse im Projektplanungsstatus oder Genderindikatoren für Evaluierung und Monitoring der Projektimplementierung und – vielleicht am wichtigsten – keine aktive Vertretung der Interessen von Frauen in den Verwaltungs- und Entscheidungsgremien dieser Fonds (Schalatek 2009). Doch der richtige Zeitpunkt zur genderpolitischen Intervention auf multiplen Entscheidungs- und Politikebenen (UNFCCC, Weltbank, Geberländer, Globale Umweltfazilität, nationale Projektumsetzungsbörden) ist jetzt, denn: die meisten neuen Fonds sind noch in der Operationalisierungsphase und haben erst mit der Implementierung weniger Projekte begonnen. Erfahrungen mit einer genderbewussten Vergabe von Mitteln aus der Entwicklungshilfe wie Genderbudgets, Mikrokredite, Frauenkooperativen oder die gezielte Rückstellung von Ressourcen für Frauenprojekte könnten und sollten auf ihre Relevanz hinsichtlich der Klimafinanzierung überprüft werden. Umso besorgniserregender ist, das die Genderdimension in Bezug auf die Klimafinanzierung weder von der Wissenschaft noch von Advocacy-Gruppen bislang im notwendigen Maße begleitet wird (ebd.).¹⁶ Zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Klimapolitik braucht es nicht nur ausreichende Finanzressourcen, es bedarf auch der politischen Anerkennung der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit gendersensitiver Finanztransfers sowie die Rechtsverbindlichkeit ihrer Zusagen – und damit politische Führerschaft. Daran mangelt es aber gegenwärtig in der internationalen Klimapolitik, wie das jüngste Scheitern der COP 15 im Dezember in Kopenhagen deutlich gemacht hat. Kopenhagen hat der Welt schmerzlich die Grenzen politischer Führungs – und Handlungsfähigkeit einer Riege von Regierenden vor Augen geführt, die sich kurzzyklische Mandate und Ämter dadurch zu bewahren suchen, das sie in nationalstaatlichen Interessen statt in globalen Interdependenzen und gesellschaftlichen Zusammenhängen denken.¹⁷ In einem solch machtpolitisch verordneten Zugang zu internationalen Klimaverhandlungen werden Geschlechterfragen, wenn überhaupt, als nebensächlich betrachtet. Für die Mehrheit der Regierungschefs und Umweltmi-

nister der Welt kommt Geschlechtergleichheit leider bislang als politisches Mandat für internationale Klimaverhandlungen (noch?) nicht vor.

Anmerkungen

- 1 In den USA hat Hurrikan Katrina 2005 in New Orleans afroamerikanische Frauen als ärmste Bevölkerungsgruppe am härtesten getroffen, und bei der europäischen Hitzewelle von 2003 waren 70 % der Todesopfer Frauen (WEDO 2007).
- 2 UN OSAGI, das dem UN Generalsekretär unterstellte Büro des Sonderberaters für Genderthemen und die Förderung von Frauen, definiert Geschlechtergleichheit (gender equality) wie folgt: „Gender equality refers to the equal rights, responsibilities and opportunities of women and men and girls and boys. (...) Equality between women and men is seen both as a human rights issue and as a precondition for, and indicator of, sustainable people-centered development.“ Internet: <http://www.un.org/womenwatch/osagi/conceptsanddefinitions.html> (10.02.2010).
- 3 Der UN Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) hat 1997 folgende Definition von Gender Mainstreaming verabschiedet: „Mainstreaming a gender perspective is the process of assessing the implications for women and men of any planned action, including legislation, policies or programmes, in all areas and at all levels. It is a strategy for making women’s as well as men’s concerns and experiences an integral dimension of the design, implementation, monitoring and evaluation of policies and programmes in all political, economic and societal spheres so that women and men benefit equally and inequality is not perpetuated. The ultimate goal is to achieve gender equality.“ Internet: <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/GMS.PDF> (10.02.2010).
- 4 Die Bewertungsberichte des IPCC gehen nur an wenigen ausgesuchten Stellen auf die Genderdimension des Klimawandels ein, so in der Diskussion um Verletzlichkeit und Anpassungskapazität sowie in der Erörterung von Gesundheitsfolgen.
- 5 Gender-disaggregierte Datensätze sind im Zusammenhang mit dem Genderaktionsplan der Weltbank, der Geschlechtergleichheit als „Smart Economics“ (World Bank 2006) postuliert, als wesentliche Voraussetzung für die Effektivität von Entwicklungsprogrammen definiert worden (Badiee 2009).
- 6 Nur wenige Klimastudien beschäftigen sich überhaupt mit den genderdifferenzierten Beiträgen, die Männer und Frauen zur Emissionvermeidung leisten können (Lambrou/Pianna 2006). Unterschiede in der Nutzung und im Bedarf von Energie, Transportmitteln und Technologie sowie im Konsumverhalten, viele durch die jeweiligen Geschlechterrollen bestimmt, sind bislang weitestgehend unerforscht, undokumentiert und werden damit nicht relevant für die Diskussion um effektive Mitigationsstrategien und ihre Finanzierung (Schalatek 2009). Damit unbeantwortet bleibt auch die spekulative Frage, ob und inwieweit eine geschlechtergerechtere Welt eine klimafreundlichere wäre.
- 7 Zum Beispiel die sehr teure, aber bislang nicht erprobte Technologie des „Carbon Capture and Storage“ (CCS), der unterirdischen Lagerung von CO₂-Emissionen, beim Bau großer neuer Kohlekraftwerke.
- 8 Das von der Nobelfriedenspreisträgerin Wangari Maathai bereits vor mehr als 30 Jahren in Kenia gegründete Green Belt Movement ist wohl das bekannteste Beispiel für Mitigationsleistungen, die Frauen auf lokaler Ebene durch Wiederaufforstungsprojekte schon seit Jahrzehnten, meist unbezahlt, erbringen. Internet: www.greenbeltmovement.org (10.02.2010).
- 9 Als wichtigste seien der Clean Development Mechanism (CDM) sowie Joint Implementation (JI) genannt.
- 10 Im Gefolge der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 und ihrem Mandat zum Gender Mainstreaming entstanden in den meisten Unterzeichnerstaaten sogenannte nationale Gendermaschinerien.
- 11 Die Website des feministischen Netzwerks GenderCC dokumentiert die Aktivitäten von GenderaktivistInnen in der UNFCCC in allen Conference of Parties (COP). Internet: <http://www.gendercc.net/policy/conferences.html> (10.02.2010).
- 12 Die Nordischen Länder (allen voran Island, Norwegen und Finnland) liegen nicht nur zuhause in der Erreichung von Geschlechtergleichheit im internationalen Vergleich auf den ersten Plätzen (Hausmann u.a. 2009), sie sind in internationalen Organisationen und Konventionen auch häufig treibende Kraft und Hauptfinanziers von Gender- und Frauenprogrammen wie zum Beispiel UNIFEM oder der Genderaktionsplan der Weltbank.
- 13 Die CAN Webseite zeigt nur vier Texte mit Bezügen auf Gender oder Frauen, allesamt Berichte über Aktivitäten und Aktionen anderer Gruppen. Internet: www.climatenetwork.org (10.02.2010).

- 14 REDD steht für Reducing Emissions from Deforestation and Degradation, also die Reduzierung von Emissionen aus Abholzung und der Schädigung von Wäldern.
- 15 Die wichtigsten multi- und bilateralen Klimafonds, ihre Governance-Strukturen und die durch sie geförderten Projekte analysiert die Website Climate Funds Update, ein Kooperationsprojekt der Heinrich Böll Stiftung und des Londoner Overseas Development Institutes. Internet: www.climatefundsupdate.org (10.02.2010).
- 16 Eine Ausnahme bilden die beiden Gender- und Klima-Netzwerke, Gender CC und GGCA. Bereits seit 2008 arbeitet die Heinrich Böll Stiftung zur Klimafinanzierung, inklusive ihrer Genderdimension, dies bleibt auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Klimaarbeit der Organisation.
- 17 Der Status der UNFCCC als Vertragsgemeinschaft von 192 Staaten, die selten disaggregiert als Kollektiv von Sozial- und Interessengruppen wahrgenommen werden, verstärkt diese Tendenz. Die politische Abschlusserklärung von Kopenhagen betrachtet Vulnerabilität dann auch nur im Kontext von Staatengruppen, nicht Sozialverbänden. Internet: http://unfccc.int/files/meetings/cop_15/application/pdf/cop15_cph_auv.pdf (10.02.2010).

Literatur

Badiee, Shaida, 2009: „What Is Not Counted Does Not Count. The Importance of Sex-Disaggregated Statistics for Effective Programs“. In: Gender Equality as Smart Economics Newsletter, April 2009, 4. Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTGENDER/Resources/Genderdata-Spring09.pdf> (10.02.2010).

CBD (Convention on Biological Diversity), 2008: The Gender Plan of Action under the Convention on Biological Diversity. Note of the Executive Secretary. UNEP/CBD/COP/9/INF/12/Rev.1, 23 May 2008. Internet: <http://www.cbd.int/doc/meetings/cop/cop-09/information/cop-09-inf-12-rev1-en.pdf> (10.02.2010).

GenderCC (Women for Climate Justice), 2008: GenderCC Contribution to REDD. Internet: http://www.gendercc.net/fileadmin/inhalte/Dokumente/UNFCCC_conferences/COP14/Gendercc_submission_REDD.pdf (10.02.2010).

GGCA (Global Gender and Climate Alliance)/WOCAN (Women Organizing for Change &NRM) / IUCN (International Union for Conservation of Nature), 2009: Engendering REDD Workshop. San José. URL: http://www.unredd.net/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=397&Itemid=53 (10.02.2010).

Hausmann, Ricardo, 2009: Global Gender Gap Report 2009. World Economic Forum. Internet: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2009.pdf> (10.02.2010).

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), 2007a: „Summary for Policy Makers“. In: Solomon, S. u.a. (Hg.): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contributions of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the International Panel on Climate Change. Cambridge und New York. Internet: <http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg1/ar4-wg1-spm.pdf> (10.02.2010).

IPCC, 2007b: „Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change“. In: Parry, M.L., (eds.), Cambridge University Press, Cambridge, UK. Internet: <http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg2/ar4-wg2-chapter19.pdf> (10.02.2010).

IUCN (International Union for Conservation of Nature)/ **UNDP** (United Nations Development Programme)/ **GGCA** (Global Gender & Climate Alliance) (Hg.), 2009: Training Manual on Gender and Climate Change. San Jose. Internet: http://www.generoyambiente.org/archivos-de-usuario/File/ecosistemas_especificos.pdf (10.02.2010).

Lambrou, Yianna, 2005: Gender Perspectives on the Conventions: Biodiversity, Climate Change and Desertification. Gender and Population Division, United Nations Food and Agriculture Organization (FAO). Internet: http://www.fao.org/sd/dim_pe1/pe1_050301a1_en.htm (10.02.2010).

Lambrou, Yianna/Pianna, Grazia, 2006: Gender: The Missing Component of the Response to Climate Change. Internet: http://www.fao.org/sd/dim_pe1/docs/pe1_051001d1_en.pdf (10.02.2010).

Rodenberg, Birte, 2009: „Climate Change Adaptation from a Gender Perspective. A cross-cutting analysis of development policy instruments“. DIE Discussion Paper Nr. 24, Bonn.

Schalatek, Liane, 2009: Gender and Climate Finance: Double Mainstreaming for Sustainable Development. Heinrich Böll Stiftung, Washington, DC.

Terry, Geraldine, 2009: „No climate justice without gender justice: an overview of the issues.“ Gender and Development, 17. Jg., H. 1, 5-18.

UN (United Nations), 2000: Resolution Adopted by the General Assembly. 55/2 United Nations Millennium Declaration. Internet: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm> (10.02.2010).

UN, 2002: Report of the World Summit on Sustainable Development. A/CONF.199/20. Internet: http://www.un.org/jsummit/html/documents/summit_docs/131302_wssd_report_reissued.pdf (10.02.2010).

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs), 1992: „Chapter 24: Global Action for Women Towards Sustainable and Equitable Development“ In: UN DESA (Hg.): Agenda 21. Internet: http://www.un.org/esa/dsd/agenda21/res_agenda21_24.shtml (10.02.2010).

UN ECOSOC (United Nations Economic and Social Council), 2009: Report of the Secretary-General on the review of the implementation of the Beijing Declaration and Platform for Action and the outcome of the twenty-third special session and its contribution to shaping a gender perspective in the realization of the Millennium Development Goals. E/CN.6/2010/2. Internet: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/637/20/PDF/N0963720.pdf?OpenElement> (10.02.2010).

UNDP (United Nations Development Programme), 2009: Resource Guide on Gender and Climate Change. Internet: http://www.un.org/womenwatch/downloads/Resource_Guide_English_FINAL.pdf (10.02.2010).

UNFPA (United Nations Population Fund) 2009: Facing a Changing World: Women, Population and Climate. State of World Population 2009. Internet: http://www.unfpa.org/swp/2009/en/pdf/EN_SOWP09.pdf (10.02.2010).

WEDO (Women's Environment and Development Organization), 2008: Case Study: Gender, Climate Change and Human Security: Lessons from Bangladesh, Ghana and Senegal. Internet: <http://www.wedo.org/wp-content/uploads/hsn-study-final-may-20-2008.pdf> (10.02.2010).

WEDO (Women's Environment and Development Organization), 2007: Changing the Climate: Why Women's Perspectives Matter. New York.

WEDO (Women's Environment and Development Organisation)/ **UNFPA** (United Nations Population Fund), 2009: Climate Change Connections: A Resource Kit on Gender, Population and Climate Change. Internet: <http://www.unfpa.org/public/publications/pid/4028> (10.02.2010).

World Bank, 2006: Gender Equality as Smart Economics. A World Bank Group Gender Action Plan (Fiscal years 2007-2010). Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTGENDER/Resources/GAPNov2.pdf> (10.02.2010).

World Bank, 2009: World Development Report 2010. Development and Climate Change. Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2010/Resources/5287678-1226014527953/WDR10-Full-Text.pdf> (10.02.2010).

Bildung für nachhaltige Entwicklung und ihre Geschlechter – zum Status quo der Geschlechterverhältnisse in der Bildung für nachhaltige Entwicklung

THOMAS KRIKSER. INGA NÜTHEN

Bildung und Nachhaltigkeit sind aktuelle Themen, die in internationalen Debatten hoch im Kurs stehen. Auf nationaler Ebene wurde Nachhaltigkeit als eines der Leitprinzipien der Politik der Bundesregierung herausgestellt.¹ Bildung zählt zu den wichtigsten Kategorien politischer Aushandlungsprozesse und soll, ebenso wie Nachhaltigkeitsdiskurse dazu führen, die Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Bildung kann die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs erhöhen und soll somit zu mehr Gerechtigkeit innerhalb der Generationen beitragen.² „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) als spezieller Terminus beschäftigt sich mit der Vermittlung von Kompetenzen, die für zukünftige Gesellschaften als unabdingbar gelten. Zusammengefasst soll BNE Fähigkeiten vermitteln nachhaltig zu denken und zu handeln. Es geht dabei darum, Menschen in die Lage zu versetzen, Entscheidungen stets unter Berücksichtigung der Folgen ihres Handelns für zukünftige Generationen und andere Regionen der Welt zu treffen. BNE knüpft damit an den alt bekannten Gedanken an, die Erde „unseren Kindern“ lebenswert übergeben zu können und will Menschen zu nachhaltigem Handeln befähigen.

Mit BNE sollen demokratische Handlungskompetenzen vermittelt werden, die ein globales Zusammenleben auf Grundlage der Reziprozität von Ökonomie, Ökologie und Sozialem gewährleisten. Ein Zusammenhang zwischen Politik, Bildung und Nachhaltigkeit scheint daher offensichtlich: „Wo es erstens um einen weit reichenden mentalen Wandel geht, werden Prozesse veränderter Bewusstseinsbildung der Individuen notwendig, und diese sind nur über das Lernen zu verwirklichen“ (de Haan 2004). Aufgeteilt in verschiedene Bildungsbereiche beschäftigt sich die Dekade der Vereinten Nationen (UN) BNE in Deutschland vorrangig mit zivilgesellschaftlichem Engagement zur Kompetenzvermittlung nachhaltigen Denkens und Handelns.

In Deutschland gilt das Konzept der Gestaltungskompetenz (de Haan/Harenberg 1999) als handlungsleitende Zielkategorie der BNE. Diese ist in zwölf Teilkompetenzen unterteilt und verabschiedet sich von einem rein epistemischen Wissen über sowie von einer lernstofforientierten Vermittlung von Nachhaltigkeit. Vielmehr sollen Kompetenzen, wie Teamfähigkeit, Empathie und Weltoffenheit an die Schülerinnen und Schüler, aber auch in der beruflichen Bildung und der Aus- und Weiterbildung vermittelt werden.³ BNE unterscheidet sich damit von Formen der klassischen Umweltbildung, da sie nicht primär Wissen über Umwelt vermittelt, sondern die individuellen Fähigkeit und Fertigkeiten in dem Blickpunkt nimmt. Beispiele

für eine gelungene Umsetzung des BNE Konzeptes sind gemeinhin (nachhaltige) SchülerInnenfirmen, die sich beispielsweise mit Recycling, Energieeinsparung oder globalen Partnerprojekten beschäftigen. Dadurch können sowohl soziale Teilkompetenzen der Gestaltungskompetenz als auch ökonomisches Wissen sowie umweltpolitische und globale Weitsicht vermittelt werden.

BNE ist zudem eng mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Hierarchien verbunden, in denen soziale, ökonomische und ökologische Interessen verfolgt werden, die nicht unbedingt nachhaltigen Denk- und Handlungsweisen entsprechen. Folglich wird eines der Kernelemente von BNE durch die regulative Kategorie der Gerechtigkeit gebildet. Diese meint neben Verteilungsgerechtigkeit und intergenerationeller Gerechtigkeit auch die intragenerationelle Gerechtigkeit. Gerade Geschlechtergerechtigkeit nimmt hier theoretisch eine herausragende Rolle ein, da die weltweit vorhandenen geschlechtsspezifischen Arbeits-, aber auch Verantwortungs- und Partizipationsverteilungen in politischen sowie wirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen nach aktuellem Stand einer regulativen Kategorie der Gerechtigkeit entgegenstehen. Viele UN-Konferenzen der letzten Jahre kommen daher folgerichtig zu dem Schluss, dass nachhaltige Entwicklung nicht ohne die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen sei. So hat die UNESCO 2005 unter anderem Geschlechtergerechtigkeit als eine der entscheidenden Komponenten für die UN-Dekade BNE festgeschrieben (UNESCO 2005). Zu fragen bleibt, was diesen Bekundungen folgte.

Die folgenden Ausführungen sollen zunächst mit einer Analyse der High-Level-Dokumente der UNESCO auf internationaler Ebene und anschließend mit der Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland hinsichtlich des Konzeptes der Gestaltungskompetenz beginnen. Um die Debatte zu erweitern, wird auch die Perspektive auf Geschlechterverhältnisse hinterfragt, die der bestehenden Integrationen von Geschlecht als Kategorie der BNE zugrunde liegt. Hierbei soll der Fokus explizit auf BNE und nicht auf Nachhaltigkeit im Allgemeinen gelegt werden. Unterstützt von internationalen Organisationen und Regierungen, ist BNE ein didaktisches, an Kompetenzen orientiertes Konzept, welches geschlechtergerechte Handlungs- und Denkweisen vermitteln soll, indem es auf geschlechtergerechte Gestaltungskompetenz abzielt.

Gender equity auf internationaler Ebene – Leerstelle in der nationalen Umsetzung

BNE nimmt spätestens seit der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) einen bedeutenden Stellenwert in der Politik der Vereinten Nationen (UN) ein. Mit der UN-Dekade BNE, die auf der Rio-Nachfolgekonferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) ausgerufen wurde, soll auf nationaler und internationaler Ebene das in den 1980er Jahren erstmals im Brundtland-Bericht festgehaltene „Leitbild nachhaltiger Entwicklung“ mittels bildungspolitischer Maßnahmen umgesetzt werden. Nachhaltige Entwicklung meint demnach

eine Entwicklung „die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Hauff 1987, 46).

In ihrem „international implementation scheme“ für die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (UNESCO 2005) verweist die UNESCO gleich zu Beginn auf die Notwendigkeit Geschlechtergerechtigkeit in die UN-Dekade zu integrieren: „Environmental issues like water and waste affect every nation, as do social issues like employment, human rights, gender equity, peace and human security“ (UNESCO 2005, 7). Geschlechtergerechtigkeit wird damit im Rahmen der sozialen Ziele in einer Reihe mit Menschenrechten, Arbeit, Sicherheit und Frieden genannt. Bezugspunkte hierfür sind die Millennium Development Goals (MDG)⁴ und das UNESCO-Programm Education for All (EFA).⁵

Auch der weitere Verlauf des Dokuments beruft sich explizit auf die MDG und EFA, um die Entwicklung der UN-Dekade zu beschreiben. Unter Berufung auf Artikel 3 der World Declaration Education for All „The most urgent priority is to ensure access to, and improve the quality of, education for girls and women, and to remove every obstacle that hampers their active participation. All gender stereotyping in education should be eliminated“ (UNESCO 1990) und das dritte Millenniumsziel „Promote gender equality and empower women (...) Eliminate gender disparity in primary and secondary education, preferably by 2005, and in all levels of education no later than 2015“ (UN 2009) wird die Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit für Bildung für nachhaltige Entwicklung zusätzlich hervorgehoben.

Schließlich endet das „implementation scheme“ mit einer Zusammenfassung, in der Geschlechtergerechtigkeit zu den Hauptzielen der Dekade gezählt wird: „Education for sustainable development is based on ideals and principles that underlie sustainability, such as intergenerational equity, gender equity, social tolerance, poverty alleviation, environmental preservation and restoration, natural resource conservation, and just and peaceable societies“ (UNESCO 2005, 28). Die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE), die als Abstimmungsgremium der UN-Dekade in Europa eingesetzt wurde, bezieht ebenfalls die Gerechtigkeit der Geschlechter in die „Schwerpunkte der NE (Nachhaltige Entwicklung; Anm. d. Verfasser/innen)“ mit ein (UNECE 2005, 4).

Auf der internationalen Ebene wird Geschlechtergerechtigkeit zu den Kernthemen der UN-Dekade BNE gezählt. Bestätigt wird diese Einschätzung durch die Feststellung der sechsten Ministerialen Konferenz 2007 in Belgrad „Environment for Europe“, die die Gleichheit der Geschlechter als Basis für eine nachhaltige Entwicklung sieht (UNECE 2007). Auch auf der Weltkonferenz zur Halbzeit der UN-Dekade Anfang 2009 in Bonn wurden die Themenfelder Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtergleichheit in mehreren Workshops und Keynotes angeführt (UNESCO 2009). Offen bleibt jedoch, was gemäß der UNESCO Strategien genau unter „gender equality“ verstanden wird und wie diese konkret realisiert werden sollte.⁶ Es fehlt an konkreten Handlungsvorschlägen oder Strategienpapieren, die der Frage

auf den Grund gehen, inwiefern „gender equality“ im Kontext von BNE umgesetzt werden kann. Die Möglichkeit einer intensiven Diskussion über die Einbindung von Geschlechtergerechtigkeit in BNE bietet die UNESCO selbst, die für 2012 das Jahresthema „Gender in ESD, Women’s participation in DESD“ (UNESCO 2007, 8) vorschlägt.

Auf der nationalen Ebene erweist sich der Bezug auf „gender equity“ bzw. „gender equality“ eher als Leerstelle. Bianca Rohrbach kommt in ihrer Analyse der nationalen Einbindung von Geschlechtergerechtigkeit anhand eines Fortschrittsberichts der Bundesregierung bereits 2005 zu einem sehr eindeutigen Schluss: „(...) bisher wurden keine strategischen Konzepte für die gleichzeitige Einführung von Gender Mainstreaming und einer geschlechtergerechten BNE entwickelt, obwohl genau dies von den internationalen Dokumenten der UNESCO und der UNECE gefordert wird.“ (Rohrbach, 2005, 7). Bisher hat sich daran offenbar nichts geändert. Im zentralen Dokument der UN-Dekade in Deutschland, dem Nationalen Aktionsplan (NAP) wird das Thema Geschlechtergerechtigkeit nicht einmal erwähnt (DUK/NK 2008). Statt des von der UNESCO vorgeschlagenen Jahresthema Gender für 2012, wird als übergreifendes Motto ‚Ernährung‘ in den Mittelpunkt gestellt. Der Aspekt der Geschlechterverhältnisse taucht dort ausschließlich in zwei Maßnahmen des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSJ) auf. Eine dieser Maßnahmen ist der „Girls Day – Mädchen-Zukunftstag“. Ziel ist es, junge Frauen gezielt an den Arbeitsmarkt und das Studium von technischen und naturwissenschaftlichen Berufsfeldern heranzuführen. Dabei soll das Gender-Bewusstsein der Teilnehmerinnen gestärkt und der Frauenanteil in diesen Bereichen erhöht werden (DUK/NK 2008). Damit setzt das BMFSJ lediglich auf arbeitsmarktbezogene Maßnahmen zur Angleichung der Geschlechterverhältnisse in „Zukunftsmärkten“, lässt jedoch die Frage nach den Gründen für den geringen Anteil an Frauen in diesen Bereichen außer acht. Analog zum „Girls Day“ soll die Initiative „Neue Wege für Jungs“ männlichen Jugendlichen neue Perspektiven für die Berufswahl eröffnen und die „männliche Rolle flexibilisieren, tradierte Rollenvorstellungen kritisch reflektieren, Jungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sensibilisieren und ihre Haushalts- und Familienkompetenzen stärken“ (DUK/NK 2008, 52). Die Maßnahmen des NAP sollen, um BNE mit Geschlechtergleichheit zu verbinden, Geschlechterrollen aufbrechen, reproduzieren diese jedoch durch Stereotype erneut. Die Umsetzung didaktischer Maßnahmen zu einer wirklich geschlechtssensiblen beziehungsweise Geschlechterhierarchien anerkennenden Unterrichtsgestaltung in Schulen und Universitäten steht nicht auf der Agenda des Maßnahmenkatalogs.

Auch in einem weiteren – als richtungweisend bezeichneten – Dokument der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK), der Empfehlung „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“, taucht kein Bezug auf Geschlechterverhältnisse auf (KMK/DUK 2007). Dies unterstreicht die These Rohrbauchs, dass die DUK dem Thema trotz internationaler Rahmendokumente keine besondere Rolle zuweist. Dabei würden sich gerade im Bereich Schule vielfältige Handlungsmöglichkeiten für

eine geschlechtergerechte Didaktik ergeben. Wenn es nicht um den Erwerb von allgemeinem Wissen, sondern um die Anwendung in konkreten Situation geht, dann kann BNE konkret auf das Aufzeigen von gesellschaftlichen Machtverhältnissen hinarbeiten und geschlechterpezifische Strukturen in der Gesellschaft, aber auch im Klassenverbund thematisieren.

Ähnlich wie in den Dokumenten der Deutschen UNESCO-Kommission finden sich im aktuellen Bericht der Bundesregierung zu BNE, der die Umsetzung von BNE in der vergangenen Legislaturperiode dokumentiert und die handlungsleitenden Richtlinien der Bundesregierung darstellt, kaum Fragen zu Geschlechterverhältnissen. Zwar wird Geschlechtergerechtigkeit zu Beginn des Berichts zu den Kernthemen der BNE gezählt (BMBF 2009, 7), verschwindet aber anschließend mit wenigen Ausnahmen aus dem Blickfeld der Bestandsaufnahme zu BNE in Deutschland. Im Bereich sozial-ökologischen Forschung (SÖF) wird ohne weitere Spezifizierung erwähnt, das „geschlechtsspezifische Unterschiede Beachtung“ finden (BMBF 2009, 42) und das Bundesministerium des Inneren nennt im Bereich der politischen Bildung Geschlechtergerechtigkeit als ein Thema des gesellschaftlichen Lebens, das in den Jahresprogrammen berücksichtigt wird (BMBF 2009).

Außerhalb des Einflussbereichs der Bundesregierung findet sich auf Länderebene lediglich im Land Berlin ein Einbezug von Geschlechtergerechtigkeit in den Bildungssektor zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin plant laut Bericht die „Einrichtung nachhaltiger Schülerfirmen z.B. mit fairen Produkten, mit Nachhaltigkeitsberichten, mit gesunder Ernährung, mit Recycling-Papier, mit Gender-Aspekten, mit sozialen Aspekten“ (BMBF 2009, 96). Dieser Vermerk bleibt die einzige Erwähnung von Geschlechterverhältnissen innerhalb der institutionellen Veröffentlichungen rund um BNE. Diese Leerstelle innerhalb des nationalen Umsetzungsprozesses von BNE ist umso unverständlicher, als dass es an engagierter Expertise zur Frage von Geschlecht und Nachhaltigkeit durchaus nicht mangelt. Die Analyse und Anregungen von Nichtregierungsorganisationen wie der Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (genanet) bleiben aber weitgehend ungehört und finden keinen Eingang in die institutionelle Bearbeitung des Themas.⁷

Geschlechtsblindheit aus Angst vor Überfrachtung

Während in den internationalen Dokumenten der UNESCO und der UNECE das Thema Geschlechtergerechtigkeit zu den Kernelementen der BNE zählt, wird es in der bundesdeutschen Debatte marginalisiert und findet sich in den nationalen Dokumenten schließlich nur am Rande wieder. Eine Erklärung für diese geringe Beachtung des Themas Geschlechtergerechtigkeit wie anderer Thematisierungen von Geschlechterverhältnissen durch die deutsche UN-Dekade BNE liefert der Vorsitzende des Nationalkomitees Gerhard de Haan in einem Beitrag in der Zeitschrift „UNESCO Heute“, die zum Beginn der UN-Dekade mit dem Schwerpunkt BNE veröffentlicht wurde (de Haan 2006). Es wird argumentiert, dass „alles, was einer Entwicklung im positiven Sinne entgegensteht oder für die Zukunft als sinn-

voll erscheint, unter der Bildung für nachhaltige Entwicklung subsumiert wird“ (de Haan 2006, 7). Damit sind explizit Felder wie Armut, Alphabetisierung und auch die Gleichheit der Geschlechter gemeint. Es wird herausgestellt, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung, „so sinnvoll all diese Initiativen sind“ durch deren Berücksichtigung überfrachtet würde (ebda.). Als Lösung, mit der die Diffusion und Überfrachtung des Begriffs vermieden werden kann, wird eine nationale Ausprägung der Bildung für nachhaltige Entwicklung vorgeschlagen. Bei der Artikulation des Vorschlags wird auf die in einzelnen Ländern bereits gefestigten gesellschaftlichen Strukturen verwiesen, die mit ihrer vorhanden Expertise und Professionalität die Probleme besser lösen könnten als neue Strukturen, die sich erst noch verankern müssten. Zudem werden nationale Besonderheiten bei den entsprechenden Punkten deutlich gemacht: „Wo nicht einmal eine Grundbildung für acht bis zehn Schuljahre verwirklicht ist und zudem Mädchen und Frauen kaum ein Zugang zur Bildung gewährt wird, muss man dieses Problem aus der Perspektive der BNE auf die Agenda setzen. Wo aber, wie hierzulande, ein Deckeneffekt erreicht ist, das heißt für alle eine Schulpflicht bis zum Ende der Sekundarstufe I besteht, ist es wenig sinnvoll, diese Aufgabe der BNE zuzuschreiben“ (de Haan 2006, 7).

Dass Problemfelder wie Geschlechtergerechtigkeit und Armut nicht aus dem Horizont der BNE verschwinden, sondern lediglich „aus dem Blickwinkel eines engeren Verständnisses von Nachhaltigkeit anders fokussiert wird“ (ebda.), verdeckt die Schwäche dieses Ansatzes nicht. Durch das Plädoyer für einen engeren Begriff von BNE mit den Argumentationen von Überfrachtung und nationaler Ausprägung wird lediglich die Frage nach der Integration von Geschlechterverhältnissen und ihrer Analyse in die BNE unterdrückt. Was als weites Verständnis von BNE formuliert wird, stellt eine De-Thematisierung und Marginalisierung (nicht nur) der Frage nach Geschlechterverhältnissen dar. Auch die Reflexion gesellschaftlicher Hierarchien entlang von Strukturkategorien wie ethnische Herkunft, Klasse, Geschlecht und Körper wird in dem Konzept, das sich zumindest der Definition nach der Gerechtigkeit verpflichtet sieht, ausgeblendet. Gesellschaftliche Hierarchieverhältnisse werden so verharmlost und aus der Perspektive für eine nachhaltige Gesellschaftsordnung ausgeklammert. Indem u.a. die Frage nach den Geschlechterverhältnissen von als nicht zu bewältigen gefasst wird, gesteht man eher einen Mangel an Expertise in diesem Themenfeld ein, als die Engführung von BNE überzeugend zu begründen. Anstatt Geschlechterverhältnisse als grundsätzlich für die Strukturiertheit gesellschaftlicher Verhältnisse anzuerkennen, bedeutet der Verweis auf zu geringe Kapazitäten von BNE eine Ausblendung von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen. Hinzu kommt, dass bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse entlang der Kategorie Geschlecht mit der Rede von „gefestigten gesellschaftlichen Strukturen“ und einem „Deckeneffekt“ in bestimmten Ländern unsichtbar bleiben, indem sie nicht bzw. nur als Problemstellung „anderer Länder“ thematisiert werden. Mit der De-Thematisierung bzw. der Subsummierung von Geschlechterverhältnissen wird BNE in Deutschland implizit als geschlechtsneutral ausgewiesen. Damit ist der Ausle-

gung von BNE im nationalen Kontext ein analytischer wie politischer Mangel zu bescheinigen. Ebenso wie andere Politikfelder ist BNE vergeschlechtlicht, dies anzuerkennen wäre ein notwendiger Schritt.

Auffällig ist dabei, dass das Konzept der Gestaltungskompetenz, ebenso wie die gesamte (deutsche) UN-Dekade hinter den Formulierungen, wie sie in der World Declaration Education for All getroffen wurden, zurückbleibt. Diese geht über den Bereich gleich verteilter und gerechter Zugangschancen zu Bildung hinaus, in dem neben dem Abbau von Hürden weiblicher Partizipation auch die Abschaffung von geschlechtlichen Stereotypen in der didaktischen Vermittlung gefordert wird. Weder das Konzept der Gestaltungskompetenz noch die DUK nennt eine vorurteilsfreie Vermittlung von Kompetenzen als Ziel. Das heißt, die Betrachtung von Herrschaftsverhältnissen ist im Rahmen der Gestaltungskompetenz nicht mit einbezogen. Doch zur Realisierung des Zieles von intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit mit seiner Forderung nach Teilhaberechten gilt genau dies. Ohne die Einbeziehung struktureller gesellschaftlicher Ungleichheiten lässt sich der Anspruch an Teilhabe und Gerechtigkeit nicht realisieren. Schließlich lässt das enge Verständnis von BNE somit Problemfelder aus, die einen gesellschaftlichen Wandel sozialer Verhältnisse besonders dringend erfordern würden.

Dabei ist BNE nach dem Konzept des Gestaltungskompetenzerwerbs auf den Output des Lernprozesses ausgerichtet. In einen solchen lehrstoffunabhängigen, output-orientierten Prozess könnten Fragen im Bezug auf Kategorien wie Geschlecht eingebunden werden. So wäre die explizite Thematisierung von Geschlechterverhältnissen und Gruppenprozessen im Kontext von BNE ein wichtiger Ansatzpunkt. Dies würde voraussetzen, BNE eben nicht als geschlechtsneutralen und Hierarchie freien Zusammenhang zu betrachten, sondern auf die Vergeschlechtlichung von Fragen der Nachhaltigkeit und dem gesellschaftlichen Kontext an sich einzugehen. Dabei sollten Geschlechterverhältnisse, wie auch andere gesellschaftliche Dominanzverhältnisse nicht als Spezial- sondern Querschnittsthema begriffen werden.

Aber dies scheint konzeptionell nicht vorgesehen. Die zu erwerbende Gestaltungskompetenz wird als „die Fähigkeit bezeichnet, Wissen über nachhaltige Entwicklung anwenden und Probleme nachhaltiger Entwicklung erkennen zu können.“ (de Haan 2008, 31). In dieser Formulierung klingt an, dass das enge Verständnis von BNE nicht nur die De-Thematisierung von Kategorien wie Geschlecht im Bezug auf BNE bedeutet, sondern diesem auch ein enges Verständnis von nachhaltiger Entwicklung zugrunde liegt, das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse nicht in das Dreieck der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Soziales) integriert. Das bloße Fokussieren auf ein nicht näher beschriebenes „Wissen über nachhaltige Entwicklung“, das nicht überfrachtet sein soll, offenbart, dass NE entgegen vielfacher Bekundungen doch eher als eine ein- anstatt einer mehrdimensionalen Kategorie verstanden wird.

Ausblick und Diskussion

Die Frage bleibt, wie und ob BNE in einen kritischen Ansatz transformiert werden könnte. Hierzu muss festgestellt werden, dass Begriffe wie gender equity (international) und Geschlechtergerechtigkeit (national) zumeist auf einem binären Verständnis von Geschlecht aufbauen und folglich gleiche Zugangsmöglichkeiten und Chancen sowohl zu Bildung, als auch auf dem Arbeitsmarkt einfordern. Einzig das Programm „Education for All“ geht über die Zugangsgerechtigkeit hinaus und fordert zumindest eine geschlechtsneutrale Vermittlung von Bildungsinhalten in allen Lehr- und Lernformen. In den Maßnahmen des nationalen Aktionsplans manifestiert sich hingegen ein binäres Verständnis von Geschlecht. Mädchen sollen für mathematisch-naturwissenschaftliche Studien- und Berufsangebote begeistert werden und Jungs für Haushalt und Familie fähig gemacht werden.

Auch scheinen die bisherigen Forderungen „Gender Mainstreaming muss in der politischen Konzeption und praktischen Umsetzung der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland implementiert werden“ (Rohrbach 2005, 11) etwas zu kurz zu greifen. Gender Mainstreaming als Konzept einer Gleichstellungspolitik zwischen zwei Geschlechtern scheint im Rahmen der BNE zumeist mit einem arbeitsmarktbezogenen Ansatz verknüpft (siehe Maßnahmen im NAP). Um BNE zu einem kritischen Projekt umzudefinieren, bedürfte es weitreichender Reflexionen über Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Gerade die Frage nach sozialen Ungleichheiten müsste verschwommene Formulierung wie „Empathie und Solidarität für Benachteiligte zeigen können“ (Teilkompetenz innerhalb der Gestaltungskompetenzen) ablösen und ernsthaft bearbeitet werden. Konzepte von nachhaltiger Entwicklung und von BNE müssten diesbezüglich unter anderem die aktuelle Diskussion zur Intersektionalität von Herrschaftsverhältnissen aufgreifen, wie sie z.B. in den Gender Studies stattfindet, und das Zusammenspiel von Kategorien wie z.B. Alter oder Ethnizität mit Gender reflektieren. BNE in Verbindung mit einem Kompetenzmodell, wie es im Konzept der Gestaltungskompetenz angelegt ist, könnte über das Potenzial verfügen, neue Leitlinien für die didaktische Vermittlung auch jenseits von Gender Mainstreaming zu entwickeln, sofern geschlechtsspezifische Lern- und Gruppenprozesse innerhalb der Vermittlung von Kompetenzen kritisch hinterfragt und didaktisch aufgearbeitet werden. Eine dezidierte Anlehnung an die Forderungen des Programms EFA wäre angebracht, um Synergien zu nutzen und internationale Rahmenlinien für eine gerechte und nachhaltige Didaktik zu schaffen, aber im Konzept der Gestaltungskompetenz, das durchaus Schnittstellen zu gendersensibler Bildung aufweist, klafft eine Lücke bei der Behandlung der Geschlechterfrage.

Dennoch bietet das internationale – wenn auch nicht nationale – Jahresthema „Geschlechtergerechtigkeit“ 2012 Ansatzpunkt, die bisherige Umsetzung der UN-Dezade BNE kritisch zu reflektieren und konkrete Umsetzungsschritte einzufordern. Auf internationaler Ebene wären verbindliche Richtlinien, wie eine feste, thematische Integration geschlechterrelevanter Fragestellungen in das Berichtswesen der

UN-Dekade zu diskutieren. Auch über Gender Mainstreaming hinausgehende Aspekte könnten beispielsweise in speziellen Arbeitsgruppen zu Fragen gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse im Kontext von BNE und Nachhaltigkeit erarbeitet werden. Auf nationaler Ebene würde eine Einbindung der Frage nach Geschlechterverhältnissen in Verbindung mit anderen Machtverhältnissen in das Konzept Gestaltungskompetenz ausstehen. Die Problematik liegt vielleicht grundsätzlich in der Ausprägung einer BNE, die auf den Erwerb von Gestaltungskompetenzen zielt. Es wird betont, dass Kompetenzen nicht mit Bildung gleichzusetzen seien. Sie werden vielmehr als praktische, nützlichkeitsaffine Funktionen gesehen. Hier stellt sich die Frage, inwiefern die Orientierung an Gerechtigkeit auf Kosten utilitaristischer Kriterien geht. Der Einbezug von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen entspricht wohlmöglich nicht diesem Nützlichkeitskriterium. Es sei darauf verwiesen, dass Konzepte wie „diversity management“, aufzeigen, dass die Integrationen von „Diversität“ durchaus Nützlichkeitskriterien entsprechen können, ohne dabei herrschaftskritisch zu sein!

Anmerkungen

- 1 Siehe: http://www.bundeskanzlerin.de/nn_700276/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/11/2007-11-27-konsultationen-zur-nachhaltigkeitsstrategie.html.
- 2 Bildung muss dabei jedoch immer aus zwei Perspektiven betrachtet werden. Zum einen die individuelle Perspektive, die Bildung als ein normatives Gut ansieht, welches dem Individuum zur Bereicherung seines Lebens durch Erkenntnis und Handlungsfähigkeit verhilft. Dem gegenüber steht die gesellschaftliche Perspektive, in der Bildung zu einem regulativen Gut wird, welches Humankapital erzeugt und den Zugang zu Arbeitsmärkten durch Zertifizierung reguliert, aber auch Produktivität, Kreativität und Innovation erzeugt.
- 3 Für eine vollständige Liste der Teilkompetenzen siehe www.transfer-21.de.
- 4 Im September 2000 unterzeichneten die Mitgliedsstaaten der UN, sowie die wichtigsten entwicklungs-politischen Institutionen acht Milleniums-Entwicklungsziele, die bis 2015 erreicht werden sollten. Diese reichen von der Bekämpfung von Hunger und Armut bis zur universellen Grundbildung (vgl. UN 2009)
- 5 „The provision of primary education and gender equality in education are the two areas where the MDGs overlap with the EFA agenda“ (UNESCO 2005, 8).
- 6 Der undetaillierte Umgang mit der Kategorie Geschlecht führte soweit, dass das asiatisch-pazifische Regionalbüro Bangkok der UNESCO im Rahmen der Weltkonferenz ein Special Event mit dem Titel „The Forgotten Priority: Promoting Gender Equality in ESD“ organisierte. (UNESCO 2009, 113).
- 7 Vgl. www.genanet.de.

Literatur

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung), 2002: Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2002. Bonn.

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung), 2009: Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung 2009. Bonn.

de Haan, Gerhard, 2004: „Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung.“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg.31 H. 7-8, 39-46.

de Haan, Gerhard, 2006: „Bildung für nachhaltige Entwicklung – ein neues Lern- und Handlungsfeld“. In: DUK (Hg.): UNESCO Heute 1/2006: UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Bonn, 4-8.

de Haan, Gerhard, 2008: „Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung.“ In: Bormann, Inka/de Haan, Gerhard (Hg.): Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Operationalisierung, Messung, Rahmenbedingungen, Befunde. Wiesbaden, 23-44.

de Haan, Gerhard/Harenberg, Dorothee, 1999: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Gutachten zum Programm. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, H. 72. Bonn.

DUK/NK (Deutsche UNESCO Kommission/Nationalkomitee der UN-Dekade BNE in Deutschland), 2008: Nationaler Aktionsplan für Deutschland. UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005–2014. Bonn.

Hauff, Volker, 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Bundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.

KMK/ DUK (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland/Deutsche UNESCO Kommission) 2007: Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule. Empfehlung. Berlin.

Rohrbach, Bianca, 2005: „Gender Mainstreaming in der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Analyse der Umsetzung in den Konzepten der UN-Dekade“. In: genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit & Nachhaltigkeit (Hg.): GenaStudien 9. Frankfurt/M..

UNECE (United Nations Economic Commission for Europe), 2005: UNECE-Strategie über die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Vilnius.

UNECE (United Nations Economic Commission for Europe), 2007: Sixth Ministerial Conference “Environment for Europe” Belgrade, Serbia 10-12 October 2007. Draft Statement on Education for Sustainable Development by the Ministers of Education and of the Environment of the UNECE Region. Belgrade.

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation), 2009: The forgotten priority: Promoting gender equality in Education for Sustainable Development (ESD). Internet: <http://www.esd-world-conference-2009.org/en/special-events/2-april-2009.html> (25.02.2010).

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation), 2005: United Nations Decade of Education for Sustainable Development (2005-2014): International Implementation Scheme. Paris.

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation), 2007: Framework for a DESD Communication Strategy in support of the UN Decade of Education for Sustainable Development. Paris.

UN (United Nations), 2009: The Millennium Development Goals Report 2009. New York.

Kurskorrekturen erfordert! Die Finanz- und Wirtschaftskrise in der feministischen Kritik

ALEXANDRA SCHEELE

In seiner ursprünglichen, aus dem Griechischen abgeleiteten Bedeutung bezeichnet der Begriff Krise einen kurzen, entscheidenden Wendepunkt. Erst durch die Bedeutungserweiterung von der Beschreibung medizinischer Vorgänge hin zu allgemeinen, wirtschaftlichen oder psychologischen Vorgängen erhalten auch länger anhaltende Phänomene die Bezeichnung Krise. Insofern lassen sich die finanz- und wirtschaftspolitischen Ereignisse im Herbst 2008 zunächst als Krise in ihrem ursprünglichen Verständnis bezeichnen, nun, im Jahre zwei, ist deutlich, dass sie noch lange nicht beendet ist, sondern verschuldete Staaten, eingebrochene Absatzmärkte, Produktionsrückgänge und hohe Arbeitslosigkeit nach sich zieht – um nur einige zentrale Aspekte zu benennen. Ausgeblieben ist bislang jedoch der im ursprünglichen Verständnis vorgesehene Wendepunkt. Die insbesondere in der geschlechterpolitischen und feministischen Auseinandersetzung formulierten Hoffnungen darauf, dass die Krise den Ausgangspunkt einer tiefgreifenden gesellschaftlichen, insbesondere aber auch ökonomischen Transformation bilden könnte, haben sich bislang nicht erfüllt. Nachdem dort zu Beginn der Krise nur ein diffuses Unbehagen darüber geäußert wurde, dass es sich bei den Akteuren der Finanzwirtschaft überwiegend um Männer handelt und dass die ersten, schnell ergriffenen politischen Maßnahmen überwiegend von Männern dominierten Branchen und Berufen zugute kamen, gibt es inzwischen eine Vielzahl von Analysen, die die Geschlechterdimension der Krise in ihrer Tiefenstruktur und in ihrer Breitenwirkung deutlich machen. Diese bewegen sich auf drei Ebenen: Erstens werden die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise analysiert und gefragt, inwieweit diese nicht nur Ergebnis unzureichender Regulierungs- und Steuerungsmechanismen ist, sondern welche Bedeutung Geschlechterasymmetrien in nahezu allen Bereichen der Finanzökonomie haben. Zweitens werden die Wirkungen der Krise einer Geschlechteranalyse unterzogen und gefragt, ob Frauen und Männer unterschiedlich stark – z.B. von Arbeitslosigkeit – betroffen sind und wie sich bestehende Ungleichheiten sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen oder auch verschiedenen Ländern wechselseitig verstärken. Drittens werden die politischen Maßnahmen, die in Folge der Krise eingeleitet wurden, dahingehend analysiert, ob sie direkt eine geschlechterdiskriminierende Wirkung haben, z.B. durch die einseitige Förderung von industrieller Produktion oder ob sie sich zeitversetzt zum Nachteil von Frauen

auswirken, z.B. wenn im Zuge von Haushaltskonsolidierung Einsparungen im öffentlichen Dienst stattfinden.

Die vier Beiträge im Forum, dem neu eingeführten Debattenraum der *Femina Politica*, geben Einblick in diese Analysen, wobei der Fokus auf den beiden letztgenannten Ebenen liegt. Einführend geben Birgit Erbe und Claudia Neusüß einen Überblick über die geschlechterpolitischen Diskurse in Deutschland zur Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie machen deren Potenziale deutlich, problematisieren allerdings, dass sie kaum Eingang in die *Mainstream-Debatten* gefunden haben.

Sabine Reiner und Gabriele Schambach analysieren die Konjunkturprogramme und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Großen Koalition und der jetzigen schwarz-gelben Koalition hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer. Sie kritisieren, dass es sich dabei um eine sehr kurzsichtige Politik handelt, die keine Perspektiven für einen grundlegenden Wandel verfolgt.

Gülay Caglar zeigt, in welcher Weise Länder des Südens von der in den Industrienationen ausgelösten Wirtschaftskrise betroffen sind und wie sich global die Arbeitmarktsituation für Frauen und Männer im Zuge der Krise verschlechtert. Unter Bezugnahme auf Diane Elson argumentiert sie, dass Finanzwirtschaft, Produktion und Reproduktion in ihrem Zusammenhang in den Blick genommen werden müssen.

Gabriele Michalitsch schließlich interpretiert die Krise als umfassende Krise neoliberaler Regierung und zeigt die Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Krise, sozialen Krise und der Krise der Arbeit auf. Eine Alternative bestehe hingegen in der Entökonomisierung des Selbst, Lösung des Widerspruchs zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie ihrer Entgeschlechtlichung.

Das aktuelle Forum der *Femina Politica* bündelt somit feministische Analysen der Krise und gibt erste Antworten auf die Frage nach deren geschlechtsspezifischen Ursachen und Auswirkungen. Strategieentwürfe für ein grundsätzliches Umdenken angesichts der Krise werden formuliert – ob und welches Gehör die Forderungen nach Korrekturen der bisherigen Politik in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zukunft finden werden bleibt abzuwarten.

Von „Lehman-Sisters“, Familiernährern und handfester Systemkritik: Die feministische Debatte um die globale Finanz- und Wirtschaftskrise

BIRGIT ERBE. CLAUDIA NEUSÜSS

Die Lehman-Pleite im September 2008 gab den Auftakt zur größten Weltfinanz- und -wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Diese verunsicherte – zumindest temporär – nicht nur die Bevölkerung weltweit, sondern auch die bislang maßgebliche Wirtschaftspolitik. In der öffentlichen Diskussion entstand eine neue Offenheit für alternative ökonomische Konzepte. Prominentestes Beispiel war die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises 2009 an Elinor Ostrom, die diesen Preis als erste Frau erhielt. Mit ihren interdisziplinär angelegten Studien zum schonenden Umgang mit Gemeinschaftsgütern ging es ihr um die Frage, welche institutionelle Fassung eine ökologisch verträgliche Wirtschaftsordnung braucht.

Wurde diese Offenheit auch frauenpolitisch genutzt? Gelang es den noch immer raren feministischen Ökonominnen und ökonomisch arbeitenden Sozialwissenschaftlerinnen, die bundesdeutsche Debatte zu beeinflussen? Eine umfassendere Diskursanalyse dazu steht noch aus. Mit unserem Artikel wollen wir eine erste Systematik der im Jahr 2009 erschienenen wissenschaftlichen und journalistischen Beiträge leisten und anhand der unterschiedlichen Positionen und Argumentationen ergründen, ob es sich dabei um neue feministische ökonomische Ansätze handelt.

Systemkritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell

Zahlreiche Autorinnen halten die gegenwärtige Krise keineswegs für einen „Betriebsunfall“, sondern generell Krisen als dem kapitalistischen System immanent. Seit jeher ist die Trennung von Produktion (bezahlte, marktvermittelte Arbeit) und Reproduktion (unbezahlte Arbeit außerhalb des Marktes) ein feministischer Hauptkritikpunkt am Kapitalismus. Dadurch werde die Geschlechterhierarchisierung manifestiert und statt der Deckung der menschlichen Bedürfnisse sei Profit das Kernziel. Dementsprechend sieht die Bremer Wirtschaftsprofessorin Adelheid Biesecker (2009a, 2009b) in der dem Kapital innewohnenden Maßlosigkeit die Ursache der Finanzkrise. Die kapitalistische Wirtschaftsweise wirke zerstörerisch gegenüber ihren natürlichen und sozialen Grundlagen, von denen sie eigentlich abhängig sei. Deshalb könne auch nicht allein von der Finanz- und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise gesprochen werden, sondern gehe es auch um die Klima-, Energie-, Biodiversitäts-, Wasser-, Nahrungsmittel-, Armutskrise etc. – kurz die Krise des Reproduktiven.

Neoliberalismus und die wirtschaftliche Globalisierung geben die Folie ab, vor der feministische Ökonominnen die Krise(n) analysieren. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive bedeutsam an der Globalisierung waren das enorme Beschäftigungswachstum, von dem Frauen in besonderem Maße profitierten (allerdings zu meist am Ende der Verwertungskette), die Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen einhergehend mit der Deregulierung der Finanzmärkte. In der Folge ging die Schere zwischen Armen und unteren Einkommensgruppen und Reichen immer weiter auf. Angesichts des hohen Grads prekärer Beschäftigung unter Frauen, der Lohndiskriminierung und geringeren Einkommen von Frauen, seien diese weltweit gegenüber Männern schlechter für die Krise aufgestellt, konstatiert die Soziologin und Publizistin Christa Wichterich (2009a, 2009b). Ihnen werde nicht nur überproportional viel von den Verlusten und Kosten überlassen, sie übernahmen auch in allen Krisen eine soziale Airbag-Funktion, indem sie mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung ihrer Familien trügen.

Die starke Finanzialisierung des Alltagslebens in den USA identifiziert die Wirtschaftsprofessorin der Universität Münster Brigitte Young (2009) als entscheidende Rahmenbedingung für die US-amerikanische Subprime-Krise, die zum Auslöser der weltweiten Finanzkrise wurde, als SchuldnerInnen massenhaft ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten. Der massive Abbau der Sozialsicherungssysteme und die Privatisierung öffentlicher Leistungen hätten in den vergangenen zwei Dekaden zu finanzieller und menschlicher Unsicherheit einkommensschwacher Haushalte geführt – darunter überproportional vieler Frauen. Die Vergabe von billigen Krediten an GeringverdienerInnen sei als eine Form von „Sozialhilfe für die Massen“, Wohnimmobilien als sichere Anlage für die Altersvorsorge und funktionales Äquivalent der stagnierenden Reallöhne und gekürzten Sozialleistungen verstanden worden. Dieser „privatisierte Keynesianismus“ habe langfristig nicht funktionieren können mit dem tragischen Effekt, dass Frauen als Letzte in die Ownership Society Aufnahme fanden und als erste wieder rausgeflogen seien.

Die Vernachlässigung der Binnennachfrage in der bundesdeutschen Wirtschaft(spolitik) ist die Kernkritik von Sabine Reiner (2009), die im Ressort Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand arbeitet. Seit Ende der 1960er Jahre habe eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden (die Reallöhne der unteren und mittleren Einkommen sanken, 30 % aller Frauen und 14 % aller Männer sind heute im Niedriglohnsektor beschäftigt) und zu einem Rückgang des privaten und öffentlichen Konsums geführt. Der Einbruch des Exports betreffe insbesondere gut bezahlte Männerarbeitsplätze. Eine weitere Triebkraft sei schließlich die Privatisierung der Sozialsicherungssysteme, die große Mengen Geld auf die Finanzmärkte spülte. Die immer stärkere Deregulierung der Finanzmärkte ermöglichte erst die Spekulation und Blasenbildung.

Ingrid Kurz-Scherf (2009), Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, sieht die Wurzeln der Wirtschaftskrise wesentlich in den vorherrschenden Geschlechterkonstruktionen einer von der Finanzökonomie dominierten, anhaltend

patriarchalischen Gesellschaft. Dem extrem expandierenden, stark männerdominierten Finanzsektor sei es gelungen, die Dominanz in der neuen Dienstleistungsökonomie sowie einen unverhältnismäßig hohen Anteil am Gesamteinkommen für sich zu beanspruchen. Gleichzeitig seien die Einkommen der von Frauen besetzten Segmente zurückgegangen. Der Erfolg der Finanzökonomie führte parallel zu einem Macht- und Bedeutungsverlust der Politik, in der Frauen gerade begonnen hatten, Einfluss zu gewinnen. Als Leitfigur des 21. Jahrhunderts benennt Kurz-Scherf den „cool-heroischen Investmentbanker“ mit den „klassischen Ingredienzen moderner Männlichkeit“, demgegenüber die „weiblich“ konnotierten Werte wie Fürsorge, Emotionalität, Sozialität, abgewertet worden seien.

Männliche Kultur und Dominanz in Unternehmen versus Diversity

Gegenstand verschiedener Aktivitäten und Publikationen im Kontext der Finanzkrise stellt die verstärkte Thematisierung und Präzisierung von Gender Diversity dar. Mit dem Verweis auf aktuelle Forschungen, die zeigen, dass sich Spitzenpositionen in Privatwirtschaft und Wirtschaftspolitik, in Vorstandsetagen und in Aufsichtsräten großer Unternehmen weiterhin fest in Männerhand befinden, wird argumentiert, dass homogene Rekrutierungsmuster und in der Folge fehlende Vielfalt zu wirtschaftlichem Qualitätsverlust führen. Einmal mehr ein Beleg dafür, dass es um die Rationalität eines Homo Oeconomicus, wie er in den Wirtschaftswissenschaften gern unterstellt wird, nicht weit her sein kann (vgl. zum Diskurs auch Diaz-Bone/Krell 2009, Neusüß 2009).¹

Dies zu ändern und mehr Frauen in entscheidende Positionen zu bringen, ist u.a. das Ziel des bereits 2005 gegründeten Vereins „Frauen in die Aufsichtsräte“. Im Kontext der Wirtschaftskrise erlangte die Initiative neue Aufmerksamkeit. Der Ruf nach Frauen in Leitungspositionen habe sich, nicht selten mit „Blick auf anstehende Aufräumarbeiten“, verstärkt, unterstreicht die Unternehmensberaterin und Vereinspräsidentin Monika Schulz-Strehlow. Sie betont, dass gemischte Führungsgremien eine bessere Unternehmensbilanz aufweisen, unterschiedliches Risikoverhalten und andere Kommunikationsformen den Gruppendruck in gemischten Teams verhindern und mithin zu besseren Entscheidungen führten (vgl. auch Anke Domscheit 2009).²

Essentialistische Erklärungsmuster

Die geschlechterpolitische Debatte um die Krise bewegt sich jedoch auf einem schmalen Grat zwischen der Kritik an bestehenden Strukturen und Ungleichheiten auf der einen Seite und dem Rekurs auf vermeintlich sozialisationsbedingte vergeschlechtlichte Verhaltensmuster oder biologischen Geschlechterunterschieden auf der anderen Seite. Werden Unternehmerinnen, Managerinnen und Finanzfachfrauen befragt, ob Frauen und Männer unterschiedlich agieren, wird von einigen Befragten sehr deutlich dahingehend argumentiert, dass Frauen anders mit Geld umgingen, für

bessere Kommunikation sorgten und nachhaltiger dächten, weshalb den „Lehman-Sisters“ die Krise nicht passiert wäre. Zugleich wird aber auch die Meinung vertreten, dass das Geschlecht keine Rolle spiele. Wie es zu der einen oder anderen Einschätzung bei den Interviewten kommt, bleibt meist offen – es ist zu vermuten, dass Beobachtungen oder Erfahrungen den Ausschlag dafür geben, ob Unterschiede betont werden oder negiert werden.

Für sichere Schlagzeilen sorgte die Testosteron-Messung bei Börsenmaklern. Es ist das Verdienst der Journalistin Ulrike Helwerth (2009), auf die Größe der Stichprobe von 19 Männern und das Fehlen jeglicher Vergleichsgruppe zu verweisen, um die Stichhaltigkeit des Arguments, „die Finanzkrise ist auch eine Testosteron-Krise“ (Zukunftsforscher Matthias Horx im Interview mit der SZ, 5.10.09), zu hinterfragen. Dennoch wird gerne auf neurochemische oder auch evolutionsbedingte Unterschiede zwischen Frauen und Männern zurückgegriffen, auch wenn der Autor in diesem Fall offen lässt, ob er es selber glaubt: „Hochmut kommt vor dem Phall“ (Droske 2009).

Auswirkungen der Krise(n) auf Frauen und Männer und die Diskussion der Konjunkturpakete I und II

In einem Kommentar vom 1.2.2009 im Kulturradio des RBB fragte Margit Miosga, warum sich Frauen nicht wehrten, wenn die Staaten Konjunkturpakete nur für Männer schnürten. Etwas Bewegung in die bundesdeutsche Debatte kam tatsächlich erst im Frühsommer mit der bevorstehenden Insolvenz von Arcandor, von der vornehmlich Frauenarbeitsplätze betroffen waren. In einem taz-Interview Anfang Juni 2009 konstatierte z.B. die Berliner Wirtschaftsprofessorin Friederike Maier, dass in der industriepolitischen Prioritätensetzung mit zweierlei Maß gemessen werde. Die unterschiedliche Einschätzung zur notwendigen staatlichen Rettung des Autobauers Opel und des Handelsriesen Arcandor habe nicht zufällig auch eine Genderkomponente. Männer würden nach wie vor als „Familienernährer“ betrachtet, Frauenarbeit hingegen gelte als Zuverdienst.

Breiten Raum nahm die Frage ein, ob in Deutschland Frauen oder Männer stärker von der Wirtschaftskrise betroffen seien. Alexandra Scheele (2009, 2009a), wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Potsdam, meint, dass die Frage nicht eindeutig zu beantworten sei. Die Arbeitslosigkeit von Männern sei größer als bei Frauen, was insbesondere damit zu tun habe, dass männerdominierte Branchen stärker von der Krise betroffen seien. Allerdings bezweifelt Scheele, dass Frauen in krisensicheren Berufen tätig seien. Denn die so genannten Frauenbranchen zeigten bereits in den vergangenen Jahren Krisensymptome: Der Einzelhandel sei von Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse betroffen, sowohl im öffentlichen Sektor wie auch im Gesundheitswesen kam es zu massivem Arbeitsplatzabbau und der Zunahme von Teilzeit. Nach ihrer Einschätzung werde die zu erwartende Haushaltskonsolidierung zu Lasten des öffentlichen Dienstes gehen und damit starke Auswirkungen auf die Frauenerwerbsarbeit haben.

Einen überdeutlichen „male bias“ der beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung arbeitet die Berliner Politikwissenschaftlerin und Beraterin Mara Kuhl (2010) in ihrer Untersuchung heraus: Die Problemdefinition wie auch die Lösung berücksichtigten fast ausschließlich Männer. Der Exporteinbruch insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau und seine Folgen auf dem Arbeitsmarkt sollten u.a. durch die staatliche Förderung von Kurzarbeit und die Erhöhung der Binnennachfrage durch die so genannte Abwrackprämie für Altfahrzeuge abgefangen werden. Bereiche, in denen Männer überproportional vertreten sind. Kuhl kritisiert zudem, dass die Bundesregierung alte Industriezweige stütze anstatt den Strukturwandel zu gestalten, von dem u.U. Frauen profitierten. Während der politische Gestaltungsspielraum zugunsten des Umweltschutzes wenigstens zum Teil genutzt wurde, bliebe Gleichstellung eine Leerstelle (vgl. Reiner/Schambach in diesem Band).

Auch hier gibt es einige gegenläufige Positionen. Der Präsident der Bundesagentur, Frank-Jürgen Weise, geht davon aus, dass der Arbeitsmarkt weiblicher werde, da sich mit dem Umbruch am Arbeitsmarkt neue Chancen für Frauen ergäben (zitiert in Hamann/Niejahr 2009, o.S.). Auch übernahmen Frauen zunehmend die Rolle der Hauptverdienerin in Familien, was ihre Rolle stärke (Bauer/Dähler 2009).

Feministische Wege aus den weltweiten Krisen

Feministische Ökonominnen kritisieren, dass die aktuelle Krise als vorübergehender Wirtschaftseinbruch betrachtet werde, der mit Staatsinterventionen überbrückt werden müsse, um den Status Quo Ante wieder herzustellen. Gabriele Michalitsch (2009), Wirtschaftsuniversität Wien, weist darauf hin, dass damit auch die bestehenden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern stabilisiert werden. Wollten die Konjunkturprogramme emanzipatorische Veränderungen bewirken, müssten sie beispielsweise auf eine generelle Arbeitszeitverkürzung abzielen oder mehr öffentliche Mittel und Angebote zur Entlastung des Privatbereichs bereitstellen, der in der Krise verstärkt unter Druck ist.

Wichterich (2009c) fordert, dass mit der Funktionslogik des Kapitalismus, nämlich der bisherigen Verknüpfung von Wachstum – Job – Konsum sowie der Trennung von Produktion und Reproduktion, auch im Bewusstsein gebrochen werden muss, um den Krisen nachhaltig und geschlechtergerecht zu begegnen. Kurz-Scherf (2009) plädiert für einen Wandel von quantitativem zu qualitativem Wachstum, für den Aufbau neuer Arbeitsplätze in der Care-Ökonomie und Arbeitszeitverkürzung. Einen besonderen Stellenwert räumen feministische Ökonominnen der Care-Ökonomie ein. Doch weitgehend offen bleibe, so die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin (2009), wie diese „andere Ökonomie“ organisiert werden solle.

Einen Perspektivwechsel nimmt der Ansatz des Vorsorgenden Wirtschaftens vor. Der Ausgangspunkt ist dabei die notwendige Reproduktion des Sozialen und der Natur. Das Primat der Politik über die Ökonomie kehrt wieder zurück, gefragt sind kooperative Strukturen, demokratische Abstimmungs- und Verständigungsprozesse. An Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das „gute Leben“ Notwendigen

(Biesecker 2009b, vgl. auch Wichterich 2009d) solle sich auch die Finanzwirtschaft verpflichtet fühlen.

Fazit und Ausblick

Nur wenigen geschlechterpolitischen Stimmen ist es gelungen, Eingang in die Mainstream-Debatten zu finden. Das hat Gründe: Immer noch sind kaum Frauen an exponierteren Stellen der Wirtschaftswissenschaften zu finden und Wissenschaftlerinnen, die sich mit Makroökonomie aus feministischer Perspektive beschäftigen, sind rar. Nebst geringerer Anfrage mag sich Zurückhaltung gesellen, sich außerhalb der eigenen disziplinären Bezüge zu äußern.

Dennoch: Die Frage von sozialer Ungleichheit und in diesem Zusammenhang auch einer Gender- und Diversityperspektive werden wieder stärker thematisiert. Die Forderung nach einer Öffnung bundesdeutscher Aufsichtsräte für Frauen hat – nicht zuletzt durch die Norwegische Quote – eine vergleichsweise große Öffentlichkeit gefunden. Der Zusammenhang von Vielfalt, Innovationsfähigkeit, Qualität und Geschlechtergerechtigkeit ist deutlicher auf die Agenda gerückt.

Um allerdings Vielfalt in Unternehmen produktiv zu machen und qualitative Veränderungen zu befördern, braucht es neue, an Gender Diversity und an sozialer Verantwortung ausgerichtete Schlüsselkompetenzen für Fach- und Führungskräfte (u.a. Gebel/Stark/Neusüß 2009). Hochschulen wie Privatwirtschaft sind hier gleichermaßen gefordert, „AgentInnen des Wandels“ zu fördern und zu qualifizieren.

Zwiespältig ist eine Perspektive, die zwar Gender Mainstreaming propagiert, aber wie die EU an den wirtschaftlichen Paradigmen und Prioritäten nicht rüttelt: Resümee der Konferenz für Gleichstellung, Finanzen und Wirtschaft am 16.10.2009 in Stockholm war, dass die künftige EU-Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung eine deutliche Gleichstellungsperspektive brauche. Eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen trage erheblich zu Kaufkraft und Steuereinnahmen bei und verbessere damit Europas weltweite Wettbewerbsposition.

Angesichts der Krisen in Wirtschaft, Umwelt und Ernährung stellt sich die Frage des gesellschaftlichen Nutzens ökonomischer Systeme neu. Nachhaltiges Wirtschaften, die Überwindung geschlechterhierarchischer Schieflagen, sowie der Abbau von (Mehrfach-) Diskriminierung gehören zusammen. Diejenigen, die keinen Vorteil von den staatlichen Rettungsmaßnahmen haben, sollten genau schauen, „wie der Kuchen zustande kommt“ (Sabine Reiner).³ Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die aktuellen Machtstrukturen offengelegt. Und wer danach fragt, „wem nützt es?“, der kommt an der Geschlechterfrage nicht vorbei (Kappert 2009). Gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe und soziale Ungleichheit gehören verstärkt auf die politische Tagesordnung. Eine auf die alten industriellen Kerne eingeführte Maßnahmenpolitik, statt eines behetzten Umbaus auf Zukunftsfelder und einer massiven Förderung des Dienstleistungssektors könnte sich ohnehin auf absehbare Zeit rächen.

Anmerkungen

- 1 Trotz hoher Qualifikationen liegt der Frauenanteil bei den Spitzenpositionen größerer Unternehmen nur bei 7,8% (Holst/Wiemer 2010).
- 2 In Deutschland übernahm die SPD unter Franz Müntefering die Forderung nach einer Frauenquote von 40% in den Aufsichtsräten in ihr Wahlprogramm von 2009. Im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition ist ein Stufenplan vorgesehen.
- 3 Ver.di-Fachdialog „Die Zukunft der Krise - Genderperspektiven in der Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen alten Strukturen und neuen Modellen“, Fachtagung am 23.2.2010 in Berlin.

Literatur

Bauer, Uta/Dähler, Susanne, 2009: Frauen machen Neue Länder. Frauen in den neuen Bundesländern – gut positioniert in der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Bundesministerium des Innern. Berlin.

Biesecker, Adelheid, 2009a: Geld zum Spekulieren? Nein – Geld zum Leben! Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise. In: Frauenrat, 15-17.

Biesecker, Adelheid, 2009b: Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative. In: WISO Diskurs, 32-48.

Diaz-Bone, Rainer/Krell, Gertraude, 2009: Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen, Wiesbaden.

Droske, Hermann, 2009: Hochmut kommt vor dem Phall. Süddeutsche Zeitung Magazin, H. 11, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/28502/2/1#texttitel> (24.02.2010).

Gebel, Carolin/Neusüß, Claudia/Stark, Wolfgang, 2009: Social Entrepreneurship in der Hochschulausbildung – Die Universität vom Kopf auf die Füße gestellt. In: Ökologisches Wirtschaften, H. 2, 22-24.

Hamann, Götz/Niejahr, Elisabeth, 2009: Die Weiberwirtschaft. Männer verlieren ihre Jobs, Frauen kommen voran – in dieser Krise schneller denn je. DIE ZEIT, 23.07.2009, Nr. 31, <http://www.zeit.de/2009/31/Frauen>.

Helwert, Ulrike, 2009: Testosteron. Die Finanzkrise – ein Männerding? FrauenRat. Abgewrackt. Weltwirtschaft in der Krise, H. 3, 9.

Holst, Elke/Wiener, Anita, 2010: Frauen in Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin messbar unterrepräsentiert. DIW-Wochenbericht. H. 4, Berlin.

Horx, Matthias, 2009: Die Finanzkrise ist auch eine Testosteron-Krise, Interview. Süddeutsche Zeitung, 5.10.2009.

Kappert, Ines, 2009: Das Scheitern männlicher Eliten. Einführungsvortrag beim ver.di Fachdialog Gender „Genderperspektiven in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ am 31. März. http://gender.verdi.de/publikationen/dokumentationen/doku_fachdialog/data/Vortrag-Kappert.pdf (23.02.2010).

Kuhl, Mara, 2010: Wem werden die Pakete gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete. WISO Diskurs, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung (i. E.).

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik. 54. Jg. H. 5, 36-40.

Madörin, Mascha, 2009: Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Frauen. Vortrag auf der DGB-Bezirksfrauenkonferenz am 24.10.09 in Nürnberg (unveröffentlichtes Manuskript).

Maier, Friederike, 2009: Frauen-Branchen lässt man sterben. Interview. taz, 9.6.2009. <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/%5Cfrauen-branchen-laesst-man-sterben%5C/> (24.02.2010).

Michalitsch, Gabriele, 2009: Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. WISO Diskurs, 49-55.

Neusüß, Claudia, 2009: Wirtschaftskrise – Neue Chancen für mehr Gender Diversity? TU news, WS 2009/2010, 4-6.

Reiner, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. WISO Diskurs, 5-14.

Scheele, Alexandra, 2009a: Ist die Krise männlich? <http://www.dgb-frauen.de/themen/dokumente/beitrag-a-scheele.pdf>.

Scheele, Alexandra, 2009b: War da was? Die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr EINS. TU news, WS 2009/2010, 7.

Wichterich, Christa, 2009a: Gegen den Wachstums- und Renditeterror. Frauenrat, 24-25.

Wichterich, Christa, 2009b: Vom Boom zur Krise. Frauenrat, 29-31.

Wichterich, Christa, 2009c: Die Abwärtsspirale. Kommentar. taz, 19.2.2009. <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/die-abwaertsspirale/> [24.02.2010].

Wichterich, Christa, 2009d: Gleich, gleicher ungleich, Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Sulzbach/Taunus.

WISO Diskurs, 2009: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung und Frauenakademie München, Oktober 2009, Bonn.

Young, Brigitte, 2009: Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle. WISO Diskurs, 15-26.

Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise

SABINE REINER. GABRIELE SCHAMBACH

Spätestens seit im September 2008 die US-amerikanische Investment Bank Lehman Brothers Insolvenz angemeldet hat, ist die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarkt-krise in aller Munde. Aus der Kreditkrise in den USA wurde eine weltweite Finanzkrise mit Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die deutsche Bundesregierung hat auf letztere mit zwei Konjunkturpaketen sowie dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz reagiert, um die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren und die Beschäftigung zu sichern.

Im Folgenden werden wir nach einem kurzen Einblick in die Ursachen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die bisherige Antikrisenpolitik skizzieren und aufzeigen, dass diese nicht dazu genutzt wurde, wirtschaftliche oder geschlechtliche Strukturen zu verändern. Stattdessen dienen sie vielmehr der Stabilisierung des Bestehenden. Abschließend haben wir einige Überlegungen zur Verbesserung des Status quo zusammengestellt.

Verordnete Armut – eine der Krisenursachen

Bei der Analyse der Krisenursachen steht in der Regel die Deregulierung der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im Vordergrund. Es haben jedoch weitere Entwicklungstendenzen maßgeblich zur Entstehung der Krise beigetragen: Die Umverteilung von unten nach oben, die in den kapitalistischen Industrieländern mit der nachlassenden Wachstums- und Investitionsdynamik seit Ende der 1960er einsetzte; zweitens die seit der Jahrtausendwende stark angestiegenen globalen Ungleichgewichte zwischen Ländern mit hohen Exportüberschüssen auf der einen und -defiziten auf der anderen Seite.

In Deutschland ist der langfristige Umverteilungstrend mit der Politik der „Agenda 2010“ seit 2003 massiv verstärkt worden. So stieg die Beschäftigung im vergangenen Aufschwung allein durch alle möglichen Formen prekärer Jobs. Die Anzahl unbefristeter, sozialversicherter Vollzeitstellen ging zwischen 2003 und 2008 sogar um fast eine Million zurück. Real sind die Einkommen der Beschäftigten seither nicht mehr gestiegen, im unteren Einkommensbereich sogar erheblich gesunken. Rasant gewachsen ist der Niedriglohnsektor: Mit 22,2 % aller Beschäftigten hat Deutschland in der EU knapp vor Großbritannien inzwischen den größten Niedriglohnsektor. Dabei sind 70 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor weiblich – das ist fast jede dritte erwerbstätige Frau. Schon vor der Krise ging somit die Entwicklung, die extrem an Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke orientiert war, zu Lasten der Schwächeren auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in Deutschland waren Frauen mit einer Teilzeitquote von über 50 %¹ und einem Gender Wage Gap von 23 % stärker als in anderen Ländern betroffen. Die Exportlastigkeit hat Deutschland zwar hohe Exportüberschüsse eingebracht. Das funktioniert jedoch nur, solange sich andere Länder Defizite leisten (können). Mit dem Platzen der Kreditblase ist die schuldenfinanzierte Nachfrage aus den Defizitländern, vor allem USA, aber auch Spanien oder Großbritannien zusammengebrochen. Die zunehmende Umverteilung muss daher ebenso als Ursache der Krise berücksichtigt werden wie das verschuldungsgestützte Wachstum unter anderem in den USA: Beides hat immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Und je mehr Geld auf der Suche nach lukrativen Anlagen und immer höheren Renditen ist, desto größer der Deregulierungsdruck und Tendenz zur zeitweisen Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft.

Zur Antikrisenpolitik der Bundesregierungen

Bereits Anfang 2008 schrumpften in Deutschland konjunkturbedingt die Wachstumsraten. Nach einigem Zögern – der damalige Finanzminister Steinbrück war noch im September 2008 der Meinung, die Finanzmarktkrise erfordere hierzulande keine besonderen Maßnahmen – verabschiedete die große Koalition im November 2008 ein eher bescheidenes Konjunkturpaket im Umfang von knapp zwölf Milliarden Euro. Schon im Januar 2009 musste mit einem zweiten rund 50 Milliarden Euro schweren Paket nachgelegt werden.

Tabelle 1: Antikrisenpolitik im Überblick

	in Milliarden Euro (Ausgaben 2009 und 2010)
Konjunkturpaket I (November 2008)	
Steuerentlastung für Unternehmen	6,9
Förderung von Investitionen	2,7
Steuerentlastung für Privatpersonen, u.a. Absetzbarkeit haushaltnaher Dienstleistungen	1,4
Arbeitsmarktpolitik, u.a. mehr ArbeitsvermittlerInnen, Kurzarbeit	0,8
Summe	11,8
Konjunkturpaket II (Januar 2009)	
Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand	16,0
Senkung der Einkommensteuer	9,0
Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung zwecks Senkung der Beiträge	9,0
Ausweitung Kurzarbeit, Qualifizierung	7,0
„Abwrackprämie“	5,0
Kinderbezogene Leistungen, u.a. einmalig 100 Euro pro Kind	2,3
Sonstiges (u.a. Innovationsförderung, Mobilitätsforschung)	2
Summe	50,3
Weitere Maßnahmen	
Pendlerpauschale	8,2
„Bürgerentlastungsgesetz“ (erweitert die steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung)	8,1
Summe	16,3
Summe Große Koalition	78,4
„Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ (Dezember 2009)	
Erhöhung Kindergeld und Kinderfreibeträge	4,6
Senkung Erbschaftsteuer u.a. für Betriebserben	0,4
Steuerentlastung für Unternehmen	2,4
Ermäßigte Umsatzsteuer für Hotels	1,0
Summe	8,4
Summe insgesamt	86,8
Geplante weitere Steuersenkung von Schwarz-Gelb	rund 20

Quellen: Eicker-Wolf, Niechoj, Truger 2009; Bundesministerium der Finanzen

Für eine wirksame Gegensteuerung waren die Pakete zu klein und ungünstig zusammengesetzt. Nur ein kleiner Teil der Ausgaben ist für direkte öffentliche Investitionen vorgesehen, obwohl diese, wie viele Studien zeigen, den größten Wachstums- und Beschäftigungseffekt aufweisen. Mehr als die Hälfte der Ausgaben sind Steuer- und Abgabensenkungen, die wenig bringen und vor allem Unternehmen und Personen mit höheren Einkommen begünstigen. Die Entlastungen für Unternehmen zum Beispiel bestehen vor allem in der Rücknahme von Maßnahmen, die bei der Unternehmensteuersenkung von 2007 zur Begrenzung der Steuerausfälle beschlossen wurden. Insofern war die Krise eine gute Gelegenheit für Unternehmerverbände, ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Eine Entlastung oder Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen wäre dagegen konjunkturpolitisch wirkungsvoller, weil sie zusätzliche Mittel auch unmittelbar und vollständig für zusätzliche Ausgaben nutzen. Hätte die Regierung den Gesamtumfang der Konjunkturpakete I und II in direkte öffentliche Ausgaben gelenkt, wäre die konjunkturstabilisierende Wirkung bei gleichen Kosten doppelt so hoch gewesen. (OECD 2009 und IMF 2008)

Die einzelnen Maßnahmen der Antikrisenpolitik sind in sozialer und geschlechtlicher Sicht alles andere als ausgewogen. Von einer Senkung der Einkommensteuer und von Steuerentlastungen profitieren nur diejenigen, die überhaupt Steuern zahlen. Für Singles gilt dies ab einem Jahresbruttoeinkommen von rund 11.000 Euro. Geringverdiener/-innen gehen leer aus. Die Entlastung steigt mit steigendem Einkommen: Durchschnittsverdienende mit einem Jahresbruttogehalt von 30.000 Euro zahlen durch die Einkommensteuersenkung des Konjunkturpakets II im Jahr gut 170 Euro weniger, bei Einkommen über 50.000 Euro sind es schon über 270 Euro weniger (BMF 2009). Das ist wenig wirksam zur Konjunkturstabilisierung und betrifft Frauen nur in geringem Maße. Denn in den oberen Einkommensbereichen, in denen die maximale Entlastungswirkung erreicht wird, sind Frauen nur zu 15 % vertreten. (Gender-Datenreport 2005, Seite 176ff.) Auch bei der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen schneiden gut verdienende Eltern deutlich besser ab als durchschnittlich oder gering verdienende. Familien, die von Hartz IV leben müssen und am Nötigsten auf höhere Leistungen angewiesen sind, haben überhaupt nichts davon.

Stützung des segregierten Arbeitsmarktes

Aus konjunkturpolitischer Sicht direkt wirksam sind die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand und die in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommene „Abwrackprämie“ (Umweltprämie). Mehr als zwei Drittel der Ausgaben für Zukunftsinvestitionen sollen Schulen und Kindergärten zugute kommen. Allerdings sind die Mittel nicht für zusätzliches Personal vorgesehen, sondern nur für einmalige Ausgaben wie für Renovierungen oder andere bauliche Maßnahmen. Die Mittel stabilisieren also mit der Bauwirtschaft ebenso eine Männerbranche wie die Umweltprämie die Automobilindustrie stützt.

Ordnet man die Einzelmaßnahmen den Branchen zu, die dadurch direkt oder indirekt unterstützt werden und setzt diese in Beziehung zu der Beschäftigtenstruktur nach Frauen und Männern ergibt sich folgendes Ergebnis:²

Tabelle 2: Darstellung der durch die Antikrisenpolitik geförderten Wirtschaftszweige und Anteil der dort sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer

Wirtschaftszweig/Branche	Maßnahmen der Konjunkturpakete	Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer
Automobilwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Umweltprämie • Aussetzung und Neueregulierung der Kfz-Steuer • Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand • Forschungsförderung zur (Elektro-)Mobilität 	Frauen: 16,2% (155.224) Männer: 83,8% (789.032)
Bauwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand • Energetische Gebäudesanierung und Förderung energieeffizienten Bauens • Absatzbarkeit Handwerkerrechnungen • Breitbandstrategie 	Frauen: 17,8% (662.438) Männer: 82,2% (2.961.444)
Informations- und Kommunikationstechnologie	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand • Forschungsförderung zur (Elektro-)Mobilität • Breitbandstrategie 	Frauen: 31,7% (248.247) Männer: 68,3% (581.539)
Haushaltsnahe Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerliche Absatzbarkeit 	Frauen: 62,3% (722.847) Männer: 37,7% (332.441)
Labor- und Medizintechnik	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand 	Frauen: 40,8% (151.504) Männer: 59,2% (184.207)
Unternehmensfremdfinanzierung	<ul style="list-style-type: none"> • Kredit- und Bürgschaftsprogramm 	Frauen: 46,8% (177.489) Männer: 53,2% (199.805)
Exportbranchen (Maschinenbau, Automobil, Chemie, Datenverarbeitungsgeräte, Pharmazie)	<ul style="list-style-type: none"> • Kredit- und Bürgschaftsprogramm 	Frauen: 27,2% (546.910) Männer: 72,8% (2.105.314)

Quelle: Schambach 2010 nach BA 2009

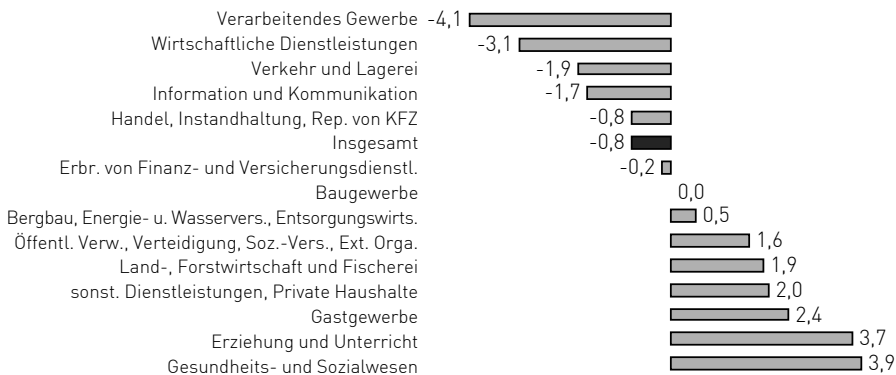
Die Übersicht verdeutlicht, dass mit den Antikrisenmaßnahmen überwiegend Branchen unterstützt werden, die einen hohen Anteil an männlichen Beschäftigten aufweisen. In Bezug auf die Konjunkturerinbrüche der deutschen Wirtschaft im Rahmen

der Wirtschaftskrise mögen die Maßnahmen der Konjunkturpakete möglicherweise gerechtfertigt sein, aber ein Blick auf die Arbeitsmarktentwicklung lässt Zweifel aufkommen.

Obwohl das reale Bruttoinlandsprodukt nach aktuellen Schätzungen jahresdurchschnittlich um 5% geschrumpft ist und massive Produktionseinbrüche zu verzeichnen waren, hat sich der Arbeitsmarkt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2009 mit -0,1% vergleichsweise moderat verringert (BA 2009a: 22-25). Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich.

Schaubild 1: Prozentuale Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Oktober 2009 zum Vorjahr in Wirtschaftlicher Gliederung

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: BA 2009d, 2

Die stärksten Rückgänge von insgesamt 380.000 Arbeitsplätzen sind im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen zu verzeichnen, wobei letzteres in erster Linie mit der Entwicklung in der Arbeitnehmerüberlassung („Leiharbeit“) zusammenhängt. Ebenfalls rückläufig war die Beschäftigung bei Verkehr und Lagerei sowie bei Information und Kommunikation, während der Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kfz sowie die Bauwirtschaft praktisch stagniert haben. Von den Rückgängen sind folglich überwiegend jene Branchen betroffen, die von den Antikrisenmaßnahmen unterstützt werden sollten und einen hohen Männeranteil aufweisen (vgl. BA 2009, BA 2009a, BA 2009c). Trotz der Stützungsmaßnahmen nahm die Beschäftigung ab, ohne sie wären jedoch weit mehr Arbeitsplätze verloren gegangen.

Hingegen nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei den Frauen zu, obwohl die entsprechenden Branchen nicht gefördert wurden. Im Gesundheits- und Sozialwesen, bei Erziehung und Unterricht und im Gastgewerbe war ein Plus an 191.000 Beschäftigten zu verzeichnen. Auch die öffentliche Verwaltung und die

Sonstigen Dienstleistungen wiesen eine Zunahme auf. Allerdings fand der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit überwiegend bei den Teilzeitjobs statt. Hingegen nahm die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung („Minijobber“) im Vorjahresvergleich bei Frauen ab während sie bei Männern zunahm. Dennoch waren im März 2009 immer noch 3,3 Mio., Frauen, aber nur 1,6 Mio. Männer ausschließlich geringfügig beschäftigt (BA 2009a: 25/26, BA 2009c: 4, 15).

Insgesamt ist festzuhalten, dass durch die Konjunkturpakete überwiegend männerdominierte Beschäftigungszweige unterstützt, während frauendominierte Branchen so gut wie gar nicht bedacht werden. Und dort, wo es doch geschieht, wie zum Beispiel bei den Haushaltsnahen Dienstleistungen, ist die Branche gekennzeichnet durch einen sehr hohen Anteil an geringfügiger Beschäftigung. Insgesamt weisen die „Frauen-Branchen“ einen hohen Anteil von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung auf, deren Einkommen häufig nicht zur eigenständigen Existenzsicherung ausreichen und die das Vorhandensein eines vollerbstätigen (Ehe-)Mannes erfordert. Diese Lebens- und Erwerbsform werden auch von den Konjunkturpaketen stabilisiert, indem die in den geförderten Branchen vorherrschenden Vollzeit Arbeitsplätze gesichert werden sollen.

Direkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Als wesentliches Element zur Vermeidung von Entlassungen wurde in den Konjunkturpaketen das Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 24 Monate verlängert. Bei dieser bis Ende 2011 geltenden Regelung zahlt die Bundesagentur für Arbeit wie beim Arbeitslosengeld 60% beziehungsweise bei Eltern 67% des Nettolohns anteilig für die einsatzfreie beziehungsweise verkürzte Arbeitszeit. Neben einer Vereinfachung der Antragstellung und der uneingeschränkten Ausdehnung des Kurzarbeitergeldes werden Unternehmen auch Sozialversicherungsbeiträge sowie ArbeitnehmerInnen Qualifizierungsmaßnahmen erstattet. Insgesamt stehen in diesem Jahr für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld 5,1 Mrd. Euro zur Verfügung (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2010, Die Bundesregierung 2010).

Seit Beginn der Krise im Oktober 2008 bis Ende August 2009 haben 125.000 Betriebe für 3,3 bis 3,4 Millionen Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet. Nach Daten vom Juni 2009 arbeiteten zu diesem Zeitpunkt rund 1,4 Millionen Beschäftigte in konjunkturell bedingter Kurzarbeit. Allein von Januar bis Ende Juni 2009 stieg die Zahl um fast eine Millionen und es wurden insgesamt bereits Ausgaben in Höhe von 954,5 Mio. Euro geleistet (Die Bundesregierung 2009, Deutscher Bundestag 2009, 6).

Im Verarbeitenden Gewerbe arbeiteten mit rund 1,1 Millionen mit Abstand die meisten Beschäftigten kurz, wobei die Metallbranche, die Automobilindustrie sowie Beschäftigte im Maschinenbau und in der Elektrobranche überproportional von Kurzarbeit betroffen waren. Den geringsten Gebrauch von Kurzarbeit haben Betriebe im Gesundheitssektor, in der Gastronomie und im Einzelhandel gemacht (BA 2009d, 12).

Entsprechend der Arbeitsmarktstruktur lag der Anteil der männlichen Kurzarbeiter bei 78% im Vergleich zu 22% Frauen in Kurzarbeit. Damit haben gut 7% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer und knapp 3% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Juni 2009 kurzgearbeitet (BA 2009b, 10ff.). Vom Kurzarbeitergeld „profitieren“ folglich in erster Linie Branchen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die darin beschäftigten Männer.

Chance nutzen

Die umfangreichen Ausgaben zur Stabilisierung der Konjunktur wären eine gute Gelegenheit gewesen, die Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen zur Förderung der Binnenwirtschaft auf einen ausgewogeneren Pfad zubringen. Die Auswirkungen der Konjunkturpakete sind zwar in ihrer Gänze noch nicht absehbar, weil viele Maßnahmen noch laufen und endgültig erst mit ihrem Auslaufen am 31. Dezember 2011 beurteilt werden können. Die Chance eines Pfadwechsels ist bisher aber klar vertan worden.

Die bevorzugte Stützung der von der Krise besonders betroffenen „Männerbranchen“ hat zwar kurzfristig gezielte Linderung verschafft; ob die Nachfrage im In- und vor allem Ausland diese Branchen jedoch längerfristig wieder auf das alte Niveau bringt, ist zu bezweifeln. Mit den zeitlich begrenzten Konjunkturpaketen findet jedenfalls kein Umsteuern zu einem nachhaltigeren und stabileren Entwicklungsmodell statt. Erst recht nicht zu einem Wirtschaftsmodell, das Frauen und Männern gleiche Chancen einräumt. Wesentliche Krisenursachen wie die extremen Schief-lagen bei der Verteilung und globale Ungleichgewichte werden nicht oder in völlig unzureichendem Maße angegangen. Stattdessen wurde business as usual betrieben. In den kommenden Monaten wird die Arbeitslosigkeit spürbar steigen – möglicherweise nicht so stark wie noch im vergangenen Sommer befürchtet, aber die Risiken für die wirtschaftliche Erholung sind nach wie vor beträchtlich. Die Ausweitung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schwächt die Einkommen und damit den Konsum der Menschen und belastet so die wirtschaftliche Entwicklung auch außerhalb der jetzt stark betroffenen Exportsektoren. Arbeitgeber werden die Krise zusätzlich nutzen, um den Druck auf die Einkommen der Beschäftigten zu erhöhen. Zudem droht, dass Bund, Länder und Gemeinden den Stellenabbau und den Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erneut verschärfen werden. Schon jetzt argumentieren sie, dies sei unausweichlich, weil die Verschuldung im Gefolge der Krise enorm ansteigt und die selbst verordnete Schuldenbremse zu Ausgabenkürzungen zwingt. Innerhalb der EU gibt Deutschland schon heute gemessen am Bruttoinlandsprodukt am wenigsten für Beschäftigung im öffentlichen Dienst aus. Wenn die neue Bundesregierung diesen Schrumpfkurs weiter fortsetzt, werden viele Frauenarbeitsplätze wegfallen, denn etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind weiblich. Die vielseitige Kritik an der Krisenintervention der Bundesregierung führt folglich zu Überlegungen zur Verbesserung des Status quo (vgl. Schambach 2009; ver.di 2009a, b).

Bevor zeitversetzt auch die Sozial- und Dienstleistungsbranchen stärker von der Krise betroffen sein werden, sind bereits jetzt schon Maßnahmen zur Stützung dieser Bereiche zu entwickeln. Obwohl die Aktivitäten der schwarz-gelben Regierung nicht darauf hindeuten, könnten dennoch Organisationen und Institutionen auf die Bundesregierung einwirken, die öffentlichen Ausgaben nachhaltig für Bildung, Gesundheit und Pflege zu erhöhen. Die Chancen dafür könnten steigen, wenn im politischen und wirtschaftlichen Denken und Rechnen Bildung, Pflege und Gesundheit nicht mehr als Kosten, sondern als Investitionen angesehen werden.

Außerdem ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und wieder eine gleichmäßigere Verteilung zu gewährleisten. Hierzulande heißt das, Befristungen, Leiharbeit und Minijobs massiv zurückzudrängen, endlich den gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro pro Stunde einzuführen, das Arbeitslosengeld II zu erhöhen und wieder einen wirkamen Zumutbarkeitsschutz für Jobs zu garantieren. Das würde auch der Lohndiskriminierung entgegenwirken.

Viele weitere Forderungen, die bei der vorliegenden Untersuchung relevant sind, wurden auch schon in anderen Zusammenhängen thematisiert: Zur Sicherung der gleichberechtigten Erwerbsh Partnerschaft braucht es existenzsichernde Entlohnung, Abschaffung des Ehegattensplitting, ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen, gleiche Bildungschancen für alle Menschen, verändertes Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen, etc.

Die Zuspitzung von Widersprüchen sollten Frauen und auch Männer zur Verständigung nutzen und deutlich machen, wie „gutes“ Leben und Arbeiten aussehen sollte. Vor allem sollte klar sein, dass es neben der notwendigen kurzfristigen Feuerwehrpolitik gegen die Krise um eine weitergehende Perspektive gehen muss, die langfristig die Entstehung einer neuen Lebenskultur und eine geschlechterdemokratische Gestaltung von Arbeits- und Lebensverhältnissen zum Ziel hat (vgl. Kurz-Scherf 2009).

Anmerkungen

- 1 Bei den Männern liegt die entsprechende Teilzeitquote bei 17%. Diese Werte aus der IAB-Arbeitszeitrechnung beziehen sich auf alle beschäftigten Männer und Frauen inklusive Nebentätigkeiten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegen die Teilzeitquoten bei 34 % (Frauen) bzw. 5 % (Männer).
- 2 Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Zahlenangaben nur ungefähre Richtwerte darstellen, da die vorgenommene Brancheneinteilung zum Teil von den Statistiken der Wirtschaftszweige abweichen. Zu Details der einzelnen Maßnahmen und Branchen vgl. Schambach 2010.

Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009: Arbeitsmarkt in Zahlen Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen der WZ 2008 und Geschlecht, Stichtag 31.03.2009, Nürnberg, <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/b.html?call=l> (05.12.2009).

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009a: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Dezember und das Jahr 2009, Monatsbericht, Nürnberg, <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000100/html/monat/200912.pdf> [08.01.2010].

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009b: Kurzarbeit – Aktuelle Entwicklungen, Oktober 2009, Nürnberg.

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009c: Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeitsmarktes für Frauen und Männer, November 2009. http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/analytik/gender-analytikreport_2009-11.pdf [28.12.2009].

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009d: Arbeitsmarkt in Zahlen Beschäftigungsstatistik – Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008) Oktober 2009, Nürnberg. <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/200912/iiiia6/sozbe/monatsheft-wz08d.pdf> [08.01.2010].

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009e: Arbeitsmarktberichterstattung: Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, Nürnberg Oktober 2009.

Bundesministerium der Finanzen (BMF), 2009, Entlastungsbeispiele. http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Buergerinnen__und__Buerger/Gesellschaft__und__Zukunft/themenschwerpunkt__konjunkturpakete/074a__Entlastungsbeispiel,templated=raw,property=publicationFile.pdf [23.02.2010].

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), 2010, Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung: das erste Konjunkturpaket im Überblick. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpaket-1,did=287550.html> [23.02.2010].

Deutscher Bundestag, 2009: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Andreae, Alexander Bonde, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/13549, Drucksache 16/13776 16. Wahlperiode 09. 07. 2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/137/1613776.pdf> [15. 12.2009].

Die Bundesregierung, 2009, Kurzarbeit sichert Arbeitsplätze. http://www.bundesregierung.de/nn_65470/Content/DE/Artikel/2009/08/2009-08-06-kurzarbeit.html [02.02.2010].

Die Bundesregierung, 2010, Die Konjunkturpakete. Wir bauen Zukunft. <http://www.konjunkturpaket.de/Webs/KP/DE/Beschaefigung/beschaefigung.html> [02.02.2010].

Eicker-Wolf, Kai/Niechoj, Torsten/Truger, Achim, 2009: Vom unerwarteten Aufschwung in den Sog der Weltrezession. Zur makroökonomischen Politik unter der Großen Koalition. In: Eicker-Wolf, Kai/Körzell, Stefan, Niechoj, Torsten/Truger, Achim (Hg.): In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005-2009. Marburg, 19-73.

Gender-Datenreport, 2005: Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2. Fassung. München 2005.

International Monetary Fund (IMF), 2008, Fiscal Policy for the Crisis, IMF Staff Position Note, December, 29.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik. 54. Jg. H. 5, S. 36-40.

OECD-Wirtschaftsausblick, 2009: Zwischenausgabe, März.

Reiner, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. In: Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. WISO-Diskurs, Oktober, 5-14.

Schambach, Gabriele 2009: Die Chance der Krise. Überlegung zur Dynamisierung eines geschlechterpolitischen Wandels. TU-News, Wintersemester 2009/2010, 8-9.

Schambach, Gabriele, 2010: Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer (i. E.).

ver.di, 2009a, Bereich Wirtschaftspolitik, Solidarisch aus der Krise. Zwei Millionen Arbeitsplätze. Profiteure zur Kasse“, Mai 2009. www.wipo.verdi.de (15.01.2010).

ver.di, 2009b, Investitionen in die Zukunft statt Schuldenbremse, Dokumentation der Tagung vom 16. April 2009.

Global – national – lokal: Transmissionsmechanismen der Krise und ihre geschlechtsspezifische Dimension im globalen Süden

GÜLAY ÇAĞLAR

Die Subprime-Krise in den USA hat eine weltweite Welle von Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrisen ausgelöst. Im Zentrum der Auseinandersetzungen mit diesen Krisen stehen die Fragen, mit welchen ökonomischen Komplikationen noch zu rechnen ist, ob die gigantischen staatlichen Konjunkturprogramme jeweils die richtige Antwort auf die Wirtschaftskrise geben und wie die Kosten der Krise zu bewältigen sind. Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen richtet sich die Aufmerksamkeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in erster Linie auf die USA sowie Europa. Diese US- und eurozentrische Perspektive auf die Krise hat zur Folge, dass zwei wichtige Aspekte ausgeblendet werden: *Zum einen* wird dadurch der Blick für das globale Ausmaß der Krise verschlossen. Die Implikationen für arme Länder des Südens werden kaum thematisiert, was nicht zuletzt an der Annahme liegt, dass Entwicklungsländer (z.B. in Afrika südlich der Sahara) aufgrund ihrer geringen Finanzmarktaktivitäten nicht im gleichen Maße von der Krise betroffen sind wie Industrienationen (Wahl 2009). In diesem Zusammenhang wird jedoch die ökonomische Verflechtung der Volkswirtschaften im Zeitalter der Globalisierung verkannt – handelt es sich doch um offene Volkswirtschaften, die über Handels- und Investitionsbeziehungen in den Weltmarkt integriert sind. Daher besteht auch in diesen Ländern eine Anfälligkeit gegenüber Banken- und Finanzkrisen, die andernorts ausbrechen. Es sind die realwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krisen, also die massiven Konjunkturreinbrüche in den Industrieländern, die den globalen Süden ökonomisch in Mitleidenschaft ziehen. Die US- und eurozentrische Perspektive bringt *zum anderen* mit sich, dass die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Krise nicht adäquat beziehungsweise nur einseitig berücksichtigt werden: Da sowohl in den USA als auch in Europa insbesondere die männlich dominierten Export- sowie Bauindustrien von der Krise betroffen sind, entsteht der Eindruck, dass Frauen von der Krise weitgehend verschont bleiben.¹ Geschlechterforscherinnen weisen jedoch darauf hin, dass sich die Krise vor allem über die so genannten

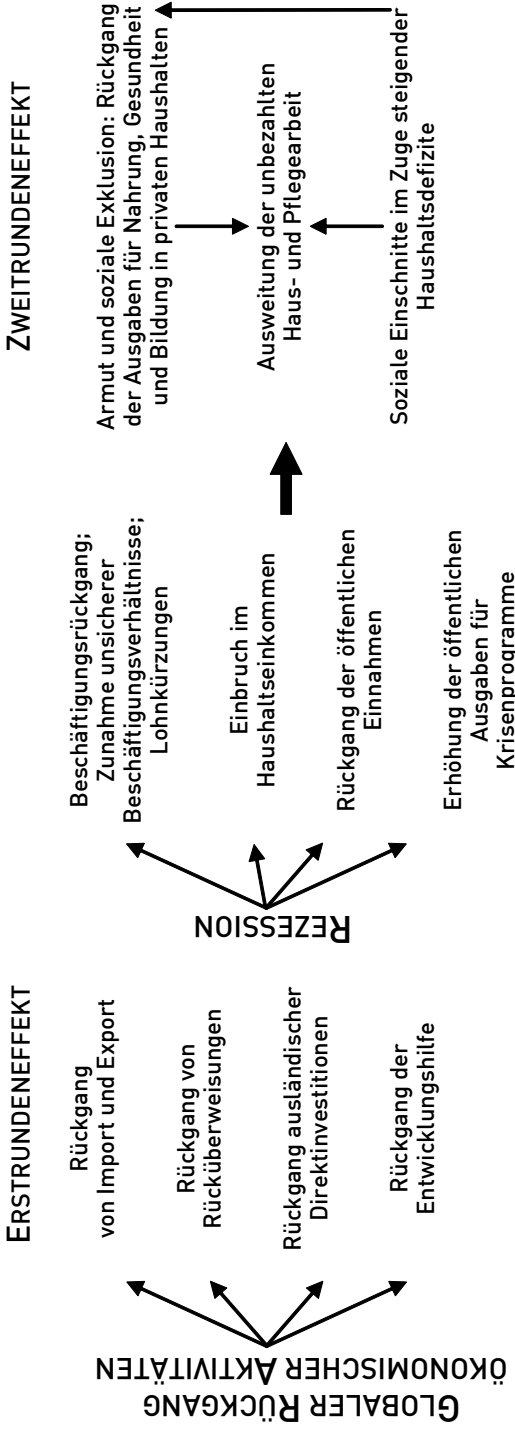
Zweitrundeneffekte negativ auf Frauen und ihre Arbeitsmarktsituation auswirken wird. Frauenarbeitsplätze werden einerseits aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Nachfragerückgangs (z.B. im Dienstleistungssektor) und andererseits infolge von Einsparungen im öffentlichen Haushalt (z.B. im Gesundheits- und Bildungswesen) zunehmend unter Druck geraten. Auch im Kontext einer Geschlechteranalyse ist es wichtig, eine globale Perspektive einzunehmen. Der analytische Mehrwert besteht darin, dass regionale Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsmarktstruktur sowie hinsichtlich der Geschlechternormen, die maßgeblich zur geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation beitragen, in den Blickpunkt rücken. Entsprechend vertrete ich die These, dass es für eine umfassende Analyse der Krise unumgänglich ist, bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt- und Machtasymmetrien im internationalen Vergleich näher in den Blick zu nehmen. Nur auf diese Weise können sowohl die strukturellen als auch die normativen Bedingungen für die geschlechtsspezifischen Folgen der Krise erfasst werden.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst stelle ich die Transmissionsmechanismen der Krise von der globalen zur nationalen und lokalen Ebene dar und skizziere dabei ihre geschlechtsspezifische Dimension. Dies soll verdeutlichen, in welcher Weise Länder des Südens von der in den Industrienationen ausgelöste Wirtschaftskrise betroffen sind. Anschließend gehe ich näher auf die Arbeitsmarktwirkungen der Krise aus einer Geschlechterperspektive ein. In diesem Zusammenhang greife ich vornehmlich auf die von der International Labour Organization (ILO) errechneten Arbeitsmarktprojektionen und Beschäftigungstrends für Frauen zurück (ILO 2009a).

Die realwirtschaftliche Verflechtung der Welt: geschlechtsspezifische Dimensionen

Die so genannte Kreditklemme, die viele US-amerikanische und europäische Unternehmen hart getroffen hat, wirkt sich nicht direkt auf die peripheren Volkswirtschaften aus, sondern indirekt über realwirtschaftliche Effekte. Die ökonomischen Aktivitäten und das Wirtschaftswachstum sind in den Industrienationen eingebrochen und haben sogar die Tendenz, rückläufig zu sein (UNCTAD 2009a, 2). So ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen den Jahren 2007 und 2008 in den USA von 2,1 auf 0,4%, in der Eurozone von 2,7 auf 0,7% und in Japan sogar von 2,3 auf -0,7% gesunken (IMF 2009, 69). Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds war das Wirtschaftswachstum im Jahre 2009 in den USA mit -2,7 %, in der Eurozone mit -4,2 und in Japan mit -5,4% sogar regressiv (ebd.). Dieses Konjunkturtief in den Industrienationen durchdringt die peripheren Volkswirtschaften über verschiedene Transmissionsmechanismen (siehe Abbildung 1). Die Wirkung ist in vielfältiger Weise geschlechtsspezifisch, denn nicht nur die Arbeitsmärkte geraten in den Strudel der Krise, sondern – wie im Folgenden deutlich wird – auch Haushalte (vgl. Young/Schuberth 2010; Antonopoulos 2009):

Abbildung 1: Transmissionsmechanismen von der globalen Krise zur Krise öffentlicher und privater Haushalte



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Corner 2009, 14.

1) Einer der wohl wichtigsten Übertragungsmechanismen der Krise ist der Nachfragerückgang in den Industrienationen, der sich unmittelbar auf die Exportwirtschaft im globalen Süden auswirkt. Das Wachstum des Importvolumens in den USA ist laut Welthandelsorganisation (WTO) von 1,0 % im Jahre 2007 auf -3,5 % in 2008 gesunken (WTO 2009, 7). Da das Gros der US-amerikanischen Importe aus Asien stammt, ist vor allem die asiatische Exportindustrie (insbesondere in Taiwan, Malaysia und auf den Philippinen) vom Nachfragerückgang in den USA besonders betroffen (ebd., 17). Doch auch der Warenhandel innerhalb der Region ist deutlich gesunken. Insgesamt hat sich das Wachstum des Exportvolumens in Asien von 11,5 % im Jahre 2007 auf 5,5 % in 2008 halbiert (ebd., 7). Dieser Rückgang wirkt sich unmittelbar auf Frauenarbeitsplätze in der zumeist arbeitsintensiven Exportindustrie aus. Bereits die Asienkrise 1997/98 hat gezeigt, dass der Stellenabbau vor allem bei weiblichen Arbeitskräften vorgenommen wird (z.B. in der Textil- oder Elektronikindustrie) (Elson 2002; vgl. Seguino 2009). Doch auch die so genannten Least Developed Countries (LDCs) werden von dem allgemeinen Nachfragerückgang in den Industrieländern erfasst, nämlich einerseits über geringere Rohstoffexporte² (IMF 2009b, 89) und andererseits über Rückgänge in der Tourismusbranche (WTO 2009, 5). Letzteres zieht unmittelbar negative Effekte für den Dienstleistungssektor und somit auch für die Beschäftigung von Frauen nach sich.

2) Neben dem Einbruch im Welthandel erfolgt die Übertragung der Krise über Einkommensrückgänge von ArbeitsmigrantInnen: Im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit und der sinkenden Reallöhne in den Industrieländern schrumpft das Volumen an so genannten Rücküberweisungen (*remittances*) von MigrantInnen in ihre Heimatländer (ECOSOC 2009, 3). Das Volumen an Rücküberweisungen ist immens: im Jahre 2008 wurden nach Indien 45 Mrd. Dollar, nach China 34,5 Mrd. Dollar und nach Mexiko 26 Mrd. Dollar zurück überwiesen (UNCTAD 2009a, 23). Gemessen am BIP³ wird zudem deutlich, dass die Finanztransfers vor allem in kleinen Volkswirtschaften, wie Tadschikistan (34,1 %), Lesotho (27,4 %) oder Moldawien (25,3 %) eine volkswirtschaftlich relevante Größe sind (ebd., 23). Das heißt, jenseits von einzelnen Familienhaushalten sind ganze Ökonomien vom Rückgang der Rücküberweisungen betroffen. Die Wachstumsrate der Rücküberweisungen fing weltweit bereits in 2008 an zu sinken. Im Jahre 2009 waren die Rücküberweisungen nach Berechnungen der UN-Unterorganisation UNCTAD um durchschnittlich 5% rückläufig (ebd., 22). Im Zuge der Krise ist der Rückgang vor allem in den Regionen Europa und Zentralasien (-10,1 %), Lateinamerika und Karibik sowie in Sub-Sahara Afrika (-4,4 %) besonders stark ausgeprägt. Rücküberweisungen spielen insofern eine wichtige Rolle, als sie für viele Haushalte in peripheren und semi-peripheren Ländern eine zentrale Einkommensquelle darstellen. Studien zeigen, dass die zusätzlichen Einnahmen durch Rücküberweisungen vorwiegend für die alltägliche Grundversorgung und die Verbesserung des Lebensstandards genutzt werden (z.B. Brown/Ahlburg 1999; vgl. OECD 2006). Einkommenseinbußen im Norden führen folglich unmittelbar zu Einkommenseinbußen im Süden und erschweren dort die

Bedingungen der Überlebenssicherung. Aufgrund des Einkommensrückgangs sind Frauen im globalen Süden zunehmend einer mehrfachen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Denn sie versuchen auf vielfältige Weise die Einkommenseinbußen zu kompensieren, wie etwa durch Subsistenzwirtschaft oder durch Tätigkeiten im informellen Sektor.

3) Darüber hinaus besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktsituation im globalen Süden und dem Ausmaß der ausländischen Direktinvestitionen. Diese sind im Zuge der Kreditklemme und der Finanzmarktkrise deutlich gesunken, nämlich bis zu 40 % zwischen dem 1. Quartal 2008 und dem 3. Quartal 2009 (World Bank 2010).⁴ Es bestehen allerdings erhebliche regionale Unterschiede darin, ob und inwiefern die Investitionstätigkeiten zurückgehen. Während beispielsweise im Jahre 2008 das Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen in Südostasien mit -14 % rückläufig war, konnte in Südasien weiterhin ein Wachstum, wenn auch im geringeren Maße als zuvor, verzeichnet werden (UNCTAD 2009b, 13).

Neben diesen Effekten der Krise sind 4) die öffentlichen Haushalte sowohl im globalen Norden als auch im Süden massiv unter Druck, so dass kaum sozialkompensatorische Maßnahmen zugunsten armer Bevölkerungsschichten zu erwarten sind. Zudem wird davon ausgegangen, dass Industrienationen angesichts ihrer schlechten Haushaltslage die Ausgaben für die Entwicklungshilfe verringern werden, weshalb eine Verschärfung der Armutslage vor allem in LDCs zu befürchten ist (World Bank 2010, 16).

Die Ausführungen verdeutlichen, dass das Konjunkturtief in den Industrienationen signifikante Auswirkungen auf periphere und semi-periphere Länder hat. Ein Blick auf die Wachstumsraten verdeutlicht das Ausmaß der Krise in verschiedenen Regionen der Welt: So sinkt das Wirtschaftswachstum zwischen den Jahren 2007 und 2009 nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds in der Region ASEAN-5⁵ von 6,3 % auf 0,7 %, in Lateinamerika von 5,7 auf -2,5 % und in Sub-Sahara Afrika von 7,0 auf 1,3 % (IMF 2009, 74-90). Diese Zahlen zeigen eindrücklich, dass es sich bei der Krise nicht nur um die Wirtschaftskrise des Nordens, sondern eben auch um die Wirtschaftskrise des Südens handelt.

Welche Auswirkungen daraus in den verschiedenen Regionen für die Beschäftigungslage von Frauen in der Tendenz folgen, wird im kommenden Abschnitt näher betrachtet.

Die geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktwirkungen der Krise: Tendenzen

Die Arbeitsmarktprojektionen der ILO für 2009 zeigen, dass sich die Arbeitmarktsituation für Frauen und Männer im Zuge der Krise verschlechtert. Nach Berechnungen der ILO liegt die Arbeitslosenquote weltweit zwischen 6,3 und 7,1%, wobei sich die Arbeitslosenquote für Frauen zwischen 6,5 und 7,4% bewegt wird und somit leicht höher ist als die der Männer (zwischen 6,1 und 7,0%) (ILO 2009a, 54ff.). Ein regionaler Vergleich zeigt, dass die Arbeitslosigkeit der Frauen meist stärker steigt als die der Männer (vor allem in Lateinamerika und in der Karibik). Anders sieht es

aus in Ostasien sowie den entwickelten Volkswirtschaften⁶ einschließlich der Europäischen Union, wo der Anstieg der Arbeitslosenquote für Männer höher ausfällt. Dies führt jedoch nicht – wie erwartet werden könnte – zu einer Verringerung der geschlechtsspezifischen Lücke in der Arbeitslosigkeit, da die Arbeitslosenquote von Frauen in diesen Regionen ebenfalls ansteigt, wenn auch in einem etwas geringeren Maße.

Neben der Arbeitslosenquote betrachtet die ILO zudem den Anteil der „unsicheren Beschäftigung“ (vulnerable employment) an der Gesamtbeschäftigung jeweils von Frauen und Männer. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Verfügbarkeit über einen Job allein keine Aussage über das Beschäftigungsverhältnis bzw. über den Grad der sozialen Absicherung zulässt. Als eine „unsichere Beschäftigung“ bezeichnet die ILO in erster Linie informelle Beschäftigungsformen entweder als Selbständige oder FamilienarbeiterInnen, die eine erhöhte Armutsgefährdung mit sich bringen (ILO 2009b).⁷ Nach Berechnungen der ILO bewegt sich im Jahre 2009 der Anteil der unsicheren Beschäftigung bei Frauen weltweit zwischen 50,5% und 54,7% und liegt damit höher als der Anteil der unsicheren Beschäftigung bei Männern (47,2% und 51,8%) (ILO 2009a, 60ff.). Südasien und Sub-Sahara Afrika – zwei Regionen, in denen über 60% der Frauen im Agrarsektor beschäftigt sind (ebd., 40) – weisen mit über 80% den höchsten Anteil an unsicheren Beschäftigungsverhältnissen für Frauen weltweit auf. Der höchste Gender Gap in der unsicheren Beschäftigung hat sich im Zuge der Krise hingegen vor allem in Nordafrika und im Mittleren Osten herausgebildet: Im Vergleich zu Männern sind dort über 20% mehr Frauen mit informellen Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert. Ein umgekehrtes Verhältnis herrscht dagegen u. a. in entwickelten Volkswirtschaften einschließlich der EU, in Zentralasien sowie in Lateinamerika vor. Dort sind mehr Männer als Frauen unsicher beschäftigt – eine Tendenz, die sich im Zusammenhang der Wirtschaftskrise eher verschärft hat (ebd., 12). Diese regionalen Unterschiede legen die Schlussfolgerung nahe, dass das Ausmaß der Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation von Frauen und Männern jeweils von den bestehenden Arbeitsmarktstrukturen und den darin existierenden Geschlechterasymmetrien abhängt. Allerdings fehlt es an international vergleichbaren Daten, um zu prüfen, in welchen Wirtschaftssektoren Frauen und Männer jeweils am stärksten mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert sind und wie sich diese Zahlen im Zuge der Krise verändert haben.

Ausblick

Um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Krise adäquat fassen zu können ist es zentral, eine international vergleichende Perspektive, die auch eine Südperspektive einschließt, einzunehmen. Die oben skizzierten Tendenzen zeigen, dass die geschlechtsspezifischen Effekte der Krise regional unterschiedlich ausfallen. Richard King und Caroline Sweetman von der Nichtregierungsorganisation Oxfam argumentieren in diesem Kontext, dass die Wirtschaftskrise auf bestehende

geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt- und Machtasymmetrien trifft und diese reproduziert, wenn nicht gar vertieft und unter Umständen modifiziert (King/Sweetman 2010, 4; vgl. Young/Schubert 2010, V).

Für eine differenzierte Geschlechteranalyse der Krise schlägt Diane Elson einen Analyserahmen vor, der meines Erachtens einen guten Ausgangspunkt für eine international vergleichende Untersuchung bietet (Elson 2009, zitiert nach King/Sweetman 2010, 5). Nach Elson gilt es, drei ökonomische Bereiche – nämlich den Bereich der Finanzwirtschaft, der Produktion sowie der Reproduktion – näher zu betrachten und in diesem Zusammenhang einerseits die jeweils in diesen Bereichen wirkenden Geschlechternormen – die normativen Vorstellungen über Geschlechterrollen und -verhältnisse – und andererseits die in den Bereichen bestehenden Geschlechterdifferenzen zu untersuchen. Elson lenkt folglich den Blick sowohl auf die strukturellen als auch auf die normativen *Bedingungen* der Auswirkungen. Auf diese Weise werden die geschlechtsspezifischen Folgen der Krise kontextualisiert und regionale Unterschiede sichtbar und erklärbar. Eine solche Analyse beugt der Gefahr vor, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu homogenisieren und die lokalen Gegebenheiten aus dem Blick zu verlieren, aus denen gezielte politische Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden können.

Anmerkungen

- 1 Von der Krise betroffen sind vor allem jene Sektoren, die durch Kredite finanziert werden und dies sind vornehmlich der Industrie- und Bausektor (UNCTAD 2009, 1).
- 2 Davon betroffen sind Öl-Exportländer, wie u. a. Angola und Equatorial Guinea (IMF 2000b, 89).
- 3 Anteil der Rücküberweisungen am BIP.
- 4 Die Berechnungen der Weltbank beziehen sich auf die folgende Gruppe von Ländern: Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Kroatien, Ägypten, Indien, Indonesien, Jordanien, Kasachstan, Malaysia, Mexiko, Pakistan, Philippinen, Polen, Rumänien, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei, Ukraine, Venezuela.
- 5 ASEAN-5 umfasst die folgenden Länder: Indonesien, Thailand, Philippinen, Malaysia und Vietnam (IMF 2009, 74).
- 6 Welche Länder die ILO unter der Rubrik „Developed Economies“ zusammenfasst kann in dem Bericht unter Annex 3 (S. 75) nachgeschlagen werden.
- 7 Die ILO hebt jedoch gleichzeitig hervor, dass auch eine formelle Erwerbstätigkeit von unsicherer Natur sein kann, wenn die Löhne beispielsweise zu gering sind (ILO 2009a, 11).

Literatur

Antonopoulos, Rania, 2009: The Current Economic and Financial Crisis: A Gender Perspective. Working Paper No. 562. The Levy Economics Institute of Bard College. http://www.levy.org/pubs/wp_562.pdf (11.01.2010).

Brown, Richard P. C./Ahlburg, Dennis A., 1999: „Remittances in the South Pacific“. International Journal of Social Economics. 26. Jg. H. 1-3, 325-340.

Corner, Lorraine, 2009: Gender Analysis of Fiscal Responses to the Economic Crisis in Asia. Paper presented at the UNRISD conference on the „Social and Political Dimensions of the Global Crisis: Implications for Developing Countries“, 12-13 November, 2009, Geneva. [http://www.unrisd.org/unrisd/website/events.nsf/\[httpAuxPages\]/16354A0A92B64FFDC12576A20055FEBB?OpenDocument&category=Papers](http://www.unrisd.org/unrisd/website/events.nsf/[httpAuxPages]/16354A0A92B64FFDC12576A20055FEBB?OpenDocument&category=Papers) (11.01.2010).

ECOSOC, Economic and Social Council, 2009: Responses to the economic crisis - women's economic security and rights. http://www.unescap.org/esid/GAD/Events/HLM-2009/download/BPA09_3E.pdf (11.01.2010).

Elson, Diane, 2002: „International Financial Architecture: A View from the Kitchen“. *Femina Politica*. 11. Jg. H. 1, 26-37.

ILO, International Labour Organization, 2009a: Global Employment Trends for Women. Geneva.

ILO, 2009b: Key Indicators of the Labour Market. 6th Edition. <http://www.ilo.org/public/english/employment/strat/kilm> (07.02.2010).

IMF, International Monetary Fund, 2009: World Economic Outlook. Washington D.C.

King, Richard/**Sweetman**, Caroline, 2010: Gender Perspectives on the Global Economic Crisis. Oxfam International Discussion Paper. http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/dp_gender_perspectives_gec_020210.pdf (07.02.2010).

OECD, Organisation for Economic Cooperation and Development, 2006: International Migration Outlook 2006. Paris.

Sequino, Stephanie, 2009: The Global Economic Crisis, its Gender Implications, and Policy Responses. Paper prepared for Gender Perspectives on the Financial Crisis Panel at the Fifty-Third Session of the Commission on the Status of Women, United Nations, March 5, 2009. http://www.uvm.edu/~ssequino/pdf/global_crisis.pdf (11.01.2010).

UNCTAD, United Nations Conference on Trade and Development, 2009a: Trade and Development Report 2009. Geneva.

UNCTAD, 2009b: World Investment Report. Transnational Corporations, Agricultural Production and Development. Part 1. New York, Geneva.

Wahl, Peter, 2009: „Schwellen- und Entwicklungsländer im Sog der Krise“. *Peripherie*. 29. Jg. H. 113, 102-108.

World Bank, 2010: Global Economic Prospects. Crisis, Finance, and Growth. Washington D.C.

WTO, World Trade Organization, 2009: International Trade Statistics 2009. Geneva.

Young, Brigitte/**Schuberth**, Helene, 2010: The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender. Garnet Policy Brief No. 10, January 2010. http://www.garnet-eu.org/fileadmin/documents/policy_briefs/Garnet_Policy_Brief_No_10.pdf (07.02.2010).

Krise und Kritik: Über-Arbeiten oder Über-Leben

GABRIELE MICHALITSCH

Schon der gemeinsame griechische Wortstamm *krinein* (scheiden, sondern, trennen) verweist auf die inhärente Verknüpfung von Krise und Kritik. Während das griechische *krisis* Entscheidung, Ausschlag, Trennung bedeutet und somit den Aspekt der Veränderung in sich trägt, bezeichnet *krites* den Richter und deutet auf Urteilsfähigkeit. Krise und Kritik stehen folglich in enger Beziehung zueinander: Jede Krise nährt Kritik und bedarf ihrer, um sie generierende Problematiken, Widersprüche, Konflikte ebenso wie Potenziale notwendigen Wandels aufzuzeigen.

Die Haltung der Kritik charakterisiert Foucault als „Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, 12). Was aber bedeutet es angesichts der Vielzahl zu konstatierender gesellschaftlicher Krisen, nicht dermaßen, nicht auf diese Weise regiert zu werden? Diese Frage, die nicht zuletzt die nach dem „guten Leben“ impliziert, bezieht der vorliegende Beitrag vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise und ihrer Folgen auf Erwerbsarbeit als zentralen, Lebensverhältnisse unmittelbar bestimmenden gesellschaftlichen Regulationsmodus. In Form einer von der Finanzkrise ausgehenden skizzenhaften „Genealogie der Krisen“ zeigt der Beitrag die Krise des gegenwärtigen, wesentlich auf Erwerbsarbeit beruhenden Systems von Regierung auf, vor deren Hintergrund „nicht dermaßen regiert zu werden“ schließlich zu einer Frage des Überlebens kristallisiert.

Ausgangspunkt bildet hierbei Foucaults Begriff der Regierung, der eine Form von Machtausübung bezeichnet, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit¹ anleitet, lenkt, führt und so zu Subjekten formt. Regierung umfasst Foucault folgend die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, durch welche Menschen gelenkt werden, sowie sämtliche Prozeduren, Techniken und Methoden, welche die Lenkung von Menschen untereinander gewährleisten (Foucault 1996, 119). Als „Führung der Führungen“ zielt sie auf das Verhalten der Menschen. Foucault unterscheidet hierbei unter anderen Herrschafts- von Selbsttechniken. Selbsttechniken ermöglichen es Individuen, mit eigenen Mitteln auf ihre Körper oder ihre Psyche einzuwirken. Sie sind nicht bloßer Ausdruck von Herrschaftstechniken, sie ergänzen oder verstärken sich nicht zwangsläufig, doch bedingen sie sich wechselseitig ebenso wie sie aufeinander einwirken. Mit Regierung verbindet sich folglich nicht bloße Unterwerfung oder Beherrschung von Subjekten, sondern vielmehr deren Hervorbringung. Diese Konzeption von Regierung ermöglicht nicht nur, das Zusammenwirken politischer und ökonomischer Regulation zu erfassen, sondern auch deren Zwangs- und Freiheitskomponenten, wie sie Erwerbsarbeit charakterisieren.

Ökonomische Krise

Neoliberale Politiken zunehmender Umverteilung von unten nach oben, Privatisierung sozialer Sicherung sowie Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte (Schulmeister 2009, Huffschnid 2009, Bischoff 2008) ermöglichten die langfristige Akkumulation privaten Finanzvermögens, das sich zwischen 1980 und 2007 von 12 Billionen US-Dollar auf 196 Billionen US-Dollar vervielfachte, während sich das weltweite Sozialprodukt gleichzeitig lediglich von 10 auf 55 Billionen US-Dollar erhöhte (Huffschnid 2009, 2).

Umverteilung von unten nach oben zeigt sich etwa an der Entwicklung der seit Mitte der 1970er Jahre in den meisten Industrieländern nahezu kontinuierlich sinkenden Lohnquote.² Deren Rückgang spiegelt vor allem die Zunahme von Arbeitslosigkeit und das starke Wachstum von Unternehmens- und Vermögenseinkommen wider, die zunehmend in die Finanzmärkte flossen. Darüber hinaus wurden im Zuge der zunächst in den USA, später auch in Europa vollzogenen Umstellung der Rentensysteme vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren und durch die Forcierung privater Altersvorsorge enorme Kapitalströme in die Finanzmärkte gelenkt. Schließlich führten die mit der Abkehr vom Bretton-Woods-System fester Wechselkurse 1971 einsetzende Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte zu erhöhten Kursinstabilitäten, die Spekulation, Bedarf an Kursabsicherung und damit einhergehend die Kreation neuer Finanzprodukte vor allem seit den 1980er Jahren gleichermaßen förderten. Gleichzeitig erhöhte sich die Geschwindigkeit von Finanztransaktionen bei minimalen Transaktionskosten vor allem im Zuge der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien und verstärkte ebenso wie vermehrt eingesetzte computergestützte Spekulationssysteme Kursschwankungen. Von wachsenden Renditenansprüchen im Zeichen des Shareholder Value getrieben, verlagerte der Bankensektor seine Aktivitäten vermehrt von Investitionsfinanzierung zu Asset Management, realwirtschaftliche Unternehmen ersetzen Investitionen in Produktionskapazitäten mehr und mehr durch profitablere Finanzanlagen. All diese Entwicklungen führten zur Aufblähung des globalen Finanzmarkts und schufen damit über Jahrzehnte jenes Krisenpotenzial, das sich mit der ab 2007 einsetzenden „Schubumkehr“ (Schulmeister 2009, 2) zu realisieren begann. Vor diesem Hintergrund markiert die Subprime-Krise letztlich lediglich den Auslöser, der die Finanzmärkte erlahmen ließ, sodass sie die ihnen zugeordnete Funktion der Koordination von Kapitalströmen nicht mehr erfüllten und in weiterer Folge die in eine Phase konjunkturellen Abschwungs übergehende globale Wirtschaft in eine tiefe Rezession stürzten.

Finanz- und Wirtschaftskrise resultierten folglich aus langjährigen auf Marktmechanismen und Profitrationalität fokussierten neoliberalen Politiken. Zwar verband sich mit der Erstarrung der Finanzmärkte zunächst eine deutliche Verschiebung des wirtschaftspolitischen Diskurses – staatliche Intervention in Märkte galt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde –, die europäischen Stabilisierungsprogramme deuten jedoch kaum auf einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Sie konzentrieren sich auf die

Stützung von Banken und realwirtschaftlichem Unternehmenssektor, dem auch die umfangreichen Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand vorrangig zugute kommen. Die dem Bedarf etwa im Betreuungs- und Pflegebereich entsprechende Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, Arbeitszeitverkürzung ebenso wie Umverteilung zugunsten des unteren Einkommensdrittels fehlen im Rahmen der Konjunkturmaßnahmen. Darüber hinaus zielen sie vorrangig darauf, Männerarbeitsplätze – besonders in Industrie und Bauwesen – zu sichern, während steigende Erwerbslosigkeit von Frauen und verstärkte Prekarisierung weiblicher Beschäftigung sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärken (Michalitsch 2009). Doch scheint mit der Stabilisierung ökonomischer „Systemgrundlagen“ auch diejenige kurzfristig ins Wanken geratener Machtverhältnisse – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – vorerst gelungen.

Soziale Krise

Angesichts der Ausrichtung der Krisenpolitik und hieraus folgender auf den Sozialbereich fokussierter Spardebatten – neben den Stabilisierungskosten dient die Belastung öffentlicher Haushalte durch Arbeitslosigkeit als Grundlage für die erneute Infragestellung verbliebener sozialstaatlicher Leistungen – zeichnet sich eine Fortführung neoliberaler Politiken ab. Im Hinblick auf Arbeitsmarkt und Sozialsystem waren diese in den letzten beiden Dekaden europaweit durch Workfare-Strategien von Arbeitsmarktderegulierung, Arbeitskostensenkung, Sozialabbau und Aktivierung charakterisiert, die durch Förderung von Beschäftigungsfähigkeit, Verweigerung eines stabilen Status außerhalb des Arbeitsmarktes und Absenkung des Lohnersatzes bei Erwerbslosigkeit möglichst alle Erwerbsfähigen in Erwerbsarbeit integrieren und Arbeitslose zu aktiver Arbeitssuche anhalten sollten, um ein entsprechendes Arbeitsangebot im sich ausweitenden Niedriglohnsektor zu sichern. Die solcherart vorangetriebene Differenzierung von Arbeitsverhältnissen und Einkommen – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – bei anhaltend hoher Erwerbslosigkeit führte zu erheblicher sozialer Polarisierung, die sich im Gefolge der Wirtschaftskrise verstärkt und zu einer tiefen sozialen Krise verfestigt.

Da steigende Arbeitslosigkeit als beständige Bedrohung fungiert, die nicht nur die Unsicherheit der Beschäftigten fördert, sondern auch die Position der Gewerkschaften weiter schwächt und so die Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital verschärft, zeichnen sich weitere Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Reallohnsenkungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Erhöhung von Leistungs- wie Flexibilitätsanforderungen und zunehmende Externalisierung unternehmerischen Risikos an die Arbeitskräfte etwa durch auslastungsbezogene Entgeltssysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige ab. Sie treffen, wie die Entwicklung der letzten Dekaden ebenso wie der bisherige Krisenverlauf zeigen, Frauen überproportional. Dabei droht im Zuge verschärfter Arbeitsplatzkonkurrenz auch die Re-traditionalisierung von Geschlechterentwürfen, zumal Einkommensrückgänge in-

folge von Erwerbslosigkeit oder Prekarisierung – ebenso wie absehbare Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich – den Druck auf die private, nach wie vor primär Frauen zugewiesene Versorgungsökonomie erhöhen, diese durch mehr Eigenleistungen auszugleichen. Vermehrte Reproduktionsarbeit aber wirkt in weiterer Folge auf Ausmaß und Kontinuität vorrangig weiblicher Arbeitsmarktpartizipation und verstärkt Machtasymmetrien zwischen den Geschlechtern.

Mit wachsender (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Prekarisierung weiten sich schließlich sozioökonomische Ungleichheiten, Armut und Armutsgefährdung aus, soziale Hierarchisierung, Marginalisierung und Exklusion, wie sie gesellschaftliche Desintegrationsprozesse charakterisieren, nehmen zu. Über Erwerbsarbeit, Kern kapitalistischer Produktionsweise, diffundiert die Wirtschaftskrise in die Gesellschaft. Die ökonomische Krise verleiht hierbei den infolge neoliberaler Deregulierungs- und Privatisierungspolitiken von Arbeit und sozialer Sicherung aufbrechenden sozialen Konfliktlinien und Spaltungen zusätzliche Dynamik, die immer größere Bevölkerungsgruppen von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt,³ und kulminiert in einer sozialen Krise, deren Potenzial – ebenso wie das der Finanzkrise – während der letzten beiden Dekaden aufgebaut wurde.

Dabei gelingt es immer weniger, gesellschaftliche Integration durch Erwerbsarbeit zu sichern. Die zentrale der sozialen Krise zugrunde liegende Problematik liegt folglich weniger in Erwerbslosigkeit, die sich als „Lockerung kapitalistischer Kontrolle“ (Holloway 2005, 126) verstehen lässt, als vielmehr in Erwerbsarbeit als Modus gesellschaftlicher Regulation. Im Zuge der sozialen Krise wird folglich Regierung durch Erwerbsarbeit fragwürdig.

Krise der Arbeit

Unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen stellt Erwerbsarbeit für die überwiegende Mehrheit der Menschen – mangels ausreichenden ererbten Vermögens – letztlich die einzige Option zur eigenständigen Sicherung materieller Existenzgrundlagen dar.⁴ Auf diesem Zwang beruht der zentrale Stellenwert von Erwerbsarbeit als herrschende Form individueller Eingliederung in gesellschaftliche Zusammenhänge. An Erwerbsarbeit kristallisieren kapitalistisch-patriarchale Machtverhältnisse zu konkreten Lebensverhältnissen. So bestimmt Erwerbsarbeit den individuellen Zugang zu Ressourcen, Lebenschancen und Handlungsoptionen, aber auch – als zentrales Zurechnungskriterium von Anerkennung und sozialem Status – Identitäten, Selbstdefinitionen und Fremdbilder wesentlich.

Erwerbsarbeit strukturiert und reguliert das Soziale: Individuen werden über Erwerbsarbeit gleichermaßen in Beziehung zueinander gesetzt wie hierarchisiert und getrennt. Stets konkretisieren sich in Erwerbsarbeit kapitalistische ebenso wie patriarchale Herrschaftsverhältnisse, auch wenn sich deren Ausformungen in den letzten Jahrzehnten mit dem Übergang vom Fordismus zum Post-Fordismus verschoben haben.

Im Fordismus bleiben diese Herrschaftsverhältnisse nach außen deutlich: Die Organisation von Erwerbsarbeit wird vom Modell der Fabrik bestimmt: Die (männlichen)

Arbeitskräfte sind dauerhaft in bürokratisch verfasste (Industrie-)Betriebe mit nur wenigen in direkten Marktbeziehungen stehenden Abteilungen – wie Ein- und Verkauf –, mit klaren Hierarchien sowie auf strikter Zeitordnung und vorgegebenen Bewegungsabläufen beruhendem tayloristischem Disziplinarsystem eingebunden. Geschlechterverhältnisse werden nach dem Modell des Familienpatriarchats reguliert. Vollzeit erwerbstätige (Ehe-)Männer fungieren als Ernährer ihrer im Regelfall auf Reproduktionsarbeit beschränkten (Ehe-)Frauen. Der Zugang zu Erwerbsarbeit dient als Modus von Vergeschlechtlichung und geschlechtlicher Hierarchisierung. Im Post-Fordismus verlagern sich diese Herrschaftsverhältnisse verstärkt nach innen, in das Subjekt selbst. Der durch gesteigerte Selbstkontrolle, Selbstökonomisierung und Selbstrationalisierung charakterisierte „Arbeitskraftunternehmer“ (Pongratz/Voß 2003) avanciert zu dessen Modell. An die Stelle betrieblich vorgegebener Abläufe treten ergebnisorientierte, als Autonomie gedeutete Selbstorganisation und Selbststeuerung. Oftmals nur mehr über einzelne Aufträge an den Betrieb gebunden, sind die Arbeitskräfte zu kontinuierlicher Selbstvermarktung angehalten. Mit dem Versprechen ökonomischen Erfolgs geht hierbei die Forderung einher, „in das Management, die Präsentation, die Weiterentwicklung und Stärkung des eigenen ökonomischen Kapitals im Sinne eines persönlichen Vermögens und lebenslangen Projekts“ (Rose 2000, 93) zu investieren. Erwerbsarbeit wird so mit der Entfaltung von Kreativität und individuellen Fähigkeiten, persönlichen Neigungen und Potenzialen verbunden, die in Verknüpfung mit dem Leistungsprinzip zugleich soziale Differenzierung ermöglicht. Diese Ausrichtung am Verhaltensmodell der Entrepreneurship bringt das „unternehmerische Selbst“ (Bröckling 2007, 47) hervor und „kolonialisiert“ solcherart die gesamte Existenz: Die Trennung von Erwerbstätigkeit und Privatleben löst sich auf, Lebensführung wird Gegenstand ökonomischer Verwertbarkeit, Erwerbsarbeit zur bestimmenden Form des Seins, Erwerbslosigkeit zum Ausdruck persönlichen Ungnügens.⁵

Zugang zu Erwerbsarbeit folgt dem Adult-Worker-Modell, Geschlechterverhältnisse werden dabei über die nach wie vor intakte Zuweisung von Reproduktionsarbeit an Frauen und Vergeschlechtlichung von Erwerbsarbeit reguliert. Letztere zeigt sich an einem weitgehend geschlechtlich gespaltenen Arbeitsmarkt, der zunehmend in einen männlich dominierten Kernarbeitsmarkt und einen weiblichen marginalisierten Arbeitsmarkt zerfällt, in dem atypische, überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen, die mit vergleichsweise hoher Arbeitsplatzunsicherheit, niedrigen Löhnen, fehlenden Aufstiegschancen, schlechten Arbeitsbedingungen sowie mangelnder sozialer Sicherheit einhergehen und vielfach keine unabhängige Existenzsicherung ermöglichen. Sie bestimmen nicht zuletzt Machtverhältnisse im „Privaten“ und stützen die Zuweisung von Reproduktionsarbeit an Frauen, denn vor allem im Hinblick auf die Höhe des Haushaltseinkommens scheint die Einschränkung oder Unterbrechung weiblicher Erwerbstätigkeit etwa zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen auch ökonomisch folgerichtig. Vergeschlechtlichung manifestiert sich aber auch an der Feminisierung von Berufs-

feldern in Abhängigkeit von inhaltlicher Nähe zu Reproduktionsarbeit bis hin zur Nutzbarmachung des weiblichen Körpers für Verwertungszwecke.

Mit dem Modell des unternehmerischen Selbst und dessen Negation von Reproduktionsarbeit charakterisiert das Verhältnis von Erwerbs- und Versorgungsarbeit ein grundlegender Widerspruch, der als persönliche Freiheit der Wahl politisch formuliert und – nicht zuletzt über mangelnde öffentliche Betreuungs- und Pflegeangebote – individualisiert wird, um schließlich in marginalisierte weibliche Arbeitsmarktpartizipation einerseits und verstärkte Auslagerung von Reproduktionstätigkeiten der Ober- und Mittelschicht vorrangig an Migrantinnen im informellen Sektor andererseits zu münden. Einer neuen Unterklasse sozial völlig ungesicherter Dienstbotinnen stehen damit vorrangig auf Erwerbsarbeit fokussierte neue Herrinnen gegenüber, die die Pole verstärkter klassenspezifischer, zunehmend ethnisierter Spaltungen zwischen Frauen markieren.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im „Privaten“ bleibt davon unberührt, der grundsätzliche Widerspruch zwischen Reproduktions- und „selbst-unternehmerischer“ Erwerbsarbeit ungelöst. Er artikuliert sich folglich in einer durch Individualisierung und öffentliche De-Thematisierung gesellschaftlich weitgehend unsichtbar gehaltenen Krise der Versorgungsökonomie. Schließlich erweist sich Reproduktionsarbeit, die in hohem Maße Beziehungsarbeit und folglich Emotionalität einschließt, als nur begrenzt professionalisierbar und delegierbar. An diesem Punkt stößt auch das unternehmerische Selbst an seine Grenze: Die Notwendigkeit der eigenen Reproduktion fordert Zeit für Beziehungen und Freiräume für Emotionen jenseits ökonomischer Verwertbarkeit.

Dennoch wird Erwerbsarbeit entgrenzt und als zentraler Referenzpunkt – vorrangig männlicher – Selbstdefinition und Sinnkonstruktion installiert, während der Konflikt von Produktion und Reproduktion vergeschlechtlicht und als Frage freier Wahl und privaten Arrangements interpretiert wird. In beiden Fällen tritt ihr Zwangscharakter hinter einen im neoliberalen Kontext auf Markt und Konsum fokussierten, von gesellschaftlichen Bedingungen abstrahierenden Begriff von Freiheit zurück. Erwerbsarbeit lässt sich folglich nicht auf ein bloßes Herrschaftsverhältnis reduzieren, sondern erschließt die Freiheit des Subjekts politökonomischen Verwertungszwecken. In der Verknüpfung von Herrschafts- und Selbsttechniken entspricht sie folglich einem Modus von Regierung, in dem Subjektivierungsprozesse zunehmend Bedeutung erlangen. Damit erweist sich letztlich die Frage nach den Konstitutionsbedingungen von Subjekten im Hinblick auf Regierung und ein „gutes Leben“ als wesentlich.

„Nicht dermaßen regiert werden“

Der inhärente Zusammenhang der Krisen von Ökonomie, Sozialem, Erwerbs- und Versorgungsarbeit macht die umfassende Krise neoliberaler Regierung deutlich, die bis in die Reproduktion des Lebens hineinreicht und die Frage nach dem „guten Leben“ – jenseits der ökologischen Krise – in eine nach dem Überleben transformiert. Mögliche Antworten darauf bieten die im Kontext der „Krise der Arbeit“ identi-

fizierten Problematiken: Entökonomisierung des Selbst, Lösung des Widerspruchs zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie ihre Entgeschlechtlichung. Eine allen drei gemeinsame Voraussetzung besteht in genereller, radikaler Erwerbsarbeitszeitverkürzung, die sich mit breiter öffentlicher Diskussion destruktiver Aspekte von profitorientierter Erwerbsarbeit ebenso wie von gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten verbinden muss. Dabei sind auch Fragen nach dem, was als Wohlstand gilt, neu zu stellen und mit der Entwicklung entsprechender Muster gesellschaftlicher Anerkennung zu verbinden, die nicht zuletzt im Hinblick auf eine Entökonomisierung des Selbst von zentraler Bedeutung scheinen. Entgeschlechtlichung impliziert neben der Gleichverteilung von Erwerbs- sowie Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern völlige Gleichstellung im Bereich von Erwerbsarbeit, Orientierung an Geschlechterparität in der Besetzung aller Berufsfelder und eine grundlegende Revision der Lohnstrukturen durch Neubewertung von Arbeit auf Basis ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit mit Festlegung von Maximal- und Minimaleinkommen. Eine wesentliche Grundlage all dessen besteht in der Neubesetzung des Freiheitsbegriffs, die, von Markt und Konsum gelöst, grundsätzliche Notwendigkeiten des Lebens sowie die Freiheit der anderen betont und sich dabei an der Vielfalt von Lebensmöglichkeiten, Erfahrungshorizonten und Wissensformen orientiert. Ein solcher Freiheitsbegriff hätte sich auch in der Ausrichtung von Wissensproduktion und Wissensvermittlung zu spiegeln: Um Möglichkeiten gesellschaftlichen Lebens jenseits bestehender Modelle – im Hinblick darauf „nicht dermaßen regiert zu werden“ – aufzuzeigen, müssen sich Denkräume für Kritik öffnen. Denn Gesellschaft braucht Kritik – nicht erst in der Krise.

Anmerkungen

- 1 In westlichen Gesellschaften ist Wahrheit um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universität, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert.
- 2 Die Lohnquote gibt den Anteil der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen an, sie sank – unbereinigt um Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – zwischen 1975 und 2007 in Deutschland von 74 auf 62 %, in Österreich von 79 auf 66 %.
- 3 Damit werden nicht zuletzt demokratische Grundlagen ausgehöhlt und postdemokratische Entwicklungen vorangetrieben, an denen sich Symptome einer politischen Krise ablesen lassen.
- 4 Auch sozialstaatliche Sicherung ist überwiegend an Erwerbstätigkeit gebunden.
- 5 In der Praxis finden vor allem abhängig von der beruflichen Hierarchiestufe nach wie vor beide Modelle bzw. Mischformen Anwendung.

Literatur

Bischoff, Joachim, 2008: Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung“ des Kapitals. Hamburg.

Bröckling, Ulrich, 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/M.

Foucault, Michel, 1992: Was ist Kritik? Berlin.

Foucault, Michel, 1996: Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori. Frankfurt/M.

Holloway, John, 2005: Zwei Risse. In: Exner, Andreas u.a. (Hg.): Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Münster, 123-131.

Huffschmid, Jörg, 2009: Finanzmarktkapitalismus – eine stabile Formation? Manuskript für die Konferenz „Kapitalismustheorien“, 24.-25.4.2009, Wien, http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3_huffschmid.pdf (2.12.2009).

Michalitsch, Gabriele, 2009: Konjunkturpolitik: Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit. Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. 15. Jg. H 2, 91-96.

Pongratz, Hans J./**Voß**, G. Günter, 2003: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin.

Rose, Nikolas, 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M., 72-109.

Schulmeister, Stephan, 2009: Wessen Hand war das? Die Presse, 7.2.2009, I-II.

Ich möchte Teil einer feministischen Bildungsbewegung sein! Bemerkungen zum Sexismus in den Studierendenprotesten in Österreich

ROSA COSTA. IRIS MENDEL

Seit Oktober 2009 bewegt sich Bildung in Österreich wieder: Ausgehend von der Akademie der Bildenden Künste besetzten Studierende Hörsäle verschiedener Universitäten, darunter auch das Audimax, den größten Hörsaal der Universität Wien. Sie/Wir kämpfen, mittlerweile gemeinsam mit einigen Lehrenden und Forschenden, u.a. für freien Zugang zu Bildung, die Demokratisierung der Universitäten und anti-diskriminatorische Maßnahmen sowie gegen die zunehmende Ökonomisierung von Bildung. Der Einsatz und die Organisation der Studierenden sind beeindruckend: In kurzer Zeit bildeten sich über 100 Arbeitsgruppen, wurden Forderungskataloge verfasst, Kommunikationsstrukturen geschaffen und eine breite Bildungsbewegung ist entstanden. Diese fand ihren numerischen Höhepunkt bei einer Demonstration in Wien am 29. Oktober 2009 mit ca. 40000 Protestierenden. Die Bewegung schlug auch international Wellen – bisweilen waren über 80 Universitäten in Europa, auch in Deutschland und der Schweiz, besetzt. Eine gesellschaftspolitische Debatte über Bildung ist losgetreten, Solidaritätserklärungen kamen von allen Seiten und trotz Räumungen und Rückzügen bleiben einige Universitäten in Europa besetzt – die Bildungsproteste gehen weiter.

All equal? Herrschaftsverhältnisse in der Basisdemokratie

Diese Bewegung in ihrer Heterogenität und Dynamik zu erfassen, ist eine Herausforderung, an der mensch scheitern muss, auch weil sie sich erfolgreich personifizierter Repräsentation verweigert und mit ihrem basisdemokratischen Anspruch sowohl bei den Medien als auch auf Seiten der Universitätsleitung und der Bildungspolitik für Verwirrung sorgt. Dieser anti-repräsentationslogische, heterogene und netzwerkartige Charakter sowie die Nutzbarmachung neuester Kommunikationstechnologien sind Züge neuer politischer Organisationsformen, die emanzipatives Potential in sich tragen können. Was lässt sich feministisch über diese „neue“ politische Form sagen? In welcher Form nimmt sich Sexismus auch hier Raum und wie steht es um antisexistische Kämpfe?

Nehmen wir die Proteste als „Labor“ basisdemokratischer Selbstorganisation aus geschlechterpolitischer Perspektive in den Blick, zeigen sich Basisdemokratie und Repräsentationsverweigerung auch als Losungsworte und Legitimationsstrategie einer Bewegung, die noch kein gemeinsames politisch-emanzipatorisches Selbstverständnis teilt. Wie steht es aber mit der Basisdemokratie, wenn sich Teile der Bewegung als „ideologiefrei“ verstehen, hauptsächlich für Seminarplätze kämpfen, gesellschaftspolitische Argumentationen als „politische Vereinnahmung“ ablehnen und sich medientauglich, also nicht zu radikal, präsentieren wollen?

Eine in den Protesten aktive Studierende räumt ein, dass Basisdemokratie oft „als Selbstzweck bzw. selbst-referentiell diskutiert wird“ (Grundrisse 2009, 17), ohne dass sich die Bewegung ausreichend über den Zweck und die gesellschaftspolitische Implikationen von Basisdemokratie verständigt. Als formales Prinzip ist Basisdemokratie nicht per se emanzipatorisch. Die formale Gleichbehandlung von sozial Ungleichen fordert gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse nicht unmittelbar heraus, sondern macht diese unter Umständen unsichtbar und zementiert sie. So machten sich einige AktivistInnen unter dem Banner der Basisdemokratie gegen Quotenregelungen und den vermeintlichen Ausschluss von Männern stark. Dass sie sich gleichzeitig rhetorisch zu Feminismus und Anti-Sexismus bekennen, damit aber höchstens formale Gleichstellung meinen, verdeutlicht, dass eine entpolitisierte Gleichstellungsrhetorik im Mainstream angekommen ist. Genau dieses Bekenntnis zu Gleichstellung stößt schnell an seine Grenzen, sobald es um Machtfragen geht, z.B. um Universitätsstellen, bei denen eine 50-Prozent-Frauenquote dann doch unrealistisch und diskriminierend erscheint. Es gilt offensichtlich auch bei den Bildungsprotesten die Losung: „Frauen wollten die Hälfte des Himmels, das sei ihnen zugestanden, nicht aber auf Erden, nicht in ‚meinem Bereich‘“ (Haug 2008).

Auch in basisdemokratischen Szenarien wie jenem im Wiener Audimax setzen sich also gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse fort und durch; die gesellschaftlichen Widersprüche machen vor den Bildungsprotesten nicht halt. Der Rekurs auf Basisdemokratie kann dabei schnell zu einer allseitigen Legitimations- und Immunisierungsstrategie werden, weil grundsätzlich alles beschlossen werden kann, jede/r Platz hat, alle und damit auch schnell niemand verantwortlich sein will. Gerade hier müssen feministische, antikapitalistische und antirassistische Kräfte ansetzen, heißt es von Seiten linker AktivistInnen, und „als Teil dieser Bewegung Kritik üben und sich auch mühsamen [!] Diskussionen stellen“ (Perspektiven 2009). Es lohne sich doch zu kämpfen. Denn wer nicht mitmache, könne nicht mitgestalten, und schließlich sei es in unser aller Verantwortung, wie emanzipatorisch und anti-sexistisch die Bewegung ist! Wem aber wird in solchen Argumentationen die Verantwortung für Antisexismusarbeit¹ übertragen und wie groß sind die *Mühen*, die wir im schmutzigen Geschäft mit Sexismus auf uns nehmen können und wollen? Denn schmutzig war es in der Tat.

Da Sexismus stets angezweifelt, verharmlost, als Ausnahme gesehen und nach außen projiziert wird, möchten wir einen Einblick in Geschehnisse im Wiener Audimax ge-

ben. Wir verfassen folgenden Abschnitt als Erfahrungsbericht, um die – durch wissenschaftliche Sprache schwer vermittelbare – erlebte Gewalt deutlich zu machen.

Der Kampf um Antisexismus: Botschaften aus dem Wiener Audimax

Der Sexismus erreichte im Audimax unerträgliche Ausmaße, sodass der Kampf um Antisexismus für manche zur mühsamen Pflicht wurde. In den ersten Tagen fiel das, auf StudentInnenfesten leider „normale“, heterosexistische Partyverhalten auf – Anmachen, Grapschereien und nackte Männerkörper. Der Tiefpunkt war erreicht, als eine Frau im offiziellen Schlafsaal sexualisierter Gewalt ausgesetzt war. Den Auslöser für eine größer angelegte feministische Intervention lieferte die Erklärung eines Liedermachers auf der Audimax-Bühne, er kenne sexuelle Gewalt, da sein Hund ihn geleckert habe. Als Frauen ihm daraufhin das Mikrofon entziehen wollten, mussten wir uns von einem Mitglied der AG Abendgestaltung anhören, wir wären „eh zu schiach (hässlich) um missbraucht zu werden“. Währenddessen kamen vom Publikum „Ausziehen“-Rufe.

Als klar wurde, dass Solidarität mit Betroffenen von sexistischen Übergriffen und mit Opfern von sexualisierter Gewalt an diesem Ort nicht zu erwarten war, schlossen sich einige Frauen und Transgender zur Frauen*AG² zusammen und gingen in die Offensive. Das Audimax wurde mit verschiedensten antisexistischen Plakaten und Transparenten zuglekleistert, eine Stellungnahme verfasst (<http://wirsindlaut.wordpress.com/page/2/>) und im Plenum verlesen. Die Reaktionen waren gespalten – einige unterstützten unseren Auftritt, doch von vielen waren ablehnende, sexistische Rufe zu vernehmen. Anschließend konnten die Frauen, die sich als Feministinnen exponiert hatten, nicht mehr durch das Audimax gehen, ohne von mehreren Leuten ob ihres „aggressiven und spalterischen Verhaltens“ konfrontiert zu werden. Dies löste bei manchen Frauen den Wunsch nach einem Raum aus, in dem Frauen* nicht mit sexistischer Gewalt konfrontiert werden. Tags darauf wurde der FrauenLesben-InterTransRaum (F_L_I_T) von ca. 30 Personen besetzt. Diese feministische Aktion war zunächst sehr schön und wohltuend.

Der F_L_I_T-Raum blieb bis zur Räumung des Audimax und aller weiteren Räumlichkeiten im Hauptgebäude der Universität Wien am 21. Dezember bestehen und war ein Schutz- und Ruheraum, sowie wichtiger Ausgangspunkt für feministische Interventionen im Audimax. Es wurden einige antisexistische Veranstaltungen in besetzten Hörsälen veranstaltet sowie ein FrauenLesbenTransBlock auf der Bildungsdemo am 28. Oktober organisiert. Unterstützend wirkten manche solidarischen AGs sowie zahlreiche Solidaritätsbekundungen von außen, u.a. verfassten die Lehrenden eine antisexistische Stellungnahme. Einige antisexistischen Forderungen konnten im Audimaxplenum beschlossen werden. Die grundlegende Forderung nach Anerkennung der Definitionsmacht über sexualisierte Gewalt durch die Betroffenen war allerdings nicht mehrheitsfähig. Angesichts des Täterschutzes, der durch diese unklare Haltung entsteht, wird die Akzeptanz und Umsetzung von geschlechtersensibler Sprache bei Aussendungen des Plenums beinahe zu Hohn. Zwei weitere sexuali-

sierte Angriffe auf Frauen wurden bekannt und ein Nottelefon eingerichtet. Doch die gebotene Unterstützung des F_L_I_T-Raumes konnte oftmals nicht angenommen werden, da einerseits die Plakate mit der Telefonnummer abgenommen wurden und andererseits der F_L_I_T-Raum aus Angst vor Übergriffen nicht ausgeschildert war. Burschenschafter hatten sich in der ersten Nacht am Infopoint nach dem Raum erkundigt und im Internet wurde von „Puff“ und „Gangbang“ gesprochen.

Sexismus 2.0

Facebook, Twitter und Wiki haben die Kommunikationsstrukturen der Protestbewegung entscheidend geprägt. Das Web 2.0 wird insbesondere aufgrund seiner Interaktivität oftmals als ein Medium mit großem demokratischem Potential gerühmt. Gleichzeitig ermöglichte es aber SexistInnen, ihre untergriffigen Kommentare ohne Konsequenzen anzubringen, wodurch eine antifeministische Haltung in den Protesten salonfähig wurde.

Die Ausmaße von Sexismus und Antifeminismus der Audimax-Bewegung zeigen sich auf der Diskussionsseite des Wiki der Frauen*AG, das im Zuge von Web-Vandalismus mehrmals gelöscht wurde (http://unsereuni.at/wiki/index.php/Frauen_AG). Dort ist u.a. die Rede von „FrauenNazis“ und „frustrierten Emanzen“. Die antifeministischen Tendenzen im Netz verdeutlicht auch der offene Brief an die Frauen*AG von Lou Hefner, der sich gegen die „frauenbündlerische“ Vereinhaltung der Bildungsbewegung verwehren will und unzählige unterstützende Kommentare erhielt. Und gerade auch für das Web 2.0 gilt: Alle sind dabei und alles darf gesagt werden. Die Metapher des Netzwerks suggeriert dabei Gleichheit und ebnet hierarchische Machtverhältnisse rhetorisch ein. Selbstinszenierung und Scheindemokratisierung gehören zu den „dunklen Seiten“ des Web 2.0, über dessen politischen Gehalt eine rege Debatte in Gang ist (Autengruber 2009). Als Technologie ist das Web 2.0. weder per se demokratisch noch reaktionär, es zeigt sich vielmehr in der konkreten Praxis, ob sich das Medium emanzipatorisch auf Proteste auswirkt. Dafür ist es unabdingbar, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die sich auch im Internet fortsetzen, zu reflektieren und gezielte Gegenstrategien zu entwickeln.

Spalterische FeministInnen oder der kleine Unterschied

In der aktuellen Bildungsbewegung mit ihren neuen Organisationsformen, wie dem Web 2.0, „Basisdemokratie“ und Repräsentationsverweigerung, finden sich also einige sexistische Klassiker. Auch wenn im Zuge der Studierendenproteste viele erfolgreiche feministische Aktionen stattgefunden haben, muss festgehalten werden, dass viele FeministInnen und Frauen* durch den herrschenden Sexismus aus der Bewegung ausgeschlossen wurden. Doch das war manchen BesetzerInnen weniger ein Dorn im Auge als das angeblich „spalterische Vorgehen“ der Frauen*AG. Das Thematisieren realer Differenzen und gesellschaftlicher Widersprüche wurde dabei als Bedrohung der Solidarität mit der Bewegung verunglimpft. Dieser Spaltungsvor-

wurf drängt FeministInnen in eine verteidigende Position: Plötzlich sind sie/wir es, die zum Problem dieser Bewegung werden, und nicht jene, die Sexismus ausüben. Diese Problemzuschreibung ist eine paradoxe: Einerseits wird die Thematisierung von Sexismus als Problem verstanden, weil damit die Bewegung „diffamiert“ würde (z.B. Perspektiven 2009). Andererseits gilt der Vorwurf auch, wenn sich FeministInnen zurückziehen und Sexismus nicht mehr thematisieren und damit die Bewegung nicht als emanzipatorische mitgestalten. Die Verantwortung für Anti-/Sexismus wird also in jedem Fall den Frauen* zugewiesen.

Die Bewegung durch ihre von Anfang an erfolgte Thematisierung von Sexismus auszuzeichnen und darin den Unterschied zu früheren Protesten wie 1968 erkennen zu wollen, wie es mitunter in der medialen Berichterstattung geschieht, verdreht die Verhältnisse. Denn erstens ist danach zu fragen, inwiefern der Kampf um Antisexismus ausgelagert und wiederum als Nebenwiderspruch abgehandelt wurde. Zweitens muss eine Aneignung von Gleichstellungsrhetorik und eine Reduktion von Feminismus auf Quotenregelungen und allenfalls geschlechtersensible Schreibweisen kritisiert werden. Drittens darf die Beständigkeit von Sexismus, der in der aktuellen Bildungsbewegung eine stark antifeministische Tendenz annimmt, nicht aus dem Blick verloren werden.

Polemisch lässt sich der Unterschied zu früheren Bewegungen auch folgendermaßen fassen: Auf den Sexismus der 68er-Studierendenbewegung reagierte der Weiberrat der Gruppe Frankfurt auf einem Flugblatt mit der bekannten Forderung „Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!“. Der aktuellen Bewegung fehlt es aufgrund ihrer erfolgreichen Verweigerung von Repräsentation und ihrer politischen Vielstimmigkeit an sozialistischen Eminenzen, doch fehlt es ihr nicht an ...

Anmerkungen

- 1 Wir beschränken uns hier auf den Kampf um Antisexismus, ohne jenen um Antirassismus mindern zu wollen.
- 2 Der Stern wird in der Stellungnahme der Frauen*AG so erklärt: „Weil nicht nur Frauen Betroffene und Männer Täter sind, weil es mehr als zwei Geschlechter gibt, eine neutrale Schreibweise allerdings die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse verschleiern würde.“ Im weiteren Text übernehmen wir diese Schreibweise.

Literatur

Autengruber, Christof, 2009: „Die dunkle Seite von Twitter, Facebook und Konsorten. Warum das Umfeld von Social-Web-Applikationen eine Nutzung abseits von Spaß und Selbstinszenierung unterbindet“. Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. H.2, 44-47.

Grundrisse, 2009: „Die Uni brennt?“ [Gespräch mit Studierenden]. Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie & Debatte. Nr. 32, 13-21.

Haug, Frigga, 2008: „nicht wie das veilchen im moose ... Sieben Thesen für ein feministisches Profil der Linken“. prager frühling. Magazin für Freiheit und Sozialismus. Internet: www.prager-fruehling-magazin.de/article/69.nicht_wie_das_veilchen_im_moose.html (26.12.2009).

Perspektiven, 2009: „Anti-unique“. Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis. Internet: <http://www.perspektiven-online.at/?p=636> (19.01.2010).

Feministische Nachlese zur Minarettabstimmung in der Schweiz

DORIS STRAHM

Das Abstimmungsergebnis vom 29. November 2009 war für viele SchweizerInnen ein Schock: 57,5% der Abstimmenden haben der von rechtsbürgerlichen Kreisen lancierten Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ zugestimmt. Gemessen an der Gesamtheit der Schweizer Stimmberechtigten waren dies ungefähr 30 Prozent. Mit demokratischen Mitteln hat eine Mehrheit eine (religiöse) Minderheit diskriminiert und in ihren Grundrechten eingeschränkt. Regierung und Parlament hatten die Verfassungsinitiative¹ zwar für gültig erklärt, da sie nicht gegen zwingendes Völkerrecht verstoße, sie aber zur Ablehnung empfohlen, da sie Grundrechte der Schweizer Verfassung wie das Recht auf Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot verletze. Linke, grüne und bürgerliche Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, kirchliche und interreligiöse Kreise, Feministinnen, Intellektuelle und Integrationsfachleute gingen deshalb davon aus, dass die Anti-Minarett-Initiative abgelehnt würde. Gestützt wurde diese Annahme durch Umfrageergebnisse im Vorfeld.

Doch die rechtspopulistische SVP (Schweizerische Volkspartei) und EDU (Demokratische Union der Schweiz), die seit Jahren eine fremdenfeindliche Ausländerpolitik betreiben, haben diesmal offenbar ganze Arbeit geleistet: Mit einer diffamierenden und islamfeindlichen Kampagne haben sie gegen die mehrheitlich gut integrierten MuslimInnen in der Schweiz,² die knapp 5% der Bevölkerung ausmachen, gezielt Stimmung gemacht. Die Initianten gaben im Verlauf der Kampagne offen zu, dass es ihnen nicht um die Minarette ging, sondern um den Islam als Ganzes: Mit dem Minarettverbot sollte der „schleichenden Islamisierung“ ein Riegel vorgeschoben werden. Dabei wurde das Bild der Muslime in der Schweiz entsprechend negativ typisiert, wie eine aktuelle Studie zeigt (Imhof/Ettinger 2009, 4). Meinungen wurden einfach als Fakten ausgegeben.

Auch die Medien haben wenig zur Differenzierung und Versachlichung der Debatte beigetragen. So wurde kaum eine Unterscheidung zwischen islamistischen Gruppierungen und der muslimischen Minderheit in der Schweiz gemacht, sondern es war generalisierend vom „Islam“ und von „den Muslimen“ die Rede. Muslime wurden unter Generalverdacht gestellt, bedrohlich und unaufgeklärt zu sein, und als mangelhaft integriert bezeichnet – ohne dass diese angenommenen „Gefahren“ von den Medien recherchiert, d.h. mit Fakten untermauert worden wären (Imhof/Ettinger ebd.). Zudem waren AkteurInnen wie Parteien, Wirtschaftsverbände, kirchliche Kreise in der medialen Berichterstattung untervertreten: 3/4 der öffentlichen Resonanz ist zugunsten der Befürworter der Initiative ausgefallen.

Instrumentalisierung der Geschlechterfrage

Gegen Ende der Abstimmungskampagne wurde von den Initianten sowie Teilen der Massenmedien die Geschlechterfrage ins Zentrum der polemisierenden Argumentation gerückt. Über das Symbol des Minaretts verhandelten sie eine Reihe von Themen, die Geschlechterverhältnisse betreffen, jedoch mit dem Islam als Religion im Allgemeinen und mit dem Minarett im Speziellen nichts zu tun haben: Zwangsheiraten, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde. Alle diese frauenfeindlichen Praktiken gibt es auch in christlichen Gesellschaften.

Ausgerechnet Männer jener Parteien, die ansonsten ein rückständiges Frauenbild propagieren und seit Jahren jedes gleichstellungspolitische Postulat in der Schweiz bekämpfen, schrieben sich „die Befreiung der armen, unterdrückten Musliminnen“ auf die Fahnen. Die Abstimmung über den Bau von Moscheetürmen mutierte so zum vorgeblichen Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen. Die Vorstellung einer bedrohten Frau/Muslimin wurde zur Propagandafigur einer rechtspopulistischen fremdenfeindlichen Politik; die alltägliche Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft wurde bei einer Minderheit quasi „entsorgt“. Gezielt wurde die Angst geschürt, die „fremde“ Religion Islam bedrohe die Demokratie, die mühsam errungene Gleichberechtigung der Geschlechter und die Frauenrechte.

Beitrag von Frauen zum Abstimmungsergebnis

Die Initianten hatten mit ihrer Taktik offenbar bei bürgerlichen und besonders bei rechts stehenden Frauen Erfolg, die mit 87% die Initiative deutlicher annahmen als rechte Männer (71%) (vgl. Vox 2010). Die Vox-Analyse der Abstimmung räumt mit der von den Medien verbreiteten Mär auf, linke feministische Frauen hätten für das Minarett-Verbot gestimmt: Nur 16% links orientierter Frauen stimmten mit Ja, weniger als ihre linken Genossen (21%). Nahrung erhalten hatte diese Interpretation durch den Diskussionsbeitrag der feministischen Autorin und Psychotherapeutin Julia Onken. Diese hat im Vorfeld der Abstimmung 4000 E-Mails verschickt, in denen sie Frauen aufrief, für ein Minarett-Verbot zu stimmen. Moscheen seien Männerhäuser, Minarette männliche Machtsymbole. Mit dem Bau von Minaretten würde gleichzeitig ein sichtbares Zeichen für die staatliche Akzeptanz der Unterdrückung der Frau gesetzt. Zwar hätte sich Onken in dieser Logik auch für ein Verbot katholischer Kirchtürme einsetzen müssen, doch um Logik ging es nicht, sondern um diffuse Ängste, um das „weibliche Unbehagen in Sachen Islam“ (Onken im „Tagesanzeiger“, 1. Dezember 2009). In dieser Abstimmung hätten die Leute – anonym – ihren Frust ausgedrückt.

Im Namen welchen Feminismus’?

In den Medien wurde Julia Onkens Pamphlet über die Unterdrückung der Frauen im Islam kurz vor der Abstimmung breit aufgegriffen. Ihre Befürwortung der Initiative wurde der Bevölkerung als die feministische Position verkauft, während andere fe-

ministische Stimmen, die das allgemeine „Islam-Bashing“ nicht bedienten und sich gegen die Initiative engagierten, in den Medien kaum Gehör fanden.

So wurde zum Beispiel ein „Offener Brief an Julia Onken“, den der von mir mit gegründete Interreligiöse Think-Tank (www.interrelthinktank.ch) an die Medien verschickte, von diesen nicht zur Kenntnis genommen. Im Brief kritisierten wir u.a., dass Onken mit ihrem diffamierenden Angriff auf die muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz gerade muslimischen Frauen einen schlechten Dienst erweist. Diffamierende Angriffe und Ausgrenzungen werden nur einen Rückzug aus der Gesellschaft, eine stärkere Rückbesinnung auf konservative Positionen und traditionelle Geschlechterrollen bewirken und damit muslimischen Frauen mehr schaden als nützen. Das kann aber nicht das Ziel von Feministinnen sein – jedenfalls nicht eines Feminismus, wie wir ihn und viele andere Feministinnen in der Schweiz vertreten. Diesem geht es um die Selbstbestimmung von Frauen, was auch bedeutet, dass die anderen Frauen nicht undifferenziert nur als Opfer wahrgenommen werden, sondern als Subjekte mit einer eigenen Stimme und dass mit ihnen zusammen nach Lösungen für ihre Anliegen gesucht wird. Besser zu wissen, was für muslimische Frauen gut ist, als sie selbst, ist unseres Erachtens ein (neo-)kolonialer Gestus.

Die große Resonanz des offenen Briefes bei Einzelfrauen, feministisch-theologischen Organisationen und feministischen Netzwerken wie der Feministischen Koalition der Schweiz zeigte, dass Onkens Position keineswegs repräsentativ ist für die Feministinnen in der Schweiz. Doch jene Breitenwirkung, welche diese dank der Berichte in den Massenmedien erhielt, konnte der offene Brief nicht erzielen.

Selbstidealisierungen und koloniale Muster

Julia Onken und ihre Gesinnungsschwestern haben nicht nur rechtspopulistischen Politikern in die Hände gespielt. Sie haben auch ein altes Muster neu aufgelegt: die Gegenüberstellung der islamisch unterdrückten und der westlich emanzipierten Frau, die fester Bestandteil einer jahrhundertelangen europäisch-kolonialen Sicht auf die islamische Welt war. Mit dieser „Selbstidealisierung“ westlicher Frauen lassen sich die Gewalt gegen Frauen in der eigenen Kultur und die eigenen Defizite in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau leichter verdrängen, und „die westliche Frau“ kann sich in der Entgegensetzung zur „unterdrückten muslimischen Frau“ in ihrer Selbstwahrnehmung als befreite und emanzipierte Frau bestärken (Rommelspacher 2006). Die eigene Stellung wird überhöht, indem die „arme“ Muslimin nur als Opfer böser islamischer Männermacht wahrgenommen und medial als solches inszeniert wird. Fast täglich werden in den Medien Einzelfälle aneinandergereiht und hochstilisiert, um den Eindruck zu vermitteln, der Islam sei nichts anderes als eine Religion der Gewalt und der Frauenunterdrückung. Die eigene Kultur und die eigene Religion werden dabei in neokolonialer Manier als aufgeklärt und ethisch überlegen konstruiert.

Dies war auch in der Minarett-Debatte zu beobachten: Von den BefürworterInnen wurde nicht nur ein monolithisches Bild von *dem* Christentum und *dem* Islam ge-

zeichnet, die es so nicht gibt und nie gegeben hat, sondern die eigene, christliche Religion wurde als frauenfreundlich idealisiert. Die positivsten Traditionen der eigenen Religion wurden gegen die radikalen Auswüchse der anderen Religion ins Feld geführt. Die Tatsache, dass Emanzipation und politische Gleichberechtigung von Frauen in der Schweiz u.a. gegen die patriarchalen Frauenbilder der Kirche erkämpft werden mussten, wurde geflissentlich übergangen.

Wie weiter?

Die Zustimmung zur Anti-Minarett-Initiative hat grundlegende Debatten über die Grenzen der direkten Demokratie und über die Spannung zwischen Initiativrecht und Rechtsstaat ausgelöst. So wird über die Möglichkeit von Ungültigkeitserklärungen von Verfassungsinitiativen bzw. die Einführung eines Vorprüfungsverfahrens für Initiativen diskutiert sowie über eine Verfassungsgerichtsbarkeit, die es in der Schweiz bislang nicht gibt. Für die Schweizer Gesellschaft wäre es zudem dringend nötig, die reale Situation der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz zur Kenntnis zu nehmen, die wenig mit den verbreiteten Vorurteilen gemein hat.

Für Feministinnen in der Schweiz stellt sich die Frage, was dagegen unternommen werden kann, dass nicht weiterhin ein Feminismus à la Julia Onken in den Medien die Definitionsmacht behält. Außerdem sollte die Diskussion über (neo-)koloniale Muster in gewissen feministischen Islamdebatten – und wie dadurch rechtspopulistischer Politik in die Hände gespielt wird – unbedingt weitergeführt werden. Anders als im deutschen Feuilleton findet in der Schweiz eine solche Diskussion in der medialen Öffentlichkeit noch kaum statt.

Anmerkungen

- 1 Die Schweiz kennt auf Bundesebene keine Gesetzes-, sondern nur Verfassungsinitiativen. Sobald 100.000 Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift einer Verfassungsinitiative zustimmen, muss eine Volksabstimmung über die Änderung der Verfassung durchgeführt werden.
- 2 So zeigt eine Studie aus dem Jahr 2005, dass die Mehrheit der MuslimInnen in der Schweiz gut integriert ist und es keine Parallelgesellschaften gibt (vgl. Muslime in der Schweiz, hg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA, Bern 2005).

Literatur

Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hg.), 2005: Muslime in der Schweiz. Bern.

Imhof, Kurt/Ettinger, Patrick, 2009: Zentrale Merkmale der öffentlichen Debatte über die Minarettinitiative. Inhaltsanalyse des fög - Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, 07.12. 2009.

Rommelspacher, Birgit, 2006: „Multikulturelle Dialoge“. In: Strahm, Doris/Kalsky, Manuela (Hg.): Damit es anders wird zwischen uns. Interreligiöser Dialog aus der Sicht von Frauen. Ostfildern, 118-132.

VOX-Analyse, 2009: Analyse der Volksabstimmung „Gegen den Bau von Minaretten“ vom 29. November. Internet: www.polittrends.ch/vox-analysen (10.02.2010).

Darf Sicherheitspolitik geschlechtssensibel sein? Hillary Rodham Clintons bisherige Amtszeit als US-Außenministerin

SUSANNE ZWINGEL

Wie jedes Jahr kürte die US-Amerikanische Zeitschrift *Foreign Policy* auch Ende 2009 die hundert „top global thinkers“ des Jahres. Auf Platz 1 bis 5 waren unter anderem Barack Obama, Zahra Ranhavard, die Frau des iranischen Oppositionsführers Mousavi, sowie Rajendra Pachauri, der indische Vorsitzende des International Panel on Climate Change zu finden. Platz 6 wurde von einem Paar besetzt: Bill Clinton und Hillary Rodham Clinton – in dieser Reihenfolge. Bill Clintons Verdienst ist es nach Ansicht von *Foreign Policy*, die Philanthropie der heutigen Zeit neu definiert und mit seiner Global Clinton Initiative international vieles bewirkt zu haben – ganz ohne seiner Frau dabei die Show als Außenministerin zu stehlen. Hillary Rodham Clinton wird dafür gelobt, dass sie „smart power“ im State Department zur Chefsache und ihr Ministerium insgesamt effektiver machen will. Abgebildet werden die beiden als romantisches Paar: Sie stehen sich gegenüber und sind im Profil zu sehen; sie neigen die Köpfe einander in Vertrautheit zu, so dass ihre Stirnen sich berühren. Die Augen der beiden sind geschlossen. Sie ist etwas mehr beleuchtet als er (*Foreign Policy* 2009, 31).¹

Aus Hillarys Sicht stecken viele Zumutungen in dieser Präsentation. Wie wichtig soll Bill im Jahr 2009 gewesen sein (vor seinem Haiti-Einsatz, wohlgemerkt), im Vergleich zu ihr als Außenministerin? Was hätte dagegen gesprochen, die beiden zu trennen und sie zwei dieser 100 Plätze besetzen zu lassen? Hätte dazu ihre jeweilige individuelle Leistung als „global thinker“ nicht ausgereicht? Warum werden sie als Paar präsentiert, obwohl sie sehr unterschiedliche Dinge ganz unabhängig voneinander tun? Warum, fragt man sich schließlich, muss Hillary optisch als zart, zerbrechlich, in sich gekehrt und Kraft aus der Zweisamkeit mit Bill tankend präsentiert werden? Soll das die Nation beruhigen, die möglicherweise aus Sicht von *Foreign Policy* mit ihrer Außenministerin nicht zurechtkommt?

Hillary Rodham Clinton wird medial immer wieder mit ihrem Mann in Verbindung gebracht. Man erinnere sich an den von der Presse extrem aufgebauchten Vorfall im Kongo. Sie wurde hier nicht nach ihrer, sondern nach der Meinung ihres Mannes gefragt. Clintons Reaktion war adäquat – zumal der Fragende ja eigentlich nach Obamas, und nicht nach Bill Clintons Meinung hatte fragen wollen.² Unangebracht war die abwertende Art und Weise der medialen Kommentierung, die Clinton einen unprofessionellen, „empörten Konter“ in den Mund legte (CeiberWeiber 2009). Madeleine Albright und Condolezza Rice – Clintons weibliche Vorgängerinnen im Amt – sind vermutlich deshalb weniger *ad personam* malträtiert worden, weil sie sich anders als Clinton nie als Frauen oder gar Feministinnen, sondern immer nur als Mandatsträger

konstruiert haben. Die mediale Stereotypisierung ist eindeutig und muss explizit als Teil des öffentlichen Boxringes, in dem sich die derzeitige US-Außenministerin zu bewegen hat, benannt werden. Die Messlatte heißt: Ist sie „hawkish“ genug für diesen Job? Kann das eine Frau, die ihr Geschlecht nicht an der Garderobe abgibt? Und wenn ja, kann sie zugleich – als Frau – authentisch und glaubwürdig sein? Die Frage nach der Qualität ihrer Arbeit ist immer mit ihrem Frausein verquickt.

Welche Außenpolitik betreibt Clinton und ist diese aus feministischer Perspektive zu befürworten? Zunächst ist klar, dass Clinton die generelle außenpolitische Vision der Obama-Regierung repräsentiert. Diese Vision besteht aus „zuhören statt befehlen“, macht aber immer wieder die Führungsrolle der USA unmissverständlich klar und unterscheidet sich im Ergebnis nicht so fundamental von der Politik der Vorgängerregierung wie es zunächst den Anschein hatte. Manche Kommentatoren behaupten, dass Clinton in dieser Inszenierung sogar die Falken-Rolle übernimmt, während Obama selbst sensibel-abwägend, manchmal aber auch unentschlossen daherkommt (Hughes 2009). In der Tat hat Clinton verschiedentlich Kommentare abgegeben, die in ihrer Direktheit überraschten, ihr Gegenüber gar brüskierten, wie z.B. dass die US-Regierung einen Stopp weiterer israelischer Siedlungen als zwingend für zukünftigen Frieden im Nahen Osten erachte, oder aber ihre klare Verurteilung von Internetzensur in China. Kritiker haben ihr diese klaren Worte als Unerfahrenheit ausgelegt, denn anders als die meisten ihrer AmtsvorgängerInnen hat sie sich nicht durch eine militärische oder diplomatische Laufbahn auf das Amt als Außenministerin vorbereitet, sondern als Senatorin des Staates New York. Sie selbst hingegen konstruiert ihre geringe außenpolitische Vorerfahrung oft als „besondere Sichtweise“, die das, was den Leuten wichtig ist, ins Zentrum stellt und die deshalb auch besonders legitim ist: „Foreign policy must bring results for people“ (Clinton 2009, 30). Darüber hinaus rekurriert sie häufig auf ihre außenpolitischen Erfahrungen als First Lady, denn diese kann ihre Rolle sehr stark politisch besetzen und über ein reines Repräsentieren hinaus ausdehnen. Clinton hat dies besonders im Bereich Außenpolitik und hier wiederum im Bezug auf Frauen- und Mädchenthemen getan. Man kann also durchaus davon sprechen, dass sie als First Lady internationale Erfahrung gesammelt und sich bekannt gemacht hat. Konkrete Außenpolitik – etwa wie von ihr behauptet im nordirischen Friedensabkommen – hat sie allerdings nicht mit gestaltet. Clinton charakterisiert ihre Politik gern mit dem von Joseph Nye geprägten Begriff der „smart power“. Dieser basiert auf der Erkenntnis, dass weder militärische „hard power“ noch verhandlungsbasierte „soft power“ alleine zu befriedigender Außenpolitik führen; bei „smart power“ geht es um deren kontextsensible Verknüpfung. Ziel ist, dass die Welt sich den USA wieder im positiven Sinne zuwendet – hier ist die muslimische Welt mit einer „Muslim Outreach“-Abteilung im State Department besondere Zielgruppe –, und die US-Außenpolitik politisch dezidiert und militärisch schlagkräftig ist und auch so wahrgenommen wird. In einer Rede vor dem Council on Foreign Relations im Juli 2009 nannte Clinton einige Prioritäten, unter anderem die Kriege in Irak und Afghanistan, den Nahostkonflikt, extremistische Bedrohung,

Nuklearproliferation, die Finanzkrise, Klimawandel sowie Hunger-, Krankheits- und Armutsbekämpfung (Clinton 2009). De facto stand eine Schadensbegrenzung in puncto Finanzkrise im ersten Halbjahr ihrer Amtszeit ganz oben auf der Liste – ihre frühe Asienreise sollte vor allem das Vertrauen der Region in die US-amerikanische Wirtschaft wieder herstellen und das große Interesse der USA an einem wirtschaftlich prosperierende Asien bekunden (O'Brien 2009). Durch Clintons Rede zieht sich das Narrativ der wohlwollenden Weltmacht, die mehr Zuckerbrot als Peitsche verspricht, den „foes and would-be foes“ (Gegnern und solchen, die es werden wollen) hingegen die Peitsche androht. Viel ist die Rede von Zusammenarbeit und einer Überwindung anti-amerikanischer Ressentiments, die ein Resultat der Politik der vergangenen acht Jahre wären und nicht dem amerikanischen Wesen entsprechen. Schließlich wird die Entwicklungszusammenarbeit als vorrangige Aufgabe unter Clintons Amtsführung erklärt, denn bessere Lebensbedingungen in der Welt nützen der Sicherheit der amerikanischen Bevölkerung. In diesem Feld wird auch die zentrale Funktion angesprochen, die Frauen zur Entwicklung ihrer Länder beitragen. Ein Punkt, in dem die derzeitige Regierung wirklich Veränderungen vorgenommen hat, wird interessanterweise oft weniger stark hervorgehoben: ihre internationale Familienplanungspolitik. Sowohl Clinton als auch Obama stehen für eine Position, die Aufklärung über und Zugang zu Verhütungsmitteln und, wenn nötig, auch Abtreibung beinhaltet. Anfang 2010 kündigte Clinton an, dass die Regierung 648 Mio. US-Dollar für Familienplanung weltweit bereitstellt, und die Obama Global Health Initiative mit einem Volumen von 63 Mill. US-Dollar über sechs Jahre verteilt Gesundheitsprogramme in der ganzen Welt unterstützen wird, die reproduktive Gesundheit als zentralen Bestandteil enthalten. Kritik daran wird sowohl von Abtreibungsgegnern im Abgeordnetenhaus als auch von „unabhängigen“ Kommentatoren, die den Eugenik-Vergleich im Mund führen, stets lautstark geäußert (Talk Radio News Service 2009; Jasper 2010).

Insgesamt ist Clinton rhetorisch sehr stark, wenn es um die außenpolitische Integration von Frauenrechten und anderen Geschlechterthemen geht. Schon beim Amtsantritt versprach sie, das State Department werde ein zentraler Akteur in der Bekämpfung von Menschenhandel und anderen Formen geschlechtsspezifischer Grausamkeiten sein (Kristof 2009). Auf vielen ihrer Auslandsreisen ist die Situation von Frauen Thema oder sie trifft sich gezielt mit Frauen. In einem Interview mit der New York Times vom 18.8.2009 erläutert Clinton, inwiefern Geschlechterfragen für sie auch Sicherheits- und Stabilitätsfragen sind: Allein die Investition in Mädchen-erziehung an sich ist schon eine Maßnahme gegen Ressourcenknappheit und damit für Stabilität, da gut ausgebildete Frauen im Durchschnitt weniger Kinder haben und diese später bekommen. Außerdem seien auch viele Länder, von denen Sicherheitsrisiken für die USA ausgehen, geprägt von extremen Geschlechterhierarchien. Zwar ist dieser geschlechtsspezifische Blick auf Sicherheitspolitik an sich zu begrüßen, die Argumentation hinkt aber, da die Geschlechterhierarchien unter den Verbündeten der USA offenbar nicht als Sicherheitsrisiko betrachtet werden.

Clinton hat des Weiteren zwei Gesetzesvorlagen zur Wahrung internationaler Frauenrechte unterstützt: den noch recht unspezifischen International Violence Against Women Act sowie den von Senatorin Boxer und der Abgeordneten Maloney eingebrachten International Women's Freedom Act. Letzterer würde die Einrichtung einer Kommission zu Internationalen Frauenrechten vorsehen, die, ähnlich der bereits bestehenden Kommission zu internationaler Religionsfreiheit, dem Präsident und dem Kongress jährlich über den Status von Frauen in der Welt Bericht erstatten würde. Teil dieser Berichterstattung wäre auch die Identifizierung „besonders besorgniserregender Staaten“ in Sachen Frauenrechte. Man könnte einen solchen Mechanismus in der Tat als hohe außenpolitische Prioritätensetzung in puncto Frauenfragen deuten. Allerdings würde das bedeuten, dass die USA über den Stand der Frauenrechte in der Welt (be-)richtet, sich aber gleichzeitig selbst nicht dem konstruktiven Dialog mit dem ExpertInnenausschuss der Frauenrechtskonvention CEDAW stellt, da sie dieses wichtige UN-Dokument noch immer nicht ratifiziert haben. Dieser längst überfällige Schritt wird von Clinton zwar befürwortet, allerdings nicht dringlich angesehen.

Clintons rhetorisch starkes frauenpolitisches Engagement hat auch institutionelle Verankerung gefunden: kurz nach der Amtsübernahme schuf sie eine Abteilung für internationale Frauenfragen, geleitet von der Botschafterin für besondere Aufgaben (ambassador-at-large) Melanne Verveer, einer von Clintons Angestellten aus ihrer Zeit als First Lady. Inwiefern diese neu geschaffene Abteilung eine Gender-Mainstreaming-Wirkung auf andere Außenpolitikbereiche entfalten kann, bleibt abzuwarten. Der Blick auf den Internetauftritt des State Departments verdeutlicht, dass die Rubrik „women's issues“ eine unter vielen anderen ist (Antiterror, Demokratie und Menschenrechte, Begrenzung von Atomwaffen, Nahrungssicherheit etc.), dass Verveers Abteilung ein eher kleines Budget mit bescheidenen Projekten zur Verfügung zu haben scheint, und eine Geschlechterperspektive in anderen Arbeitsbereichen, z.B. der Abteilung für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit – wo sie einen zentralen Stellenwert haben sollte – nicht programmatisch auftaucht.

Kurzum: als Feministin Außenministerin der USA zu sein, ist an sich eine historische Leistung, die zumindest symbolische und vielleicht gar substanzielle Auswirkungen haben könnte. Mit Sicherheit spricht dieses Novum für Hillary Rodham Clintons Format als Politikerin. Ihre Unterstützungsbasis in frauenbewegten Kreisen ist breit; sowohl die National Organization of Women als auch die Feminist Majority Foundation stehen geschlossen hinter ihr und insbesondere ihrer Familienplanungspolitik. Frauenfriedensorganisationen, insbesondere die sehr originell agierende Gruppe Code Pink, machen ihr Missfallen an Clintons Befürwortung sowohl des Irak- als auch des Afghanistankrieges allerdings seit Jahren sehr deutlich. Schlussendlich sollte nicht vergessen werden, dass Clinton Teil einer Administration mit vielen ausgewiesenen GleichstellungspolitikernInnen ist. Das Engagement von Vizepräsident Joseph Biden ist hier besonders hervorzuheben. In der Gesamtschau ist also vielleicht doch eine Gezeitenwende zu erkennen – von Bush Junior/Cheney/

Rice/Rumsfeld (Gates) zu Obama/Biden/Clinton/Gates. Vielleicht ist das der Kontext, in dem Außenpolitik endlich etwas mit Geschlechterpolitik zu tun haben darf.

Anmerkungen

- 1 Das Bild der Printversion wurde im Internet durch ein anderes ersetzt, auf dem die beiden klatschend nebeneinander stehen.
- 2 Clinton konterte: „Sie wollen wirklich, dass ich Ihnen sage, was mein Mann denkt? Wenn Sie wissen wollen, was ich denke, sage ich Ihnen das: Mein Mann ist nicht der Außenminister, ich bin es. Ich habe nicht vor, das Sprachrohr meines Mannes zu spielen.“

Literatur

CeiberWeiber, 12.8.2009: US-Außenministerin Hillary Clinton als Männer-Anhängsel? Internet: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=1339> (5.3.2010).

Clinton, Hillary Rodham, 2009: Foreign Policy Address at the Council on Foreign Relations, 15. Juli 2009. Internet: <http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/july/126071.htm> (5.3.2010).

Foreign Policy, 2009: Top 100 Global Thinkers, December http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/11/30/the_fp_top_100_global_thinkers (5.3.2010).

Hughes, John, 10.12.2009: Hillary Clinton: Obama's foreign-policy hawk. Christian Science Monitor. Internet: <http://www.csmonitor.com/Commentary/Opinion/2009/1210/p09s02-coop.html> (5.3.2010).

Jasper, William F., 2010: Global Obama Care & The „Good Club“ Billionaires. The New American. Internet: <http://www.thenewamerican.com/index.php/usnews/health-care/2870-global-obama-care-a-the-good-club-billionaires> (5.3.2010).

Kristof, Nikolas, 13.1.2009: Hillary Clinton on women in foreign policy. Internet: <http://kristof.blogs.nytimes.com/2009/01/13/hillary-clinton-on-women-in-foreign-policy/?scp=6&sq=women&st=cse> (5.3.2010).

New York Times, 18.8.2009: A new gender agenda, Interview with Hillary Rodham Clinton by Mark Lander. Internet: http://www.nytimes.com/2009/08/23/magazine/23clinton-t.html?_r=1&pagewanted=all# (5.3.2010).

O'Brien, Terrence, 2009: US foreign policy – a new direction? New Zealand International Review. 34. Jg. H. 3, 2-6.

Talk Radio News Service, 22.4.2009: Clinton Grilled Over Abortion Views At Committee Hearing. Internet: <http://talkradionews.com/2009/04/clinton-grilled-over-abortion-views-at-committee-hearing/> (5.3.2010).

Kurzmitteilungen

Studienführer „Gender in der Politikwissenschaft“

Ab März 2010 steht auf den Internetseiten des Zentrums für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung sowie GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht an der Philipps-Universität Marburg der Studienführer „Gender in der Politikwissenschaft“ als Online-Ressource bereit. Er gibt Auskunft über die Verankerung von Gender-Aspekten in politikwissenschaftlichen Studiengängen des deutschsprachigen Raums oder solchen mit politikwissenschaftlichen Anteilen. Damit wird erstmalig das bereits bestehende Portal „Studienführer Gender“ (vgl. <http://www.uni-marburg.de/genderzukunft/studium/studienfuehrer-gender/startseite>) um einen dezidiert fachspezifischen Beitrag erweitert: Der Studienführer bietet sowohl einen Gesamtüberblick sowie vertiefende Einzeldarstellungen über das (Nicht-)Vorhandensein und die Art des Gender-Bezugs von modularisierten Studiengänge der Politikwissenschaft. Er versteht sich als Angebot für (angehende) Studierende, sich gut über genderorientierte politikwissenschaftliche Studiengänge informieren zu können.

Für weitere Informationen, Anmerkungen und Hinweise:

studienfuehrer-gender-politikwissenschaft@staff.uni-marburg.de

Das Themenportal Europäische Geschichte hat einen neuen Schwerpunkt: „Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte“

Am 20. November 2009 wurde die Eröffnung des Themenschwerpunkts „Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte“ des Portals Europäische Geschichte gefeiert. Das Themenportal ist eine Internetplattform, die HistorikerInnen, VertreterInnen benachbarter sozial und kulturwissenschaftlicher Disziplinen sowie einer interessierten Öffentlichkeit den Zugriff auf lehr- und forschungsunterstützende Informationen ermöglicht. Im neuen Schwerpunkt finden sich unter anderem Texte zu Olympe de Gouges, zu Nationalismus und Feminismus in Europa sowie Feminismus und weibliches Lebensgefühl Anfang des 20. Jahrhunderts.

<http://www.europa.clio-online.de>

Forschungsprojekt „Realität der Diskriminierung in Deutschland“ an der Freien Universität Berlin

Für Frühjahr 2010 ist der Abschlussbericht des Forschungsprojektes angekündigt, welches am Institut für Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung an der

Freien Universität Berlin angesiedelt ist. Ziel war es, die unterschiedlichen Arten und Häufigkeiten von Diskriminierungen aufgrund von Alter, Behinderung, Geschlecht, Hautfarbe und ethnischer Herkunft zu untersuchen.

<http://www.diskriminierung-in-deutschland.de/>

Gründung zweier neuer Zentren

An der Universität Paderborn wurde Ende 2009 das Zentrum für Gender-Studien in Forschung und Lehre (ZG) gegründet. Das Zentrum setzt sich jeweils für ein Jahr einen thematischen Schwerpunkt. 2010 ist dieses die kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen Topos „Krise der Männlichkeit“; eine Tagung hierzu findet im Mai statt.

www.upb.de/zentrum-gender

An der Goethe-Universität in Frankfurt/M. wurde Ende letzten Jahres das Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies (FRCPS) gegründet. Das Zentrum wurde als transdisziplinäre Forschungsstelle im Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ eingerichtet. Mit der Gründung des Zentrums sollen sozialwissenschaftliche Fragestellungen aus post-kolonial-feministischer Perspektive bearbeitet werden.

<http://www.normativeorders.net/de/component/content/article/289/>

Die Beharrlichkeit der Gender-Resistenz und die (Selbst-)Ermächtigung feministischer WissenschaftlerInnen?

Brüche und Ambivalenzen im Kontext von Gender in der Politikwissenschaft

TINA JUNG, JULIA GARSCHA

Im vorliegenden Beitrag stehen die derzeitigen Ausprägungen von genderorientierter/feministischer Politikwissenschaft im Zentrum des Interesses: gefragt wird zum einen – entlang des Angebots und der jeweiligen Konzeption von politikwissenschaftlichen Studiengängen – nach dem Stand der gegenwärtigen Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft und zum anderen danach, wie sich feministische PolitikwissenschaftlerInnen derzeit innerhalb der Disziplin positionieren. Dabei betrachten wir diesen Komplex auch aus der Perspektive eines Interesses von Frauen (und vermehrt auch von Männern), sich mit und über feministische Wissenschaft in eben jener Institution beruflich und wissenschaftlich zu positionieren, die gleichsam Gegenstand von feministischer Kritik ist. Für uns ergab sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob und inwieweit aus dem Zusammenspiel institutioneller Strukturbedingungen des Faches sowie der subjektiven Situation der AkteurInnen ein „Anpassungsdruck“ erwächst, der die Einbindung von Gender/Feminismus auch als (berufs-)strategische Entscheidung erscheinen lässt. Wir sehen darin Fragen nach der Entwicklung feministischer Politikwissenschaft angelegt, insofern Theorie- und Wissenschaftsentwicklung nicht losgelöst von ihren konkreten (Re-)Produktionsbedingungen gedacht werden kann.

Im Folgenden werden – in aller hier gebotenen Kürze – Schlaglichter auf empirische Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „ReVisionen von Politik und Wissenschaft?“ geworfen, das von Tina Jung unter Mitarbeit von Julia Garscha an der Philipps-Universität Marburg von 2008 bis 2009 durchgeführt wurde.¹ Das Forschungsprojekt war bei GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht unter Leitung von Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf angesiedelt. Zur Erfassung des Standes der Integration von Gender-Aspekten in politikwissenschaftlichen Studiengängen oder solchen mit politikwissenschaftlichen Anteilen wurden Daten zu insgesamt 242 Studiengängen erhoben und ausgewertet.² Neben leitfadengestützten Interviews haben wir zudem eine Online-Befragung unter feministischen/genderorientierten WissenschaftlerInnen durchgeführt.

Die Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft. Oder: Die Persistenz der Gender-Resistenz

Insgesamt 75 % aller derzeit akkreditierten Studiengänge der Politikwissenschaft berücksichtigen weder in eigenständiger Form noch im Sinne einer Querschnittsorientierung Gender-Aspekte.³ Bei genauerem Blick erweisen sich dabei sogar die Studiengänge mit integrierten Gender-Anteilen als faktisch in der Regel nur schwach gegendert: es dominieren Arten des Gender-Bezugs, die über eine geringe institutionelle Absicherung verfügen und in ihrer Reichweite begrenzt sind. Es finden sich a) eher querschnittsorientierte als eigenständige Formen sowie b) eher Formen der Integration von Gender in einzelne Studienelemente als Formen der Verankerung von Gender in der Gesamtkonzeption des Studiengangs.

Differenzen und Defizite in der Integration von Gender-Aspekten zeigen sich auch, wenn nach den inhaltlichen Profilsetzungen der politikwissenschaftlichen und -anteiligen Studiengänge gefragt wird. Gerade bei der wissenschaftspolitisch so wichtigen Frage nach der inhaltlichen Profilbildung von politikwissenschaftlichen Studiengängen zeigt sich eine Art genderspezifische Segregation: beispielsweise nimmt der Anteil des vergleichsweise gender-integrativen Profils Sozialwissenschaften im Übergang vom BA- zum MA-Bereich um über die Hälfte ab, während im MA-Bereich die als boomend geltenden, aber weitgehend genderfreien Profile Verwaltungs-/Regierungswissenschaft und Regionalwissenschaften in etwa gleich häufig oder häufiger vertreten sind. Das heißt, wenn die Entwicklung der Profilsetzungen des Fachs auf diese Weise anhält, dürfte dieser Prozess massive Einbrüche für den Grad der Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft bedeuten sowie eine deutliche Verschlechterung der Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsbedingungen feministischer PolitikwissenschaftlerInnen mit sich bringen.

Feministische (Politik-)WissenschaftlerInnen – (Selbst-)Ermächtigung und Doppelorientierung?

Insgesamt lässt sich die Tendenz beobachten, dass vor allem ein Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses trotz der institutionell schlechten Ausgangssituation im Fach relativ selbstbewusst und selbstverständlich mit Gender/Feminismus agiert. Dies zeigt sich z.B. bei der Frage danach, ob und wie in bereits absolvierten Qualifikationsarbeiten Gender-Aspekte bzw. feministische Inhalte oder Perspektiven einbezogen wurden. Selbst wenn die These von der Karrierefeindlichkeit von Gender/Feminismus für die eigene Situation als real wirksam eingeschätzt wurde, so setzten sich die befragten feministischen/genderorientierten WissenschaftlerInnen bei der Bearbeitung ihrer Abschluss- und Promotionsarbeiten mehrheitlich zugunsten eigener Forschungs- und Erkenntnisinteressen darüber hinweg. Dabei hält die Hälfte des befragten wissenschaftlichen Nachwuchses daran fest, dass Gender/Feminismus in der Wissenschaft als Herrschafts- und Gesellschaftskritik zu verstehen ist. Damit wird jedenfalls faktisch dazu beigetragen, feministische (Politik-)Wissenschaft als

kritisches, relevantes und zukunftsfähiges Qualifikations- und Forschungsfeld zu etablieren.

Auf der Basis unserer Ergebnisse gehen wir auch davon aus, dass die These von der vorrangigen Karriere- und Wissenschaftsorientierung (vgl. Metz-Göckel 2004) gerade jüngerer feministischer WissenschaftlerInnen in der Weise nicht zutrifft und in Richtung einer Doppelorientierung modifiziert werden muss: Diese Doppelorientierung sehen wir insbesondere im Nachwuchsbereich gegeben als Orientierung sowohl an Mainstream-(Politik-)Wissenschaft als auch an feministischer (Politik-)Wissenschaft sowie als Orientierung sowohl an „Wissenschaft“ als auch an (feministischer) Praxis – wenngleich in der tatsächlichen (nicht der gewünschten!) Gewichtung von verschiedenen Arbeits- und Lebensbereichen im Ranking unter den Befragten die wissenschaftliche Tätigkeit klar dominiert.

Was folgt daraus? Oder: Für einen Neuentwurf einer „ganz anderen Politikwissenschaft“

Die hier dargestellten Schlaglichter auf empirische Befunde unseres Forschungsprojektes ergeben aus unserer Sicht in der Zusammenschau ein gleichermaßen spannendes wie beunruhigendes Bild von Gender in der Politikwissenschaft. Auf der Seite institutioneller Entwicklungen in der Politikwissenschaft sind alarmierende Tendenzen zu verzeichnen, die derzeit einem Ab- und Umbau bereits erreichter Standards näher zu sein scheinen als einem Ausbau feministischer Politikwissenschaft. Damit verbunden sind auch erwartbare Negativ-Effekte für die Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungssituation feministischer PolitikwissenschaftlerInnen. Demgegenüber wird insbesondere von jüngeren WissenschaftlerInnen – keineswegs einstimmig und universal, aber doch mehrheitlich – Gender/Feminismus in der (Politik-)Wissenschaft nicht notwendigerweise als Restriktion der eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit im Sinne einer Marginalisierung oder Verschlechterung der beruflichen Position wahrgenommen.

Diese Einschätzungen brechen sich jedoch mit den derzeit realen Ausprägungen der Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft. Darin ist aus unserer Sicht die Gefahr angelegt, die anhaltende Gender-Resistenz des Fachs zu unterschätzen. In der vermuteten Doppelorientierung feministischer WissenschaftlerInnen sehen wir jedoch gleichzeitig ein Spannungsverhältnis zwischen feministischer und Mainstream-Politikwissenschaft, Berufsorientierung und dem Festhalten an dem Anspruch auf (herrschafts-)kritische Transformation der Wissenschaft. Diese kann durchaus als produktives Potential für die Entwicklung feministischer Politikwissenschaft – auch im Sinne ihrer Kritikfähigkeit und Dissidenz – verstanden werden. Aus unserer Sicht bleiben daher Strategien zu einer starken Integration von Gender in die Politikwissenschaft unerlässlich, die dies dabei auch als Markierung eines (wissenschafts-)politischen Emanzipations- und Demokratiedefizits auf die Agenda setzen. Gleichzeitig liegt die Herausforderung darin, die Potentiale feministischer Wissenschaft nicht im Sinne einer Einpassung oder als zu überwindendes Anerken-

nungsdefizit durch den Mainstream der Disziplin zu entwerfen. Vielmehr sehen wir für die feministische Politikwissenschaft die Aufgabe angelegt, die „Intentionen der Utopie“ aus politik- und gesellschaftstheoretischer Perspektive in emanzipatorischer Absicht zu befragen und von hier aus im Sinne einer Re-Politisierung auf die Gesamt-Disziplin zurückzuspiegeln. Es gilt, auf institutioneller Ebene durch die Ermunterung zur Widerspenstigkeit nach praktisch-konkreten Formen von „feministischer Wissenschaft als Beruf“ zu suchen, die sich nicht umstandslos einer arbeits(zeit)spezifischen Unterwerfung unter die feldspezifischen Anerkennungs- und Spielregeln im Sinne einer reinen Karriereförderung ergeben.

In den hier skizzierten Ungleichzeitigkeiten erkennen wir durchaus ein Gelegenheitsfenster zu einer notwendigen Selbstverständigung mit dem Ziel des Entwurfs einer „ganz anderen Politikwissenschaft“. Ein Gelegenheitsfenster, das angesichts des vermuteten „doppelorientierten Selbstbewusstseins“ feministischer WissenschaftlerInnen weiter aufgestoßen werden kann und angesichts der prekären institutionellen Lage von Gender in der Politikwissenschaft auch weiter aufgestoßen werden muss.

Anmerkungen

- 1 Ein ausführlicher Projektbericht ist in Planung; näheres hierzu auf der Homepage des Projektes: www.gendanetz.de.
- 2 Diese Ergebnisse liegen dem „Studienführer Gender in der Politikwissenschaft“ zugrunde (s. Kurzmitteilungen in diesem Heft).
- 3 Der Anteil an Studiengängen mit Gender-Bezug fällt im MA-Bereich etwas geringer aus als im BA-Bereich.

Literatur

Metz-Göckel, Sigrid, 2004: Institutionalisierung der Frauen-/Geschlechterforschung: Geschichte und Formen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 597-604.

„Eine tragfähige Opposition?": Gründung der Fachgesellschaft Geschlechterstudien/Gender Studies Association e.V.

EVA BUCHHOLZ. JULIETTE WEDL

Der Titel der Gründungsveranstaltung der Fachgesellschaft Geschlechterstudien am 29. und 30. Januar 2010– „Eine tragfähige Opposition?“ – verweist gleichermaßen auf die mit der Fachgesellschaft verbundenen Utopien wie Herausforderungen: mit diesem Schritt zu einer weiteren Etablierung bzw. Institutionalisierung eine Opposition zu bleiben, das Besondere der Gender Studies – ein interdisziplinäres „Fach“ zu sein – in der Wissenschaftslandschaft sowie der Forschungsförderung sichtbar zu machen und einen Raum zu bieten, der diesen inter- und transdisziplinären Austausch fördert und neue Kooperationen ermöglicht. Ferner geht es um die Sensibilisierung dafür, dass Gender Studies durch die Forschenden fachlich verankert, aber in ihren Perspektiven, Fragestellungen und Methoden inter- und transdisziplinär ausgerichtet sind.

Verschiedene WissenschaftlerInnen und Gender-Zentren strebten seit einigen Jahren die Gründung einer Fachgesellschaft an. Auf der „Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum“ (KEG), Dachverband der Gender-Zentren, wurde 2008 eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung dieses Prozesses gegründet. Parallele hierzu wurde 2009 in der Schweiz die bestehende Fachgesellschaft wieder mit Leben gefüllt, und in Österreich gibt es Initiativen, ebenfalls eine Fachgesellschaft zu gründen.

Die Vorbereitungsgruppe hat den Rahmen für die Gründung der Fachgesellschaft geschaffen, was insbesondere die Erstellung und Diskussion der Satzung, die Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation der Tagung beinhaltete. Beabsichtigt war dabei, möglichst wenig inhaltlich vorzubestimmen, sondern dieses dem gewählten Vorstand zu überlassen. Dieses hat im Vorfeld und auf der Tagung für einige Irritationen gesorgt, da bisher keine intensiven Gespräche mit bestehenden Arbeitskreisen, Sektionen und ähnlichen fachlichen Vereinigungen der Geschlechterforschung stattgefunden haben.

Damit angesprochen ist die Frage der Konkurrenz zu bestehenden Verbänden der Geschlechterforschung. Diese Befürchtung war auch ein wesentlicher Aspekt des Inputs von *Birgit Riegraf* (Universität Paderborn), Rätin der Sektion „Frauen- und Geschlechterforschung“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. So fragte sie, warum überhaupt eine Fachgesellschaft gegründet werden solle und nicht ein Dachverband. Sei dieser nicht besser geeignet, die Gender Studies zu repräsentieren? Eine eigene Fachgesellschaft könnte hingegen eine Konkurrenzsituation entstehen lassen: Nach Riegraf sei es nicht wünschenswert, einen eigenen „geschlechterspezifischen“ Fördertopf in der DFG einzurichten, da dann alle genderrelevanten Projekte

miteinander um Fördermittel konkurrieren würden und Genderthemen zudem der Gefahr ausgesetzt wären, in den Gendertopf „entsorgt“ zu werden. Angemerkt sei, dass die Einrichtung eines solchen Topfes bislang nicht zur Diskussion stand und dieses eine Thema ist, welches gegebenenfalls die Fachgesellschaft in enger Kommunikation mit den bestehenden Sektionen und Arbeitsgruppen eruieren muss. Darüber hinaus wurde den Bedenken von Riegraf entgegnet darauf hingewiesen, dass es mit der KEG bereits einen entsprechenden Dachverband gebe, dieser aber nicht ausreichend sei. Eine Fachgesellschaft unterscheide sich davon im Zuschnitt und Aufgabenfeld, nicht zuletzt, weil es sich dabei um eine in der Forschungsförderung und im wissenschaftspolitischen Feld anerkannte Gesprächspartnerin handelt. In der Diskussion wurde deutlich, dass einerseits eine große Leidenschaft für die Existenz einer Fachgesellschaft Geschlechterstudien besteht (was nicht zuletzt die hohe TeilnehmerInnenzahl von ca. 250 Personen verdeutlicht), dass aber andererseits wichtige Fragen, insbesondere die des Verhältnisses zu bereits bestehenden fachgebundenen Netzwerken und Arbeitskreisen noch zu klären seien. Die Vorbereitungsgruppe der Fachgesellschaft hatte sich bewusst dagegen entschieden, diese Fragen im Vorfeld abzustecken, sondern sah dieses als Aufgabe eines gewählten Vorstandes. Damit ist eine der ersten Aufgaben des neuen Vorstandes benannt. *Silke Wenk* (Universität Oldenburg) verwies in ihrem Vortrag aus der Perspektive der „kleineren Fächer“ – hier der Kunstwissenschaft – auf die Bedeutung der „Gender Studies als fortlaufendes Experiment“; integraler Bestandteil dieser sei die Macht- und Institutionenkritik. Dem entsprechend gilt es, WissenschaftlerInnen verschiedenster Disziplinen und unterschiedlichster Provenienz anzusprechen und aktiv für die Fachgesellschaft zu gewinnen. Denn allein die Existenz macht diese noch nicht notwendigerweise attraktiv für alle; vielmehr müssen die Mitglieder und der Vorstand dafür sorgen, dass eine lebendige Interdisziplinarität sowie ein Austausch über Fachgrenzen und -differenzen hinaus entstehen können. Der Erfolg der Fachgesellschaft wird sich an der Umsetzung dieser Ziele messen lassen können.

Der Frage der Inter- und Transdisziplinarität gingen am Gründungstag auch die Beiträge von *Susanne Ihlen* (TU München) und *Aline Oloff* (TU Berlin/HU Berlin) nach. Sie diskutierten, wie disziplinär, interdisziplinär bzw. transdisziplinär die zukünftige Geschlechterforschung und die Arbeit der Fachgesellschaft konzeptionalisiert werden sollte: als „transdisziplinäres Forschungsfeld mit quasi disziplinären Meriten“ oder als „umbrella“ mit Querschnittsfunktion? Für Studierende und Promovierende sei es dabei wichtig zu wissen, wie sie sich selber verorten könnten. Häufig erfolge während der Promotion eine „Re-Disziplinarisierung“. Die an dieser Stelle einsetzende Diskussion machte deutlich, dass die Inter- und Transdisziplinarität zwar durchaus kenn- und auszeichnend für die Gender Studies sei, dass auf eine disziplinäre Rückkopplung aber nicht verzichtet werden könne. Die Fachgesellschaft bietet dabei die besondere Chance, Arbeitsgruppen nicht disziplinär sondern inter- und transdisziplinär anhand von Themenschwerpunkten oder regionalen Verbänden zu bilden und diese unter einem Dach zu bündeln.

Nicht zuletzt in den Herausforderungen einer gelebten Interdisziplinarität sieht *Gudrun-Axeli Knapp* (LU Hannover) die Vitalität, Produktivität und Reflexivität der Frauen- und Geschlechterforschung begründet. Diese sei zum Teil in genau jenen Merkmalen begründet, die ihr in der Außenwahrnehmung häufig als Defizite angekreidet würden, wie bspw. ihre Situierung zwischen den Stühlen (am Rand und zwischen Disziplinen und Paradigmen, zwischen Theorie und anwendungsbezogener Praxis, zwischen Wissenschaftlichkeit und politischem Veränderungsinteresse), ihre Herkunft aus einer sozialen Bewegung und den Paradoxien im Sinne nicht-intendierter Handlungsfolgen feministischer Kritik (Beispiel: Re-Inszenierung von Geschlecht durch Gleichstellungspolitik). Die kritische Abarbeitung an überkommenen Grenzziehungen, Deutungsmustern und Paradigmen habe die Frauen- und Geschlechterforschung mehr als andere wissenschaftliche Strömungen dazu genötigt, sich mit den eigenen Grundlagen und widersprüchlichen Implikationen ihrer Praxis auseinanderzusetzen, was in den vergangenen Jahrzehnten zu disziplinärem und transdisziplinärem „Pushing the Boundaries“ (Patricia Hill Collins) geführt habe. Dieses Resümee aus der bisherigen Entwicklung der Frauen- und Geschlechterforschung, die Knapp in ihrem Eröffnungsvortrag darlegte, lässt trotz der sicherlich vielfältig vorhandenen Herausforderungen für die Fachgesellschaft auf eine produktive Entwicklung hoffen. Vorhandene Anforderungen, Bedarfe und Interessen wurden während der Gründungsveranstaltung gesammelt, sind aber auch in Zukunft in die Fachgesellschaft vielfältig einzubringen.

Der erste Tag war dementsprechend primär von Fragen bestimmt, die unmittelbar Gründung und Format der Fachgesellschaft betrafen. Am Samstag stand ein wissenschaftliches Kolloquium zur Opposition „öffentlich – privat“ auf der Tagesordnung. *Ulla Wischermann* (Universität Frankfurt/M.) vertrat die These von Donna Haraway, dass in feministischen Theorien die binäre Opposition in nahezu unbegrenzter Weise aufgelöst sei. Vielmehr sei es produktiv, das Verhältnis von privat und öffentlich als ein relationales zu begreifen, über das immer neue Verständigungs- und Aushandlungsprozesse zu führen seien. Öffentlichkeit sei dann ein „Verständigungsprozess der Gesellschaft über sich selbst“.

Uta Brandes (International School of Design Köln) setzte sich mit der Bedeutung von Gender-Konstruktionen in der alltäglich gegenwärtigen Konfrontation mit Design auseinander. Dabei seien vermeintlich private Attribute in fundamentaler Weise mit dem öffentlichen Raum verstrickt, so ihre These. Dies untersuchte sie anhand der Inszenierung von Geschlecht in alltäglichen Gegenständen wie Handys.

Michael Meuser (Universität Dortmund) stellte mit Blick auf den Wandel von Erwerbsarbeit und Familie die Frage nach der Tragfähigkeit des Konzepts der hegemonalen Männlichkeit unter Entgrenzungsbedingungen. Er vertrat die These, dass der Strukturwandel der Erwerbsarbeit und die Krise des Normalarbeitsverhältnisses Herausforderungen an tradierte Männlichkeitskonstruktionen implizieren. Die vormalig institutionell gesicherte Grenzziehung zwischen den Sphären von Produktion und Reproduktion würden dadurch kontingent und zu einer intrafamilialen Verhandlungssache zwischen Mann und Frau.

Die anschließende Diskussion gestaltete sich durchaus kontrovers. Unter anderem wurde kritisiert, dass die Diskussion von „öffentlich und privat“ in der Geschlechterforschung eigentlich abgeschlossen sei. In Widerspruch dazu wurde darauf hingewiesen, dass sich die Sphären „öffentlich“ und „privat“ gerade im Informationszeitalter stark entgrenzt und verschoben hätten und deshalb einer stetig neuen Aushandlung bedürften: in der feministischen Diskussion hätte ein Schwerpunkt auf der Sichtbarmachung des Privaten in der Öffentlichkeit gelegen („das Private ist politisch“) während nun vielmehr Fragen nach dem Schutz privater Informationen sowie der „Privatsphäre“ des Individuums mehr denn je politisch relevant seien.

In ihrem Festvortrag setzte sich *Angela McRobbie* (Goldsmith College London) mit dem „undoing of feminism“ durch das Verhalten junger Frauen auseinander, für die „Feminismus“ nicht mehr attraktiv ist. McRobbie spricht von einem neuen Geschlechtervertrag („sexual contract“), der sich dadurch auszeichne, dass junge Frauen einerseits dazu ermutigt würden, aktiv an den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Konsum und Sexualität zu partizipieren, andererseits aber bestehende Geschlechterhierarchien und Dominanzverhältnisse nicht mehr in Frage stellen. In diesem Kontext stellte McRobbie zwei Figurationen weiblichen Verhaltens vor, „the post-feminist masquerade“, die sich auf die Überbetonung von Weiblichkeit bezieht, und „the phallic girl“, die sich auf die Übernahme männlich konnotierter Verhaltensweisen und „Freiheiten“ bezieht, deren Wirkungen McRobbie problematisierte. Die wissenschaftlichen Vorträge verweisen auf ein weiteres Aufgabenfeld der Fachgesellschaft: Fachtagungen zu organisieren und damit aktiv Fragen der Genderforschung möglichst interdisziplinär zu diskutieren.

Das Vorhaben, eine Fachgesellschaft Geschlechterstudien zu gründen, wurde Freitagabend erfolgreich mit über 200 Gründungsmitgliedern realisiert. In den Vorstand wurden Prof. Dr. Susanne Baer (HU Berlin), Dr. Antke Engel (Institut für Queer Theory), Dr. Regina Frey (genderbüro), Prof. Dr. Sabine Hark (TU Berlin), Aline Oloff (TU Berlin, Promovendin), Prof. Dr. Sigrid Schmitz (Universität Oldenburg/Universität Wien) und Prof. Dr. Paula Villa (LMU München) gewählt.

Fachgesellschaft Geschlechterstudien/Gender Studies Association e.V.

E-Mail: mail@fg-gender.de

Internet: <http://www.fg-gender.de/>

Auf der Homepage sind die Satzung sowie das Beitrittsformular eingestellt

Kontakt:

Prof. Sabine Hark, ZiFG der TU Berlin

Tel./Fax: 030-314 26974; 030-314 26988

Prof. Susanne Baer, HU Berlin

Tel./Fax: 030-2093 3467; 030-2093 3431

REZENSIONEN

Bernadette P. Resurreccion, Rebecca Elmhirst (Hg.)

Gender and Natural Resource Management

ISABELLE KUNZE

Die geschlechterspezifischen Auswirkungen von Umwelt, Ressourcenmanagement und Entwicklung sind wichtiger Bestandteil gegenwärtiger feministischer Forschung. Gemäß der Millenniumsagenda für die Gleichberechtigung der Geschlechter ist nachhaltige Entwicklung ohne die aktive Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen nicht möglich. Gerade wegen der natürlichen Beziehung zur Umwelt sollen Frauen als entscheidende Akteurinnen das Gender Mainstreaming auf Mikro-, Meso- und Makroebene voran bringen. Aus feministischer Perspektive betrachtet ist die Reduktion der Weiblichkeit auf dessen natürliche Essenz höchst problematisch. Die undifferenzierte Darstellung von sozial konstruierten Rollenverteilungen zwischen Männern und Frauen wird so verstärkt und die zentrale Frage des geschlechterspezifischen Machtgefälles und damit verbundenen Zugang zu und Kontrolle natürlicher Ressourcen im privaten und öffentlichen Raum bleiben aus.

Der Sammelband „Gender and Natural Resource Management: Livelihoods, Mobility and Interventions“, herausgegeben von *Bernadette P. Resurreccion* und *Rebecca Elmhirst* setzt genau an diesen Kritikpunkten an und leistet somit einen bedeutenden Beitrag zur Erforschung der geschlechtsspezifischen Dimensionen der Nutzung und dem Management natürlicher Ressourcen in Asien und Südostasien. Elmhirst und Resurreccion erheben den Anspruch, das „transformatory potential“ (3) von Gender als analytisches, feministisches Konzept an Hand von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Umweltsektoren im asiatischen/südostasiatischen Raum zu erörtern. Der Fokus liegt auf der Wiederentdeckung des „politicized and critical edge of gender“ (3) welches in Theorie und Praxis sowie auf entwicklungspolitischer Ebene in Vergangenheit durch entwicklungspolitische Konventionen instrumentalisiert und institutionalisiert wurde. Inspiriert durch feminist political ecology erstreben die Autorinnen, mögliche Ansätze auf die kürzlich in den Forschungsraum gestellten Forderungen nach verstärkt politisierten Geschlechter-Konzepten in Korrelation zu Umwelt und Entwicklung zu intensivieren.

Das Sammelwerk besteht aus 12 Kapiteln. Die theoretische Entwicklung der Kategorie Gender im Verhältnis zu Geschlecht, Entwicklung und Ressourcenmanagement wird im ersten Einleitungskapitel dargestellt. Die folgenden zehn Kapitel sind empirische Fallstudien und beschreiben die Feminisierung von Ressourcen-

management an Hand von „new realities“ (3) aus Vietnam, Thailand, Laos, China, Indonesien, Malaysia, Nepal und Kambodscha. Diese sind in drei Teile unterteilt. Der erste Teil untersucht die geschlechterspezifischen Auswirkungen von Ressourcenmanagement im Kontext globaler, neoliberaler Veränderungen. Der zweite Teil erörtert die Integration geschlechterspezifischer Belange in Projekte im Bereich des Ressourcenmanagements. Angelehnt an das feminist political ecology framework beschäftigt sich der dritte Teil mit der Frage inwiefern „gendered subjectivities“ durch den politischen Raum, ethnische/religiöse Identität und kulturell bedingte Naturverständnisse konstruiert werden.

Elmhirst und Resurreccion bieten in ihrem Einleitungskapitel eine hervorragende Hinführung zum Thema, indem sie die Entwicklung feministischer, theoretischer Ansätze zum Verhältnis von Gender und Umwelt erläutern. Das Kapitel beginnt mit einem sehr gelungenen Überblick über Debatten um Geschlecht, Entwicklung und Ressourcenmanagement und deren Verwurzelung in entwicklungspolitische Diskurse. Empfehlenswert ist die kurze, aber sehr interessante Auflistung relevanter Literatur. In Anlehnung an die dreigeteilte Struktur des Buches folgt eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Beiträge.

Entwicklungspolitische Diskurse beschreiben Gender als „a critical variable in shaping processes of ecological change, viable livelihoods and the prospects for sustainable development“ (5). Basierend auf feministischen und post-kolonialen Ansätzen fordern Elmhirst und Resurreccion eine grundsätzliche Hinterfragung der homogenen Kategorisierung der Frau im entwicklungspolitischen Kontext. Ziel des Sammelwerks ist es, Gender als zentrale, analytische Kategorie zu destabilisieren sowie die komplexen „gendered subjectivities“ hervorzuheben und kritisch zu beleuchten. Diese sind stark durch kulturelle Räume, soziale Unterschiede, Macht, ethnische Herkunft, Sexualität, Klassenunterschiede und Religion geprägt sowie ständiger Veränderungsprozesse unterworfen. Eine außerordentliche Stärke des Sammelbandes und notwendig für die Auseinandersetzung mit „knowledge“, „power“ und „women’s agency“ (14) ist der Bezug zu Judith Butlers Performativitätsansatz. Im Zentrum steht die kritische Auseinandersetzung mit Objektivität, Subjektivität und Reflexivität von sozial-ökologischer Forschung einhergehend mit der Destruktion von Identitätskategorien.

Einen spannenden Beitrag hinsichtlich sozial konstruierter Partizipationsmodellen leistet Kathleen O’Reilly (Kapitel 10) am Beispiel eines Wasserversorgungsprojekts in Rajasthan, Indien. Auf der Grundlage von kritischer Diskursanalyse analysiert O’Reilly 1. die ambivalente Positionalität von weiblichen fieldworkers innerhalb einer indischen NGO (Project Social Side) und 2. wie geschlechterspezifische Machtkonstellationen im Dorf die Bedeutung weiblicher Partizipation am Projekt beeinflussen und anfechten. Die Dekodierung von insider/outsider politics steht bei O’Reilly im Vordergrund. Besonders informativ ist auch der Methodenabschnitt, in welchem es O’Reilly hervorragend gelingt den Forschungsgegenstand in Zusammenhang mit poststrukturalistischer, feministischer Methodik und Theorie zu

setzen. Eine Stärke, die nicht in jedem der zehn Fallstudien dieses Werkes klar zu erkennen ist.

Eine besonders fruchtbare Diskussion bietet *Emma Tomalin* (Kapitel 12) indem sie die wenig erforschte Komplexität der Interaktionen zwischen Religion, Geschlecht und Umwelt veranschaulicht und diese in einen entwicklungspolitischen Kontext setzt. Tomalin leistet einen wichtigen Beitrag zur Erörterung der Essentialisierung von weiblicher Spiritualität in Beziehung zu cultural/spiritual ecofeminism. Sowohl die „politicized and relational perspective on gender and environment“ als auch Partizipationskonzepte werden in Bezug auf hegemoniale, entwicklungspolitische Diskurse hin kritisch beleuchtet.

Die einzelnen Beiträge unterschieden sich stark in ihrer Struktur, Methodik und Stil und sind allesamt sehr anregend. Sowohl die Komplexität des Themas als auch das Potenzial inter- und transdisziplinärer Forschung in diesem Forschungsfeld inspirieren dazu, feministische Forschung im Bereich des nachhaltigen Ressourcenmanagements im deutschsprachigen Raum voranzubringen.

Bernadette P. Resurreccion, Rebecca Elmhirst (Hg.), 2008: *Gender and Natural Resource Management*. London: Earthscan, 268 S., ISBN 978-1-84407-580-5.

Christa Wichterich

gleich gleicher ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung

HEIDE MERTENS

In Zeiten, in denen eher von Geschlechtergerechtigkeit und Gendermainstreaming als Teil eines umfassenden managing diversity gesprochen wird, ist es mutig und äußerst sinnvoll, ein Buch zu Frauenrechten zu schreiben. *Christa Wichterich* bilanziert in drei Teilen die Ergebnisse der internationalen Anstrengungen von Frauenbewegungen und Frauennetzwerken vor dem Hintergrund einer sich neoliberal gebärdenden und auf Freihandel fixierten Weltwirtschaft.

Im ersten Teil betreibt sie feministische Erinnerungskultur und zeichnet nach, wie die Stimme von Frauen auf den großen weltweiten Konferenzen der letzten Jahrzehnte gehört wurde. Dabei konstatiert sie von vornherein, „Frauenbewegungen haben nie mit einer Stimme gesprochen“ (22). Sie gibt einen Überblick über unterschiedliche Organisationen und Netzwerke von Feministinnen. Dabei spart sie die Konflikte zwischen „Femokratinnen“ in den Lobbyorganisationen und Basisfrauen auf der einen Seite und die zwischen Frauen aus dem Süden und Frauen aus dem Norden nicht aus. Die Weltfrauenkonferenz in Peking stellt sie als Höhepunkt und Zenit

der Bewegung dar mit dem konkreten Ergebnis, dass FrauenMenschenrechte im Abschlussdokument verankert wurden und Gendermainstreaming als Politikinstrument festgeschrieben wurde. Eine kleine professionalisierte Elite von Lobbyfrauen konnte zum „fachlich und strategisch kompetenten Verhandlungs- und Kooperationspartner staatlicher Akteure (...) avancieren“ (63). In der Folge erfuhren das Menschenrechtskonzept und Gendermainstreaming jedoch vielfache Vereinnahmungen und wurden mehr zu einem Instrument, um Frauen in die Wirtschaft zu integrieren als sie zu emanzipieren.

Die widersprüchlichen Folgen der Marktintegration von Frauen im Zuge der Globalisierung werden im zweiten Teil des Buches deutlich. Wichterich beschreibt einen umfassenden Umbau der internationalen Arbeitsteilung in Produktion und Reproduktion, der Frauen weltweit neue Lebensentwürfe und –chancen eröffnete und fragt kritisch danach, welche Emanzipationspotentiale damit tatsächlich verbunden seien. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stieg weltweit an, aber ging mit der Flexibilisierung der Beschäftigung einher. Wichterich beschreibt weltweite paradoxe Prozesse, in denen Frauen einerseits Jobgewinnerinnen, aber auch Verliererinnen sind. Durch die zunehmende Marktöffnung brechen die lokalen versorgungsorientierten Ökonomien zusammen, während sich Mittelschichtsfrauen im Norden den Arbeits- und Lebensstilen von Männern annähern. Die Ungleichheiten zwischen Frauen steigen. Damit kommt das Phänomen der transnationalen Sorgearbeit in den Blick. Frauen aus dem Süden übernehmen die Sorgearbeit für den Norden.

Der zweite Teil des Buches bietet eine Fülle von Daten und einen Überblick über die weltweiten Entwicklungen, der an manchen Stellen ratlos werden lässt. Umso wichtiger sind daher die Fallbeispiele, die auf eigenen Untersuchungen der Autorin beruhen. So gibt es eine ausgezeichnete Analyse der Effekte von Mikrokrediten an einem Beispiel aus Tamil Nadu in Südindien. In einer differenzierten Einschätzung zeigt die Autorin, wie das „Wundermittel“ Mikrokredite vor allem die Marktintegration von Frauen fördert. Dabei nützt es höchstens einem Drittel der teilnehmenden Frauen – nämlich solchen, die bereits über Ressourcen verfügen – zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse, anderen hilft es wenig, während es die ganz armen Frauen überhaupt nicht erreicht. Weitere Einzelbeispiele handeln vom „Globalen Huhn“ (163), dem „Globalen Turnschuh“ (164) und anderen globalisierten Gütern auf dem Weltmarkt. Auch der Exkurs zur „Wiedererfindung von Geschlechterungleichheit im chinesischen Kapitalismus“ (170) verbindet den Überblick über die Situation von Frauen in China mit zahlreichen Fallbeispielen.

Der abschließende dritte Teil zu den Perspektiven beginnt mit Kämpfen von Frauen gegen neoliberale Regime und transnationale Konzerne. Gegenwehr von unten verbunden mit Einflussnahme auf globale Verhandlungen scheint die mühsame Strategie zu sein. Dabei bleibt die internationale Frauenbewegung ein Geflecht großer und kleiner Koalitionen, die selten mit einer Stimme sprechen und genau die gleichen Ziele verfolgen. Allerdings identifiziert Wichterich als Schlüssel für einen Umbau die „quantitative Neuverteilung und qualitative Neubewertung von bezahlter und

unbezahlter, marktförmiger und sorgeorientierter Arbeit“ (216). Diese Forderung ist nicht neu und angesichts der Realität des 21. Jahrhunderts scheint es schwieriger denn je, sie umzusetzen. Doch Feminismus wird auch heute an unterschiedlichen Orten immer wieder neu entdeckt. Er ist „immer auch Suche, wie sich über alle Differenzen zwischen Identitäten, Ideologien und Generationen die Doppelperspektive von einerseits Geschlechtergleichheit und – gerechtigkeit (...) und von andererseits der Transformation von Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen verknüpfen lässt“ (225).

Mit der Fülle an Material und Daten bietet das Buch ein Nachschlagewerk und Überblick für Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen. Die Fallbeispiele bieten interessante neuere Details. Ohne Illusionen zu machen, gibt das Buch Mut zum weiteren Engagement.

Christa Wichterich 2009: gleich gleicher ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 240 S. ISBN 978-3-89741-289-7.

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf (Hg.)

Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs

INGRID KURZ-SCHERF

Der Sammelband „Erkenntnis und Methode“ dokumentiert, – wie die beiden Herausgeberinnen, *Brigitte Aulenbacher* und *Birgit Riegraf*, in der Einleitung schreiben „einen Moment des Innehaltens und der Reflexion der Geschlechterforschung, in dem sie den eigenen Veränderungen im Blick zurück und im Blick nach vorn nachgeht“ (10). Anlass des Innehaltens war der 60ste Geburtstag der Bielefelder Soziologin Ursula Müller, die Ende der 1980er Jahre auf eine der ersten Professuren in der Bundesrepublik Deutschland für Sozialwissenschaftliche Frauenforschung berufen wurde. Das ihr gewidmete Dokument einer vielstimmigen Selbstreflexion der Geschlechterforschung gewinnt sein Profil nicht zuletzt auch aus dem Zusammenhang aller Einzelbeiträge mit dem von Müller repräsentierten und von ihr auch maßgeblich inspirierten Forschungsprogramm.

So bezieht *Sigrid Metz-Göckel* wichtige Anregungen zu ihren Reflexionen über das „persönliche Glück im Leben von Wissenschaftler/innen“ und die dabei nach wie vor von Frauen zu bewältigenden „diskreten Diskriminierungen“ aus frühen empirischen Forschungen und theoretischen Erörterungen von Müller über oft nur vermeintlich persönliche und private Seiten des Wissenschaftsbetriebs, der wissenschaftlichen

Lebens- und Produktionsweise mit ihrer „asymmetrischen Geschlechterkultur“ (Müller). *Ulrike Vogel* untermauert die „asymmetrische Geschlechterkultur“ der Wissenschaft anhand einer vergleichenden Untersuchung der „Bewältigungschancen einer Hochschulkarriere“. Sie stößt dabei auf „überraschende Unterschiede“ zwischen den Sozialwissenschaften und der Mathematik, die sich nicht nur aus fachspezifischen Förderstrukturen der Hochschulen sondern auch aus einem fachspezifischen Geschlechterhabitus bei Männern und Frauen hinsichtlich der Wahrnehmung von „Familienpflichten“ ergeben. Ausgehend von früheren Arbeiten zu geschlechtsspezifischen Dimensionen und Formen „alltäglicher Lebensführung“ problematisieren *Karin Jurczyk* und *Maria Rerrich* die zunehmenden Differenzen unter Frauen. Sie erkennen darin auch „Zeichen der inzwischen stärker gefestigten Position von Frauen in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit“ und fragen danach, „was Frauen aus dieser neuen öffentlichen Position der Stärke machen“ – auch im Hinblick auf diejenigen, die dabei „im Schatten“ stehen.

Carol Hagemann-White knüpft mit ihren Ausführungen über „Grenzüberschreitendes Denken und Handeln: Europa als (feministisches) Projekt“ unmittelbar am frühen Engagement von Ursula Müller für eine europaweit vernetzte Frauen- und Geschlechterforschung und entsprechende Förderprogramme der EU an. Fast alle Beiträge führen die von Müller in vielen Publikationen angestellten Überlegungen zu den methodischen und methodologischen Grundlagen feministischer Wissenschaft weiter fort. Die Herausgeberinnen stellen einen Methodenmix als common sense in der Frauen- und Geschlechterforschung fest. In mehreren Beiträgen wird dieser anhand unterschiedlicher Themen- und Gegenstandsfelder dokumentiert. Methodologische Erörterungen werden dabei insbesondere im Hinblick auf den Zugang geschlechterkritischer Forschung zu vergeschlechtlichten Forschungsfeldern (u.a. *Wilz/Peppheimer*), die Handlungsorientierung feministischer Wissenschaft (u.a. *Kutzner*) und ihre Einbindung in die (widersprüchliche) Einheit „kritischer Debatten, sozialer Kämpfe und emanzipatorischer Bewegungen“ (*Groß/Winkler*) angestellt.

Auch der relativ hohe Anteil der Männer- und Männlichkeitsforschung im vorliegenden Sammelband hat deutliche Bezüge zum wissenschaftlichen Profil von Müller. *Raewyn Connell* knüpft unmittelbar an die von Sigrid Metz-Göckel und Ursula Müller 1986 publizierte „Brigitte-Studie: Der Mann“ an und stellt „Überlegungen zur Entwicklung von Erkenntnismethoden und Ansätzen der Männlichkeitsforschung“ vor dem Hintergrund transkontinentaler Konfigurationen von Männlichkeit. *Jeff Hearn* postuliert vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierung einen grundlegenden Wandel männlicher Dominanz „von gendered organizations zu transnationalen Patriarchien“, in denen sich Intersektionalität nicht nur als wechselseitige Überlagerung und Durchdringung von Benachteiligung und Unterdrückung entlang unterschiedlicher Achsen der Differenz sondern auch als Re-Konfiguration globaler Herrschaftsverhältnisse zur Geltung bringt. *Mechthild Bereswill* thematisiert „Marginalisierte Männlichkeit als gesellschaftliche und biografische Konfliktodynamik“ inhaftierter junger Männer. Dabei gewinnt „die hohe Bedeutung, die

Arbeit für Männlichkeitskonstruktionen hat, im Zusammenhang der konflikthaften Aneignungsmodi von Männlichkeit schärfere Konturen“ (146). Auch *Michael Meuser* fokussiert auf die Verknüpfung von Männlichkeit und Erwerbsarbeit und fragt nach der „Aktualität des Konzepts der hegemonialen Männlichkeit angesichts des Wandels der Erwerbsarbeit“.

Der Sammelband präsentiert „eine Momentaufnahme des gesellschaftlichen Umbruchs und seiner Bearbeitung in der Geschlechterforschung“ (20) und unterstützt damit auch das von Ursula Müller verfolgte Anliegen, Geschlechterforschung in eine umfassende Gesellschaftskritik einzubinden. *Regina Becker-Schmidt* setzt sich in diesem Kontext kritisch mit unterschiedlichen Ansätzen zu einem positivistischen Turn der Geschlechterforschung auseinander. Sie begründet erneut das Konzept einer *kritischen* Geschlechterforschung – auch im Sinn des „eingreifenden Denkens“, das „mit soziologischer Sensibilität auf Missstände, die dem gesellschaftlichen Selbstverständnis der Gleichstellung widersprechen“ (305), reagiert. *Gudrun-Axeli Knapp* befasst sich mit „Verschiebungen im Vokabular der Gesellschaftsanalyse“, die „auch auf veränderte Macht-, Opportunitäts- und Konkurrenzverhältnisse in Wissenschaft und Gesellschaft verweisen“ (311). Dass der auch im Bereich der Geschlechterforschung zu konstatierende Trend ins Unverfängliche mit einem Verlust an analytischer Schärfe und kritischer Substanz einhergehen kann, illustriert Knapp am Konzept des Widerspruchs, der als grundlegende Kategorie der Gesellschaftsanalyse zunehmend durch die Allgegenwart der Paradoxie verdrängt werde. Sie plädiert demgegenüber für eine begriffliche Unterscheidung zwischen der Analyse paradoxer Effekte feministischer Theorie und Praxis einerseits und den „Widerspruchskonstellationen“, auf die feministisches Denken und Handeln bezogen ist. „Paradoxe Effekte feministischer Grundlagenkritik“ illustriert Knapp anschließend am „Beispiel Intersektionalität“.

Den Herausgeberinnen der Festschrift für Müller ist es mit ihrer Orientierung an der Vita der Jubilarin gelungen, ein Dokument der Reflexion vorzulegen, das gleichermaßen Einblick gibt in den Stand der Dinge der soziologisch orientierten Geschlechterforschung, wie auch in die Herausforderungen, mit denen sie sich in diesen „Zeiten des Umbruchs“ konfrontiert sieht. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive und aus der Sicht anderer Disziplinen, in denen sich Geschlechterforschung und feministische Wissenschaft mittlerweile ebenso wie in der Soziologie mehr oder minder stabil im jeweiligen Lehr- und Forschungsprogramm etabliert hat, hätte man sich einen entsprechenden Hinweis im Editorial des Sammelbandes gewünscht. Letztendlich werden die Geschlechterforschung und die feministische Wissenschaft die Herausforderungen, die im vorliegenden Sammelband aus überwiegend soziologischer Sicht skizziert werden, nur bewältigen können, wenn es ihnen gelingt, sich tatsächlich als ein transdisziplinäres Projekt in der gesamten Bandbreite des akademischen und praktischen Geschlechterwissens zu etablieren.

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf (Hg.), 2009: Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs. Wiesbaden: VS, 336 S., ISBN-10:3-531-15899-6.

Birgit Riegraf, Lydia Plöger (Hg.)

Gefühlte Nähe – Faktische Distanz. Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft“

TINA JUNG

Die Herausgeberinnen *Lydia Plöger* und *Birgit Riegraf* machen es sich mit dem vorliegenden Sammelband zum Anliegen, die Debatte um das „Verhältnis zwischen Frauen- und Geschlechterforschung, Frauenbewegung und institutionalisierter Geschlechterpolitik“ einer erneuten Reflektion und Weiterentwicklung zugänglich zu machen. Neben Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozessen feministischer Wissensproduktion geben gerade die im Diskurs um die Wissensgesellschaft prognostizierten „weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen im Wissenschafts-Praxis-Verhältnis“ (9) Anlass, danach zu fragen, wie „die Verknüpfungen zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft“ (10) auch im Feminismus neu zu denken seien. Ein als „diffus erlebtes Spannungsverhältnis“ zwischen „Distanz und Nähe“ von Geschlechterforschung und -politik konstatiert in diesem Kontext *Andrea Löther*. Vor der „Folie einer gemeinsamen Geschichte“ entfalte sich einerseits eine „Klage über separate Diskurse und Abgrenzungen“. Andererseits führe aber gerade die als „natürlich“ empfundene Nähe zwischen AkteurInnen aus Wissenschaft und Politik vielfach zu Enttäuschungen: Sei es aufgrund einer „Praxisferne“ feministischer Wissenschaft oder einem, wie *Sigrid Metz-Göckel* es ausdrückt, „(impliziten) Hegemonieanspruch der feministischen Theorieanalysen“ (24). Dabei wird u.a. von Löther reflektiert, dass „das Spannungsverhältnis von Frauen- und Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik (...) häufig auch ein biographisches Spannungsverhältnis“ (17) sei. Das alltägliche „,schmutzige Geschäft‘ mit frauenpolitischen Interessen und Geschlechterpolitik“ (23) halte dabei aus Sicht von Metz-Göckel nicht nur „Ärger und Verletzung“ (23) für die AkteurInnen bereit, sondern markiere „auch die eigenen Unzulänglichkeiten, personellen Verstrickungen und Koalitionen mit den Mächtigen zur Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele“ (23). Gerade den „GrenzgängerInnen“ zwischen Wissenschaft und Politik komme aber eine wichtige Bedeutung zu, „denn sie verbinden die getrennten Bereiche, können diese gegeneinander abwägen und eine eigene Perspektive auf die Praxis konstituieren“ (26). Jenseits der abstrakten Forderung nach „kritischer Reflexion“ gehe es daher um die Schaffung „anwendungsorientierter Geschlechterforschung“ und konkreter „Anlässe für Kommunikation“, „die inzwischen etablierte Grenzziehungen zwischen beiden Handlungsfeldern verschieben können“ (42). Auch *Claudia Neusüß* – selbst Grenzgängerin zwischen Akademie und Praxis – plädiert im Gespräch mit *Julia Chojecka* für die Erweiterung eines Begegnungs- und Transferkorridors zwischen Theorie und Praxis (14). An „gemeinsamen Begegnungsräumen“ ist es auch *Regina*

Harzer gelegen. Sie diskutiert aus rechtsphilosophischer Perspektive, „wie sich das Recht im Rahmen dieser Kommunikation integriert, präsentiert und möglicherweise diese Kommunikation nicht unbeachtlich mitbestimmt“ (181). *Birgit Riegraf* betont in diesem Kontext, dass jedoch gerade „die Distanzierung und Differenzierung [zwischen Geschlechterforschung und -politik] eine Voraussetzung dafür [sei], dass beide füreinander Kenntnisse und Leistungen bereithalten“ könnten (78). *Regina Maria Dackweiler* erweitert den Blick auch um den Einbezug der Frauenbewegung. Unter Rückgriff auf die Prinzipien der „transversalen Politik“ skizziert Dackweiler die Umrisse eines möglichen kollektiven Lernprozesses, „der die Grundlage einer (Selbst-)Aufklärung über die Spannungen und Widersprüche“ (177) zwischen den „drei Polen Geschlechterforscherinnen, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie Bewegungsfrauen“ sei (121).

Insgesamt etabliert sich der Begriff des Geschlechterwissens als Schlüsselkategorie einer veränderten Relation von Politik und Wissenschaft. *Angelika Wetterer* entwickelt hier eine Typologie des Geschlechterwissens, mit der auch den Schwierigkeiten des Dialogs und den Ausprägungen der Differenz nachgespürt werden könne. Der Frage, ob und wie trotz des Spannungsverhältnisses zwischen Gleichstellungspolitik und -forschung Geschlechterwissen praktisch werden kann bzw. umgekehrt aus dem Praktischen Anstöße für neue Forschungsmethodologien und -felder resultieren können, widmet sich *Heike Kahler*. Als zentrales Moment arbeitet sie dabei heraus, dass die Differenz zwischen praktischem und wissenschaftlichem Wissen „nicht hierarchisch, sondern qualitativ zu denken sei“, insofern Wissenschaft „nicht notwendig ein besseres, sondern zunächst einmal ein anderes Wissen“ liefere (52). Irritationen und Problemlagen, die sich aus der Entwicklung der Gendertheorie und Gleichstellungspolitik ergeben, thematisieren *Katharina Gröning* und *Sabine Hark*. Für Gröning erschweren gerade antiessentialistische und „persuasive Programme“ maßgeblich „die Begründung einer offensiven Gleichstellungspolitik“ (158) und seien neben dem gestiegenen Anerkennungsdruck auf einzelne WissenschaftlerInnen mit dafür verantwortlich, dass GeschlechterforscherInnen und Gleichstellungsbeauftragte „weiter auseinander getrieben“ würden (160). Demgegenüber macht es sich Hark zum Anliegen, auch und gerade Verbindungsmöglichkeiten zwischen Queer Theory und einer gleichstellungsorientierten Rechtspolitik herauszuarbeiten. Es gelte, „einen Dialog zwischen den radikal verschiedenen Lebensweisen zu initiieren sowie eine Sprache und Formen gesellschaftlicher Teilhabe zu entwickeln, die uns nicht alle auf ein Maß eichen will und die auf der Veränderlichkeit gegebener Identitäten basiert“ (112).

Susanne Baer fordert angesichts der „Renaissance gleichstellungsfeindlicher Positionen“ nicht nur „Kompetenz gegen Diffamierung“ (144), sondern ebenso selbstkritisch eine „Qualitätsdebatte“ über gute und schlechte Praxen auf beiden Seiten. *Ursula Müller* rekonstruiert abschließend in der „Nachlese“ die aus ihrer Perspektive zentralen Themenfelder des Bandes und verlängert die aufgeworfenen Fragen als Zukunftsaufgaben.

Resümierend lässt sich festhalten, dass den im Untertitel des Bandes angekündigten Perspektiven auf die Wissensgesellschaft nur bedingt Rechnung getragen werden kann, da häufig eine explizite Rückbindung an gesamtgesellschaftliche Implikationen fehlt. Ebenso wird insgesamt leider nur wenig systematisch entwickelt, welche Konsequenzen sich konkret für das feministische Selbstverständnis in der Frage der Relation von Wissenschaft und Politik ergeben. Dennoch ist der Band ein lohnenswerter Beitrag zu einer notwendigen Selbstverständigungsdebatte im Feminismus, – jedenfalls insofern am „gemeinsamen Ziel“ von Geschlechterforschung und -politik, nämlich der „Veränderung von herrschenden patriarchalen Verhältnissen“ (20), auch unter den Bedingungen der ‚Wissensgesellschaft‘ festgehalten werden soll.

Birgit Riegraf, Lydia Plöger (Hg.), 2009: *Gefühlte Nähe – Faktische Distanz. Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik. Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissensgesellschaft“*. Leverkusen: Barbara Budrich Verlag, 211 S., ISBN 978-3-86649-201-1.

Antke Engel

Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus

KARIN SCHÖNPFLUG

Antke Engel setzt sich in ihrer jüngsten Monographie aus einer queeren Perspektive mit der visuellen Repräsentation von Subjektivitäten im Neoliberalismus auseinander. Ausgangspunkt ist ihre Beobachtung, dass „zunehmend Bilder zu finden sind, die auf eindeutige Markierungen sozialer Identitäten verzichten und stattdessen ein Changieren geschlechtlicher oder ethnischer Attribute, eine Ambiguität von Begehrensachsen oder eine Ungewissheit sozialer oder geopolitischer Verortung produzieren. (...) Bilder geschlechtlicher und sexueller Abweichung und Dissidenz [sind] im Mainstream angekommen.“ (14)

Engel lässt sich von der These leiten, dass neoliberale Transformationen gegenwärtig mit einer neuen Form der sozialen Integration, die sie als „projektive Integration“ bezeichnet, einhergehen. Sie untersucht mithilfe der Bildlektüre (d.h. in der Auseinandersetzung mit Fotografien und Zeichnungen aus den Bereichen Werbung und Kunst), ob und mit welchen Auswirkungen queere Politiken auf neoliberale Gesellschaften einwirken. Hierbei wird postuliert, dass neoliberale Diskurse eine Pluralisierung sexueller Subjektivitäten und Lebensformen forcieren, und sexuelle Subjektivitäten konstituiert werden, die der Konsolidierung der neoliberalen Ordnung dienen. Im ersten Teil „Technik und Taktik der projektiven Integration“ bietet Engel eine komplexe und kompakte Sammlung zu den Begrifflichkeiten Diversity, Differenz

als kulturelles Kapital, Hybridität, Hegemoniebildung. Das Konzept der Heterotopie (nach Foucault ein von der Umwelt abgeschlossener Mikrokosmos, ein Möglichkeitsraum zur Realisierung von Utopien) und die Idee des „outside belongings,“ (nach z.B. Probyn die Zugehörigkeit zu einer solchen Randwelt), werden erklärt und mit Beispielen gut lesbar für den weiteren Verlauf der Diskussion eingeführt.

Im Anschluss spricht Engel die krisenhaften Kernthemen der neoliberalen Ökonomie an: Das erste Kapitel der Bildlektüre („Verführung in die Verantwortung“) beschäftigt sich mit der neoliberalen Paradoxie Unabhängigkeit vs. Verantwortlichkeit, die ihren Ursprung in Beckers Konzept des Altruisten genommen hat. Wo die neoklassische Ökonomie die Schizophrenie des neoliberalen Subjektes mit einer verdrehten Logik der Ausweitung der Marktrationalität auf den (heterosexuellen) Haushalt unter Ausblendung von Macht erklärt, erfreut Engel mit einer erfrischenden Lesart zweier sehr gegensätzlicher Bilder aus dem Nischenmarketing bzw. aus dem lesbisch (trans)-feministischen Kunstbereich. Die Kernproblematik von „Caring Labor“ (bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit) wird in diesem Kapitel um die Dimensionen „Dasein“ (nach Heidegger, d.h., vereinfacht beschrieben, ein durch Engagement ausgezeichnetes In-der Welt sein, das über die alleinige physische Präsenz hinausgeht) und um die Option eines lesbischen Phallus, der eine lesbische Handlungsmacht abseits von Heteronormativität und Patriarchat ausdrückt, ergänzt.

In „Widersprüche der Paradoxien“ beschäftigt sich Engel mit dem „Zeitalter der Gier und Verschwendung“ (Piercy 1976). Über die bildhaft geschaffene Metapher der als „Hunger in Drag“ interpretierten Travestie auf dem Coverbild des Buches und anhand einer Federzeichnung über das Erbrechen, versucht sie die postkoloniale, gewaltgeprägte, sexualisierte Beziehung zwischen Nord-Süd und die Möglichkeiten sexualpolitischer Interventionen abzuarbeiten.

In „Paar werden – Strange werden“ geht es schließlich um das Eingehen von Paarbeziehungen und (De)sexualisierung im neoliberalen Kontext, das Engel anhand von Werbematerial des Autounternehmens Ford und der Ersten Bank diskutiert. Hier stellt sich die Frage, ob sexualisierte Strangeness (d.h. nach Bhabha unheimlich, im Sinne von nicht heimelig, nicht beheimatet, anders und beunruhigend sein) zu einem Begehren nach ökonomischer Diversität bzw. nach alternativen Wünschen führen kann. Abschließend beschäftigt sie sich im letzten Kapitel anhand einer Photographie einer südafrikanischen Künstlerin mit der spannenden und komplexen Frage, wie Spiegel und Rahmen als Bildproduktionsmittel der Heterotopie in post-kolonialen Kontexten zu verwenden sein können, „um eine visuelle Repräsentation eines sexuellen Körpers zu erstellen, der erotisiert werden kann, ohne mit rassistischen, sexistischen und heteronormativen Bildern beladen zu werden.“ (179).

Engel kommt zu dem Schluss, dass eine Öffnung für queere Perspektiven dazu beitragen kann, heteronormative, neoliberale Verhältnisse zu durchkreuzen, dass „queeres Begehren als kapitalismuskritische Kraft wirken kann und sich Neugier und Experimentierfreude zwecks Erprobung und Umsetzung veränderter Formen des Wirtschaftens und nicht-kapitalistischer Ökonomie entwickeln könnte.“ (232)

Engels Buch arbeitet die beschriebenen Themen sehr sorgfältig und dennoch auf oft überraschende und leichtläufige Art auf. Visuelle Eindrücke werden mit komplexen queer-philosophischen Theorien verknüpft und in einen sozioökonomischen Zusammenhang gebracht. Auch dieses Buch von Engel ist eine ausgezeichnete Basis zur weiteren Diskussion von Queering als möglicher erfolgreicher Gegenstrategie einer neoliberalen Ökonomie.

Doch die Prämisse der Arriviertheit von Dissidenz im Mainstream mag mich auch anhand des ausgewählten Bildmaterials nicht überzeugen. Ich sehe alle Beispiele nicht explizit abseits vom queeren Zielpublikum zugänglich, da sie entweder dem Nischenmarketing oder Kunsträumen (d.h. abgegrenzten Heterotopien) entstammen. Die Frage, ob queere Praktiken nicht auch als Steigbügelhalter neoliberaler Strategien fungieren können, wird zwar durchgängig diskutiert, jedoch für mich nicht ausreichend beantwortet und schlussendlich etwas beiseite gelegt. Obwohl dies möglicherweise intendiert ist, wäre mir eine klarere Auflösung sehr wichtig gewesen, besonders da die Analyse von Neoliberalismus hier auf der Ebene der kulturellen Repräsentation und Visualisierung diskursiver Praxen verbleibt, denn so könnten queere Bildentwürfe statt als subversive Kritik mit dem Ziel der Veränderung von Macht-, Reichums- und Herrschaftsverhältnissen auch als Überbewertung und Fetischisierung kultureller Differenz d.h. als bloße Erotisierung von Globalisierungskritik interpretiert werden.

Antke Engel, 2009: Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus. Bielefeld: transcript, 254 S., ISBN 978-3-89942-915-2.

Sabine Berghahn, Petra Rostock (Hg.)

Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz

GESINE FUCHS

Der vorliegende Sammelband ist im Rahmen des Forschungsprojektes VEIL (Values, Equality and Difference in Liberal Democracies – Debates about Muslim Headscarves in Europe) entstanden. Die Herausgeberinnen möchten deren Ergebnisse für die deutschsprachige Debatte nutzbar machen. Dabei gehen sie vom zentralen Projektergebnis aus: für die national unterschiedliche Regulierung des Kopftuchs spielen die jeweiligen Staatsbürgerschaftsregime, Integrationspolitik, Kirche-Staat-Beziehungen, Genderregime und Antidiskriminierungsmaßnahmen zusammen und bilden den gemeinsamen Bezugsrahmen dieser Debatte. Insgesamt zeigen die Beiträge im Band, dass erstens generelle Kopftuchverbote in Deutschland, etwa im

Schuldienst, rechtlich unhaltbar sind, dass zweitens die Debatte ähnlich wie in anderen europäischen Ländern dazu dient, Diskussionen über „eigene“ Werte anzustoßen und die Abgrenzung zu den „Anderen“, sprich MuslimInnen zu fördern, sowie drittens, dass dem Tuch über die Köpfe der Trägerinnen hinweg einseitig uniforme Bedeutungen zugewiesen werden, die der realen Vielfalt und Mehrdeutigkeit in keiner Weise gerecht werden.

In Europa unterscheiden sich die politischen und rechtlichen Regulierungen erheblich. Grundsätzlich lassen sich für das Kopftuch zwei Arten von Regelungen finden: einerseits prohibitive in laizistischen Staaten wie der Türkei oder Frankreich und andererseits eher tolerante Lösungen in religiös neutralen Staaten wie der Schweiz oder Österreich. Deutschland fällt hier mit restriktiven Regelungen (für Lehrkräfte) deutlich aus dem Rahmen.

Anders als der Titel vermuten lässt, konzentrieren sich die Beiträge auf Deutschland, vier Texte geben einen Überblick über Regulierungen und Debatten in Österreich, der Schweiz, Frankreich und Großbritannien. Beim exzellenten Beitrag zur Schweiz ist spürbar, dass dieses Land – leider – nicht Teil des Forschungsprojekts war. Die Beiträge zu den deutschsprachigen Ländern zeigen die Bandbreite möglicher Regulierungen bei ähnlichen Verständnissen religiöser Neutralität.

Insgesamt neun Beiträge beschäftigen sich mit den (verfassungs)rechtlichen Aspekten der Ländergesetze zum Kopftuch. Hier ist eine Lektüre des Anhangs, in dem die wichtigsten Entscheidungen des deutschen Bundesverfassungsgerichts mit religiösem Bezug beschrieben sind, außerordentlich hilfreich. Im September 2003 entschied das Bundesverfassungsgericht auf die Verfassungsbeschwerde von Fereshta Ludin hin, dass ein Kopftuch durch die Religionsfreiheit in Art. 4 GG geschützt sei und dass das Kopftuchverbot für eine Lehrerin keine ausreichende gesetzliche Grundlage habe. Allerdings könne gesellschaftlicher Wandel und religiöser Pluralismus Anlass sein, religiöse Bezüge in der Schule konfessionsneutral neu zu regeln (Urteil vom 24.09.2003, Az 2 BvR 1436/021). Herausgegriffen sei hier der Beitrag von *Kirsten Wiese*, in dem sie eine gut lesbare Grundrechtsabwägung zwischen dem Recht der Lehrerin auf Bekenntnisfreiheit und den möglichen Beeinträchtigungen der Rechten anderer durch das Kopftuch (z. B. negative Religionsfreiheit) durchführt. Sie kommt zum Ergebnis, dass generelle Verbote Musliminnen mit Kopftuch diskriminieren, dass das Kopftuch aber selbst Ausdruck der minderwertigen Stellung muslimischer Frauen sein kann. Der Staat dürfe Kopftücher im Schuldienst nicht generell verbieten, aber auch nicht über mögliche negative Wirkungen hinwegsehen, sondern er solle Einzelfälle prüfen. Analysen der Parlamentsdebatten um Kopftuchgesetze (*Christian Henkes/Sascha Kneip, Ute Sacksofsky*) zeigen deutlich, dass es dabei entgegen dem Karlsruher Urteil häufig um die Diskriminierung nicht-christlicher Religionen ging, bei der Neutralität, Grundwerte und Bildungsauftrag der Schule nur vorgeschoben waren: so sind in sieben Bundesländern weiter christliche Bekundungen der Lehrkräfte zugelassen. *Elisabeth Holzleithner* zeigt in ihrem Text zur Debatte um Feminismus und Multikulturalismus, dass es nicht (nur) um das

Kopftuch geht, sondern auch um Autonomie. Einsatz für gleiche Freiheit und Lebensoptionen muslimischer Frauen und Männer sei daher gefragt. Kopftuchverbote seien meist keine brauchbare Maßnahme für mehr Autonomie. *Birgit Rommelsbacher* zeichnet die Diskussion um Emanzipation muslimischer Frauen im liberalen Feminismus nach und kritisiert die Vorstellung einer einzig guten und wahren Emanzipation über alle Gesellschaften hinweg als westlich-hierarchisch. Bestehende Dominanzverhältnisse würden damit einmal mehr bestätigt. Im einzigen Beitrag zum Selbstverständnis kopftuchtragender Musliminnen beschäftigt sich *Indre Monjezi Brown* mit der Diversität muslimischer (feministischer) Standpunkte zum Kopftuch in Theorie und Praxis; auch sie kritisiert das Dominanzverhalten westlicher Feministinnen.

Der Band schließt mit zwei Beiträgen von Protagonistinnen der feministischen Debatte nach dem Urteil von 2003. *Barbara John*, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, weist auf negative soziale Auswirkungen der Debatte und der Gesetze hin, nämlich auf die steigende berufliche Diskriminierung Kopftuch tragender Frauen. In einem ausführlichen Gespräch mit *Sabine Berghahn* und *Petra Rostock* erklärt eine damalige Gegenspielerin, die Soziologin *Halina Bendkowski*, ihre Position: ein Kopftuchverbot sei an der Schule nötig, um Druck und Zwang von muslimischen Mädchen zu nehmen. Bendkowski argumentiert aus einer radikal religionskritischen Position – alle Religionen wiesen erhebliches Repressionspotenzial auf, wie sie mit Verweis auf ihre katholische Kindheit betont. Eine Annäherung der Standpunkte im Gespräch gibt es nicht, doch können sich alle darauf einigen, dass gegen Dominierung und Zwang politische Maßnahmen notwendig sind, seien es Aufklärung, Unterstützung oder Empowerment. Insgesamt weisen viele Beiträge darauf hin, wie eine offene, demokratische, nicht-koloniale und herrschaftskritische Debatte zu führen wäre: diese muss alle Stimmen, auch die nicht-hegemonialen und die der Betroffenen einbeziehen, was gerade die Beiträge zur feministischen Diskussion zeigen: stellvertretend für die „armen“ muslimischen Frauen zu sprechen, ist unangebracht. Zudem zwingen die juristischen Diskussionen dazu, sich zuerst einmal anhand übergeordneter (verfassungs)rechtlicher Maßstäbe mit Prinzipien und später mit konkreten Problemen zu beschäftigen.

Da die Texte zu den rechtlichen Aspekten zum Teil Überschneidungen haben, wäre es schön gewesen, mehr zum Selbstverständnis muslimischer Frauen zu lesen. Insgesamt ist ein anregendes Buch entstanden, das hoffentlich fachliche Diskussionen befruchtet, aber auch nachweislich Laien wertvolle sachliche Impulse geben kann.

Sabine Berghahn, Petra Rostock (Hg.), 2009: Der Stoff aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Bielefeld: transcript, 522 S., ISBN 978-3-89942-959-6.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Banaszak, Lee Ann 2009: *The Women's Movement Inside and Outside the State*. Cambridge: Cambridge University Press, 256 S., ISBN: 978-0521115100.

Debus, Tessa/**Kreide**, Regina/**Krennerich**, Michael (Hg.), 2009: *Frauen-Menschenrechte*. Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 3, Nr. 1, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Dietze, Gabriele/**Brunner**, Claudia/**Wenzel**, Edith (Hg.), 2009: *Kritik des Okzidentalismus*. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld: transcript, 318 S., ISBN 978-3-8376-1124-3.

Griffin, Penny 2009: *Gendering the World Bank: Neoliberalism and the Gendered Foundations of Global Governance*. Hampshire: Palgrave Macmillan, 240 S., ISBN: 978-0230218277.

Hörtner, Maria 2009: *Die unsichtbaren Kämpferinnen*. Frauen im bewaffneten Konflikt in Kolumbien zwischen Gleichberechtigung und Diskriminierung, Papyrossa Verlagsgesellschaft, 186 S., ISBN 3894384247.

Lenz, Anne/**Paetau**, Laura, 2009: *Feminismen und „Neue Politische Generation“*. Strategien feministischer Praxis, Münster: Westfälisches Dampfboot, 151 S., ISBN 978-3-89691-778-2.

Lück, Detlev, 2009: *Der zögernde Abschied vom Patriarchat*. Der Wandel von Geschlechterrollen im internationalen Vergleich, Berlin: edition sigma, 360 S., ISBN 3894045671.

Lutz, Helma (Hg.), 2009: *Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 274 S., ISBN 3896912267.

Nowak, Jörg, 2009: *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft*. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien, Münster Westfälisches Dampfboot, 292 S., ISBN 978-3-89691-767-6.

Pechriggl, Alice/**Mertlitsch**, Kirstin/**Isop**, Utta/**Hipfl**, Brigitte (Hg.), 2009: *Über Geschlechterdemokratie hinaus*. Beyond Gender Democracy, Klagenfurt; Celovec: Drava, 182 S., ISBN 978-3-85435-593-9.

Projektgruppe GiB, 2010: *Geschlechterungleichheiten im Betrieb*. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft, Berlin: edition sigma, 564 S., ISBN 978-3-8360-8710-0.

Schwarzkopf, Manuela, 2009: *Doppelt gefordert, wenig gefördert*. Alleinerziehende Frauen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Berlin: edition sigma, 88 S., ISBN 9783836011020.

Shepard, Laura R. 2009: *Gender Matters in Global Politics: A Feminist Introduction to International Relations*. Oxford: Routledge Chapman & Hall, 440 S., ISBN: 978-0415453882.

Vorheyer, Claudia 2010: *Prostitution und Menschenhandel als Verwaltungsproblem: Eine qualitative Untersuchung über den beruflichen Habitus*. Bielefeld: Transcript Verlag, 464 S., ISBN: 978-3837614121.

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Femina Politica – Heft 1/2011: Feministische Perspektiven auf Friedens- und Sicherheitspolitik (Arbeitstitel)

Neue Kriege und Terrorismus sind jene Begriffe, die den politischen Diskurs zu Frieden und Sicherheit aktuell maßgeblich bestimmen. Dies gilt in weiten Teilen auch für die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen in der Politikwissenschaft. Friedenspolitische Ansätze und Instrumentarien der Konfliktprävention ebenso wie der Konfliktbearbeitung sind gleichzeitig weitgehend aus dem Blick politischer AkteurInnen und politikwissenschaftlicher TheoretikerInnen und AnalytikerInnen geraten.

Feministische Perspektiven finden sich in den Internationalen Beziehungen, insbesondere aber auch im Feld der Friedens- und Konfliktforschung/Sicherheitspolitik weiterhin marginalisiert.

Auch Friedens- und Konfliktforschung verengt sich zunehmend auf sicherheitspolitische Fragestellungen. Feministische Erweiterungen eines allein auf kriegerische Gewalt hin orientierten Sicherheitsbegriffs sind damit aktueller denn je.

Das geplante Schwerpunktheft der Femina Politica untersucht aktuelle wissenschaftliche Diskussionen und politische Praxen in zweifacher Hinsicht aus kritischer Perspektive: Zum einen soll feministische Kritik entsprechenden Raum finden, zum anderen kann eine solche Kritik als Ausgangspunkt für eine Perspektivenerweiterung entlang eines feministisch gefassten Sicherheitsbegriffs dienen. Damit versucht der geplante Schwerpunkt die Irritation hegemonialer sicherheitspolitischer Forschung aus feministischer und friedenspolitischer Sicht.

Beiträge zu folgenden Fragenkomplexen können eingereicht werden:

a) Feministische Kritik hegemonialer Diskurse und Theoriebildung

Welche Kritik können aus feministischer Sicht an hegemonialer Wissensproduktion in diesem Feld formuliert werden? Inwiefern interagieren feministische Theoriebildung und aktuelle Diskurse zu Sicherheit und Terror? Welche Position gegenüber solchen Diskursen und Politikansätzen nehmen Frauenfriedensorganisationen und -gruppen ein?

b) Feministische Bestandsaufnahme friedens- und sicherheitspolitischer Praxis

Welche Entwicklung hat Friedens- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren aus feministischer Perspektive genommen? Welche Rolle spielt die Kategorisierung

Geschlecht in aktuellen sicherheits- und friedenspolitischen Strategien staatlicher und nicht-staatlicher AkteurInnen? Welche Bedeutung haben geschlechterpolitische Instrumentarien wie die UN-Resolution 1325 im Kontext aktueller politischer Entwicklungen? Welche friedenspolitischen Instrumentarien sind in den aktuellen politikwissenschaftlichen Diskussionen relevant, wie sind diese auf feministisch-politikwissenschaftlicher Sicht einzuschätzen?

c) Feministische friedenspolitische Entwürfe

Welche Forderungen für internationale und nationale Friedenspolitik ergeben sich auf der feministischen Kritik an hegemonialen Praxen und Theorien? Welche Impulse für Friedenspolitik ergeben sich aus aktuellen feministischen Debatten zu Postkolonialer Theorie und Intersektionalität? Aus welchen Beispielen friedenspolitischer Praxis lässt sich aus feministischer Sicht lernen?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Sarah Clasen (Gastherausgeberin), Eva Maria Hinterhuber und Jutta Bieringer betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **15. Juli 2010** an sclasen@zedat.fu-berlin.de, eva.hinterhuber@web.de, jbieringer@gmx.de oder die Redaktion redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert Frauen in der Wissenschaft. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Herausgeberinnen wählen auf der Basis der eingereichten Vorschläge Beiträge aus. Der **Abgabetermin für die fertigen Beiträge** im Umfang von 25.000 bis max. 30.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist der **15. Oktober 2010**.

Neuerscheinungen

- Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika** (Hg.), 2009: Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie** (Hg.), 2010: Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik. Opladen: Barbara Budrich.
- Ayaz, Aazar/Fleschenberg, Andrea** (Hg.), 2009: The Gender Face of Asian Politics, Oxford: Oxford University Press.
- Behning, Ute**, 2009: Sozialpolitik im europäischen Mehrebenensystem. Analysen kommunikativen Handelns am Beispiel des Politikprozesses zum Hartz-IV-Gesetz. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Bagilhole, Barbara**, 2009: Understanding Equal Opportunities and Diversity. The social differentiations and intersections of inequality, Bristol: Policy Press.
- Biermann, Ingrid**, 2009: Von Differenz zu Gleichheit. Frauenbewegung und Inklusionspolitiken im 19. und 20. Jahrhundert. Bielefeld: transcript Verlag.
- Correl, Lena**, 2010: Anrufungen zur Mutterschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ehnis, Patrick**, 2009: Väter und Erziehungszeiten. Politische, kulturelle und subjektive Bedingungen für mehr Engagement in der Familie. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Featherstone, Brid**, 2009: Contemporary Fathering. Theory, policy and practice. Bristol: Policy Press.
- Flick, Sabine/Hornung, Annabelle** (Hg.), 2009: Emotionen in Geschlechterverhältnissen. Affektregulierung und Gefühlsinszenierung im historischen Wandel. Bielefeld: Transcript.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene/MacRobbie, Angela** (Hg.), 2010: Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Aus der Reihe: Geschlecht und Gesellschaft 44. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Lenz, Ilse**, 2009: Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Ausgewählte Quellen. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Jurczyk, Karin/Lange, Andreas** (Hg.), 2009: Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen! Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Krook, Mona Lena**, 2009: Quotas for Women in Politics. Gender and Candidate Selection Reform Worldwide. Oxford: Oxford University Press.
- Krook, Mona L./Childs, Sarah** (Hg.), 2010: Women, Gender, and Politics. A Reader. Oxford: Oxford University Press.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra** (Hg.), 2009: Feminismus: Kritik und Intervention. Reihe: Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 11. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Löw, Christine**, 2009: Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik? Die postkolonialen Untersuchungen von Gayatri C. Spivak zu Globalisierung und Theorieproduktion. Sulzbach/Ts.: Ulrike Helmer Verlag.
- Lück, Detlev**, 2009: Der zögernde Abschied vom Patriarchat. Der Wandel von Geschlechterrollen im internationalen Vergleich. Berlin: edition sigma.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie** (Hg.), 2009: Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Lutz, Helma** (Hg.), 2009: Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pascall, Gillian/Kwak, Anna**, 2009: Gender Regimes and Transition in Central and Eastern Europe. Bristol: Policy Press.
- Projektgruppe GiB**, Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft. Berlin: edition sigma 2010.
- Thaler, Anita/Wächter, Christine** (Hg.), 2009: Geschlechtergerechtigkeit in Technischen Hochschulen. Theoretische Implikationen und Erfahrungen aus Deutschland, Österreich und Schweiz. München/Wien: Profil Verlag.
- Villa, Paula/Thiessen, Barbara** (Hg.), 2009: Mütter – Väter. Diskurse, Medien, Praxen. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Abels, Gabriele, 2009: Die Welt ist weiblich – und doch von Männern regiert?! Oder: Wie hoch hängt die gläserne Decke in der Politik? In: Rittberger, Volker (Hg.): Wer regiert die Welt und mit welchem Recht? Baden-Baden: Nomos, 155-183.

Abels, Gabriele/Lepperhoff, Julia, 2010: Frauen-, Geschlechter- und Intersektionalitätsforschung. Methodologische Entwicklungen und offene Fragen. In: Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje/Prenzel, Annedore (Hg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. 3. vollständig überarbeitete Auflage: Weinheim und München: Juventa, 771-781.

Annesley, Claire, 2010: Gender, Politics and Policy Change: The Case of Welfare Reform Under New Labour. Government and Opposition. Vol. 45 No. 1, 50-72.

Béland, Daniel, 2009: Gender, Ideational Analysis, and Social Policy, Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, Vol. 16 No. 4, 558-581.

Coe, Anna-Britt, 2009: ‚Being in the Spaces where Decisions are Made‘: Reproductive Rights Advocacy and Policy Influence in Two Regions of Peru, Social Movement Studies, Vol. 8 No. 4, 427-447.

De Henau, Jérôme/Meulders, Danièle/O’Dorchai, Síle, 2010: Maybe Baby: Comparing Partnered Women’s Employment and Child Policies in the EU-15. Feminist Economics, Vol. 16 No. 1, 43-77.

Escobar-Lemmon, Maria/Taylor-Robinson, Michelle M., 2009: Getting to the Top: Career Paths of Women in Latin American Cabinets. Political Research Quarterly, Vol. 62 No. 4, 685-699.

Eulriet, Irène, 2009: Towards More Coherence? Policy and Legal Aspects of Gender Equality in the Armed Forces of Europe, Journal of European Integration, Vol. 31, No. 6, 741-756.

Garforth Lisa/Kerr, Anne, 2009: Women and Science: What’s the Problem? Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, Vol. 16 No. 3, 379-403.

Gerhards Jürgen/Schäfer, Mike S./Kämpfer, Sylvia, 2009: Gender Equality in the European

Union: The EU Script and its Support by European Citizens, Sociology, Vol. 43, 515-534.

Ghosh, Biswajit, 2009: Trafficking in women and children in India: nature, dimensions and strategies for prevention. The International Journal of Human Rights, Vol. 13, No. 5, 716-738.

Henehan, Marie T./Sarkees, Meredith Reid, 2009: Open Doors and Closed Ceilings: Gender-Based Patterns and Attitudes in the International Studies Association, International Studies Perspectives. Vol. 10 No. 4, 428-446.

International Feminist Journal of Politics: Vol. 11 No. 4: Institutionalizing Intersectionality in Europe.

Jacquot, Sophie, 2010: The Paradox of Gender Mainstreaming: Unanticipated Effects of New Modes of Governance in the Gender Equality Domain. West European Politics, Vol. 33, No. 1, 118-135.

Jenson, Jane, 2009: Lost in Translation: The Social Investment Perspective and Gender Equality, Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, Vol. 16 No. 4, 446-483.

Knijn, Trudie/Smit Arnoud, 2009: Investing, Facilitating, or Individualizing the Reconciliation of Work and Family Life: Three Paradigms and Ambivalent Policies

Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, Vol. 16 No. 4, 484-518.

Krieg, Sarah H., 2009: Trafficking in Human Beings: The EU Approach between Border Control, Law Enforcement and Human Rights. European Law Journal, Vol. 15, No. 6, 775-790.

Kupfer, Antonia, 2010: The socio-political significance of changes to the vocational education system in Germany. British Journal of Sociology of Education. Vol 31, No. 1, 85-97.

Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra, 2009: Gleichheit, Freiheit, Solidarität: feministische Impulse für die Wiederaufnahme eines umkämpften Projekts. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster: Westfälisches Dampfboot, 278-296.

Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra, 2009: Über formale Gleichheit und Gleichstellung hinaus: Feministische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Einlei-

tung. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): *Feminismus: Kritik und Intervention*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-22.

Lang, Sabine, 2009: *Assessing Advocacy: European Transnational Women's Networks and Gender Mainstreaming, Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Vol. 16 No. 3, 327-357.

Lepperhoff, Julia, 2009: *Antidiskriminierungspolitik und Diversity Politics*. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): *Feminismus: Kritik und Intervention*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 133-147.

Lepperhoff, Julia, 2010: *Im Schatten der Familienpolitik: Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik der Großen Koalition*. In: Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.): *Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik*. Leverkusen. Opladen: Barbara Budrich, 25-45.

Lieberfeld, Daniel, 2009: *Parental Protest, Public Opinion, and War Termination: Israel's 'Four Mothers' Movement*. *Social Movement Studies*, Vol. 8, No. 4, 375-392.

MacRae, Heather, 2009: *The EU as a Gender Equal Polity: Myths and Realities*. *Journal of Common Market Studies*, Vol. 48 No. 1, 155-174.

Marshall, Gul Aldikacti, 2009: *Authenticating Gender Policies through Sustained-Pressure: The Strategy Behind the Success of Turkish Feminists*. *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Vol. 16 No. 3, 358-378.

O'Neill, Brenda/**Stewart**, David K., 2009: *Gender and Political Party Leadership in Canada, Party Politics*, Vol. 15 No. 6, 737-757.

Orloff, Ann Shola/**Palier**, Bruno, 2009: *The Power of Gender Perspectives: Feminist Influence on Policy Paradigms, Social Science, and Social Politics, Social Politics*, Vol. 16 No. 4, 405-412.

Paxton, Pamela/**Hughes**, Melanie M./**Painter II**, Matthew, A., 2010: *Growth in women's political representation: A longitudinal exploration of democracy, electoral system and gender quotas*. *European Journal of Political Research*. Vol. 49 No. 1, 25-52.

Rüling, Anneli, 2010: *Ausbau der frühkindlichen Betreuung in Deutschland und England – Ökonomisierung der Familienpolitik oder bildungspolitische Wende?* In: Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.): *Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik*. Leverkusen. Opladen: Barbara Budrich, 197-217.

Trappe, Heike, 2009: *Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Frauen- und Gleichstellungspolitik*. *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*. 1. Jg. H. 1, 9-27.

Verschuur, Christine, 2009: *Neighbourhood movements, gender and social justice: the cultural reinvention of politics by women*, *International Social Science Journal*, Vol. 59 No. 193-194, 409-420.

Wedgwood, Nikki, 2009: *Connell's theory of masculinity - its origins and influences on the study of gender*. *Journal of Gender Studies*, Vol. 18 No. 4, 329-339.

Weiner, Elaine, 2009: *Eastern Houses, Western Bricks? (Re)Constructing Gender Sensibilities in the European Union's Eastward Enlargement, Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Vol. 16 No. 3, 303-326.

White, Linda A., 2009: *Explaining Differences in Child Care Policy Development in France and the USA: Norms, Frames, Programmatic Ideas*, *International Political Science Review*, Vol. 30 No. 4, 385-405.

Wilde, Gabriele, 2009: *Gesellschaftsvertrag – Geschlechtervertrag*, in: Gundula Ludwig/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Nomos-Verlag. Baden-Baden, 31-46.

Winslow-Bowe, Sarah, 2009: *Husbands' and Wives' Relative Earnings: Exploring Variation by Race, Human Capital, Labor Supply, and Life Stage*, *Journal of Family Issues* 2009, Vol. 30, 1405-1432.

Zetterberg, Pär, 2009: *Do Gender Quotas Foster Women's Political Engagement? Lessons from Latin America*. *Political Research Quarterly*, Vol. 62 No. 4, 715-730.

AUTORINNEN DIESES HEFTES

Buchholz, Eva, M.A., Jg 1978, Politikwissenschaftlerin. Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gender Research Group an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechtspolitik im Kontext von Migration und Geschlecht, Geschlechtsspezifische Gewalt, Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungspolitik. Kontakt: buchholz@gender.uni-kiel.de

Çağlar, Gülay, Dr., Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet „Gender and Globalisierung“ an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie, Global Governance Forschung, Policy Forschung (Wirtschafts- und Handelspolitik), Feministische Ökonomie. guelay.caglar@gender.hu-berlin.de

Erbe, Birgit, Dipl.Pol., M.A., seit 2001 Geschäftsführerin der FAM Frauenakademie München e.V., Arbeitsschwerpunkte: Gender Budgeting und feministische Ökonomie, Gender Mainstreaming, Frauen in der Wissenschaft, Europäischer Integrationsprozess. erbe@frauenakademie.de

Fuchs, Gesine, Dr. phil., arbeitet an einem Projekt zur Rechtsmobilisierung für Lohngleichheit in vier europäischen Ländern und ist Gastforscherin an der Universität Zürich. Arbeitsschwerpunkte: politische Partizipation und Repräsentation, Osteuropa und Gleichstellungspolitik. post@gesine-fuchs.net

Garscha, Julia, Jg. 1986, Studentin des B.A. Politikwissenschaft mit den Nebenfächern Erziehungswissenschaften sowie Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung, Care-Ökonomie. Kontakt: garscha@students.uni-marburg.de

Hummel, Diana, geb. 1963, Priv. Doz., Dr. phil. Politikwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt/M. Arbeitsschwerpunkte Entwicklung, Bevölkerungsdynamik und Versorgung; Gender & Environment, Gesellschaftliche Naturverhältnisse und sozial-ökologische Systeme. hummel@isoe.de

Jung, Tina, geb. 1979, M.A. Politikwissenschaft und Neuere deutsche Literatur und Medien, Stipendiatin des Promotionskollegs „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Organisation und Demokratie“ der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: kritische und feministische (Politik-)Wissenschaft, Frauen- und Geschlechterpolitik, feministische Kritik (als Beruf) in der „Wissengesellschaft“. tina.jung@staff.uni-marburg.de

Krikser, Thomas, geb. 1979, Dipl.-Pol., Doktorand in der Nachwuchsforschungsgruppe CIVILand am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF), Müncheberg. Arbeitsschwerpunkte: Controlling, Monitoring und Evaluation; Bildung für nachhaltige Entwicklung; Methoden der Sozialforschung. Thomas.Krikser@zalf.de

Kunze, Isabelle, geb. 1982, Master of Social Sciences, Doktorandin der Nachwuchsforschungsgruppe BioDIVA, Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Gender, Environment, Feminist Geography. isa.kunze@gmail.com

Kurz-Scherf, Ingrid, geb. 1949, Professorin für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politik und Geschlecht“ an der Philipps-Universität Marburg, seit 2007 geschäftsführende Direktorin des Zentrums für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Sozialpolitik, politische Ökonomie, Geschlechterverhältnisse und feministische Theorie, Demokratieentwicklung.

MacGregor, Sherilyn, PhD in environmental studies, York University, Toronto, Canada. Lecturer in environmental politics, School of Politics, International Relations and Philosophy, Keele University, UK. Arbeitsschwerpunkte: environmental politics, citizenship theory, gender relations. s.macgregor@pol.keele.ac.uk

Mertens, Heide, geb. 1962, Dr. phil. Sozialwissenschaftlerin, Referentin für Gesellschaftspolitik bei der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd). Arbeitsschwerpunkte: aktuelle sozialpolitische Fragen aus der Genderperspektive (Gesundheits- und Rentenpolitik), Gewalt gegen Frauen, Migration und Integration. mertliese@aol.com

Michalitsch, Gabriele, Dr. phil., Mag.a phil., Mag.a rer. soc. oec., Politologin und Ökonomin, lehrt an der Universität Wien sowie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Neoliberalismus, Geschlechterreproduktion, Politische Ökonomie, Feministische Ökonomie. Gabriele.Michalitsch@wu.ac.at

Mölders, Tanja, geb. 1975, Diplom-Umweltwissenschaftlerin, Dr., leitet zusammen mit Daniela Gottschlich die Nachwuchsgruppe „PoNa – Politiken der Naturgestaltung“ an der Leuphana Universität Lüneburg im Rahmen der Sozial-ökologische Forschung des BMBF. Habilitiert zum Thema „Die Natur des Ländlichen“. Arbeitsschwerpunkte: Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Ländliche Entwicklung sowie Geschlechterverhältnisse & Nachhaltigkeit. moelders@uni.leuphana.de

Müller, Franziska, geb. 1978, M.A. Politikwissenschaft und Kulturanthropologie. Lehrbeauftragte an der TU Darmstadt, Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung, Promotion zum „Wandel außenpolitischen Regierens. Die EU-Afrika-Beziehung zwischen Handel, Entwicklung, Nachhaltigkeit und normativem Dialog. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Beziehungen, Nachhaltigkeitsforschung, Policy Transfer / Normtransfer. franziska.s.mueller@googlemail.com

Neusüß, Claudia, Dr. Dipl.Pol., Mitgründerin der Berliner WeiberWirtschaft eG, Politikberaterin und Coach, www.claudia-neusuess.com, Mitinhaberin der Entwicklungsagentur compassorange GmbH, www.compassorange.de, seit SS 2009 Gastprofessorin für „Gender Diversity in den Wirtschaftswissenschaften“ an der TU Berlin

Nüthen, Inga, geb. 1983, Dipl.-Pol., Lehrbeauftragte am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin; Studentin des Masters Gender Studies an der Humboldt Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: feministische Theorien, queer theory. inganue@zedat.fu-berlin.de

Padmanabhan, Martina, geb. 1969, Dr. habil, Dipl.-ing agr. Nachwuchsgruppenleiterin „BioDIVA: Geschlechtergerechte und nachhaltige Nutzung von Agrobiodiversität“ an der Leibniz Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Agrarsoziologie, Geschlechterverhältnisse, Institutionen. padmanabhan@umwelt.uni-hannover.de

Reiner, Sabine, geb. 1962, Dr. phil., Gewerkschaftssekretärin im Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand (www.wipo.verdi.de), Gründungs- und Redaktionsmitglied von „INTERVENTION. European Journal of Economics and Economic Policies“ (<http://www.journal-intervention.org/>), Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Schambach, Gabriele, Dr., Politikwissenschaftlerin, seit 2006 selbständig mit GenderworkS (www.genderworks.de) im Bereich Genderberatung und Erwachsenenbildung, u.a. für ver.di, Heinrich-Böll-Stiftung und TUI; Lehrbeauftragte an der Justus-Liebig-Universität Giessen und der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Finanz- und Wirtschaftskrise, Gesundheit, Stadt- und Wohnungsbau

Schalatek, Liane, geb. 1967, M.A. Politikwissenschaft und Volkswissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg (1996), Masters of International Affairs, Elliott School of International Affairs, George Washington University, Washington, DC (1994). Z.Zt. auf Sabbatical in Deutschland von ihrer Position als stellvertretende Leiterin des Büros der Heinrich Böll Stiftung in Washington, DC und arbeitet als Beraterin zu Klimafinanzierungsthemen für die Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Klimafinanzierung (inklusive Genderdimension), Wirtschafts- und Finanzkrise; Veränderungen in der Global Governance. liane@boell.org

Scheele, Alexandra, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Mitherausgeberin der *Femina Politica – Zeitschrift für Feministische Politikwissenschaft*.

Arbeitsschwerpunkte: Arbeits(markt)- und Sozialpolitik, Politik der Geschlechterverhältnisse, Industrielle Beziehungen

Schönflug, Karin, geb. 1971, Ökonomin, Lektorin am Projekt Internationale Entwicklung, Universität Wien, Referentin am Institut für Höhere Studien Wien, Mitarbeiterin der Lesbenberatung Lila Tipp, Rosa Lila Villa, Wien. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Ökonomie, Utopieforschung, Makroökonomie. karin@villa.at

Schultz, Irmgard, geb. 1949, Dr., Politikwissenschaftlerin, Mitgründerin und Mitarbeiterin im Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) Frankfurt/Main, Leiterin des Institutsbereichs ‚Alltagsökologie, Energie und Konsum‘. Arbeitsschwerpunkte: Gender & Environment, Nachhaltiger Konsum, Genderperspektiven in der transdisziplinären sozial-ökologischen Forschung. schultz@isoe.de

Wedl, Juliette, Dipl.-Soziologin; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Braunschweiger Zentrum für Gender Studies; Doktorandin an der Universität Potsdam zum Thema „Konstruktion der deutschen Einheit zwischen Nationalstaatlichkeit und Europäisierung. Eine Diskursanalyse“; Mitherausgeberin der Femina Politica. Arbeitsschwerpunkte: Diskursanalyse, (Post-)Strukturalismus, zeitgeschichtliche Diskurs- und Medienanalyse zu Geschlecht und Nation, Soziologie und Politik der Geschlechterverhältnisse. j.wedl@tu-bs.de